

BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

A 20310 F

2-78

J. Schild

Berlin 1976

BRD 1978

Die bundesrepublikanische Krankheit:
Massenarbeitslosigkeit,
Rentenpleite, Streiks...

Groß- britannien

Prosperität durch
Nordsee-Öl?

Faschismus

Analyse der KPO
(Thalheimer)

Ganßmann:
Marxistische Milch-
mädchenökonomie

Literatur
Bücher
Zeitschriften
Kommentare

Krise in Sicht



V&A

Heft Nr. 16 · März 1978 · DM 9,-

Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus

Die Zeitschrift **Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus** wird von theoretisch-politischen Arbeitskreisen herausgegeben, die sich mit verschiedenen Aspekten der Marxschen Theorie und ihrer Anwendung auf gegenwärtige kapitalistische Verhältnisse beschäftigen. Die Redaktion der Zeitschrift wird durch die Wahl von Vertretern aus den Arbeitskreisen gebildet. Namentlich nicht gezeichnete Beiträge sind kollektive Arbeitsergebnisse und werden von der Redaktion verantwortet.

Die Herausgeber betrachten die Zeitschrift als ein **Diskussionsforum**. Es steht allen offen, die sich am Ziel vollständigen sozialen Emanzipation der arbeitenden Klassen und der sozialistischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit orientieren.

Redaktion:

Helmut Asche, Walter Breum, Aline Zieher

Redaktionssekretariat:

Joachim Bischoff, Karlheinz Maldaner

c/o VSA, Eiffestr. 598, 2000 Hamburg 26, Tel.: (040) 21 45 10

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VSA, Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26

Vertrieb:

VSA, Postfach 360 307, Erkelenzdamm 7, 1000 Berlin (West) 36, Tel.: (030) 6 14 60 10

Bezugsbedingungen:

Die **Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus** erscheinen sechsmal im Jahr mit einem Umfang von ca. 170 Seiten pro Heft.

Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 9,-.

Jahresabonnement (6 Hefte) DM 44,- (inkl. Porto).

Kündigung des Abonnements mit einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende. Abobestellungen und Zahlungen nicht an die Redaktion, sondern an den VSA Vertrieb oder an Ihre Buchhandlung.

Konten des Verlages: Postscheckamt Bln-W Nr. 3450 37-106

Bank für Handel und Industrie (Dresdner Bank) Nr. 1240 390

© VSA, Hamburg 1978

Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten

Satz: Wilhelm Arnholdt, Hamburg

Druck und Buchbindearbeiten: Evert-Druck, Neumünster

Beilagenhinweis: Prospekt »VSA-Bücher 1978«, Information von »medico international«

ISSN 0343-2815

Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus

2-78/Heft 16/März 1978

Kommentar

Verschärfte Konfrontation in der Tarifrunde 78	3
Sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik für die BRD	6
Verfassungsbruch als Normalfall	9
Jungsozialisten '78 – ausgeklint	12
Regierungskrise in Italien	13
PCE vor einem historischen Parteitag	17

Ökonomisch-politische Reviews

Der kranke Wirtschaftsriese BRD	
1978: Vom Wirtschaftswunder zur Massenarbeitslosigkeit	20
Prognosen-Kritik: WSI, IMSF und IPW	59
Prosperität durch Nordseeöl?	
Wunsch und Wirklichkeit der kapitalistischen Entwicklung in Großbritannien	63
Wende in der Kommunistischen Partei Großbritanniens?	86
Zum neuen Parteiprogramm der CPGB	

Marxistische Theorie

Faschismustheorie im Zerrspiegel der Kritik (I)	
von Stefan Schild	92
Marxistische Milchmädchenökonomie. PKA-Kritik	
von Heiner Ganßmann	121
Replik des PKA	138

Literatur

Die »Neue Linke« und die Literatur	
von Martin Kurbjuhn	143
Familiengeschichte	
B. Engelmanns <i>Bilderberg</i>	150

Zeitschriften

Füttern erlaubt (<i>Autonomie</i>)	153
Idylle oder unverkürzte Begriffe (<i>Prokla</i>)	154
Gegen Umwege (<i>Das Argument</i>)	155
Jahrestag (<i>Dt. Zeitschrift für Philosophie</i>)	156
Wider den Frust (<i>Sozialist</i>)	158
Auf der Suche nach dem wahren Sozialismus (<i>L 76</i>)	159
Gegen kapitalistische Raumordnung (<i>Blätter für deutsche und internationale Politik</i>)	160
Rosa Sandmännchen (<i>Neue Gesellschaft</i>)	162
In die Rationalisierung eingreifen! (<i>Gewerkschaftliche Monatshefte</i>)	164
Realer Sozialismus (<i>links</i>)	166
Auf der Suche nach der verlorenen Identität (<i>Kursbuch</i>)	167
Gratwanderungen (<i>Sopo</i>)	168
Haltungsschäden (<i>Langer Marsch</i>)	170
Weniges über die Kultur der Arbeiterklasse (<i>Marxismus Digest</i>)	173

Bücher

Neues vom Staat? (<i>Handbuch 5</i>)	176
Sterndeuterei durch und für die Sozialdemokratie (<i>Nenning, Realisten oder Verräter</i>)	179
Die BRD in Raum und Zeit (<i>Fuchs, Die Bundesrepublik Deutschland</i>)	182
Monopole – wer sonst? (<i>Junne, Eurogeldmarkt</i>)	183
Aktionseinheit in Ostfriesland (<i>Poppinga u. a., Ostfriesland</i>)	183
Debatte über Klassentheorie in Großbritannien (<i>A. Hunt, Class and Class Structure</i>)	185
Akademikerarbeitslosigkeit (<i>Güther, Arbeitslosigkeit</i>)	186
Spinoza und Marx (<i>F. Moreau</i>)	188
Eurokommunismus und Anarchosyndikalismus (<i>R. de Jong, S. Carrillo</i>)	191
Aufgesetztes (<i>Häußermann, Bürokratie</i>)	191
In tiefem Schlummer (<i>Seidel u. a., Die Rezession</i>)	192



Verschärfte Konfrontation in der Tarifrunde 78

Das tarifpolitische Klima in der BRD hat sich noch weiter verschärft. Die Unternehmer drohen zur Durchsetzung ihres Lohndiktats ganz unverhohlen mit dem Mittel der Aussperrung. Auf Seiten der Arbeitnehmer wächst die Bereitschaft, die Erhöhung ihrer Löhne und Gehälter – auch nur um geringe Prozentzehntel – mit Maßnahmen des Streiks zu erzwingen. Die Zuspitzung der sozialen Auseinandersetzung signalisiert das Ende einer Phase in der Tarifauseinandersetzung: Lohnpolitische Zurückhaltung als Mittel der Unterstützung der Bemühungen von Unternehmer und Regierung zur Wiederherstellung von Kontinuität und Vollbeschäftigung. Der wirtschaftliche »Aufschwung« hat die Hoffnungen der Arbeitnehmer nicht erfüllt, im Gegenteil, es ist deutlich geworden, daß durch Lohnverzicht keine Probleme gelöst und keine Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wie immer man die gesamtgesellschaftliche Verantwortung der Gewerkschaften in den letzten Jahren bewertet,

ihre veränderte tarifpolitische Position in der gegenwärtigen Tarifrunde 78 ist Ausdruck hoher Kampfbereitschaft der Basis, eine Haltung, die aus einschneidenden Verschlechterungen der Lebensbedingungen großer Teile der Arbeiterklasse erwächst.

Das relativ hohe Lebensniveau der Lohnarbeiter in den zurückliegenden Prosperitätsphasen resultierte zum erheblichen Teil aus übertariflichen Zahlungen und der Ausdehnung der Arbeitszeit – sprich Überstunden. Diese günstigen Bedingungen und Möglichkeiten der Ausdehnung des Konsumtionsfonds haben sich gravierend verändert. Kürzung betrieblicher Sonderleistungen, Verrechnung der Tarifierhöhungen der letzten Jahre mit übertariflichen Zahlungen und der Abbau von Überstunden haben weite Teile der Lohnarbeiter auf das Niveau des gewerkschaftlich erkämpften Minimallohns (Tariflohn) heruntergedrückt. Unter dieser Perspektive ist die Erhöhung des Lebensniveaus nur über die Steige-

rung eben dieses Minimallohns, über kollektive tarifvertragliche Vereinbarungen möglich.

Daß sich die Situation in dieser Schärfe nicht gleichermaßen für alle Teile der Arbeiterklasse darstellt, ist selbstredend. Was versteckt sich hinter der vom Sachverständigenrat angeführten 2%tigen Realloohnerhöhung für 1977? (Der DGB rechnet im übrigen mit einer Steigerungsrate von 0,6%) Angesichts günstiger Verkaufsbedingungen der Lohnarbeiter in einigen Branchen (z. B. Automobilindustrie) sowie relativ stabiler Lohnfindungsmechanismen im Bereich der höheren Angestellten und Beamten bringt diese Größe einen faktischen Reallohnabbau für große Gruppen von Arbeitnehmern – speziell im Arbeiterbereich – zum Ausdruck. Bedenkt man, daß 1976 rund 20% der Arbeitnehmerhaushalte mit weniger als 1500 DM Netto auskommen mußten, so wird klar, in welchem Umfang verschiedene Teile der Lohnarbeiter durch einen Reallohnabbau in ihrer Existenz bedroht werden.

Sind damit einerseits weite Teile der Lohnarbeiter gezwungen, sich gegen eine weitere Einengung ihres Lebensniveaus zu wehren, so haben sich andererseits jedoch die Marktchancen der Lohnarbeiter so weit verschlechtert, daß den Unternehmern eine aus den Streikkassen der Gewerkschaften finanzierte zwangsweise Lohnpause ökonomisch durchaus gelegen käme.

Die schärfere Konturierung des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital wird besonders an dem Angebot der Arbeitgeber in der Stahlindustrie deutlich: Halbjährige Lohnpause als Vorbedingung von Verhandlungen über eine 3,5%ige Lohnerhöhung für das 2. Halb-

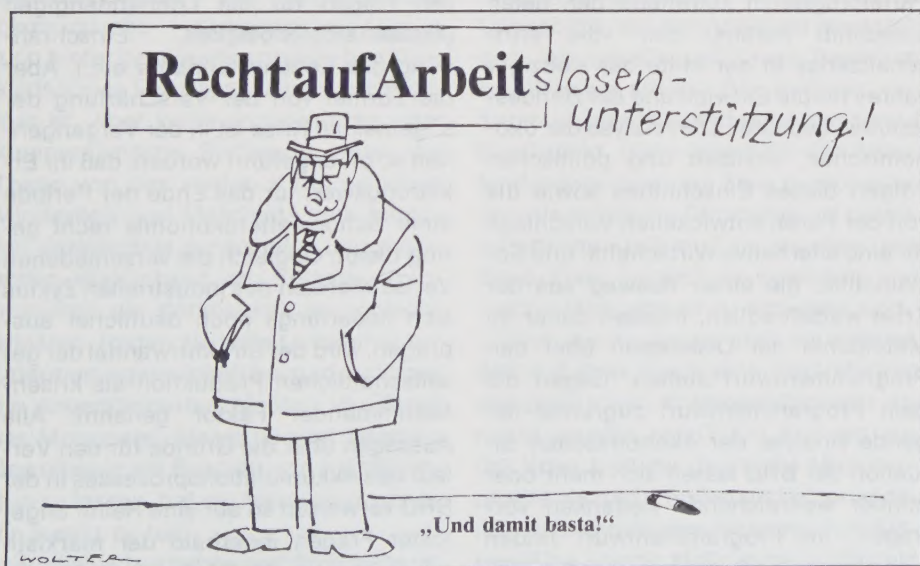
jahr. Die Stahlindustriellen drohen offenen, gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen mit Aussperrung zu begegnen, was ihnen angesichts der verbreiteten Produktion auf Lager sehr ins Konzept paßt. Obwohl die Kostenreduzierung über den Lohn die Krisenentwicklung in der Stahlindustrie – Überkapazitäten auf dem Weltmarkt bei gleichzeitiger Kontraktion der Absatzmärkte – mit Sicherheit nicht beeinflussen kann, werden diese marktwirtschaftlichen Fehlentwicklungen zum Anlaß genommen, die Relation von Profit und Lohn zu verändern.

Der von den Arbeitgebern und ihren wissenschaftlichen und publizistischen Instanzen gesteuerte Konfrontationskurs findet seine Entsprechung in der Mobilisierung der Kampfkraft der gewerkschaftlichen Basis. Die breite Beteiligung an der innergewerkschaftlichen Willensbildung und die hohe Streikbereitschaft dokumentieren den Willen der Lohnarbeiter zur Verteidigung einmal erreichter Lebensbedingungen. Die Entwicklung und der Druck der gewerkschaftlichen Basis hat sich tarifpolitisch sowohl in den Forderungen der IG-Metall nach Absicherungsverträgen gegen Abgruppierung und Besitzstandssicherung als auch in dem Rationalisierungsschutzabkommen der IG Druck und Papier zur Verhinderung der Abwälzung der Auswirkungen neuer Techniken auf die Lohnarbeiter herausragend umgesetzt. Der Notwendigkeit, die Schutzwälle gegen die Übergriffe des Kapitals zu verstärken, haben die Gewerkschaften folgerichtig ihren Kampf angepaßt durch ein offensives Aufgreifen der Verteidigung der faktisch gegebenen Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen.

Vor dem Hintergrund dieser Verunsicherung in den Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnarbeiter kommt der Erhaltung und Festigung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung gegenüber allen Spaltungstendenzen und Versuchen der Reaktivierung von Klassenvorurteilen ein zentraler Stellenwert in der gewerkschaftlichen Politik zu. Läßt die gegenwärtige Entwicklung zentraler Wirtschaftsindizes für das Jahr 1978 keine Rückkehr zur Prosperität erwarten, wächst den Gewerkschaften um so dringlicher die Aufgabe zu, einen systematischen Zusammenhang zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten herzustellen. Rechnet man für 1978 nicht damit, das Millionenheer an Arbeitslosen abzubauen, so droht vielmehr die Gefahr einer drastischen Ausweitung der Arbeitslosenzahl. Schon heute weist eine Untersuchung des rheinland-pfälzischen Sozialministeriums auf eine zunehmende Pauperisie-

rung der Arbeitslosen hin, deren Einkommen schon jetzt unter den Sozialhilfesätzen liegen. Erst langsam wächst in den Reihen der Gewerkschaften die Einsicht, daß man dem Abbau der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung zu wenig Widerstand entgegen gesetzt hat.

Auch die Probleme, die aus den ungenügenden Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit resultieren, werden zunehmend in ihrer Tragweite erkannt. Daß die gegenwärtige Bildungspolitik die Lage der nachrückenden Arbeitergeneration nicht löst, sondern nur zeitlich verschiebt, ist ein sozialer Skandal ohnegleichen. Die Jugendlichen werden nicht nur in Handwerksbetrieben getrieben, in denen sie unter patriarchalischen Verhältnissen ihren Lehrherren als billige Arbeitskräfte dienen, sondern zugleich als Hilfsarbeiter von morgen ausgebildet. Die gegenwärtig ausgebildeten Kapazi-



täten an Bäckern, Friseuren etc. über-treffen schon heute bei weitem den wirklichen Bedarf an solchen Arbeitskräften.

Die sozialpolitischen Aufgaben, die den Gewerkschaften bei der Verteidigung des sozialen Besitzstandes der Arbeiterklasse zuwachsen, verdeutlichen zugleich, daß allein mit den Mitteln der Tarifpolitik die Probleme der verschiedenen Lohnarbeiterfraktionen nicht gelöst werden können. Die Durch-

setzung tarifvertraglicher Lohnerhöhungen der Beschäftigten bei gleichzeitiger sozialpolitischer Absicherung der Arbeitslosen erweist sich als komplizierter Prozeß. Die Diskussion um eine arbeitnehmerorientierte Ökonomie in den Gewerkschaften demonstriert ein wachsendes Bewußtsein der organisierten Arbeitnehmer und ihrer Repräsentanten über die Antagonismen zwischen Lohnarbeit und Kapital.

Sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik für die BRD

Die DKP stellt in ihrem Entwurf für ein Parteiprogramm zutreffend den tiefen Einschnitt heraus, den »die Wirtschaftskrise in der Mitte der siebziger Jahre« für die Entwicklung der Bundesrepublik bedeutet. Die Analyse der ökonomischen, sozialen und politischen Folgen dieses Einschnittes sowie die von der Partei entwickelten Vorschläge für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik, die einen Ausweg aus der Krise weisen sollen, müssen daher im Mittelpunkt der Diskussion über den Programmentwurf stehen. Gegen die dem Programmentwurf zugrunde liegende Analyse der ökonomischen Situation der BRD lassen sich mehr oder minder weitreichende Bedenken vortragen. Im Programmentwurf finden sich allgemeine Aussagen über die »Kri-

senhaftigkeit des Kapitalismus« und deren Folgen für die Lohnabhängigen (Massenarbeitslosigkeit, Einschränkung des Lebensstandards etc.). Aber die Formel von der Verschärfung der allgemeinen Krise ist in der Vergangenheit so oft angeführt worden, daß ihr Erklärungswert für das Ende der Periode einer Schönwetterökonomie recht gering bleibt. Obgleich die verschiedenen Verlaufsformen des industriellen Zyklus sich neuerdings noch deutlicher ausprägen, wird der Strukturwandel der gesellschaftlichen Produktion als krisenbestimmender Faktor genannt. Alle Aussagen über die Gründe für den Verlauf des Akkumulationsprozesses in der BRD verweisen so auf eine Reihe ungeklärter Fragen innerhalb der marxistischen Theorie. Die Diskussion wird zei-

gen, ob in der Partei in der Tat überwiegend von einer Verschärfung der Konflikte auf dem kapitalistischen Weltmarkt und einem bevorstehenden Periodenwechsel des industriellen Zyklus mit verschärften Antagonismen ausgegangen wird und ob daher auch eine Vorstellung von der Größenordnung besteht, mit der sich die sozialen Probleme der Bundesrepublik in der aller nächsten Zeit geltend machen werden (Rentenpleite, mehr als 2 Millionen Arbeitslose usw.).

Wir haben darüberhinaus erhebliche Vorbehalte gegen die Charakterisierung der Klassenkräfte in der Bundesrepublik: Unterstellen wir, eine winzige Minderheit beherrschte *objektiv* die überwiegende Mehrheit der Werktätigen; warum drückt sich dieses Kräfteverhältnis im politischen Raum aber so aus, daß die Kräfte mit der richtigen Einsicht die politisch verschwindende Minderheit darstellten? Ein Blick über unsere westlichen Grenzen zeigt, daß auch in anderen Ländern die Frage, welche ökonomische Klassenantagonismen sich hinter bestimmten politischen Konstellationen verbergen, längst nicht gelöst ist. Aber keine sozialistische oder kommunistische Strömung bietet die These von der »tiefen Kluft zwischen Minderheit und Mehrheit« zum besseren Verständnis der sozialen und politischen Wirklichkeit an. Solange Kommunisten die Wirklichkeit so schlecht erklären, tragen sie selbst erheblich zur Orientierungslosigkeit bei und nicht nur die angeprangerten Medien im Dienst der Monopole; Ideologie und falsches Bewußtsein als Produkt von Indoktrination zu fassen, hat mit Marxismus ohnehin wenig zu tun.

Schließlich ergeben sich Einwände im

Hinblick auf den Realitätsgehalt der Vorschläge für eine alternative »Wirtschafts- und Sozialpolitik im Interesse der arbeitenden Menschen«. Wir beschränken uns im folgenden auf diesen Komplex.

Die Partei greift mit ihren Vorschlägen für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik Forderungen auf, die auch von den entwickeltsten Teilen der Gewerkschaften in der BRD aufgestellt werden. Im Mittelpunkt steht die Sicherung und der Ausbau neuer Arbeitsplätze. Dazu gehören die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit und seine rechtliche Absicherung »im Grundgesetz und in einem fortschrittlichen Arbeitsgesetzbuch«; weiter das Verbot von Massenentlassungen, Verbesserung des Kündigungsschutzes bei Einführung neuerer technologischer Entwicklungen sowie die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Die Partei tritt ein für den Ausbau der sozialen Sicherung und schließlich für eine aktive Lohnpolitik, die den Anteil der Werktätigen am gesellschaftlichen Reichtum schrittweise erhöht. Die Aufgabe von Kommunisten ist allerdings nicht darauf beschränkt, diese innerhalb der Arbeiterklasse geforderten Ziele zu propagieren. Als politische Strömung, als gesellschaftliche Kraft muß sie angeben, wie diese Ziele konkret zu erreichen und welche Maßnahmen zu ergreifen sind.

Sind die Aussagen aber so konkret, daß auf ihrer Basis eine Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses erreicht werden kann? Ein Ausweg aus der Krise bestehe darin, die Monopolprofite einzuschränken und einer anderen, fortschrittlichen Nutzung zuzuführen. Eine solche Maßnahme unterstellt

zum einen die Aufdeckung der Monopolprofite; sie unterstellt zum anderen, daß durch diese Eingriffe in die Verteilung von Monopolprofiten eine grundlegende Veränderung der Produktion des Reichtums zu erreichen ist. Wie die DKP durch die Umlenkung von Monopolprofiten eine Reorganisation der gesellschaftlichen Produktion bewerkstelligen will, bleibt einigermaßen unbestimmt und folglich die Überzeugungskraft des Programms zu gering.

Der mangelnde Realitätsgehalt der Alternativvorschläge wird noch deutlicher an den Punkten, an denen Eingriffe in den Reproduktionsprozeß angedeutet werden. Die Partei erachtet es als vorrangig, »Großbanken und Versicherungskonzerne ... sowie Konzerne der Energiewirtschaft, der Atomindustrie und der Rüstungsindustrie« in öffentliches Eigentum zu überführen und demokratischer Kontrolle zu unterstellen. Unterstellt, diese Maßnahmen sicherten wenigstens für die dort Beschäftigten auf Dauer das Recht auf Arbeit, so wären dies so weitgehende Eingriffe in den kapitalistischen Akkumulationsprozeß, daß sich unweigerlich Rückwirkungen für alle anderen Bereiche der gesellschaftlichen Produktion einstellten. Gerns und Steigerwald hatten daher in ihrem Buch »Für eine sozialistische Bundesrepublik« gesagt, daß bereits in der antimonopolistischen Demokratie wesentliche Bereiche der »Wirtschaft sich nicht mehr nach den Gesetzen der kapitalistischen Akkumulation entwickeln« könnten. Man sucht im Programmentwurf vergebens nach einer Konkretisierung dieses Gedankens. Zum einen müssen präzise Antworten auf die Frage gegeben werden, an welchen Punkten durch die Reorganisation

der gesellschaftlichen Produktion die Grundlagen für einen neuen Typus der Akkumulation geschaffen werden. D. h. wenn über Beseitigung der Rüstungsindustrie gesprochen wird, muß auch gesagt werden, welche anderen Bereich der Gesamtkonomie ausgeweitet werden sollen und wie die Proportionalität des Prozesses sicher gestellt wird. Nach welchen Kriterien erfolgt die Reorganisation des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, wie werden die Diskussion über die Festsetzung und Abstimmung der kollektiven und individuellen Bedürfnisse der Werktätigen organisiert und institutionell gesichert? Das schließt ein, daß Formen der Willensbildung entwickelt werden – und zwar nicht nur auf betrieblicher, sondern auch auf kommunaler und gesamtgesellschaftlicher Ebene –, die die Beteiligung der Massen an der Diskussion und Entscheidung über ihre gesellschaftlichen Angelegenheiten garantieren.

Wird die Diskussion über das Parteiprogramm in diese Richtung einer Präzisierung sowohl der einzelnen zu ergreifenden Maßnahmen als auch der organisatorischen Prozesse jenes neuen Typus einer gesellschaftlichen Entwicklung gehen? Die Konkretisierung der angestrebten Politik ist notwendig, um die gewerkschaftlichen Forderungen weiterzuentwickeln. Es werden neue Kräfte nur gewonnen werden können und nur eine Ausdehnung des Einflusses der Partei stattfinden, wenn die Praktikierbarkeit und die Realisierbarkeit ihrer Vorschläge deutlicher ausgearbeitet wird. Die Partei will alle Kräfte für eine demokratische Wende sammeln. Und in der Tat ist eine Öffnung und eine Umgruppierung des poli-

tischen Kräfteverhältnisses die notwendige Bedingung für eine alternative Krisenpolitik, für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik im Interesse der arbeitenden Menschen unseres Landes. Und wie erreichen wir diese Wende? Nur auf Grundlage von überzeugenden wirtschafts- und sozialpolitischen Vorschlägen. Eine Lösung der sozialen Konflikte kann nur durch die Etablierung einer anderen ökonomischen Entwicklungslogik, durch den Bruch mit den Gesetzen der kapitalistischen Akkumulation erreicht werden.

Viele Passagen in dem Programmentwurf legen eine andere Abfolge nahe: erst die demokratische Wende, Übergang zur antimonopolistischen Demokratie und schließlich das ferne Ziel: der Sozialismus. Aber wie kann die

Wende ohne Konkretisierung der alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik, d. h. ohne überzeugende Argumente, erreicht werden? Die Partei sollte den langen Zeitraum für die Diskussion (bis zum Parteitag im Oktober) nutzen, die notwendigen Verdeutlichungen anzubringen. Sollte allerdings das vielfach anzutreffende Motto fortbestehen – die DKP braucht wegen des Parteiengesetzes und aus organisatorischem Selbstverständnis ein Grundsatzprogramm, die praktische Arbeit berührt dieser programmatische Zauber wenig –, so dürften die meisten Parteimitglieder einer für den Herbst anstehenden Zuspitzung der sozialen Konflikte (Arbeitslosenzahlen, Rentenpleite, Kürzungen der Sozialleistungen etc.) recht hilflos gegenüberstehen.

Verfassungsbruch als Normalfall

In mindestens zwölf Fällen ist das Verfassungsrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung vom militärischen Abschirmdienst durchbrochen worden. Die bislang bekanntgewordenen Verfassungsbrüche durch die sogenannten Staatssicherheitsorgane waren nicht die dauerliche Ausnahme, sondern sind deren gängige Praxis. Und dies nicht erst seit heute. Lebers zynische Bemerkung, daß auch in der Vergangenheit hier nicht mit Methoden gearbeitet worden

ist, wie sie im Nonnenkloster üblich sind, zeigt, daß die verfassungsmäßigen Rechte den politischen Machthabern einen Dreck wert sind. Es war denn auch nicht die Tatsache, daß die Verfassung für »Staatssicherheitsorgane« nie mehr als ein Stück Papier gewesen ist, die Leber das Genick gebrochen hat, sondern seine politische Dummheit dies als das *Normale* öffentlich auszusprechen. Auch die Verwunderung Lebers, warum er denn seinen Dienstherrn Schmidt

Aufruf zur Unterstützung des RUSSELL-Tribunals

Das dritte Internationale Russell-Tribunal wird sich mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigen, weil sich die Anzeichen mehren, daß in diesem Lande Menschenrechte in Gefahr sind. Sollte sich der Verdacht bewahrheiten, daß in der BRD die Grund- und Menschenrechte verletzt werden, dann wäre dies ein Tatbestand von schwerwiegender Bedeutung, nicht nur für die Bürger der Bundesrepublik.

Das Russell-Tribunal wird sich insbesondere mit der Untersuchung folgender Fragen befassen:

- Wird Bürgern in der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?
- Wird durch straf-, zivilrechtliche Bestimmungen und durch außerrechtliche Maßnahmen Zensur ausgeübt?
- Werden Grund- und Menschenrechte im Zusammenhang von Strafverfahren ausgehöhlt oder eliminiert?

Politiker der Bundesrepublik werfen dem Russell-Tribunal vor, es versuche eine unzulässige Einmischung vom Ausland her in die westdeutsche Politik, es beabsichtige, die Bundesrepublik zu diffamieren und es stelle das westdeutsche politische System auf eine Stufe mit Unrechtsstaaten. Tatsächlich heißt es demgegenüber in der Gründungserklärung des Tribunals: "... Das erste Internationale Russell-Tribunal wurde 1966 einberufen, um Kriegsverbrechen in Vietnam zu untersuchen. Das zweite Internationale Russell-Tribunal wurde 1973 einberufen, um Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika zu untersuchen. Ergebnisse und Wertungen dieser Tribunale wurden in der Öffentlichkeit mit großer Sorgfalt geprüft und international als begründet angesehen. Das dritte Tribunal beschäftigt sich mit Problemen, die von denen der ersten beiden sehr verschieden sind: mit denen einer politischen Demokratie. Es wird hierbei vom gleichen Wunsch wie die beiden vorangegangenen Tribunale getragen, überall für die Menschenrechte einzutreten, und es wird sich der gleichen Prüfung durch die öffentliche Meinung unterziehen ... Das Tribunal weist ausdrücklich darauf hin, daß es nicht nur Beschwerden über Verletzungen von Menschenrechten hören, sondern auch diejenigen einladen wird, ihren Standpunkt vorzutragen, die beschuldigt werden, für solche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zu sein ..."

Der Einsatz für die Verwirklichung der Menschenrechte und das Aufdecken aller Formen der Verletzung von Freiheitsrechten sind nicht erst dann angebracht, wenn der Status der Rechtsstaatlichkeit schon verlassen ist; Warnungen und Widerstand kämen dann zu spät. Darum begrüßen und unterstützen wir das Russell-Tribunal, das untersuchen soll, ob und inwieweit Freiheitsrechte in der Bundesrepublik verletzt werden.

Dieses Russell-Tribunal hat entgegen seinen Vorgängern nicht die Aufgabe, verbrecherische Machenschaften autoritärer und halbfaschistischer Systeme bekanntzumachen und anzuklagen. Im Falle der Bundesrepublik muß es vielmehr darum gehen, einen Rechtsstaat, der die republikanischen Freiheiten und Menschenrechte in seiner Verfassung verankert hat und der auf die schiefe Bahn geraten ist, vor dem Abgleiten zu bewahren. Es gilt hier also, den Anfängen zu wehren.

Eine Verkettung oder eine globale Verurteilung der Bundesrepublik liegt nicht in der Absicht des Russell-Tribunals. Gerade aufgrund der Erfahrungen der deutschen Geschichte muß aber bedacht werden, daß die Gefahren, die der Demokratie in der Bundesrepublik drohen, schleichend und gleitend kommen. Demgemäß darf nicht biedermännisch gewartet werden, bis der bereits schwelende Brand offen ausgebrochen ist.

In der Einrichtung des Russell-Tribunals drückt sich auch aus, daß die Sorge, die wir über den Rückgang der demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik empfinden, von vielen Menschen im westlichen Ausland geteilt wird. Bei der ökonomischen und politischen Bedeutung der Bundesrepublik im heutigen Europa und angesichts der historischen Vergangenheit kann den anderen europäischen Völkern die Entwicklung in der Bundesrepublik nicht gleichgültig sein. Westeuropäer vertreten ihre legitimen eigenen Interessen, wenn sie sich u.a. in der Form dieses Tribunals mit den Angelegenheiten der Bundesrepublik beschäftigen. Wir können nicht in nationalstaatlicher Beschränkung die Bundesrepublik als eine Insel betrachten, die nur ihre eigenen Staatsangehörigen angeht.

Aus diesen Gründen fordern wir dazu auf, die Freiheitsrechte in Betrieb und Büro, in den Schulen und Hochschulen, in der öffentlichen Verwaltung und in den Medien zu bewahren und zu verteidigen. Das Russell-Tribunal ist ein Beitrag hierzu. Damit die Freiheitsrechte, die jedem gelten, erhalten und verwirklicht werden, genügt in der Tat eine "innerlich kühle, distanzierte Haltung" nicht. Es kommt darauf an, sich für diese Rechte zu engagieren!

Herausgeber und Erstunterzeichner dieses Aufrufs sind die Mitglieder des deutschen Beirats für das Russell-Tribunal Dr. Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin – Prof. Dr. Helmut Gollwitzer – Pfarrer D. Martin Niemöller – Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr – Prof. Dr. Uwe Wesel

Dieser Aufruf ist mit einer Unterschriftenaktion verbunden, die bis zum 10. März 1978 läuft; Aufruf und Unterzeichnernamen sollen in einem Großinserat veröffentlicht werden. Vordrucke zum Unterschreiben sind erhältlich über die Adresse Wolf-Dieter Narr/Klaus Vack, Postfach 648, 6050 Offenbach 4.

über die verfassungswidrigen Praktiken des MAD hätte informieren sollen, stieß auf Unwillen. Konnte sie doch nur ausdrücken: Schmidt ist doch selbst lange genug Verteidigungsminister gewesen, um zu wissen, was läuft.

Daß der MAD, um die Verfassung zu schützen, bedauerlicherweise gezwungen gewesen sei, selbige zu durchbrechen, an diesen Zusammenhang hätte Leber sich erinnern sollen.

Daß man in der Regierung Angst vor dem öffentlich werden und der breiten Diskussion der fortdauernden Verletzung der Verfassungsrechte durch den Staat hat, zeigt ein durchgesickertes Geheimpapier des Bundesinnenministeriums zum Russell-Tribunal.

Weil man weiß, daß die Mitglieder der Jury des Russell-Tribunals unvoreingenommen an die Untersuchung herangehen werden, und auch nicht bestechlich sind, erahnt man, wie das Urteil ausfallen wird. Deshalb bleibt, um den Schein der Neutralität der Rechtssprechung nicht weiter ins Wanken kommen zu lassen, nur das Mittel des Verbots: im Namen der Verfassung. Die Methode mit der vorgegangen wird, ist immer die gleiche. Erster Schritt: Verleumdung des Russell-Tribunals als verfassungsfeindliches Instrument gegen die FDGO. Der Rest ist dann einfach: »Falls festgestellt werden könnte, daß Personen mit der Vorbereitung oder der Durchführung des Tribunals die in Art. 18 genannten Grundrechte z. B. der Freiheit zur Meinungsäußerung, der Pressefreiheit, der Versammlungsfreiheit oder der Vereinigungsfreiheit zum Kampf gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung mißbrauchen, könnte der Bundestag, die Bundesregierung oder eine Landesregierung beim Bundesverfas-

sungsgericht Antrag auf Entscheidung über eine Verwirkung dieser Grundrechte stellen«. Nicht die Verteidigung der FDGO ist das Ziel. Daß diese durch Personen wie Lord Gifford, Mitglied des englischen Oberhauses, oder Josephine Richardson, Abgeordnete der Labour Party im englischen Unterhaus, beide Mitglieder der Jury des Russell-Tribunals, untergraben werden soll, glaubt natürlich ernstlich auch niemand.

Der Versuch, das Russell-Tribunal zu kriminalisieren, um es verbieten zu können, hat die Notwendigkeit eines solchen Tribunals nur unterstrichen. Die Tatsache, daß das entlarvende Papier aus dem Bundesinnenministerium in keiner der sonst so sensationslüsternen Tageszeitungen erwähnt worden ist, zeigt, daß man gerade in diesem Land auf die demokratische Öffentlichkeit des Auslandes angewiesen ist.

Das Russell-Tribunal hat leider nicht die Unterstützung von allen politischen Strömungen innerhalb der BRD-Linken gefunden. Sieht man einmal von den bei solchen Entwicklungen in diesem Lande immer mitspielenden Momenten ab wie Profilisierungssucht, unterschiedliche Einschätzungen von politischen Situationen und der Bedeutung eines solchen Tribunals, grotesken Hegemonieansprüchen ... etc., so muß doch auch auf Tendenzen innerhalb der das Russell-Tribunal befürwortenden Strömungen hingewiesen werden, die gleichfalls die Gefahr einer weiteren Spaltung und Schwächung der progressiven Kräfte der BRD und ihrer Einheitsgewerkschaft einschließt. Es wird von der Durchführung des Tribunals, den es tragenden Kräften aus der BRD und den Jurymitgliedern aus dem Aus-

land abhängen, jene Befürchtungen als unbegründet zu entlarven. Wir sehen insgesamt gute Voraussetzungen und den besten Willen der Beteiligten zur Realisierung eines erforderlichen Verlaufs. Das Russell-Tribunal kann so ein wichtiger Schritt zu einer größeren Ak-

tionseinheit aller sozialistischen, kommunistischen und demokratischen Kräfte der BRD sein. Allein in einer solchen Perspektive kann die Verteidigung und der Ausbau aller demokratischen und sozialen Rechte erfolgreich sein.

Jungsozialisten '78 – ausgeklinkt

Ein Jahr nach ihrem Hamburger Kongreß und dem Parteiausschluß ihres Verbandsvorsitzenden sind sich die jüngeren sozialen Demokraten dieses Landes, soweit sie in der SPD-Arbeitsgemeinschaft überhaupt noch aktiv sind, trotz vieler Querelen über eine Tatsache im klaren: Der politische Einfluß der Jungsozialisten ist in der sozialdemokratischen Partei und in der bundesrepublikanischen Gesellschaft auf den Nullpunkt gesunken. Angetreten, die »Partei der 80er Jahre« zu formen, stehen die Jungsozialisten heute vor dem Problem, die Auflösung ihres Verbandes durch administrative Maßnahmen von seiten des Parteivorstandes zu vermeiden. Die Verbindung zur gewerkschaftlichen Jugendbewegung ist schon seit langem verloren gegangen. Die Doppelfunktion der Jungsozialisten macht sich nur noch in der Weise bemerkbar, daß sie weder die sozialistische Antriebskraft der SPD noch eine politische Jugendorganisation sind, die Antworten auf die Probleme der Jugend weiß.

Es ist den Jungsozialisten nie gelungen, ein Konzept zu entwickeln, das die Möglichkeit bietet, eine sozialistische Gesellschaftsform durch kurz-, mittel- und langfristige Teilschritte zu erreichen. Zu keinem Zeitpunkt sind sie in eine programmatische Offensive geraten. Selbst diejenigen, die z. B. in der Investitionslenkungsdebatte theoretisches Innovationspotential erblickt haben wollen, können jetzt nur noch den Bankerott dieser kümmerlichen Ansätze konstatieren. Anträge, Entschließungen, Ausarbeitungen – auf den Kongressen tonnenweise produziert – verschwinden entweder im Papierkorb oder gerinnen zu einem Aktionsprogramm, dessen Inhalt immerhin so viel wert ist, daß es als Schacherware beim Auskugeln von Vorstandsposten benutzt werden kann. Das Niveau der theoretischen Verarbeitung der ökonomischen und sozialen Situation der BRD bei den Jungsozialisten spiegelt die Situation der Gesamtpartei wider; die Freiheit des Geistes endet dort, wo der zunehmenden Zerrüttung der materiel-

len Grundlage der Gesellschaft mehr als das Prinzip Hoffnung entgegengesetzt wird.

Nichts charakterisiert die Abgehobenheit und theoretische Hilflosigkeit dieser politischen Jugendorganisation schlagender als der Umstand, daß die Fraktionen der Juso-Arbeitsgemeinschaft erst wieder den Konsens herstellen mußten über ihren Arbeitsschwerpunkt: politische Jugendbildungsarbeit. Die hierzu von den Fraktionen angebotenen Konzeptionen sind mehr oder weniger illusorisch. Wenn die Verbindung mit der proletarischen Jugendbewegung im Reproduktionsbereich *oder* auf Betriebsebene *oder* in den Ausbildungsinstitutionen hergestellt werden soll, so drückt sich darin aus, daß ein weiteres Mal sozialistische Politik betrieben werden soll, ohne sich Klarheit über Lebenslage und Bewußt-

sein der nachrückenden Generation verschafft zu haben. Das abstrakte Wissen, daß die verfassungsmäßige Verankerung des Rechts auf Arbeit und Ausbildung eine sozialistische Gesellschaft voraussetzt, ersetzt nicht die Analyse der ökonomischen und sozialen Situation der BRD und die Erarbeitung eines *realistischen* Programms zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Daß die Jungsozialisten hierzu augenblicklich nicht in der Lage sind, wurde im Februar auf dem Hofheimer Kongreß eindrucksvoll bestätigt. Doch selbst wenn die Jusos es fertig bringen sollten, statt um Personalfragen zu rangeln sich auf eine gemeinsame, dezidiert sozialistische Programmatik zu verständigen – das Fallbeil des Parteivorstands ist geschärft. Die Jungsozialisten werden in der Defensive bleiben.

Regierungskrise in Italien

Mitte Januar erklärte die christdemokratische Minderheitsregierung Andreotti ihren Rücktritt. Damit hat sich der im Juli 1977 getroffene labile, aber den Machtverhältnissen der Klassen entsprechende politische Rahmen als nicht länger tragfähig erwiesen. Damals war das Programmabkommen der sechs Parteien von allen Beteiligten als eine Übergangsregelung von kurzer Dauer bezeichnet worden; sie enthielt den Widerspruch, daß eine Regierung, in der nur die DC, eine zwar auch Teile der Ar-

beiterklasse und der Bourgeoisie repräsentierende, aber überwiegend in den Mittelklassen verankerte Partei, vertreten war, ein maßgeblich von Kommunisten und Sozialisten mitbestimmtes Programm verwirklichen sollte. Die Regierung zeigte sich nach ersten, gemeinsam mit den sechs Parteien erarbeiteten Ergebnissen, die für die Arbeiterklasse von bleibendem Nutzen waren (Regionalisierung von Machtbefugnissen, Programmierungsgesetze zur industriellen Umstellung und Landwirt-

schaftsinvestitionen, Neuregelung der Wohnungsmieten) zunehmend unfähig, schrittweise die Programmübereinkunft durchzusetzen. Die Realisierung wichtiger Punkte des Juliabkommens (Entmilitarisierung der Polizei und Polizeigewerkschaft, Investitionsplanung der Staatsbeteiligungen, Neubestimmung der Leitung des überwiegend staatlichen Bankensystems u. a.) verzögerte sich; die Widersprüche in der Regierung, innerhalb der DC und die unterschiedlichen Auffassungen zwischen DC und den Parteien des Verfassungsbogens wurden immer deutlicher.

Stein des Anstoßes, an dem die Übereinkunft der sozialen und politischen Kräfte zerbrach, war der provisorische Regierungsentwurf zum Staatshaushalt 1978 und die widersprüchlichen Aussagen der Minister über dessen Defizit. Die Gewerkschaften kündigten einen Generalstreik an, falls die staatliche Einnahmen- und Ausgabenstruktur nicht qualitativ verändert und der Haushalt in diesem Sinn definitiv festgelegt werde. Nach einer Initiative des Republikaners La Malfa erklärten nacheinander auch Sozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten, daß der Zeitpunkt zur Veränderung des Regierungsrahmens gekommen sei und entzogen der Regierung Andreotti schließlich im Januar ihre Unterstützung.

Daß die zäh erarbeitete politische Konstruktion so rasch unhaltbar wurde, ist Ausdruck der sich nach dem Phasenwechsel des laufenden industriellen Zyklus erneut in enormem Ausmaß zuspitzenden sozialen Antagonismen, deren Bewältigung allein durch eine grundlegende Reorganisation der gesellschaftlichen Arbeit zu erreichen ist. Seit Mitte 1977 ist die Produktion in Ita-

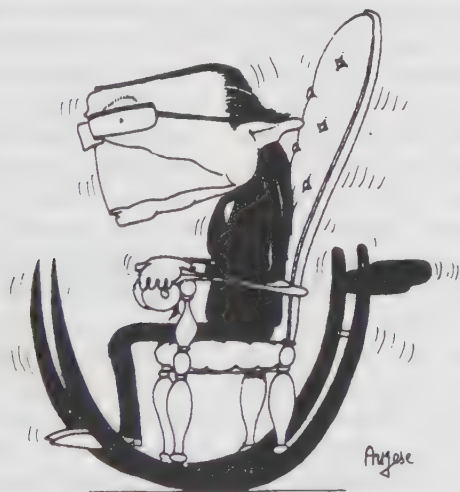
lien rückläufig, die Volkswirtschaft des Landes wird im Laufe dieses Jahres in eine neue schwere Krise geraten. Das heißt: Verminderung der in Italien schon ohnehin schmalen produktiven Basis, Massenentlassungen, von denen besonders in der Produktion beschäftigte Frauen betroffen sein werden, Erhöhung der Arbeitslosenzahl auf ca. 2 Mio, von der weit über die Hälfte Jugendliche sind und die in explosiver Weise im Mezzogiorno konzentriert ist; die erneute Zunahme von Terrorakten ist nur der spektakulärste Ausdruck dieser Entwicklung. Das heißt gleichzeitig eine massive Verschärfung der Probleme, die auch in der Aufschwungphase dieses Zyklus nicht gelöst werden konnten: ganze Industriezweige sind wegen mangelnder Absatzmöglichkeiten in die Krise geraten; viele privatwirtschaftliche Großunternehmen und Firmen, an denen der Staat beteiligt ist, arbeiten seit Jahren mit Verlust und sind stark verschuldet; Erneuerung und Ausbau der Produktionsanlagen sind stagnant oder rückläufig (1977 reale Bruttoinvestitionen minus 3%). Die Abhängigkeit von Roh- und Hilfsstoffimporten zwingt die italienische Wirtschaft zugleich, in besonderem Maße für den Export zu produzieren. Sie ist bei Strafe ihres Untergangs auf die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte auf dem Weltmarkt und – in einer Periode verschärfter Konkurrenz – den freien Zugang zu ausländischen Märkten angewiesen. Zur Verhinderung der sich abzeichnenden sozio-ökonomischen Katastrophe ist es daher notwendig, den Produktionsapparat stärker auszunutzen und zu modernisieren, so daß das Arbeitsvolumen nicht nur gehalten, sondern zum schnellen Abbau der Arbeitslosigkeit

vergrößert werden kann. Zusätzliche Produktion ist für einen gewissen Zeitraum ausschließlich im Mezzogiorno anzusiedeln. Produktion und Verwendung sind gesamtwirtschaftlich umzustrukturieren: von privater individueller Konsumtion zum kollektiven (öffentlichen) Verbrauch, zur produktiven Verwendung, speziell zum Ausbau von Anlagen. Dabei geht es in erster Linie um die Verminderung der Importabhängigkeit (besonders Energieerzeugung und Landwirtschaft) und um die Produktivi-

Landes nur durch Maßnahmen mit sozialistischer Zielrichtung zu bewältigen sind;

2. daß für eine grundlegende gesellschaftliche Umstrukturierung eine größere Mobilität der Beschäftigten zwischen Betrieben, Unternehmen und auch Branchen notwendig ist;

3. daß bei Erweiterung des gesellschaftlichen Umverteilungs- und Akkumulationsfonds der Gesamtlebensstandard der jetzt beschäftigten Lohnabhängigen eine zeitlang nicht ausge-



tätssteigerung bei der Herstellung von Gütern, die für den Export bestimmt sind.

In der italienischen Arbeiterbewegung hat sich das Bewußtsein darüber, wie die Gefahren für den Lebensprozeß der gesamten Gesellschaft abgewendet werden können, im vergangenen Jahr erweitert und vertieft. Einer großen Mehrheit ist klar – und in den Dokumenten der Gewerkschaften und Linksparteien nachzulesen –

1. daß die schwerwiegenden ökonomischen und sozialen Probleme des

weiteten werden kann, was aber dennoch eine Besserstellung von besonders benachteiligten Randgruppen erlaubt. Trotz vorhandener Unterschiede, Vorbehalte und im einzelnen auch Gegensätzen, formulierten die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse deutlich die im ganzen Land diskutierten Forderungen:

Vollbeschäftigung und Entwicklung des Mezzogiorno auf Basis einer demokratischen Wirtschaftsprogrammierung, die die Autonomie der Unternehmen entscheidend einschränkt und ein-

leitende Schritte zu einer Neuverteilung gesellschaftlicher Arbeit enthält. Nur unter dieser Voraussetzung ist die Arbeiterklasse bereit, über die Mobilität von einem Arbeitsplatz zum anderen zu verhandeln und Lohnforderungen an die zweite Stelle zu rücken: bei Erhaltung des Reallohns sollen die stärksten Lohndifferenzen ausgeglichen werden.

Als Garantie dafür, daß die schrittweise Ersetzung des kapitalistischen Systems durch bewußte und geplante Lenkung des Wirtschaftsprozesses tatsächlich erfolgt, fordern die Arbeiterorganisationen eine Regierung, die in der Lage ist, ihre Interessen wirksam durchzusetzen. Im großen Fabrikrat von FIAT-Mirafiori hieß die meistgerufene Parole »Die Arbeiterklasse an die Regierung«. Die Konföderation der drei Gewerkschaftsverbände CGIL-CISL-UIL fordert eine Regierung der breiten Übereinkunft aller demokratischen Kräfte, der PCI ein globales politisches Abkommen zwischen den Parteien des Verfassungsbogens mit präzisen Verpflichtungen und Kontrollen zur grundlegenden Bewältigung des gegenwärtigen Notstandes und die Etablierung einer Regierung der demokratischen Einheit und Solidarität, in der DC, PSI und PCI vertreten sind. In die gleiche Richtung – wenn auch verbunden mit anderen Zielvorstellungen und mit der zumindest mißverständlichen Terminologie des »Sozialpakts« – geht die Forderung der Republikaner. Die Sozialisten verlangen, falls eine volle Regierungsbeteiligung nicht erreicht werden kann, als Zwischenschritt die Einbeziehung des PCI in eine parlamentarische Mehrheit mit genauen Koalitionsvereinbarungen. Der PCI schließt diesen Schritt als Übergangsregelung nicht aus, bringt

aber als Notlösung die Hypothese eines Programmabkommens mit der DC und einer von den anderen Parteien gebildeten, von der DC geduldeten und kontrollierten Regierung ins Spiel.

Anfang Februar zeichnete sich folgender Kompromiß ab: eine DC-Regierung, die sich auf eine klare und anerkannte parlamentarische Mehrheit unter Einbeziehung von Kommunisten und Sozialisten stützt und die durch einen Ausschuß der Fraktionsvorsitzenden der Parteien ständig beraten und kontrolliert wird.

Über eine Weiterentwicklung des Juliabkommens hatten die sechs Parteien ohnehin schon kurz vor der Regierungskrise eine Verständigung erzielt, die keinen grundsätzlichen Gegensatz zu den Beschlüssen der Gewerkschaftsverbände bildet. An den gewerkschaftlichen Forderungen kommt keine politische Kraft in Italien vorbei; ihre Offensive zugunsten der bislang unbeschäftigten Bevölkerungsteile ebenso wie die Festigkeit, mit der die Kommunisten die Interessen der Lohnabhängigen vertreten, haben die hegemoniale Position der Arbeiterbewegung weiter verstärkt. Mehr denn je ist eine demokratische Regierung in Italien auf die Duldung, Zustimmung und Mitwirkung der Arbeiterbewegung angewiesen. Ein erneuter Mehrheitskonsens der sozialen Klassen und politischen Kräfte kann nur erreicht werden, wenn bei der begonnenen Neuformierung der Regierungsverhältnisse die Achse erneut nach links verschoben wird und das wirtschafts- und sozialpolitische Notstandsprogramm einer breiten parlamentarischen Koalition weitere Elemente sozialistischer Umgestaltung enthält.

Das Zentralkomitee der PCE hat 15 Thesen und Vorschläge für neue Parteistatuten verabschiedet, die dem im April in Madrid stattfindenden Parteitag zur Annahme vorgelegt werden. Zentrale Punkte: Absage an den dogmatischen Marxismus-Leninismus, an die Diktatur des Proletariats, Festlegung der PCE auf eine marxistische, demokratische und revolutionäre Massenpartei. In den Thesen und Vorschlägen wird das Ergebnis einer langen, bereits in der Phase der Illegalität 1964 entbrannten Diskussion der Partei über Entdogmatisierung und Entstalinisierung fixiert. Der Einschätzung von Simón Sánchez Montero, Mitglied des ZK der PCE, bei der Diskussion dieser Ergebnisse sei eine »journalistische Lawine« zu erwarten, von der ein großer Teil Desorientierung, Verfälschung und Verdrehung produziert statt eine vorurteilsfreie Einschätzung der Aufgaben von Kommunisten in einer Metropole wie Spanien zu geben, muß zugestimmt werden. Die Gretchenfrage wird wieder sein: Ist die Absage an den orthodoxen Marxismus-Leninismus und an die Diktatur des Proletariats gleichbedeutend mit Klassenverrat und Revisionismus oder bloß Ausdruck der überfälligen Korrektur von durch die wirkliche Entwicklung in Spanien überholten Formen des Klassenkampfes und ist der dadurch sichtbar werdende Gegensatz zu den orthodoxen Positionen innerhalb der kommunistischen Weltbewegung ein klarer Trennungsstrich zu dieser oder bloß eine neue, dem veränderten internationalen Kräfteverhältnis geschuldete Form des proletarischen Internationalismus? Simón Sánchez Montero versucht im nachfolgenden Beitrag eine erste Orientierung für die Diskussion vor dem Parteitag zu geben. (Die Veröffentlichung der Thesen des ZK der PCE und eine ausführliche Stellungnahme dazu ist für die nächste Nummer der Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus vorgesehen).

Simón Sánchez Montero

Vor einem historischen Parteitag

Die Sensationspresse, die spanische wie die ausländische, stellte die Annahme der politischen Vorschläge und des Entwurfs von Parteistatuten durch das Plenum des ZK so dar, wie es zu erwarten war. »Die PCE gibt den Leninismus preis« usw. Ohne Zweifel wird es zahlreiche Kommentare – und Entstellungen und Angriffe – geben, vor allem in den europäischen Ländern. Es ist ratsam, daß wir alle einen kühlen Kopf und sehr klaren Verstand gegenüber dieser Presselawine behalten, von der ein großer Teil nicht darauf ausgerichtet sein wird, die Wahrheit zu erkennen und herauszustellen, sondern sie zu fäl-

schen und zu verdrehen, um Verwirrung und Zweifel zu stiften.

Welches Ziel haben die politischen Vorschläge und der Statutenentwurf, die das ZK billigte? Unsere Politik, die wir seit einigen Jahren im Einklang mit der neuen politischen Situation, in der sich unser Land befindet, betreiben, weiterzuentwickeln. Unsere Partei auf die Ziele ihrer Politik und auf die Formen, in denen sie die Verwirklichung dieser Ziele anstrebt, auszurichten. Ihr inneres Leben auf eine zutiefst demokratische Weise festzulegen, die zugleich ihre Einheit der Aktion garantiert, wie es einer marxistischen, revolutionä-

ren, demokratischen Partei entspricht.

»Geben wir« den Leninismus »preis«? Dies ist eine sensationslüsterne und daher unangemessene, falsche Fragestellung. Es geht nicht darum, den Leninismus aufzugeben oder nicht. Es geht darum, daß das Leben selbst, die ökonomische, politische und soziale Entwicklung, vor allem in den Ländern des entwickelten Kapitalismus wie Spanien, *viele wesentliche Aussagen Lenins überholt hat*. Und das Aufrechterhalten dieser Formulierungen wäre das antileninistischste, das man sich vorstellen kann.

Ist es heute möglich, die Strategie und Taktik der Partei ausgehend von den Grundgedanken zu erarbeiten, daß die Weltkriege zwischen den imperialistischen Mächten unvermeidlich sind, daß diese Kriege eine große revolutionäre Krise hervorrufen werden, die vom Proletariat ausgenutzt werden muß, um den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln, die Macht durch einen bewaffneten Aufstand zu erobern, den bürgerlichen Staat zu zerschlagen und eisern die Diktatur des Proletariats zu errichten?

Es ist klar, daß das heute nicht möglich ist, vor allem in einem Land wie Spanien. Ein Weltkrieg wäre heute hauptsächlich ein Krieg zwischen der UdSSR und den USA. Und das würde wahrscheinlich die Vernichtung der Menschheit zur Folge haben. Auf dieser Grundlage, die bei Lenin wesentlich ist und *die in seiner Epoche berechtigt war*, kann heute nicht die Strategie des Kampfes für den Sozialismus erarbeitet werden.

Ein bewaffneter Aufstand ist nicht möglich. Die vollständige Zerschlagung des bürgerlichen Staats ist nicht mög-

lich. Und es ist nicht möglich, nicht nötig, nicht angebracht, die Diktatur des Proletariats zu errichten, um den Sozialismus aufzubauen.

Die Politik der Partei hat diese Probleme in *Übereinstimmung mit den heutigen Bedingungen* aufgelöst: Kampf für die Festigung und Entwicklung der Demokratie, für die Errichtung der politischen, sozialen und ökonomischen Demokratie, für die *demokratische Umwandlung* aller Staatsapparate; durch den politischen und den Wahlkampf der Massen für den Aufstieg der Kräfte der Arbeit und der Kultur, des Bündnisses der Parteien und Kräfte, die den Sozialismus anstreben, zur Macht und für den Aufbau eines wirklich demokratischen, pluralistischen Sozialismus, der die politischen Freiheiten und die Menschenrechte aufs äußerste entwickelt und zugleich die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt.

Das gleiche gilt für das Bündnis des Proletariats und der Bauern, das bei Lenin wesentlich ist. Heute ist es unzureichend; unsere Partei hat sich die Aufgabe gestellt, das notwendige *Bündnis zwischen den Kräften der Arbeit und der Kultur* zu verwirklichen. Heute hat Lenins Partei von 1903, eine Partei von Berufsrevolutionären und kleinen Zellen mit einer eisernen Disziplin, die die Gewerkschaften und Organisationen als Transmissionsriemen benutzt, um zu den großen Massen zu gelangen, ihre Gültigkeit verloren. Heute ist eine große Massenpartei von Hunderttausenden von Mitgliedern erforderlich, die in völlig demokratischer Weise arbeitet.

Wir könnten fortfahren, andere Themen Lenins aufzuzählen, die von der Geschichte überwunden sind. Es geht nicht darum, den Leninismus preiszu-

geben oder nicht: es geht darum, daß die Geschichte ihn überholt hat und daß er nicht mehr »der Marxismus unserer Epoche« ist; aber wir bewahren das, was bei Lenin am charakteristischsten ist: seine dauernde kritische Haltung, seine »konkrete Analyse der konkreten Wirklichkeit« sein unerschütterlicher Wille, den Sozialismus und den Kommunismus zum Sieg zu bringen. Dieses Charakteristikum Lenins bestimmte seine erstaunliche schöpferische Fähigkeit und machte aus ihm den größten Revolutionär, den es in der Geschichte gab. Wenn wir die spanische Kommunistische Partei als eine marxistisch revolutionäre Partei begreifen, nehmen wir alles auf, was es bei Lenin und den anderen großen marxistischen Denkern und Revolutionären an Positivem gibt.

Wir überwinden den ganzen antimarxistischen Fetischismus, in den der »Leninismus« in seiner Version als Katechismus verfallen ist. Das wird der Partei erlauben, die Entwicklung ihrer revolutionären und demokratischen Politik ohne Hemmnisse fortzusetzen.

Jetzt an die Arbeit. Laßt uns den politischen Vorschlag und den Statutenentwurf in der ganzen Partei diskutieren, laßt uns sie verbessern, indem wir die zweckmäßigen Korrekturen einarbeiten, laßt uns die Politik der Partei den großen Massen erläutern und Zehntausende von neuen Mitgliedern gewinnen...

So werden wir aus dem IX. Parteitag unserer Partei einen wirklich historischen Parteitag machen.

aus: Mundo Obrero, Nr. 4, 1978

Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus

Jetzt 6 x im Jahr

Jedes Heft ca. 170 Seiten zum Preis von DM 9,-

Jahresabo: DM 44,- (also DM 10,- gespart!)

Bestellkarte zum Losschicken liegt dem Heft bei.

Abonnenten!

bitte teilt im Interesse einer reibungslosen Zustellung der Zeitschrift

Adressenveränderungen

umgehend mit an den Vertrieb: VSA, Postfach 360 307, 1000 Berlin 36

Der kranke Wirtschaftsriese BRD

1978: Vom Wirtschaftswunder zur Massenarbeitslosigkeit

Seit Mitte 1975 hat die kapitalistische Weltwirtschaft und daher auch die BRD die Talsohle der seit den 30iger Jahren schärfsten Krise hinter sich gelassen. Jedoch: die zutage getretenen wirtschaftlichen und sozialen Probleme sind durch das zaghafte Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion nicht beseitigt worden. Seit über drei Jahren sind in der BRD durchschnittlich eine Million Arbeitslose registriert, das Lehrstellenangebot ist mangelhaft, für Frauen und Ausländer hat sich die Situation am Arbeitsmarkt laufend verschlechtert. Die Tarifauseinandersetzungen werden härter; nicht mehr die Steigerung des Lebensstandards steht auf der Tagesordnung, sondern seine Absicherung. Das soziale Klima verschlechtert sich zusehends und die Existenzunsicherheit erfaßt mehr und mehr Lohnabhängige.

Diese Republik samt marktwirtschaftlichem Fundament und sozialer Orientierung des Eigentums, ist plötzlich mit den gleichen Problemen konfrontiert wie alle anderen kapitalistischen Länder. Die Massenarbeitslosigkeit wird zum Moment des Alltagslebens; wir sprechen wieder von der »verlorenen Generation«, da Jugendliche heute weder in Ausbildung noch Beruf ihre Neigung und Interessen entwickeln können; das soziale Netz reißt an allen Ecken und die ehrwürdige Sozialdemokratie begleitet ihre Politik der Ausbesserei mit Versprechungen auf eine baldige bessere Zukunft.

Ganze Regionen wie das Saarland drohen zu verelenden, wenn die Situation sich nicht ändert. Dabei steht fest: die Zeiten des zügigen wirtschaftlichen Wachstums gehören der Vergangenheit an; wirtschaftliche Schwierigkeiten sind nicht Ausdruck einer italienischen, englischen etc. Krankheit, sondern haben etwas mit der Art und Weise zu tun, wie die kapitalistische Wirtschaft organisiert ist.

Neue Schrecken stehen ins Haus: der kümmerliche Aufschwung des Jahres 1976 ist ins Stocken geraten; die Arbeitslosigkeit erfaßt noch größere Kreise der Bevölkerung; trotz

vieler Konjunkturprogramme und vielsprachiger Beschwörungsformeln der Regierungshäupter aus den wichtigsten kapitalistischen Nationen ist die industrielle Produktion in Westeuropa rückläufig. Ist die BRD im internationalen Vergleich immer noch ein Hort der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Stabilität? Sicher: noch geht es im Durchschnitt vielen Lohnabhängigen dieses Landes relativ besser, als der arbeitenden Bevölkerung in den kapitalistischen Nachbarstaaten. Aber ist der leichte Fieberanfall wirklich bald überwunden, wie uns dies die in Sachen »Arzt am Krankenbett des Kapitalismus« erfahrene Sozialdemokratie immer wieder erzählt? Was bringt uns das laufende Jahr:

- 3,5 % reales wirtschaftliches Wachstum?
- »nur« 1 Million Arbeitslose im Jahresdurchschnitt?
- Einkommensverbesserungen, die leicht über der Zuwachsrate des Preisniveaus liegen?
- und schließlich einen berühmten Silberstreif am weltwirtschaftlichen Horizont?

Oder müssen wir uns darauf einstellen, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung weiter verschlechtert und auch in der Bundesrepublik schon in kurzer Zeit alle ökonomischen und sozialen Errungenschaften der »sozialen Marktwirtschaft« verschwunden sind, erneut soziale Unsicherheit, Elend und politische Konflikte als alltägliche Erscheinungen des Kapitalismus dominieren?

I. Gesamtkapital und Arbeiterklasse

Einer Einschätzung der jetzigen und für 1978 zu erwartenden sozialen und politischen Entwicklung in der BRD ist die Untersuchung der ökonomischen Entwicklung vorausgesetzt. Sowohl die Entwicklung des *Sozialprodukts* insgesamt als auch die seiner Komponenten läßt zwar die Entwicklung der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion in den groben Umrisen erkennen; will man jedoch die Gründe für die spezifische Entwicklung und Verlaufsform der gesellschaftlichen Ökonomie untersuchen, ist es erforderlich, die von der allgemeinen Statistik gelieferten Daten umzugruppieren.

Ökonomische Größen sind Resultate und Formen gesellschaftlicher Arbeit und der Reproduktion der Individuen in bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen. Der Schein der eigentümlichen Sachzwängen folgender Eigenbewegung der Wirtschaft ist nur aufzulösen, indem die ökonomischen Formen als objektive Grundlage und Ausdrucksform der wirklichen Arbeit und Lebenstätigkeit der verschiedenen sozialen Klassen und Klassenabteilungen dargestellt werden. Dies Herausschälen des sozialen Gehalts der allgemeinen Wirtschaftsstatistik nennen wir *Wertrechnung*¹; man hat es hier zunächst mit der Produktion und der darin einbegriffenen primären Distribution des gesellschaftlichen Produkts zu tun, also mit den Resultaten der Bewegung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals².

Industrieller Zyklus: Akkumulation und Beschäftigung

Sowohl das Sozialprodukt als auch der *Produktenwert* der gesellschaftlichen Arbeit zeigen den für kapitalistische Gesellschaften charakteristischen Verlauf der Produktion des

Abb. 1: Sozialprodukt



Vierteljährliches Sozialprodukt in Preisen von 1970. Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum.
Quelle: DIW

Alle Angaben für 1977 sind vorläufige Zahlen

STRUKTUR DES JÄHRLICHEN PRODUKTS DES GESELLSCHAFTLICHEN GESAMTKAPITALS (vereinfacht)

PRODUKTENWERT

- konstantes Kapital
- = WERTPRODUKT
- variables Kapital (Lohn der produktiven Arbeiter)
- = MEHRWERT
- Zirkulationskosten
- = PROFIT
- Akkumulationsfonds
- = Konsumtionsfonds der besitzenden Klassen

Reichtums in Gestalt regelmäßiger, mehrere Jahre umfassender Schwankungen. Das Nationalkapital der BRD hat von 1972 bis 1975 die sechste dieser aufeinanderfolgenden Lebensperioden nach dem zweiten Weltkrieg durchlaufen. Gegenwärtig befinden wir uns im letzten Drittel des siebten Weltmarktzyklus³, der in der BRD Mitte 1975 begonnen hat.

In jeder dieser Perioden, den *industriellen Zyklen*, durchläuft der Reproduktionsprozeß des Kapitals abwechselnd die Phasen von Expansion und Kontraktion des gesellschaftlichen Produkts. Die materielle Grundlage des industriellen Zyklus ist in der spezifischen Form der Reproduktion und Akkumulation der Elemente des fixen Kapitals gegeben. Der periodisch erfolgende Ersatz und die Neuanlage von Maschinerie in der großen Industrie zwingt der gesamten Ökonomie ihren charakteristischen Lebenslauf auf. Für die Länge des Zyklus ist nicht nur die technische Lebensdauer dieser industriellen Anlagen entscheidend, sondern in viel höherem Grad der moralische Verschleiß, die vorzeitige technologische Veralterung. Der Konkurrenzkampf zwingt den einzelnen Kapitalen die Notwendigkeit der vorzeitigen Erneuerung auf neuer technischer Entwicklungsstufe auf, er exekutiert die immanenten Bedingungen der spezifischen Form, in der das Kapitalverhältnis die Entwicklung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit vorantreibt.

Die periodische Neuanlage von Kapital als produktivem Kapital, vorgeschossen zur Produktion von Wert und Mehrwert, ist wertmäßig abzulesen an der Entwicklung des *Akkumulationsfonds* (vgl. Abb. 2). Die Akkumulation von Kapital und damit die Erweiterung des produktiven Apparats der Gesellschaft erfolgt jeweils massenhaft zu Beginn der industriellen Zyklen. Im Unterschied zu den früheren Zyklen der Nachkriegsentwicklung⁴ ist der Aufschwung 1972/3 charakterisiert durch eine nur leichte Steigerung des Akkumulationsfonds. Diese schwache Akkumulation führt dazu, daß die Anzahl der vom Kapital beschäftigten produktiven Arbeiter, der unmittelbaren Produzenten von Wert und Mehrwert, seit 1970 beständig zurückgeht.

Aber auch ein nur schwacher Aufschwung ist begleitet von einer Ausdehnung der Produktion, der Einkommen der verschiedenen Klassen und des Marktes, also der gesamtgesellschaftlichen Nachfrage. Der Reproduktionsprozeß stellt sich dar als sich erweiternde Spirale und die Expansion von Nachfrage und Produktion gibt sich wechselseitig Anstoß und erweitert den reproduktiven Zirkel über das Maß hinaus, das im jeweils vorherigen Zyklus den Höchststand markiert. Das Kapital treibt die gesellschaftliche Produktion voran, der Widerspruch von Produktion und Markt findet im periodischen Aufschwung seine zeitweilige Bewegungsform. Für den *sechsten Zyklus* der BRD-Entwicklung sind eine Reihe von Sonderbedingungen zu konstatieren, die dazu geführt haben, daß trotz nur schwacher Akkumulation und beständiger Freisetzung von produktiven Arbeitern dieser Zyklus noch mit relativ hohen Wachstumsraten durchlaufen werden konnte. In erster Linie sind hier die ständig weit überdurchschnittlich steigende Auslandsnachfrage⁵ und spekulative Tendenzen im Wohnungsbau anzuführen. Aber selbst diese kräftigen Nachfragesteigerungen konnten 1972/3 keine beschleunigte Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals mehr in Gang setzen. Schon dieser Zusammenhang verweist auf den veränderten Grundcharakter der Akkumulation seit dem Ende des fünften Nachkriegszyklus.

1974/5 eklatieren die Widersprüche in einer für die Nachkriegszeit bislang ungekannten Heftigkeit. Die industrielle Produktion wird um über zehn Prozent reduziert, Millionen Arbeiter erweisen sich als überzählig, überzählig für das Maß an Produktion, das es dem

Abb. 2: Akkumulation des Kapitals

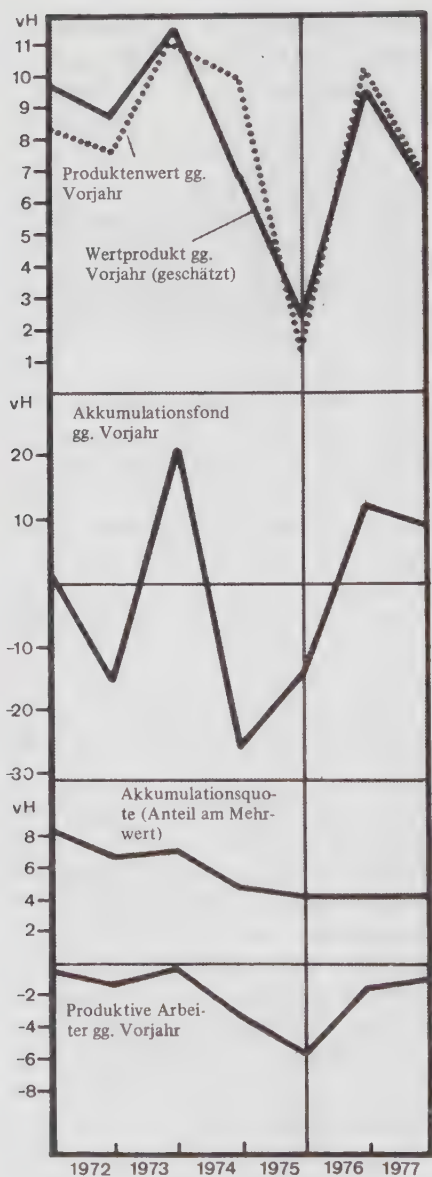
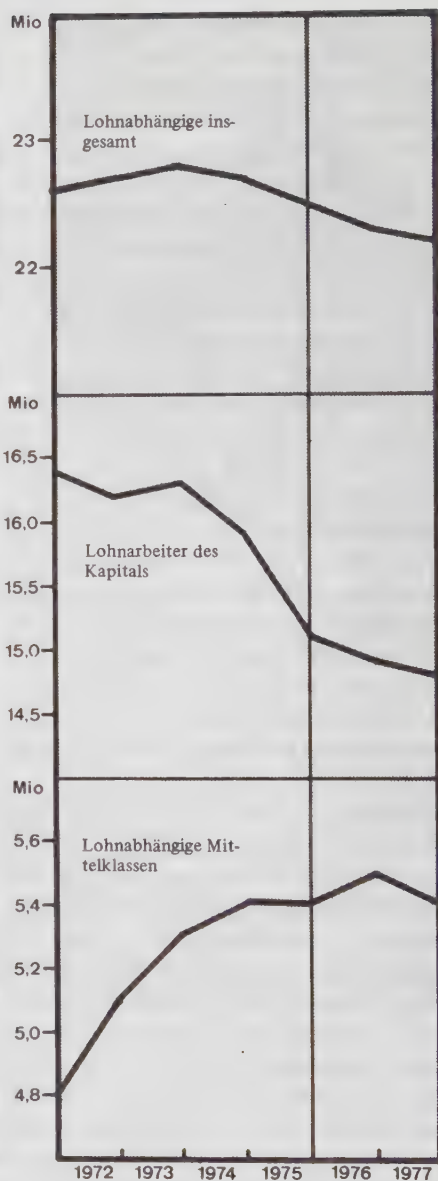


Abb. 3: Lohnabhängige



Kapital ermöglicht, seit dem zweiten Halbjahr 1975 seinen fehlerhaften Kreislauf erneut zu beginnen.

Im Aufschwung 1976/7 zeigt sich aber schnell, daß die Widersprüche durch die Krise nicht bereinigt wurden. Die sich erweiternde Spirale des Reproduktionsprozesses kommt nach einer ersten heftigen Reaktion auf das Krisentief nicht mehr richtig in Gang. Schon Ende 1976 hat die Lagerhaltung wieder ihr Normalniveau erreicht; die Impulse, zum Teil durch Staatsverschuldung überhaupt erst erzeugt, bringen weder die industrielle Produktion noch eine verstärkte Endnachfrage in Gang. Der Aufschwung flacht zusehends ab. Schon Anfang 1977 ist erneut Stagnation und Rückläufigkeit in den Wachstumsraten der Produktion festzustellen.

Parallel zur geringfügigen Ausdehnung der Endnachfrage sind weitere Phänomene zu registrieren: die jährliche Anzahl der *Konkurse* bleibt auf dem 1975 erreichten hohen Niveau; auch im Aufschwung sind in der BRD jährlich über zehntausend Pleiten zu verzeichnen mit einer Schuldensumme von jeweils mehr als einer Million DM. Der leichte Anstieg bei der Neuanlage von Kapital, sichtbar im Wachstum des Akkumulationsfonds, führt unter den von der begrenzten Nachfrage her gesetzten Bedingungen sofort zur Brachlegung von anderen Teilen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals oder auch nichtkapitalistischer Warenproduzenten.

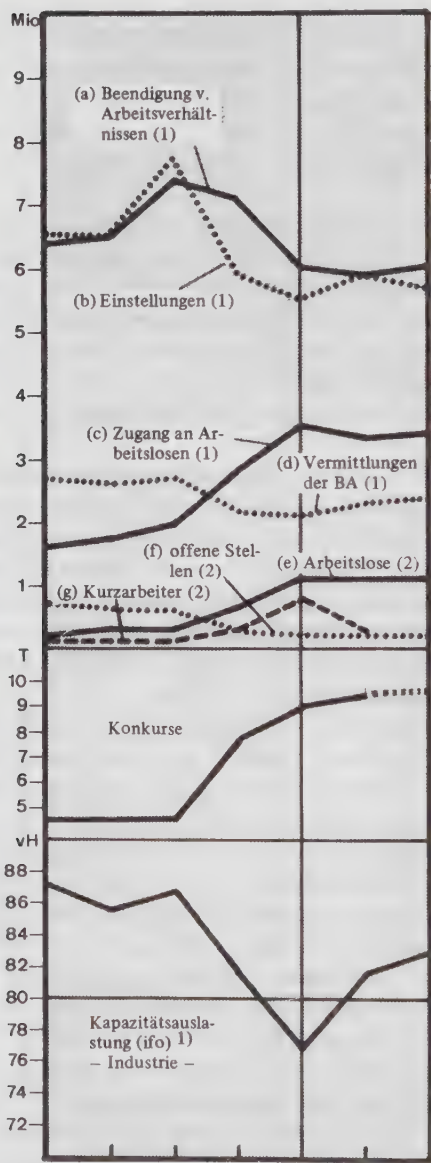
Die Überakkumulation des gesellschaftlichen Kapitals drückt sich in der geringen *Kapazitätsauslastung* der Industrie aus. Anfang 1977, dem Höhepunkt des Aufschwungs im siebten Zyklus, sind die industriellen Anlagen zu 20 Prozent unter der Normalnutzung ausgelastet. Der Überfluß an Kapital existiert nicht nur in den Elementen des im Produktionsprozeß engagierten Kapitals; *Überfluß an Geldkapital* und gedrückte Zinssätze sind spezifische Formen latenter Überakkumulation von Kapital. Dies Phänomen, das scheinbar günstige Bedingungen für das produktive Kapital bedeutet, ist umgekehrt auch und vor allem Resultat der Überreichlichkeit von produktivem Kapital selbst.

Unter diesen Bedingungen ist jede Annahme einer beschleunigten Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals unrealistisch. Das Kapital stößt mit der Produktion schon nach kurzer Zeit an die eng gezogenen Grenzen des Marktes; damit geht die leichte Belebung in Stagnation über und in definitiven Abschwung für diesen Zyklus.

Tendenziell zurückgehendes Wachstum und gegenüber früher stärker ausgeprägte zyklische Schwankungen resultieren in tieferen, länger anhaltenden Krisenphasen des Reproduktionsprozesses. Die insgesamt rückläufige Akkumulation von Kapital, besonders deutlich ausgedrückt in der fast durchgehend fallenden *Akkumulationsquote*, markiert einen neuen Lebensabschnitt der bürgerlichen Gesellschaft seit Ende des fünften Nachkriegszyklus. Die in diesem Prozeß eingeschlossene beständige Freisetzung von produktiven Arbeitern hat die Bedingungen auf dem *Arbeitsmarkt* grundlegend geändert.

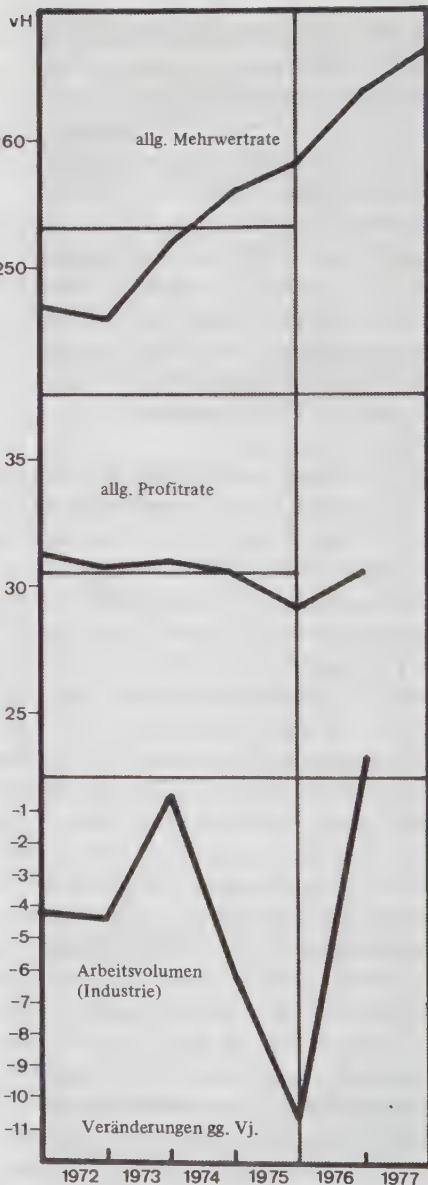
In den *Akkumulationsprozeß* des gesellschaftlichen Gesamtkapitals ist eine permanente Veränderung des Gesamtumfangs und der Zusammensetzung der *Beschäftigung* eingeschlossen. Die beiden Hauptfaktoren, die den Gesamtumfang der vom Kapital beschäftigten Lohnarbeiter bestimmen, sind auf der einen Seite die mit der Akkumulation einhergehende Ausdehnung des Umfangs der Produktion und Zunahme der Beschäftigung, und auf der anderen Seite die mit der Entwicklung der Produktivkraft gesellschaftlicher Arbeit gegebene mehr oder minder beständige Freisetzung von insbesondere produktiven Arbeitern.

Abb. 4: Arbeitsmarkt/Konkurse/
Kapazitätsauslastung



1) Jahressummen
2) Jahresdurchschnitt
1) in % der betriebs-
üblichen Vollaus-
nutzung

Abb. 5: Verwertung des Kapitals



In den *Zeiten beschleunigter Akkumulation* und hoher Wachstumsraten der Produktion erweitert das Kapital sprunghaft die Zahl der exploitierten Lohnarbeiter im Aufschwung und vermindert sie in der Krise in relativ geringem Umfang. In dieser Bewegung, die in der BRD in den ersten fünf Nachkriegszyklen vorherrschend war, also bis 1971, findet zwar auch beständige Umwälzung der Produktionsweise statt und dadurch bedingte permanente Freisetzung von produktiven Arbeitern. Dieser durch die Entwicklung der Produktivität der Arbeit bewirkten Verminderung der Beschäftigung wirkt hier aber entgegen, daß auf der anderen Seite durch die beschleunigte Akkumulation von Kapital mehr Arbeiter eingestellt als entlassen werden können. So wurden in diesem widersprüchlichen Prozeß selbst während der geradezu stürmischen Prosperitätsphase im fünften industriellen Zyklus (1968–71) einige Millionen Lohnarbeiter des Kapitals entlassen und kurzzeitig arbeitslos; insgesamt jedoch vergrößerte das Kapital sein Exploitationsfeld um 1.1 Millionen Arbeitskräfte auf 16.4 Millionen. Die am Ende des vierten Zyklus 1967 kurzfristig auf fast eine Million angestiegene Zahl der Arbeitslosen konnte rasch bis auf rund hunderttausend abgebaut werden. Das Kapital konnte mit Leichtigkeit die nachwachsende Arbeitergeneration in den Arbeitsprozeß eingliedern und rund 1.3 Millionen ausländische Arbeitskräfte zusätzlich in die BRD holen. Ganz anders dagegen die Entwicklung *seit Ende des fünften industriellen Zyklus*. Von 1972 bis 1975 übersteigt die Zahl der vom Kapital entlassenen Lohnarbeiter die der eingestellten um 1.3 Millionen. Einzig im Höhepunkt des sechsten industriellen Zyklus 1973 war eine Vergrößerung der Anzahl der Lohnarbeiter des Kapitals zu verzeichnen. Der geringe Anstieg um fünfzigtausend entfiel aber ganz auf das Zirkulationspersonal; die unmittelbaren Produzenten wurden weiter verringert. Die durch Rationalisierungen und Stilllegungen von Produktionsbetrieben freigesetzten Arbeiter können durch die nur in geringerem Umfang erweiterte Produktion nur zum Teil weiterbeschäftigt werden; die Produktion überschüssiger Arbeitsbevölkerung, überschüssig in Relation zur Nachfrage des Kapitals nach Arbeitskräften, ist die Folge. Am Anschwellen der Zahl der *registrierten Arbeitslosen* während des ganzen sechsten Zyklus läßt sich diese Entwicklung ablesen.

In der Abb. 4 sind die Umschichtungen auf dem Arbeitsmarkt, die mit der veränderten wirtschaftlichen Entwicklung einhergehen, in verschiedenen Maßzahlen erfaßt⁶. Die Gesamtzahlen der jährlichen *Beendigungen von Arbeitsverhältnissen*, nicht nur der Entlassungen, und der *Einstellungen* machen den Maßstab deutlich, auf dem permanent Umstrukturierungen innerhalb des gesellschaftlichen Arbeitskörpers stattfinden. Auch wenn man berücksichtigt, daß in dieser Statistik Fälle und nicht Personen erfaßt sind, kommt man zu dem Ergebnis, daß im Laufe eines industriellen Zyklus ein erheblicher Prozentsatz der Lohnarbeiter des Kapitals seinen Arbeitsplatz wechselt. Das Niveau des registrierten jährlichen *Zugangs an Arbeitslosen*, also die Gesamtzahl der Personen, die sich ein- oder mehrmals arbeitslos melden, liegt erheblich unter dem Gesamtvolumen dieser Umgruppierungen. In der von 1973 bis 1975 gegenläufigen Entwicklung der Kurven drückt sich aus, daß in der Abschwungphase des industriellen Zyklus die Zahl der Lohnarbeiter, die kündigen, weil sie woanders bereits einen besseren Arbeitsplatz haben, rapide abnimmt. Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses bedeutet jetzt zunehmend: entlassen werden und mehr oder weniger lange arbeitslos bleiben.

Die *Betroffenheit von Arbeitslosigkeit* ist in der Zahl der registrierten Arbeitslosen nur

sehr unvollständig ausgedrückt. Die vom Arbeitsmarkt ganz verdrängten Teile der Arbeiterklasse, abgeschobene Ausländer, Frauen, die die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgeben haben, und Jugendliche, die sie gar nicht aufnehmen und verlängerte Ausbildungen durchlaufen, machen weit über eine Million an zusätzlicher faktischer Reservearmee aus. Aber auch dann handelt es sich noch um die im Jahresdurchschnitt Arbeitslosen. Nach Ermittlungen des IAB muß davon ausgegangen werden, daß im gesamten sechsten Zyklus über 4 Millionen Arbeiter und Angestellte mindestens einmal arbeitslos waren, so ungefähr ein Viertel der Lohnarbeiter des Kapitals die Unsicherheit seiner Lebenslage unmittelbar zu spüren bekommen hat.

Obwohl in der Krise 1974/5 über eine Million Arbeitsplätze durch das Kapital vernichtet wurden, eine drastische Entwertung von Kapital und die Beseitigung weniger produktiver Arbeitsplätze stattfand, setzte sich die Verringerung der Anzahl der Lohnarbeiter des Kapitals auch in der Aufschwungphase des siebten Zyklus fort. 1975 erreichte die jährliche Summe der registrierten Fälle von Arbeitslosigkeit den Höchststand von 2.3 Millionen. 1976 verringerte sich diese Zahl nur geringfügig und blieb 1977 in etwa konstant; die Häufigkeit der Entlassungen der beim Kapital beschäftigten Arbeitskräfte hat also gegenüber den Krisenjahren kaum abgenommen. Darin drückt sich zum einen die fortgesetzte Vernichtung von Arbeitsplätzen aus, zum anderen die beschleunigte Umsetzung von Arbeitskräften: ausländische Arbeitskräfte werden außer Landes geschickt, behinderte oder ältere Lohnarbeiter werden auf die Straße gesetzt und durch leistungsfähigere ersetzt.

Dagegen ist die entgegengesetzte Bewegung der Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion, der Erweiterungsinvestitionen, in ihrer Wirkung auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter vergleichsweise gering. Zwar stieg die Produktion bis Anfang 1977 wieder deutlich an, jedoch waren zu Beginn des Aufschwungs die Kapazitäten derart unausgelastet, Kurzarbeit und reduzierte Überstunden so allgemein, die Möglichkeit für das Kapital in dieser Lage so günstig, die Intensität der Arbeitsverausgabung zu erhöhen, daß das vergrößerte Gesamtprodukt mit insgesamt noch weiter reduziertem Arbeitsvolumen erzeugt werden konnte. 1977, auf dem Höhepunkt des siebten Zyklus, wird eine gegenüber dem letzten Höchststand 1973 leicht vergrößerte Gesamtproduktion an stofflichem Reichtum von einem produktiven Gesamtarbeiter produziert, der um über zehn Prozent verkleinert ist. Einzig zu Beginn des Jahres 1977, nach zwei Jahren Aufschwung, als die Erholung deutliche Fortschritte gemacht hatte, war die Nachfrage nach neuen Arbeitskräften für kurze Zeit annähernd so groß wie die Zahl der gleichzeitig Entlassenen.

Im Vergleich der Entwicklungsformen der Akkumulation und der Beschäftigung im sechsten und noch krasser im siebten industriellen Zyklus mit denen der vorangegangenen Phase beschleunigter Akkumulation und kräftigen Wachstums wird sehr deutlich, wie die Zu- oder Abnahme der exploitierten Arbeiter und der Umfang der industriellen Reservearmee direkt von der Akkumulationsbewegung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals abhängen. Die Entwicklung der Lohnarbeit, die nicht vom Kapital beschäftigt wird, wirkt hier nur in geringerem Umfang ein und selbst noch, wie später zu zeigen ist, vermittelt als Konsequenz der Entwicklung in der unmittelbaren Produktion.

Entsprechend ihrer Funktion im Gesamtprozeß des Kapitals als unmittelbare Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums sind die *produktiven Lohnarbeiter* des Kapitals wesentlich stärker von der Expansion und Kontraktion im Verlauf des industriellen Zyklus

betroffen als die vom Kapital beschäftigten unproduktiven Arbeiter oder Zirkulationsagenten⁷. Seit dem Ende des fünften Zyklus vermindert das Nationalkapital der BRD ohne Unterbrechung sein produktives Arbeitspersonal; die Schwankungen im Verlauf der letzten beiden Zyklen machen sich lediglich im stärkeren oder schwächeren Abbau des produktiven Gesamtarbeiters geltend. Zwar steigt infolge der weiter entwickelten Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit die Masse des produzierten Reichtums, seiner stofflichen Seite nach betrachtet, gleichzeitig nimmt aber die Zahl der produktiven Arbeiter ab, verengt sich also, nur gebremst durch intensivere Arbeitsverausgabung der beschäftigten Produzenten, die *produktive Basis* des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses.

Neben den Lohnarbeitern des Kapitals tragen die *Beschäftigten in den nichtkapitalistischen Unternehmen* zur Produktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtprodukts bei⁸. Die Lohnabhängigen in diesem teils traditionell fortexistierenden, teils in den Nischen der kapitalistischen Produktion neugebildeten Bereich der gesellschaftlichen Arbeit sind infolge der weiter fortschreitenden Vernichtung der Kleinstunternehmen bis 1977 wiederum vermindert worden. Sie stellen 1977 mit nur noch 0.9 Millionen Arbeitskräften 5.5 Prozent der beschäftigten Arbeiterklasse; sie sind zum größten Teil im sogenannten Dienstleistungsbereich beschäftigt (Gaststättengewerbe, »Freie Berufe« etc.: 36 Prozent), daneben im Kleinhandel (30 Prozent).

Die Entwicklung im sechsten und siebten Zyklus ist dadurch charakterisiert, daß in dieser Zeit die Seite der Freisetzung von produktiven Arbeitern und insgesamt auch Lohnarbeitern des Kapitals, resultierend aus der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, überwiegt gegenüber der Seite der Absorption zusätzlicher Arbeitskräfte, resultierend aus der Ausdehnung von Akkumulation und Produktion.

Ist das Wachstum und die Entwicklung deshalb unzureichend, haben wir deshalb eine so hohe Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, weil ein immer größerer Teil der Investitionen für *Rationalisierungen* und nicht Erweiterungen verwendet wird? Niemand wird bestreiten, daß in den letzten Jahren die Produktionsweise in erheblichem Umfang umgewälzt wurde, in weiten Bereichen neue Technologien eingesetzt werden, mit deren Hilfe die gleiche oder eine zumeist auch absolut verminderte Beschäftigtenzahl ein vergrößertes Produkt herstellen kann. Hinzu kommen massive Umwälzungen im Bereich des Handels und der privaten Verwaltungen.

Es handelt sich hierbei aber insgesamt um keine neue Entwicklung. Umgekehrt muß davon ausgegangen werden, daß Veränderungen der Produktionsweise, die die Produktivkraft gesellschaftlicher Arbeit steigern, vom Kapitalverhältnis beständig vorangetrieben werden. Jede große Neuanlage von produktivem Kapital findet auf neuer technologischer Entwicklungsstufe statt. Für die BRD gehen wir davon aus, daß in den fünfziger und sechziger Jahren weitaus größere Produktivitätssteigerungen stattgefunden haben, die gesellschaftliche Gesamtarbeit betrachtet und nicht bloß einzelne Produktionszweige, als in den letzten Jahren⁹.

Der Unterschied gegenüber den früheren Zeiten starken wirtschaftlichen Wachstums und hoher Beschäftigung liegt also zunächst allein darin, daß *zuwenig akkumuliert* wird, zuwenig um bei selbst leicht zurückgehenden Produktivkraftsteigerungen die ganze arbeitsfähige Bevölkerung zu beschäftigen. Diese »Investitionsschwäche« zeigt sich dann allerdings auch darin, daß innerhalb des Fonds für Ersatz und Akkumulation von fixem Ka-

pital (oberflächlich ausgedrückt: der Bruttoinvestitionen) die Bedeutung von Ersatz und Rationalisierung gegenüber der Erweiterung relativ zunimmt. Aber eben nur, weil die Erweiterung abnimmt, also der Gesamtumfang der Akkumulation zurückgeht.

Diese Feststellung ist aber noch keine Antwort auf die Frage, *warum* denn in den letzten beiden Zyklen die Akkumulation von Kapital tendenziell zurückgegangen ist, warum der Anteil des kapitalisierten Mehrwerts von seinem historischen Tiefstand nicht mehr wekommt. Für das gesellschaftliche Gesamtkapital ist die Frage zu beantworten, warum die Expansionsprozesse im sechsten und siebten Zyklus nicht zu einer derartigen Ausdehnung der Nachfrage geführt haben, daß ein sich selbst tragender Aufschwung, also beschleunigte Akkumulation von Kapital in Gang kommen konnte. Warum erweitert sich der Markt nicht mehr in dem früher gekannten Maß?

Surplusproduktion

Dem Kapital ist es nicht um die Produktion von Gebrauchswerten zu tun, diese ist bloß notwendige Bedingung für seinen Prozeß, es läßt auch nicht nur Wert produzieren, sondern der kapitalistische Produktionsprozeß ist wesentlich *Verwertungsprozeß*. Der Grund für die bislang charakterisierte Entwicklung der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion seit dem Ende des fünften Zyklus ist in diesem historisch spezifischen Charakter des Kapitalverhältnisses zu suchen.

Die *Verteilung des Produkts* ist in ihren wesentlichen Formen Moment des Reproduktionsprozesses selbst. Wir haben es bei der Betrachtung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals mit zwei Maßbestimmungen der Verwertung zu tun. Der immanente Charakter des Kapitalverhältnisses ist in der *Mehrwertrate* ausgedrückt, dem Maß für das Verhältnis, in dem die produktiven Arbeiter nicht für sich, sondern für andere produzieren, nicht für ihre kontinuierliche Reproduktion, sondern für die Kapitalistenklasse.

Die allgemeine Mehrwertrate steigt im Untersuchungszeitraum fast durchgehend an und erreicht nach der Krise 1975 das für die BRD bislang höchste Niveau¹⁰. Es gelingt dem Kapital im sechsten Zyklus, den Ausbeutungsgrad auf ein neues Niveau zu heben, auf dem die Arbeit im siebten Zyklus zu verausgaben ist. Die allgemeine Mehrwertrate ist der *absolute, zusammenfassende Ausdruck für die Exploitation* der unmittelbaren Produzenten des Reichtums; die Entwicklung des durchschnittlichen Niveaus der Ausbeutung¹¹ ist jedoch durch die Entwicklung einer Reihe von Faktoren bedingt, die hier nicht im einzelnen aufgeschlüsselt werden können. In einer gleichen Mehrwertrate können unterschiedliche Verhältnisse der verschiedenen Formen der Ausbeutung ausgedrückt sein, mithin auch sehr unterschiedliche *Arbeits- und Lebensbedingungen* der werktätigen Massen.

An der Entwicklung der Arbeitszeit ist abzulesen, daß die Steigerung des absoluten Mehrwerts in dem hier betrachteten Zeitraum keine Rolle spielt, abgesehen von der Zeit unmittelbar nach der Krise 1974/5. Die gestiegene Mehrwertrate kann dann nur Resultat sein entweder einer Senkung des Reproduktionsniveaus der Arbeiterklasse, der Entwicklung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit oder der Steigerung ihres Intensitätsgrades¹².

Einführung verbesserter Maschinerie und höheres Arbeitstempo sind die Mittel für das

Kapital, einen größeren gesamtgesellschaftlichen Mehrwert auszupressen. Mit der 1974 anschwellenden und ab 1975 sich konsolidierenden Massenarbeitslosigkeit kommen die für das Kapitalverhältnis charakteristischen Zwangsmittel voll zum Tragen. Unsicherheit der Arbeitsplätze, Existenzangst, tatsächliches Elend für die unbeschäftigten Teile der Arbeiterklasse sind Lebenselemente für das Kapital, ermöglichen es ihm, die Ausbeutung der beschäftigten Teile enorm zu forcieren. Innerbetriebliche Umsetzungen auf schlechtere Arbeitsplätze, Austausch weniger leistungsfähiger Teile der Belegschaften, niedrigere Einstufungen in die Lohngruppen, Kürzung außertariflicher Zulagen: der Kleinkrieg des Kapitals gegen die Arbeit erreicht mit dem Ende des sechsten Zyklus eine Intensität, die manche schon lange überwunden glaubten. Die Gewerkschaften agieren unter diesen Bedingungen wieder aus der Defensive heraus. Erste und zentrale Aufgabe der Organisation ist die Verteidigung des Lebensstandards und die Verhinderung massiver Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Insgesamt ist es der Arbeiterklasse zumindest bis 1975 gelungen, das errungene Reproduktionsniveau zu verteidigen und noch teilweise auszubauen. In der gestiegenen Mehrwertrate kommt zum Ausdruck, daß das Kapital den größten Teil des Produktivitätsfortschritts für sich verbuchen konnte; die *Klasse als ganzes* konnte ihr Lebensniveau bislang weitgehend halten, wenn auch nicht in dem Maße steigern, wie es die gestiegene Intensität erforderte. Tatsächliche, teilweise massive Verschlechterungen für einzelne Teile der Klasse sind in diesem Durchschnittsniveau nicht sichtbar.

Die Proportion des variablen Kapitals oder des Lohns der produktiven Arbeiter zum Mehrwert ist das primäre und grundlegende Einkommensverhältnis der bürgerlichen Gesellschaft. Die Verschiebung dieser Relation in den letzten Jahren zugunsten der besitzenden Klassen bedeutet eine deutliche Verschärfung der *Antagonismen in den Einkommensverhältnissen*, eine deutliche Verschlechterung der relativen Position der Arbeiterklasse.

Die *Ausbeutung der produktiven Arbeiter* ist die *absolute Basis* der ganzen Gesellschaft; sie produzieren nicht nur den Fonds zu ihrer eigenen Reproduktion, sondern auch die Lebensmittel für alle anderen Mitglieder der Gesellschaft.

Im sechsten Zyklus ist eine erneute *Umgruppierung im Verhältnis von produktiven und unproduktiven Arbeitern* festzustellen, die bis 1977 anhält. Betrachtet man die gesamte Bevölkerung nach ihrer Klassenzugehörigkeit, so zeigt sich, daß erstmals die Mittelklassen einen gleichgroßen Anteil haben wie die Arbeiterklasse, beide Rubriken stellen 48 Prozent der Bevölkerung. Die relative Reduktion der Arbeiterklasse, die seit dem dritten Zyklus der BRD-Entwicklung zu registrieren ist und nur in den starken Aufschwungphasen unterbrochen war, hat sich bis in die Gegenwart hinein fortgesetzt. Allerdings war diese Entwicklung in den früheren Wirtschaftszyklen in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß auf Grundlage stark ansteigender Produktivkraft der Arbeit nicht nur der private Konsum der Arbeiterklasse ausgedehnt werden konnte, sondern die Teile der Mittelklassen vermehrt wurden, deren Tätigkeit, sosehr sie auf dem Nettoprodukt der Arbeit anderer basiert, eine Erweiterung des gesellschaftlichen konsumierbaren Reichtums darstellt.¹³ Die weitere Verschiebung in der Bevölkerungsstruktur gegen Ende des sechsten und Anfang des siebten Zyklus, also im Zusammenhang mit der Krise 1974/5 ist hauptsächlich darin begründet, daß die nicht lohnabhängigen und nicht als Selbstständige arbeitenden Teile der Mittelklassen deutlich an Gewicht zunehmen. In dieser Entwicklung steigt der

Tabelle 1
Wohnbevölkerung, Erwerbspersonen

Jahr	Wohnbevölkerung	Nichterwerbspersonen	Erwerbspersonen	Selbst. + Mith. Fam.an. geh.	Lohnabhängige		Arbeitslose	
						in % d. Erwerbspersonen	Registrierte	'Stille Reserve'
in Millionen								
1972	61.7	34.8	26.9	4.2	22.7	84.3	0.2	0.1
1973	62.0	35.0	27.0	4.1	22.8	84.6	0.3	0.2
1974	62.1	35.3	26.8	4.1	22.7	84.8	0.6	0.2
1975	61.8	35.4	26.4	3.9	22.5	85.1	1.1	0.5
1976	61.5	35.4	26.1	3.8	22.3	85.5	1.1	0.6
1977	61.4	35.4	26.0	3.7	22.2	85.6	1.0	0.7
Veränderungen in 1 000								
1972	+ 385	+402	- 17	- 91	+ 74	.	+ 61	+ 54
1973	+ 307	+208	+ 99	- 72	+171	.	+ 27	+ 6
1974	+ 78	+261	-183	- 85	- 98	.	+309	+ 56
1975	-222	+159	-381	-133	-251	.	+492	+274
1976	-301	- 28	-273	-130	-143	.	- 14	+133
1977	-123	- 54	-177	- 70	-107	.	- 30	+ 43
6. Zyklus	+548	+1030	-482	-381	-104	.	+889	+390
77/75	-424	+ 26	-450	-200	-250	.	- 44	+176

Tabelle 2
Arbeiterklasse und Lohnabhängige Mittelklassen

Jahr	Arbeiterklasse					Lohnarb. i. d. N. kap. Warenproduk. u. Handel	Lohnabhän- gige Mittel- klassen
	Insgesamt	Beschäftigte Arbeiter- klasse	Lohnarbeiter des Kapitals				
			Insgesamt	Produk- tive	Unproduk- tive		
in Millionen							
1972	17.5	17.2	16.2	11.8	4.5	1.0	5.1
1973	17.5	17.2	16.3	11.8	4.5	1.0	5.3
1974	17.4	16.8	15.9	11.4	4.5	0.9	5.4
1975	17.0	15.9	15.1	10.7	4.4	0.9	5.4
1976	16.8	15.8	14.9	10.5	4.4	0.9	5.5
1977	16.8	15.7	14.8	10.4	4.4	0.9	5.4
Veränderung in 1 000							
1972	- 83	-144	-119	-175	+56	- 25	+169
1973	+ 61	+ 34	+ 46	- 7	+53	- 12	+120
1974	-163	-472	-420	-404	-52	- 52	+103
1975	-336	-828	-791	-664	-91	- 37	+ 55
1976	-174	-160	-159	-179	+20	- 1	+ 10
1977	-141	-111	-102	-106	+ 4	- 9	- 33
6. Zyklus	-521	-1410	-1284	-1250	-34	-126	+447
77/75	-315	- 271	- 261	- 285	+24	- 10	- 23

Anteil der ›regulären‹ Rentner nur bis 1975 an; schon in dieser Zeit und danach verstärkt, resultiert die absolute Reduktion die Arbeiterklasse nicht nur in gestiegener Arbeitslosigkeit, sondern auch in der Vergrößerung des Anteils der Personen, die wir ihrer ökonomischen Existenz nach zur Mittelklasse rechnen, die aber auch als aus der gesellschaftlichen Produktion *verdrängte Bestandteile der Arbeiterklasse* zu zählen sind: vorzeitig auf Rente gesetzte Arbeiter und Angestellte, Jugendliche, die im Ausbildungssystem bleiben, weil sie keine Arbeitsstelle finden, Familienangehörige von Mitgliedern der Mittelklassen, insbesondere Frauen, die die Arbeitssuche aufgegeben haben. Es haben sich also in den letzten Jahren auch wieder in der BRD *Formen der industriellen Reservearmee* herausgebildet, die in der Zeit beschleunigter Akkumulation des Kapitals fast völlig verschwunden waren. Selbst die latente Überbevölkerung auf dem Land bildet sich wieder aus, seitdem in weiten, sogenannten strukturschwachen Gebieten das Arbeitsplatzangebot drastisch zurückgeht. Dieser Zusammenhang, auf den hier nur als zu bearbeitendes Problem hingewiesen werden kann, macht deutlich, daß aus dem zurückgehenden Anteil der Arbeiterklasse an der Gesamtbevölkerung keine voreiligen Schlüsse über eine verschlechterte soziale Kräftekonstellation für die Arbeiterklasse zu ziehen sind. Einerseits wird auch in der bürgerlichen Gesellschaft der politische und soziale Einfluß nicht in der Weise ermittelt, daß man sich wechselseitig die in die Waagschale zu werfende Personenzahl vorrechnet, sondern die Prozesse der Bildung und Auflösung von Hegemoniepositionen sind wesentlich komplizierter. Andererseits ist bei ehemaligen oder zeitweiligen Angehörigen der Arbeiterklasse mit anderen Verhaltensstrukturen zu rechnen als z. B. bei Staatspensionären.

Nicht nur die Arbeitslosen, sondern alle, die aus ihren Arbeitsstellen herausgedrängt wurden oder nach ihrer Ausbildung noch gar keine gefunden haben, haben erhebliche Einkommenseinbußen hinzunehmen. Selbst der Teil der Arbeitslosen, der Arbeitslosengeld oder Unterstützung erhält, muß zum großen Teil mit Beträgen auskommen, die als Familieneinkommen gerechnet unter den Sätzen der Sozialhilfe liegen. Berücksichtigt man die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen sozialen und persönlichen Belastungen, so muß hier von einem breiten Sektor offenen Elends gesprochen werden, von der Regierungspropaganda geleugnet, aber sich hartnäckig haltend und schrittweise weiter ausbreitend.

Diese Probleme werden dadurch verschärft, daß ein immer größerer Teil der Arbeitslosen längere Zeit arbeitslos ist und damit immer geringeres Einkommen bezieht. Die erste große Welle von Entlassungen 1974/75 hatte weitgehend alle Kategorien von Arbeitskräften gleichmäßig getroffen. Seitdem hat eine deutliche Umschichtung der Arbeitslosen stattgefunden: die leistungsfähigeren wurden wieder eingestellt, die Arbeitslosigkeit von Männern ging zurück, während die von Frauen laufend weiter angestiegen ist, die Jugendarbeitslosigkeit ist weiterhin hoch, Ausländer werden weiter ›abgebaut‹ und ausgewiesen, es bildet sich ein ›Bodensatz‹ von älteren und gesundheitlich nicht voll leistungsfähigen Arbeitern und Angestellten.

Wenn auch generell zu konstatieren ist, daß die Verteidigung des Lebensstandards der Beschäftigten bislang gelungen ist, so ist doch nicht zu übersehen, daß der Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze laufend zunimmt, kaum gebremst durch den Aufschwung 1976. Für die Gewerkschaften stellt sich in dieser Situation nicht nur die Aufgabe, den Widerstand der Beschäftigten gegen die Angriffe des Kapitals zu organisieren,

sondern auch zunehmend die Aufgabe, die industrielle Reservearmee in ihren verschiedenen Formen in die Aktion der Klasse miteinzubeziehen. Die Organisation kann dies aber nur in dem Maße als eine zentrale Aufgabe begreifen, wie die Mehrheit der Klasse die Illusion abstreift, die sozialen Probleme könnten relativ schnell gelöst werden.

Sehen wir uns einige der besonders betroffenen Gruppen aus der Arbeiterklasse näher an.

Die soziale Lage der Arbeitslosen

Nach zwei Jahren mattem Aufschwung ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen von ihrem Höhepunkt von 1,2 Millionen zur Jahresmitte 1975 (saisonbereinigt) lediglich um knapp 200 000 bis zum ersten Quartal 1977 gesunken. Seit dem zweiten Quartal 1977 nimmt die Arbeitslosenzahl (>konjunkturell<) wieder zu. Zwar wird von Seiten der Gewerkschaften deutlich gesagt, daß die hartnäckig sich haltende Massenarbeitslosigkeit ein unerträglicher Zustand sei. Dennoch ist der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze im Vergleich zu den anderen westeuropäischen Metropolen in der BRD doch vergleichsweise unentwickelt. Ein Teil der Lohnabhängigen ist noch der Auffassung, daß die gegenwärtig herrschende Arbeitslosigkeit kein großes soziales Problem sei; im wesentlichen seien die Leistungsschwächeren oder weniger Arbeitswilligen davon betroffen. Die herrschende Sozialdemokratie wird nicht müde, das existierende Problem zu verharmlosen; im internationalen Vergleich schneide die BRD recht gut ab; vor allem aber sei die soziale Sicherung der BRD so gut ausgebaut, daß die Arbeitslosigkeit bislang kein ernstes soziales Problem für die Betroffenen darstelle. Im übrigen werde der nächste Aufschwung die Lage wieder entspannen.

Sehen wir zunächst, was von dem Argument der allumfassenden sozialen Sicherheit zu halten ist. Von den bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen von rd. 1 Million erhielten nur etwa 70% überhaupt eine Unterstützung ausgezahlt. 30% waren nicht anspruchsberechtigt, mußten daher von ihren Angehörigen oder der Sozialhilfe ernährt werden. Etwa 50% der Registrierten erhielt Arbeitslosengeld (68% des letzten Nettoverdienstes) und knapp 20% Arbeitslosenhilfe (58% des letzten Nettoverdienstes maximal, sofern Haus, Geldvermögen oder andere Einkommen der Familienangehörigen vorhanden, entsprechend weniger). Nach einer Untersuchung des IAB (Institut f. Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt f. Arbeit) von 1976 hatten lediglich 18% der Arbeitslosen kaum finanzielle Schwierigkeiten. 73% mußten dagegen ihre persönlichen Ausgaben einschränken, fast die Hälfte war gezwungen, die Ersparnisse aufzulösen, (und damit den geheimen Sinn der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu decouvrieren). Jeder 6. mußte dagegen Schulden machen; ebenfalls 15% kamen mit den Ratenzahlungen in Schwierigkeiten und fast 10% waren mit der Miete in Verzug geraten!

Nach der Befragung eines Kölner Instituts in NRW_{13a} betrug das Pro-Kopf-Einkommen von mittleren Arbeitnehmerhaushalten Mitte 1976 557,- DM. Das entsprechende Einkommen in Familien mit arbeitslosem Mann lag bei 334,-, mit arbeitsloser Frau bei 390,-, d. h. um 40% bzw. 30% unter dem Einkommen der Beschäftigten.

Einkommenseinbußen bis hin zum persönlichen finanziellen Bankrott und dem Gang

zur Armenkasse sind eine Seite der Arbeitslosigkeit, die von 1975 bis 1977 ein großer Teil der Jahr für Jahr arbeitslos Gewordenen 2–3 Millionen Lohnabhängigen der BRD erfahren haben. Die Desillusionierung dieser Teile der Arbeiterklasse über die Wirksamkeit der sozialen Sicherung kommt in den Umfrageergebnissen ebenfalls zum Ausdruck. Von den befragten Erwerbstätigen waren 61 %, von den Arbeitslosen nur 51 % der Auffassung, daß der Staat dafür sorgen wird, daß es »keinem mehr so recht schlecht zu gehen braucht«. 60 % der Erwerbstätigen, aber nur 48 % der Arbeitslosen glaubten, daß auf die sozialen Maßnahmen der Bundesregierung Verlaß ist.

Der Prozentsatz der Lohnabhängigen, die an die Verlässlichkeit der Sozialversicherung in der BRD glaubt, ist noch recht hoch. Seit der Krise 1974/75 sind die Ausgaben der gesellschaftlichen Assekuranzfonds Jahr für Jahr wesentlich größer gewesen als deren Einnahmen; drastische Einschnitte in das Netz der sozialen Sicherheit konnten aber bisher durch den glücklichen Umstand vermieden werden, daß in den Blütezeiten der Akkumulation im 3. bis 5. industriellen Zyklus große Überschüsse gesammelt wurden; diese finanziellen Polster wurden während der letzten Jahre in atemberaubendem Tempo aufgelöst. Daß die gegenwärtig noch relative Sicherheit der aus dem Produktionsprozeß des Kapitals Ausgegliederten erheblich reduziert werden wird, die Desillusionierung über das vorhandene soziale Netz sich dementsprechend beschleunigen wird, ist daher absehbar.

Dequalifizierung und Einkommensverluste der Beschäftigten

Verstärkte Entlassungen von weniger leistungsfähigen oder sozial schwächeren Lohnarbeitern zusammen mit der wachsenden Konkurrenz unter den Abhängigen *zwingen bislang bessergestellt* Teile der Arbeiterklasse zur »Mobilitätsbereitschaft«, zur Annahme *verschlechterter Arbeitsbedingungen* und ermöglichen dem Kapital allgemein einen *stärkeren Druck* auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Beschäftigten.

In der Befragung des IAB wurden die Arbeitslosen, die innerhalb eines Jahres wieder einen neuen Arbeitsplatz gefunden hatten, danach gefragt, ob ihre neue Arbeit höherwertig, gleichwertig oder niedriger zu bewerten sei, weiter ob es eine Dauerlösung, eine Übergangslösung oder nur eine Notlösung sei. Von den Befragten betrachteten 42 % ihren neuen Arbeitsplatz als gleichwertig mit dem alten, 25 % konnten ihre Arbeitsbedingungen verbessern, aber 33 % mußten eine Verschlechterung feststellen. Eine Dauerlösung war die neue Arbeit nur für die Hälfte, ein Drittel sah sie als Übergangslösung und etwa jeder 6. als ausgesprochene Notlösung an. Das ergibt, daß nur für rund ein Drittel der »Wiedereingegliederten« der neue Arbeitsplatz einen gleich- oder höherwertigen Ersatz darstellt, den sie auch als Dauerlösung akzeptieren wollen. Zwei Drittel der Wiederbeschäftigten sieht die neue Arbeit entweder als Übergangs- oder Notlösung oder hat seine Arbeitsbedingungen verschlechtert.

Die Angaben über das monatliche Nettoeinkommen untermauern diese Zahlen. Ihr verfügbares Einkommen verbessert haben nur 29 % der wieder Erwerbstätigen; 13 % konnten (unter Berücksichtigung der Inflation) ihren Lebensstandard halten, 14 % mußten ihn leicht verschlechtern. Dagegen *lag für fast die Hälfte (44 %) das Einkommen deutlich niedriger* als bei der letzten Beschäftigung vor der Arbeitslosigkeit.

Verschlechterte Arbeitsbedingungen und Lohneinbußen werden für einen großen Teil durch Qualifikationsverlust ergänzt. 40 % der Wiederbeschäftigten konnten wenig oder nichts mit ihrer bisherigen Qualifikation anfangen. 16 % nur »einiges« und bloß 44 % »ziemlich viel« oder »sehr viel«. Berücksichtigt man, daß knapp die Hälfte der Wiederbeschäftigten (44 %) nur wieder eine Beschäftigung erreichte, indem er einen Arbeitsplatz in einem anderen als seinem bisherigen Beruf angetreten hat, wird das Bild noch eindeutiger: *fast 3/4 der Berufswechsler mußten ihre bisherige Qualifikation in den Wind schreiben; nur 12 % konnten ihre Kenntnisse und Fertigkeiten auch am neuen Arbeitsplatz in größerem Umfang nutzen. Aber auch von den im gleichen Beruf Weiterbeschäftigten konnten 15 % weniger oder nichts und weitere 15 % nur »einiges« mit ihrer Qualifikation anfangen.*

Frauenarbeitslosigkeit

Im gesamten Verlauf des 6. Zyklus und in den Jahren 1976 und 1977 sind die weiblichen Lohnabhängigen stärker von Entlassung betroffen als ihre männlichen Kollegen. *Die Bedrohung des Arbeitsplatzes wird für die Frauen nach der Krise sogar noch relativ größer, da der Zugang an Arbeitslosen bei den Männern stark zurückgeht, hingegen bei den Frauen weiter ansteigt.* Betrachtet man die Dauer der Arbeitslosigkeit, zeigt sich eine noch größere Diskrepanz: Männer waren im Durchschnitt des 6. Zyklus 7,8 Wochen arbeitslos, Frauen 10,3 Wochen. Auch hier *haben sich die Unterschiede bis 1976 fortlaufend vergrößert; mußten die Frauen 1974 noch durchschnittlich 2,5 Wochen länger nach einem Arbeitsplatz suchen als die Männer, waren es 1976 bereits 3,5 Wochen.*

Die beschäftigten weiblichen und männlichen Lohnabhängigen waren 1975 gleichmäßig um 3,3 % verringert worden – der Anteil der Frauen an den Arbeitnehmern blieb dadurch unverändert bei 38 %. 1976 aber zeigt sich deutlich die größere Schwierigkeit der weiblichen Arbeitsuchenden, eine neue Anstellung zu finden: Die Zahl der beschäftigten Männer erhöht sich um 46 000 während die beschäftigten Frauen weiterhin um 11 000 zurückgehen. Noch krasser zeigt der Zugang zur Arbeitslosigkeit die unterschiedlichen Konkurrenzbedingungen: die Zahl der entlassenen Männer vermindert sich 1976 um 211 000 auf 1,9 Millionen, die der Frauen vergrößert sich um 15 000 auf 1,3 Millionen; die Folge: gesunkener Bestand an arbeitslosen Männern einerseits, reduzierter Anteil der Frauen an den beschäftigten Lohnarbeitern andererseits (37,8 %).

Arbeitslosigkeit der Jugendlichen^{13b}

An den 4,2 % relativ »überflüssigen« Erwerbspersonen (Mai 1977) sind die Jugendlichen nach wie vor überproportional hoch beteiligt. Die altersspezifische Arbeitslosenquote der unter 25-jährigen beträgt 5,2 %. Es sind 26,6 % der Arbeitslosen im Mai 1977 unter 25 Jahre alt.

Amtlich erfaßt ist mit den Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit in der Regel nur die Schwierigkeit beim Übergang in das Erwerbsleben, weniger das Scheitern beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsbildung.

Wer sich arbeitslos meldet – das sind die Daten, die erfaßt werden und ein Bild über die Jugendarbeitslosigkeit geben können – sucht in der Regel einen *Arbeitsplatz*. Von den 257 000 arbeitslosen Jugendlichen (unter 25 Jahren), die im September 1976 gemeldet waren, hatten sich nur 8 100 gleichzeitig um einen Ausbildungsplatz beworben.²

Nach grober Schätzung liegt die Dunkelziffer der nicht gemeldeten jugendlichen Arbeitslosen unter 20 Jahren bei 30 % bis 40 % der amtlichen Angaben. Viele dieser Jugendlichen wollten ursprünglich eine Lehre absolvieren und gehören nun mangels Ausbildungsplätzen zu den registrierten oder nicht registrierten Arbeitslosen.

Offiziell bleiben von den Bewerbern um einen Ausbildungsplatz, die sich 1976 beim Arbeitsamt um eine Lehrstellenvermittlung bemühten, 27 702 unversorgt (gegenüber 23 549 in 1975), die auf Basis einer Repräsentativerhebung errechnete Zahl von Jugendlichen mit Ausbildungswunsch *ohne* Berufsausbildungsstelle liegt bei 50 000. Trotz einer realen Wachstumsrate von 5,7 % in 1976 wurde die Gesamtzahl der insgesamt zur Verfügung gestellten Ausbildungsplätze nicht erhöht. Sie lag im Gegenteil mit 1,3 Millionen um gut 12 000 unter der Vorjahreszahl.

Wenn in 1976 insgesamt 33 000 mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden als 1975, so muß dabei berücksichtigt werden, daß immer mehr Ausbildungsplatzsuchende mit Lehrstellen in traditionellen Handwerksberufen ohne Zukunftsaussichten, in der Landwirtschaft und bei Selbständigen im Dienstleistungsbereich vorlieb nehmen – viele von ihnen mit der Gewißheit, keine Arbeitsplätze entsprechend ihrer Berufsausbildung zu finden, mit der Aussicht auf eine zeitliche Verschiebung ihrer »Jugendarbeitslosigkeit« um 3 Jahre. Allein die Ausbildungsplätze im Fleischer- und Bäckerhandwerk, Berufe mit den höchsten Berufswechslerquoten, haben sich seit 1971 kontinuierlich um ca. 15 000 erhöht.

Außer dem Einmünden der Jugendlichen in aussichtslose Berufsausbildung steigt auch die Zahl der Teilnehmer an den von der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführten »berufsvorbereitenden Maßnahmen« und sorgt für eine Korrektur der offiziell registrierten jugendlichen Arbeitslosen (1972: 8000 Teilnehmer, 1976: 39 000 Teilnehmer). Nicht einmal mehr ein Drittel der Lehrgangs-Absolventen bekommt 1976 im Anschluß an den Lehrgang eine Ausbildungsstelle vermittelt. Weder die fehlende Zahl von Ausbildungsplätzen noch die steigende Zahl sinnloser und zumeist schlechter Ausbildung veranlaßten bisher den Bildungsminister Abhilfe zu schaffen durch Verbesserung und Anwendung der Gesetze. Im Gegenteil, zu Lasten der Jugendlichen wird versucht, jedem Konflikt mit den Ausbildungsplatzanbietern durch ständiges Nachgeben aus dem Weg zu gehen.

Nicht nur qualifizierte Ausbildungsplätze fehlen für die Jugendlichen, sie haben auch Schwierigkeiten, ihren ersten Arbeitsplatz nach der Schulzeit oder der Berufsausbildung zu finden.

Der Anteil der unter 25jährigen an den Erwerbspersonen nahm von 24,9 % im Jahre 1964 auf 22,3 % im Jahre 1975 ab. Im gleichen Zeitraum veränderten sich aber die Prozentanteile dieser Altersgruppen an den Arbeitslosen von 14,5 % auf fast 29 %.

Bedenkt man, daß einerseits der Anteil der unter 25jährigen in den nächsten Jahren wieder steigen wird, andererseits konjunktureller Aufschwung die gesamte Arbeitslosigkeit ebensowenig wie die Jugendarbeitslosigkeit nachhaltig zu beeinflussen vermochte, so lassen sich die Aussichten für die nachwachsende Generation abschätzen. Die Arbeitslosigkeit betrifft in 1977 wieder verstärkt Berufsanfänger, für die sich bei abnehmender Ge-

samtbeschäftigung die Chance verschlechtert, ihren ersten Arbeitsplatz zu bekommen. 58 383 der 946 500 Arbeitslosen im Mai 1977 – und damit 74% mehr als vor Jahresfrist – hatten bisher keine berufliche Tätigkeit inne. Von den gesamten Arbeitslosen sind 22 400 im Anschluß an ihre betriebliche Ausbildung und 34 600 als Absolventen der Fach-, Berufsfach-, Fachhoch- und Hochschulen beschäftigungslos geworden. Die Arbeitslosigkeit im Anschluß an die betriebliche Ausbildung zeigt, daß billige Arbeitskräfte eingestellt werden, ohne die Absicht, sie nach der »Ausbildung« in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis zu übernehmen.

Von der Jugendarbeitslosigkeit ist gerade der Teil der Erwerbstätigen betroffen, deren gewerkschaftlicher Organisationsgrad relativ gering sein dürfte. Bietet die Schule schon nicht die Gelegenheit sich gewerkschaftlich zu organisieren, so wird die Möglichkeit, die Interessen gemeinsam und organisiert zu vertreten in der betrieblichen Ausbildung weiterhin erschwert, einerseits durch die besondere Abhängigkeit der Jugendlichen in der Ausbildungsphase, andererseits aufgrund der Tatsache, daß betriebliche Ausbildung vorwiegend in Kleinbetrieben stattfindet. Auch liegt der Schwerpunkt gewerkschaftlicher Aktivitäten, einschließlich der Jugendarbeit, in den Betrieben und die Integration besonders der noch nicht erwerbstätig gewesenen arbeitslosen Jugendlichen ist bisher nicht gelöst.

»Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan...«

Wenn es einer Illustration von Ausbeutung, Attraktion und Repulsion der Arbeitermassen durch das Kapital in der BRD bedürfte, wäre ohne Zweifel die Beschäftigung der ausländischen Arbeitskräfte in den letzten 10 Jahren das brutalste Beispiel. Von 1968 bis 1973 wurde die Zahl der in der BRD arbeitenden Ausländer von 1 Million auf 2,5 Millionen erweitert; die ausländische Wohnbevölkerung wuchs in den 5 Jahren von 1,4 Millionen auf 4 Millionen. Der Anteil der ausländischen Lohnarbeiter an der Arbeiterklasse erhöhte sich von 6,6% (1968) auf 14,7% (1973).

Auf der einen Seite beschleunigte Akkumulation des Kapitals im 5. Zyklus, große Nachfrage nach exploitierbaren Arbeitskräften, auf der anderen Seite

- Stagnation des deutschen »Erwerbspotentials«, nicht etwa weil die arbeitsfähige Bevölkerung abnahm, sie wuchs um 700 000, sondern weil infolge der vorangegangenen Prosperitätsphase der Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft für einen Teil der Angehörigen der Arbeiterklasse geringer geworden war,

- zweitens die Erweiterung des Staatspersonals und anderer unproduktiver Arbeiten um 650 000 von 1968–1973, die für einen größeren Teil der deutschen Arbeitskräfte den Wechsel in besserbezahlte und privilegierte Staatsposten möglich machte.

Bereits Mitte des 5. Zyklus kam eine Wende der Entwicklung. Da die massenhafte Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte, die chaotische Form der regionalen Verteilung, miserabelste Formen der Unterbringung und Versorgung, das Fehlen jeglicher organisierter Form der Eingliederung in den Lebensprozeß der BRD, zu einem gewaltigen sozialen Konfliktstoff zu werden drohte, mußten dem Kapital massive Zügel bei seiner Anwerbung billiger ausländischer Arbeitskräfte angelegt werden. 1973 wurde der Anwerbestopp für

Tabelle 4
Ausländische Wohnbevölkerung und Erwerbspersonen

Jahr	Wohnbevölkerung	Pers. über 14 Jahre	Erwerbstätige Arbeitnehmer in % v. 2		Registrierte Arbeitslose in % v. 3 + 4	
	1	2	3		4	
in Millionen			in 1 000			
1972	3.4	2.7	2.3	86	25	1.1
1973	3.8	3.0	2.5	85	21	0.8
1974	4.0	3.1	2.4	77	69	2.8
1975	4.0	3.0	2.1	69	151	6.8
1976	3.8	2.8	1.9	68	106	4.0
1977	3.7	2.7	1.8	68	100	5.2
Veränderungen in 1 000						
1972	+ 408	+ 286	+ 111		+ 9	.
1973	+ 402	+ 281	+ 213		- 4	.
1974	+ 248	+ 129	- 117		+ 48	.
1975	- 41	- 85	- 320		+ 82	.
1976	- 144	- 160	- 127		- 45	.
1977	- 91	- 111	- 94		- 6	.
6. Zyklus	+ 1017	+ 611	- 113		+ 135	.
77/75	- 235	- 271	- 221		- 51	.

Tabelle 5
Beschäftigte Arbeiterklasse – deutsche und ausländische Lohnarbeiter

Jahr	Beschäftigte Arbeiterklasse			Lohnabhängige Mittelklassen	
	insgesamt	Ausländ. Lohnarbeiter in %	Deutsche		
in Millionen					
1972	17.2	2.3	13.3	14.9	5.1
1973	17.2	2.5	14.5	14.7	5.3
1974	16.8	2.4	14.2	14.6	5.4
1975	15.9	2.1	12.9	13.9	5.4
1976	15.8	1.9	12.3	13.9	5.5
1977	15.8	1.8	11.7	14.0	5.4
Veränderungen in 1 000					
1972	- 144	+111	.	-255	+169
1973	+ 34	+213	.	-179	+120
1974	-472	- 117	.	-355	+103
1975	-828	-320	.	-508	+ 55
1976	-160	-127	.	- 33	+ 10
1977	- 6	- 94	.	+ 88	- 33
6. Zyklus	-1410	-113	.	-1297	+447
77/75	- 166	-221	.	+ 55	- 23

Arbeitskräfte aus den Nicht-EG-Staaten erlassen. Die radikale Kehrtwende aber fand in der Krise 1974/75 statt. In weniger als zwei Jahren waren die ausländischen Erwerbstätigen um 440 000 verringert. Diese Tendenz hat sich 1976 und 1977 fortgesetzt; mindestens 220 000 Ausländer waren nach dem ›Aufschwung‹ des 7. Zyklus weniger in der BRD beschäftigt.

Die verschärfte Konkurrenz zwischen ausländischen und einheimischen Lohnarbeitern kommt in der Entwicklung des deutschen Teils der Arbeiterklasse schlagend zum Ausdruck. *Zum ersten Mal seit 1969 ist der Umfang der einheimischen Arbeiterklasse wieder gestiegen (88 000).* Seit 1969 war Jahr für Jahr ein Rückgang der deutschen Arbeitskräfte festzustellen, die an das Kapital oder einen Kleinunternehmer ihre Arbeitskraft verkaufen mußten. Insgesamt nahm die ›deutsche‹ Arbeiterklasse zwischen 1970 und 1976 von 15,5 auf 13,9 Millionen um 1,6 Millionen ab. Die Bedingungen, unter denen diese Entwicklung stattfand, sind in ihr Gegenteil verkehrt: matte Akkumulation des Kapitals, nur noch sehr geringer Zuwachs der Nachfrage nach Arbeitskräften in den unproduktiven Bereichen und beständig erweitertes Erwerbspotential der deutschen Bevölkerung infolge des erweiterten Zustroms jugendlicher Arbeitskräfte und verstärkter Zwang zur Erwerbstätigkeit der Frauen. Die Verdrängung der ausländischen Arbeiter durch deutsche schließt zugleich die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Dequalifizierung usw. für die einheimischen Arbeiter ein; ihnen kommt jetzt vermehrt die Aufgabe zu, die ›Dreckarbeit‹ der Nation zu verrichten.

Soziale Demontage der Arbeitslosenversicherung

In den Prosperitätsphasen der BRD-Entwicklung konnte sich die Arbeiterklasse eine Arbeitslosenversicherung erkämpfen, die gewährleistete, daß die auch in den Zeiten flott gehenden Geschäfts entlassenen Lohnarbeiter für die in der Regel kurze Zeit der Arbeitslosigkeit finanzielle Unterstützung erhielten. Mit der wieder anwachsenden Massenarbeitslosigkeit gerät die Arbeitslosenversicherung aus den Fugen. Seit der Krise 1974/75 ist es das Geschäft der sozial-liberalen Regierung, zwecks vorgeblicher Sanierung der Versicherung die Leistungen der Arbeitslosenunterstützung zurückzuschrauben und die Arbeitslosen durch ökonomischen Druck zu zwingen, auch schlechtere Arbeiten anzunehmen, damit sie auf diese Weise die Versicherungsfonds und die für die Defizite aufkommende Staatskasse ›entlasten‹.

Bereits Ende 1975 wurde mit dem sogenannten Haushaltsstrukturgesetz die ›Zumutbarkeitsklausel‹ ausgedehnt, die besagt, welche vom Arbeitsamt angebotenen Arbeiten der Arbeitslose ablehnen darf, ohne seiner Ansprüche auf Arbeitslosengeld oder -hilfe verlustig zu gehen. Anfang 1977 wird dann die ›Arbeitserprobung‹ und die ›Probebeschäftigung‹ eingeführt. Die Arbeitsämter können ›Schwervermittelbare‹ an Unternehmen verleihen. Will der Arbeitslose seine Unterstützung nicht verlieren, muß er für 4 bzw. 4–13 Wochen ›auf Probe‹ arbeiten; Kosten, die dem Kapitalisten entstehen, trägt das Arbeitsamt. Zum 1. Januar 1978 treten weitergehende Maßnahmen in Kraft:

- vor allem um die arbeitslosen Jugendlichen von der Straße zu holen wird die Einrichtung der Fortbildungsmaßnahmen und Förderlehrgänge derart erweitert, daß »auf die zwi-

schen zwei Fortbildungsmaßnahmen vorgeschriebene Zeit der Beschäftigung in bestimmten Fällen verzichtet werden kann«,

- hat sich ein Arbeitsloser derart von der Nutzlosigkeit der Ausbildungsprozesse durch mehrmaliges Durchlaufen überzeugt, wird er künftig »nach Abschluß seiner Ausbildung ... Arbeitslosengeld oder -hilfe nach einem pauschal um 25 Prozent geminderten »erzielbaren Arbeitsentgelt« und damit einen der zuvor bezogenen Ausbildungsvergütung angenäherten Betrag erhalten«,

- die Arbeitslosenhilfe wird künftig nur noch für längstens 1 Jahr bewilligt. »Eine Verlängerung bedarf einer erneuten Überprüfung der Voraussetzungen des Anspruchs«,

- ist die Arbeitslosigkeit »selbstverschuldet«, wird künftig die Sperrzeit der Unterstützung von in der Regel 4 Wochen auf die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld angerechnet, d. h. statt maximal 12 Monate werden dann nur 11 Monate 68 % des Nettoverdienstes gezahlt. Anfang 1977 waren es knapp 10 % der Arbeitslosen, deren »selbstverschuldete« Entlassung mit einer Sperrfrist geahndet wurde,

- »Der Anspruch auf Arbeitslosengeld ruht in Fällen, in denen der Arbeitslose gegen Zahlung einer Abfindung vorzeitig aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden ist«,

- schließlich eine neue Kostprobe sozialdemokratischer Sozialversicherungskrobatik: »Die für den 1. Januar 1979 vorgesehene Versicherungs- und Beitragspflicht der Arbeitslosen wird um ein halbes Jahr vorverlegt.«

Mit diesen Maßnahmen werden den Arbeitsämtern und den Kapitalisten weitere Mittel in die Hand gegeben, die Arbeitslosen in die weniger gefragten Berufe und Branchen zu zwingen, ihre Dequalifizierung zu akzeptieren, ebenso um die Beschäftigten zu vermehrter Arbeitsverausgabung und verschlechterten Arbeitsbedingungen zu erpressen.

Die Profitrate

Die Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit in ihrer spezifisch kapitalistischen Form hat neben der ansteigenden allgemeinen Mehrwertrate noch ein zweites wesentliches Ergebnis: das gesellschaftliche Gesamtkapital betrachtet, müssen immer größere Massen von konstantem Kapital eingesetzt werden, um ein gegebenes Quantum lebendiger Arbeit anzuwenden; innerhalb des produktiv fungierenden Kapitals nimmt beständig graduell das Gewicht der konstanten Teile gegenüber den variablen zu. Es ist dies der wertmäßige Ausdruck der Entwicklung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit, deren Ergebnis gerade darin besteht, daß ein größeres Produkt von einer gegebenen Arbeiterzahl geliefert wird. Dies ist nur dadurch möglich, daß mehr Material und entwickeltere Maschinerie angewendet werden. Es durchkreuzen sich hier zwar eine Reihe von Tendenzen, die sich in ihrer Wirkung auf die Wertzusammensetzung zeitweilig kompensieren können: die Erhöhung der technischen Zusammensetzung, wie sie direkter Ausdruck der Produktivkraftentwicklung ist, Verbilligung von Rohstoffen und Material, Entwicklung leistungsfähigerer Maschinerie ohne Verteuerung derselben. Entwicklung der Produktivkraft heißt aber auf gesellschaftlichem Maßstab: relative Verminderung der lebendigen Arbeit. Im Resultat dieser Prozesse zeigt sich auch in der BRD, daß die *Wertzusammensetzung* deutlich ansteigt.¹⁴

Aus dem leicht ansteigenden Niveau der allgemeinen Mehrwertrate und der relativ stärker gestiegenen Wertzusammensetzung ergibt sich, auch abgesehen von den weiteren auf die Profitrate wirkenden Faktoren, die *Tendenz der allgemeinen Profitrate zum Fallen*. Man muß bei dieser Betrachtung der Wertverhältnisse das Durchschnittsniveau der Profitrate zugrundelegen und nicht die Fluktuation dieser Rate im Ablauf des industriellen Zyklus. Das Ansteigen der von uns errechneten Profitrate im Jahre 1976 signalisiert daher keine Trendwende; alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Rate 1977 bereits wieder gefallen ist, so daß der Durchschnitt im gesamten siebten Zyklus unter dem des sechsten liegen wird.

Das Prinzip der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise besteht darin, die Gesamtproduktion stärker zu erhöhen als den entsprechenden Anteil der unmittelbaren Produzenten; als Konsequenz muß sich ein Antagonismus in den Distributionsverhältnissen einstellen; weitere Folgen: Auseinanderfallen von Produktion und Markt und akute Überproduktion. Hat die Akkumulation von Kapital und die Entwicklung der Produktivkraft ein Niveau erreicht, auf dem produktives Kapital in solchen Wertverhältnissen angelegt werden muß, daß diese Neuanlage letztlich die Profitrate senkt und die Nachfrage relativ weiter vermindert, kann der Prozeß beschleunigter Akkumulation von Kapital nicht mehr in Gang kommen. Der *innere Grund* für die unzureichende Akkumulation von Kapital seit Ende des fünften Zyklus, das damit einhergehende niedrige Wachstum und die beständige Freisetzung von produktiven Arbeitern liegt also in dieser schrittweise durchgesetzten *Veränderung der Wertverhältnisse*, die selbst Ausdruck der spezifisch kapitalistischen Entwicklung der Produktivkräfte ist. Das Kapital wird damit mehr und mehr zur Fessel der Entwicklung der Produktion.

Mit der seit dem sechsten Zyklus gegebenen Situation, zwar noch Akkumulation aber nicht mehr beschleunigter Akkumulation des Gesamtkapitals, ist die Spiralbewegung der kapitalistischen Produktion tendenziell nach innen gerichtet: der zaghafte Aufschwung mündet schnell in latenter und manifester Überakkumulation. Kann für den sechsten Zyklus noch von einer Entwicklung zur Überakkumulation von Kapital gesprochen werden, und insofern von dem nur tendenziellen Aufbrechen der Bewegungsform der dem Kapital immanenten Widersprüche, so zeigt sich im Verlauf des siebten industriellen Zyklus an der ungeheuren Pleitewelle und den weitverbreiteten riesigen Überkapazitäten, daß wir es von Beginn an mit *Überakkumulation von Kapital* zu tun haben. Das Kapitalverhältnis ist nach der langen Nachkriegsprosperität, die in der BRD besonders ausgeprägt war, erneut an seine Schranken gekommen.

Wir haben bislang nur die Entwicklung des Nationalkapitals der BRD untersucht. Die BRD ist jedoch wie kaum ein anderes Land in den internationalen Handel einbezogen und damit in hohem Maße vom *Weltmarkt* abhängig. Die für die BRD festgestellte Überakkumulation von Kapital ist als Problem nur dieses Landes nicht denkbar. Der Weltmarkt schließt Ausgleichsbewegungen ein, die eine derartige Entwicklung nur für wenigstens alle entscheidenden kapitalistischen Metropolen gleichzeitig zulassen.

Weltmarkt

Der Welthandel, der zum weit überwiegenden Teil aus dem Austausch der entwickelten kapitalistischen Industrieländer untereinander besteht, ist 1977 gegenüber 1976 wieder deutlich zurückgegangen. Nach einem absoluten Rückgang im Jahr 1975 schien die starke Steigerung 1976 zunächst auf eine weitere starke Ausdehnung des internationalen Handels wie in den früheren Zyklen der Nachkriegsentwicklung hinzudeuten. Die Reduzierung der Wachstumsrate von 12 auf 5 Prozent 1977 verdeutlicht jedoch, daß der wirtschaftliche Expansionsprozeß in allen Metropolen gebremst ist und in der Tat die Wende nach unten im siebten Zyklus bereits stattgefunden hat. Waren mit dem Aufschwung 1976 die Wechselkursprobleme zeitweilig abgeklungen, so zeigt die Talfahrt des Dollar 1977 die mit dem Abschwung sich verschärfende Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Der Angelpunkt der erneut aufgebrochenen Konflikte liegt in den relativen Vorteilen der BRD und Japans auf dem Weltmarkt. Diese Vorteile in der Konkurrenz basieren teilweise auf Produktivitätsvorsprüngen dieser beiden Länder in wichtigen Wirtschaftszweigen, teilweise aber auch auf allgemeinem Wechselkursdumping und Dumpingpreisen in spezifischen Produkten. Zur Abwehr derartiger Vorteile und Praktiken greift der Protektionismus in den verschiedensten Formen rasch um sich.

Die Barrieren auf den internationalen Textilmärkten, Preismanipulationen und Kontingentierungen können schon kaum noch überblickt werden, auf den internationalen Stahlmärkten sind die ersten entscheidenden Schritte zur vollständigen Absperrung der Märkte gemacht. Dieser Eingriff wird eine ganze Kette von weiteren Maßnahmen nach sich ziehen, denn Stahl ist ein leitender Handelsartikel, dessen Preis mitbestimmend ist für die Kostpreise, zu denen zahllose andere Waren auf den Weltmarkt geworfen werden können.

Das Nationalkapital der BRD hat bis 1974 eine fast durchgehende Vergrößerung seines Anteils am Weltmarkt seit Anfang der fünfziger Jahre zu verzeichnen. Im *sechsten Zyklus* führt die sehr starke Ausdehnung des Exports der BRD dazu, daß bei schwacher Inlandsnachfrage, die Ausdruck der schwachen Akkumulation ist, die Gesamtproduktion noch auf relativ hohem Niveau gehalten werden konnte und die BRD sich noch als blühendes Land darstellte zu einer Zeit, als die meisten anderen Metropolen schon mit enormen Problemen zu kämpfen hatten. Diese Entwicklung ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß bestimmte Bereiche der BRD-Industrie in der Tat international konkurrenzfähig sind, zum Teil aber auch darauf, daß zwar durch die Wechselkursverschiebungen seit Anfang der siebziger Jahre der Export der BRD ständig schlechter gestellt wurde, aufgrund der entschieden geringeren Inflationsraten im Inland aber der tatsächliche Effekt dieser Aufwertungen sehr begrenzt war. Die BRD konnte also den sich vollziehenden Anpassungsprozeß lange hinauszögern und sich dadurch weiterhin bestimmte Vorteile in der internationalen Konkurrenz sichern.

Aus dieser Besonderheit, die hier nicht weiter untersucht werden kann, ist teilweise die spezifische Entwicklung in der BRD im Vergleich zu anderen Ländern zu erklären. Während die im sechsten Zyklus auch in der BRD ständig fallende Akkumulationsrate, wie wir gesehen haben, darauf verweist, daß auch in diesem Land keine beschleunigte Akkumulation mehr in Gang kommt, konnte durch die starke Erhöhung der Exportquote und den dadurch stabilisierten Absatz die in der BRD auch schon vorher extrem lange und stark

ausgeprägte *Prosperitätsphase* noch verlängert werden in eine Zeit hinein, wo die Grundlage dieser Prosperität, die beschleunigte Akkumulation von Kapital, schon gar nicht mehr gegeben ist.

Der starke Rückgang des Exports der BRD in der Krise 1975 ist charakteristisch für die Stellung der BRD im internationalen Handel, denn der Export dieses Landes besteht zu relativ großen Anteilen aus Vorprodukt-Massengütern und Investitionsgütern, für die die Nachfrage in der Krise besonders stark zurückgeht. Umgekehrt muß die BRD im Aufschwung einen überproportionalen Anstieg erzielen, um nur den Anteil am Weltmarkt halten zu können.

Im bisherigen Verlauf des *siebten Zyklus* zeichnet sich deutlich ab, daß die Zeiten der beständigen Ausdehnung des Weltmarktanteils der Vergangenheit angehören. Zwar hat sich die BRD auch 1977 in der enorm verschärften Konkurrenz gehalten; aber in wichtigen Zweigen, z. B. Maschinenbau, bröckelt die ehemals starke Position bereits ab. Für den siebten Zyklus insgesamt ist eher mit einer fallenden Exportquote zu rechnen. Schon ein bloß stagnierender Anteil am Weltmarkt bedeutet aber für die BRD, daß die besonders günstigen Bedingungen hier vorbei sind, bedeutet die Anpassung an das miserable Niveau der anderen.

Ein auch nur leichter *Einbruch des Exports*, der für 1978 auf Basis des allgemeinen Abschwungs sehr wahrscheinlich ist, muß erhebliche *Beschäftigungswirkungen* haben. Nach Berechnungen des IAB¹⁵ sind in der BRD über fünf Millionen Arbeitsplätze direkt oder indirekt vom Export abhängig. Der Anteil der vom Export abhängigen Arbeitskräfte an der Arbeiterklasse beträgt damit über 30 Prozent. Diese Proportion macht deutlich, eine wie breite soziale Basis für die Unterstützung einer Politik der massiven Exportförderung durch Herabdrücken der Inflationsrate, Kreditvergabe an vom Bankrott bedrohte Handelspartner etc. vorhanden ist; zugleich wird klar, in welchem starkem Ausmaß die bevorstehende nächste Weltmarktkrise, Protektionismus und Handelskriege, plötzliche Exporteinbrüche auf die Existenzbedingungen der westdeutschen Arbeiterklasse zurückwirken müssen.

II. Sozialversicherung, Staat und Mittelklassen – von der Reformpause zur sozialen Demontage

Die Vorstellungen einer gleichmäßigen Kapitalakkumulation mittels staatlicher ›Konjunktursteuerung‹ entpuppen sich seit der Krise 74/75 als Illusion; statt Ausbau des Modells Deutschland muß die ›Reformpause‹ als Slogan dienen. Spätestens seit 1977 kann aber von einer Reformpause keine Rede mehr sein; ein ›Sanierungsprogramm‹ nach dem anderen steht auf der Tagesordnung, ›Sozialpolitik‹ hat die einigermaßen gleichmäßige Verteilung der ›Opfer‹ zum Inhalt. Eine soziale Demontage in größerem Umfang konnte aufgrund der großen finanziellen Polster – insbesondere der Sozialversicherung – noch vermieden werden. Die finanziellen Ressourcen des BRD-Staats waren bislang noch so groß, daß die sich verschärfenden sozialen Antagonismen durch Staatseingriffe in den

Abb. 6

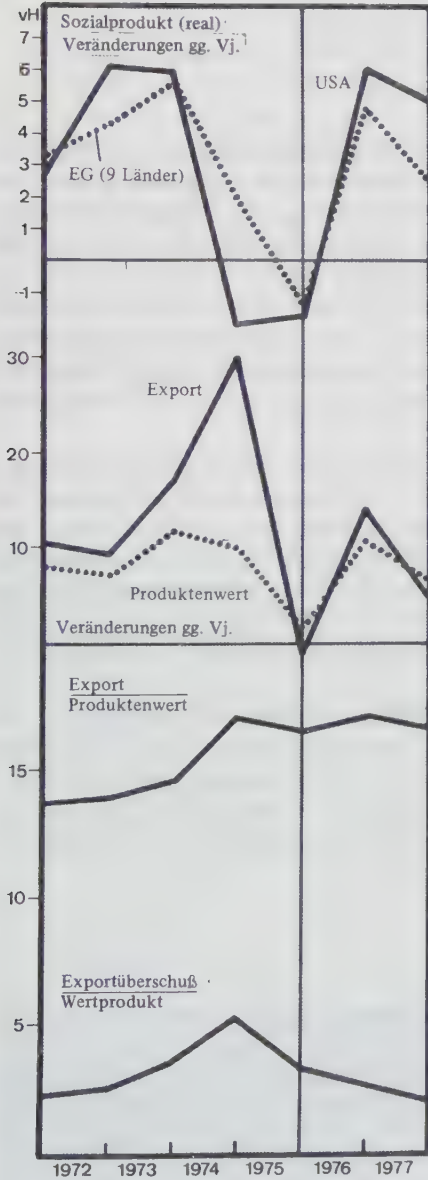
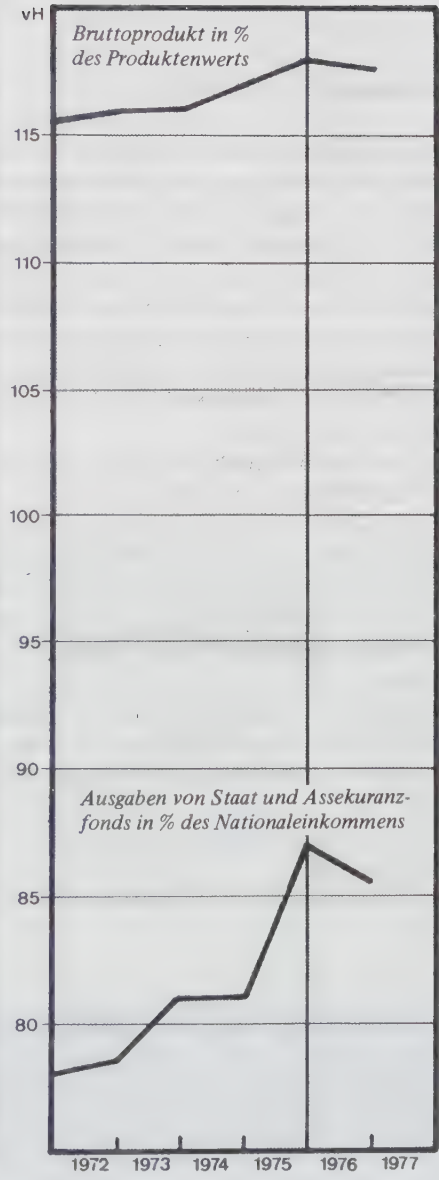


Abb. 7



ökonomischen Kreislauf und Stützung der Sozialversicherung gedämpft wurden. In welchem Umfang der noch vorhandene Spielraum 1976/77 genutzt wurde und wie er sich künftig darstellen wird, muß sich aus der Untersuchung der Haushalte der Sozialversicherung des des Staatsapparats ergeben.

»Staatsquote«

Das Nationaleinkommen ist die Quelle, aus der Sozialversicherung und Staat ihre Einnahmen letztlich beziehen und ihre Ausgaben für Personal, Investitionen und Umverteilung der Einkommen bestreiten.¹⁶ Mißt man die Gesamtausgaben von Sozialversicherung und Staat am Nationaleinkommen, zeigt sich seit Ende des 6. industriellen Zyklus ein Emporschnellen des Anteils der abgeleiteten Haushalte (vgl. Abb. 7). Die Ausgaben der Assekuranzfonds – also von Arbeitslosenversicherung, Unfall-, Renten- und Krankenversicherung zusammen – sind seit Ende des 6. Zyklus auf mehr als ein Viertel des Nationaleinkommens angestiegen. Die Gesamtausgaben des Staatshaushalts betrugen während der Jahre 1971–1974 zwischen 55 % und 56 % des Nationaleinkommens; seit 1975 liegt die Quote bei nahezu 60 %.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei einem ersten Blick auf die Entwicklung der Mittelklassen in der BRD, d. h. der Personengruppen, die – erwerbstätig oder als Empfänger von Pensionen, Renten usw. – außerhalb des Kapitalverhältnisses stehen und vom Staat, den Assekuranzfonds sowie aus der Revenue der verschiedenen Klasse ihres Einkommens beziehen.¹⁷ Die gesamten modernen Mittelklassen, deren Existenzbasis das Wertprodukt resp. Einkommen der produktiven Klasse ist, haben in den letzten zwei Jahren um fast 1 Million zugenommen; ihr Anteil an der Bevölkerung ist von 38 % (1975) auf 40 % (1977) gestiegen.

Werden diese unproduktiven Bevölkerungsteile in die aktiven, erwerbstätigen, d. h. im wesentlichen die Staatsbeschäftigten, einerseits und andererseits die bloß passiven Zahlungsempfänger, die Rentner, Pensionäre und Sozialhilfeempfänger unterschieden, springt sofort in die Augen, daß der gewachsene Anteil der Mittelklassen ganz und gar nicht auf einer aktiven Rolle des Staats, einer Erweiterung von Staatsarbeiten und -dienstleistungen beruht:

Entwicklung der modernen Mittelklassen (einsch. Angehörige)

	Veränderung im Gesamtzeitraum		Durchschnittl. Veränderung pro Jahr	
	75/70 77/75		75/70 77/75	
	in 1000		in %	
Erwerbstätige Mittelklassen	+ 1120	– 44	+ 2.3	– 0.2
Rentner und Pensionäre	+ 960	+ 900	+ 1.6	+ 3.8
Sozialhilfeempfänger	+ 208	+ 199	+ 7.0	+ 13.7

Noch während des 6. Zyklus war die Zunahme der erwerbstätigen Mittelklassen etwa genauso groß wie das Wachstum der nicht-arbeitenden, der Rentner und Sozialhilfeempfänger; dagegen findet ab 1976 (erstmal seit dem kurzen Rückgang von 1968) ein Abbau der lohnabhängigen Mittelklassen statt, begleitet von einem *beschleunigten Anwachsen der Rentner und verarmten Bevölkerungsteile*, die vom Staat unterhalten werden müssen.

Infolge der Ausdehnung der passiven Teile der Mittelklassen wachen die reinen Geldübertragungen der Sozialversicherung und des Staats schneller als die Personalausgaben für die Staatsbeschäftigten und andere Gruppen der lohnabhängigen Mittelklassen. Dementsprechend nehmen die Gesamtausgaben der Haushalte des Staats und der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung stärker zu als *die* Ausgabenteile dieser abgeleiteten Haushalte, die eine Erweiterung des konsumierbaren Reichtums der Gesellschaft ausdrücken; im Gegensatz zur raschen Erweiterung der Gesamtausgaben nimmt der Umfang des Bruttoprodukts im Verhältnis zum Produktenwert nur wenig zu,¹⁸ (vgl. Abb. 7). Die Erhöhung der »Staatsquote« seit 1975 liegt nahezu ausschließlich an der Ausdehnung der Einkommensübertragungen – der gestiegenen Zahlungen von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Renten usw. –, die keine Erweiterung des Reichtums, sondern bloße Umverteilungsvorgänge beinhalten.

Tabelle 6
Erwerbstätige Mittelklassen (in 1 000)

	1975	1976	1977 ¹⁾	Veränderung 76/75	77/76
Mittelklassen insgesamt	8 149	8 058	7 955	– 91	– 103
Nicht-kapitalistische Produzenten u. Händler	2 700	2 599	2 529	– 101	– 70
Lohnabhängige Mittelklassen	5 449	5 459	5 426	+ 10	– 33
bezahlt aus Revenue der verschiedenen Klassen	577	580	580	+ 3	–
Staatsbeschäftigte	4 872	4 879	4 845	+ 7	– 34
Gebietskörperschaf- ten Vollzeit	2 472	2 502	2 493	+ 30	– 9
Teilzeit	276	287	287	+ 11	–
Bundesbahn	427	409	389	– 18	– 20
Bundespost	479	462	459	– 17	3
Wirtschaftsuntern.	146	143	140	– 3	3
Bundeswehr/Grenz- schutz	271	272	274	+ 1	+ 2
Öff. Kredit/Bundes- bank	224	224	224	.	.
Rundfunk/Fernsehen	20	20	20	.	.
Pfaffen	44	44	44	.	.
Wohlfahrtsverbände	513	516	515	.	.

1) Vorläufige Ergebnisse

Krise der Sozialversicherung

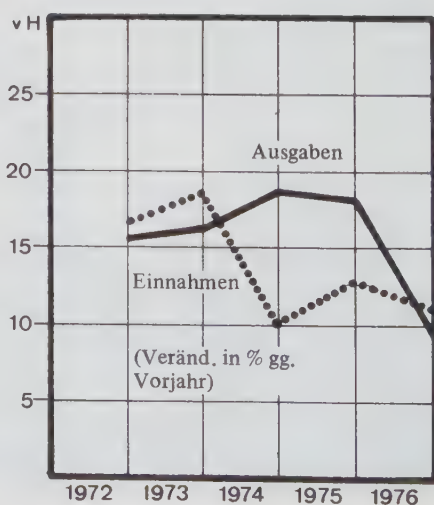
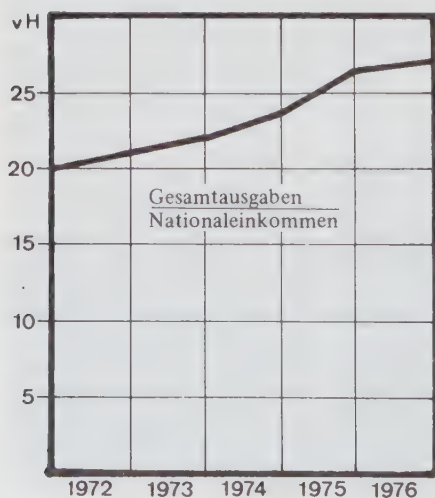
Vom eigentlichen Staatshaushalt und den aus ihm finanzierten Organen des Staatsapparats ist die Sozialversicherung oder das System der gesellschaftlichen Assekuranzfonds zu unterscheiden. Bei der Arbeitslosenversicherung, Unfall-, Kranken- und Rentenversicherung handelt es sich um kollektive Fonds aller Lohnabhängigen, die direkt aus den Löhnen der Arbeiterklasse und Teilen der lohnabhängigen Mittelklassen finanziert werden.¹⁹ Noch bis zur Mitte des 6. industriellen Zyklus (1973) stand die Sozialversicherung der BRD blendend da. Auf Basis der flotten Akkumulation, niedriger Arbeitslosigkeit und hoher Lohnzuwächse überstiegen die Einnahmen der Versicherungsfonds die laufenden

Tabelle 7
Sozialhilfeempfänger

Jahr	Insgesamt	Überwiegend von Sozialhilfe lebend	
	in Millionen	in % der Bevölkerung	
1972	1.6	0.5	0.8
1973	1.7	0.5	0.8
1974	1.9	0.6	1.0
1975	2.0	0.7	1.1
1976 1)	2.2–2.3	0.8	1.2
1977 1)	2.3–2.5	0.8	1.3

1) Geschätzt

Abb. 9: Assekuranzfonds



Ausgaben beträchtlich; ein großes Vermögenspolster konnte angelegt werden. Zu Beginn der Krise 1974/75 hatten Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung zusammen Vermögensbestände von rd. 50 Mrd. DM.

Seit 1974 klappt die Schere von Einnahmen und Ausgaben auseinander. Der Zusammenbruch des Netzes der sozialen Sicherheit konnte von 1974 bis 1976 nur durch massive Unterstützungszahlungen aus der Staatskasse und durch Auflösung der Rücklagen der Assekuranzfonds verhindert werden; die Vermögensbestände von Renten- und Arbeitslosenversicherung wurden von 1975–77 auf rd. 30 Mrd. abgeschmolzen.

Am katastrophalsten stellt sich die Finanzlage der Rentenversicherung dar. Die Einnahmen erhöhen sich nur mäßig infolge der Lohnausfälle durch Arbeitslosigkeit und geringerer Lohnzuwächse. Dagegen steigen die Ausgaben, weil die Zahl der Rentner rasch zunimmt – dies nicht etwa weil die Bevölkerung über 60 Jahre wächst (sie ist seit 1976 sogar rückläufig), sondern weil seit 1974 mehr ältere Arbeitnehmer frühzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden, d. h. ein größerer Teil der für das Kapital überschüssigen Bevölkerung auf Rente gesetzt wird.

»Die Rentenkrise ist der Keimling einer Staatskrise... Zielloses Herumdoktern hilft nun nicht mehr. Die Tranquillizer gehören abgesetzt, die Messer in die Hand genommen.« (Welt v. 17. 1. 77) Die Politik der Bundesregierung – die auf die Rentenversicherung trotz ihrer formellen Unabhängigkeit angesichts der leeren Kassen einen bestimmenden Einfluß besitzt – läßt sich in der Tat in die Periode der Tranquillizer und der Messer einteilen. Schon 1976 war der Regierung klar, daß die Rentenversicherung infolge des schwächeren Wirtschaftswachstums und der schwer zu reduzierenden Arbeitslosigkeit peinlich in die Klemme kommen würde. Anhand ihrer mittelfristigen Finanzplanung konnte sich die Regierung ein kumuliertes Defizit bis 1980 von rd. 84 Mrd. DM ausrechnen. Da die Rentenversicherung ein Vermögenspolster von 36 Mrd. (1976) besaß, ließen sich die Bundestagswahlen 1976 mit einem gigantischen Wahlschwindel durchziehen. Eisern behauptetes Motto der SPD und FDP: Bei den Rentenfinanzen gibt es keine Probleme, an den Renten gibt es keine Abstriche. Nach den Wahlen wurde die Debatte über die Bewältigung des riesigen Defizits dann umso hektischer in ihrer ersten Runde absolviert: Übergang vom Wahlschwindel zur Leistungskürzung, vom Tranquillizer zum Messer. Das Ergebnis: ein sogenanntes Sanierungskonzept, Mitte 1977 in Kraft getreten, sah im wesentlichen folgende Maßnahmen vor: 1. Abschmelzen der Vermögensrücklagen, 2. Verlagerung des Defizits auf Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung, 3. Rentenkürzungen. Ganz ohne Tranquillizer ging's doch nicht: die Regierung behauptete zuversichtlich, daß die Arbeitslosenversicherung künftig wieder ordentliche Überschüsse machen wird, daraus folglich dann auch einen Versicherungsbeitrag für die Arbeitslosen leicht wird überweisen können. Unmittelbare Folge dieses Programms war das sogenannte »Kostendämpfungsprogramm« in der Krankenversicherung, der erste Schritt zur Einschränkung der Gesundheitsversorgung.

Die Berechnungsgrundlagen des »Sanierungskonzepts« waren aber vollkommen illusorisch. Ebenso wie bei der Finanzplanung für den eigentlichen Staatshaushalt geht die Bundesregierung davon aus, daß a) die Arbeitslosigkeit bis 1980 kontinuierlich auf 630 000 abnimmt, b) die Bruttolöhne jährlich um 7.5 % steigen. Welcher soziale Sprengstoff in den Finanzen der Assekuranzfonds steckt, wird sichtbar, wenn man die Träume der Regierung

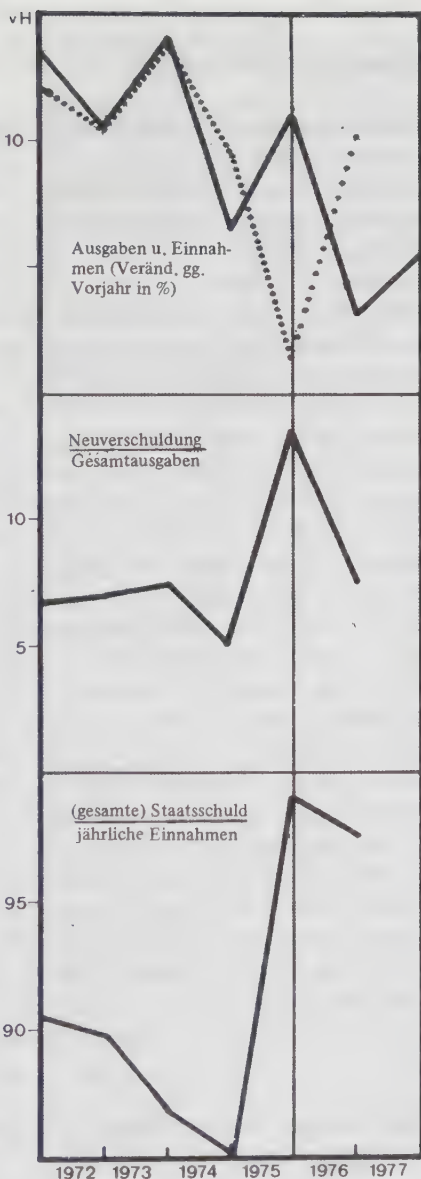
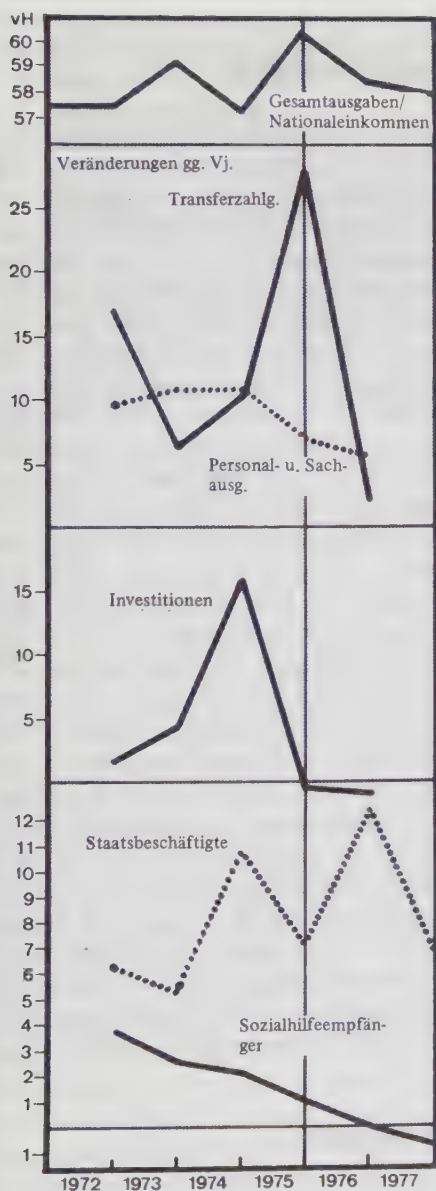
bezüglich der Renten- und Arbeitslosenversicherung nur ein wenig dem zu erwartenden Gang der Dinge anpaßt: Bei durchschnittlich 1 Million Arbeitsloser bis 1980 ergeben sich Mehrbelastungen in den nächsten 3 Jahren von 25–30 Mrd. bei Renten- und Arbeitslosenversicherung zusammen; bei durchschnittlich 5 %iger jährlicher Bruttolohnsteigerung folgen weitere 20 Mrd. Defizit. Kurz: Trotz der rigorosen Auflösung der Vermögensbestände und ersten Einschnitte bei den Leistungen mit der 77er »Reform« folgt in den nächsten Jahren ein totales Desaster. Bereits 1978 sind die nächsten Demontagen an Leistungen und Beitragserhöhungen absehbar. Die Anfang des Jahres vorbereiteten Maßnahmen – Beschränkung der Rentenerhöhung auf maximal 4–5 % in den nächsten Jahren und Beitragserhöhungen durch verstärkten Einbezug von Weihnachts- und Urlaubsgeld in die Beitragsbemessung – werden 1978 nicht die letzten »Sanierungs«versuche bleiben; die Bundesregierung hat sich denn auch gleich den Weg offen gelassen, notfalls die Rentenanpassungen noch niedriger ausfallen zu lassen.

Der fortgesetzte Regierungsschwindel der Sozialdemokraten kann immer weniger darüber hinwegtäuschen, daß die von der Arbeiterklasse in den 60er Jahren durch den Ausbau der Assekuranzfonds errungene soziale Sicherheit gegenwärtig eingeschränkt wird und in den nächsten Jahren vor äußerst harten Belastungen steht. Die Krise des Systems der sozialen Sicherung wird in den kommenden Jahren mit in das Zentrum des Klassenkampfes in der BRD rücken und die Desillusionierung über die Möglichkeiten sozialdemokratischer Flickreformen erdrutschartig vorantreiben.

Anstieg der staatlichen Geldübertragungen

Die veränderten Akkumulationsbedingungen des Kapitals haben nicht nur die Stabilität der Sozialversicherung angeschlagen; auch die Entwicklung des eigentlichen Staatshaushalts, die Finanzen der verschiedenen Zweige des Staatsapparats und die davon abhängigen Personen findet unter gravierend veränderten Voraussetzungen statt. Die Einnahmen des Staats wachsen 1975 nur um 1 %, dagegen nehmen die Ausgaben um 11 % zu; die Folge: ein *Defizit* des gesamten Staatshaushalts von 53 Mrd., das durch Kreditaufnahme gedeckt werden muß. Zugleich findet eine massive Umstrukturierung der Staatsausgaben statt (vgl. Abb. 8). Die Transferzahlungen – reine Geldübertragungen des Staates – steigen weit überdurchschnittlich um 28 % in 1975 und müssen auch 1976 auf dem hohen Niveau gehalten werden. Der Staat springt ein, um das Netz der sozialen Sicherheit zu retten; die erhöhte Belastung der Haushalte der Sozialversicherung kann nicht aus der Auflösung der Vermögensbestandteile der Assekuranzfonds allein aufgefangen werden. Zum anderen wachsen die Bevölkerungsteile, die keine Ansprüche an das Versicherungssystem geltend machen können und auf direkte staatliche Unterstützung angewiesen sind: Die Zahl der Sozialhilfeempfänger wächst von 1975–1977 auf fast 2 1/2 Millionen. Die Zahl der Anspruchsberechtigten, deren Rente oder sonstiges Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt ist noch weit höher, da nicht alle Armen von ihren Ansprüchen wissen oder den Gang zur staatlichen Fürsorge scheuen. Ihren hauptsächlichen Lebensunterhalt von der Sozialhilfe bestreiten mehr als 800 000 Personen (vgl. Tabelle 7). Das rasche Ansteigen der Sozialhilfeausgaben von 1975–77 findet noch ohne größere Leistungsabstriche

Abb. 8: Staat



statt; die Hoffnung auf den Aufschwung seitens der Regierung hält die Angriffe aus dem bürgerlichen Lager auf die Faulenzer und Alkoholiker, die sich von der Sozialhilfe einen schönen Tag machen, noch im Zaum.

Rückgang und Umstrukturierung der Investitionsausgaben

Die rasche Zunahme der reinen Geldübertragungen an die aus dem Reproduktionsprozeß des Kapitals Freigesetzten und die verarmte Bevölkerung ebenso wie die langsamer wachsenden Einnahmen des Staates verengten den Spielraum der laufenden Personal- und Sachausgaben und der Investitionen. Der matte Aufschwung 1975/77 wirkte sich am gravierendsten in der Entwicklung der Investitionsausgaben aus. Die Investitionen des Staates sind zu über 90 % Bauinvestitionen; 2/3 der Sachinvestitionen der Gebietskörperschaften werden von den Gemeinden getragen. »Insgesamt verhielten sich die Kommunen in den beiden vergangenen Jahren wie private Investoren. Einzelwirtschaftliches Verhalten lag für sie nahe; denn auch bei den Gemeinden herrschte Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche und insbesondere finanzielle Entwicklung... Im Gegensatz zu den Unternehmen aber fehlte es vielen Kommunen, zumindest als sie ihre Haushalte für 1976 planten, an einer Grundvoraussetzung zum Investieren, am Geld.« (Gutachten des Sachverständigenrates 77/78, S. 88). Die Gemeinden schränkten ihre Sachinvestitionen 1976 um 2.9 % ein, im 1. Halbjahr 1977 sogar um 5.8 % (Bauinvestitionen – 9.7 %!). Die Sparwut der Gemeinden mußte gezügelt, bzw. da ihnen infolge von Überschuldung nicht viel anderes übrig blieb, finanziell unter die Arme gegriffen werden. Die Bundesregierung beschloß im März 1977 ein »Programm für Zukunftsinvestitionen«, vermittelt dessen von 1977–81 rd. 14 Mrd. DM für den Bau von Straßen, Brücken, Wasserwegen, Energieversorgung, Umweltschutz etc. ausgegeben werden sollen. Dieser *Ersatz* für die reduzierten kommunalen Investitionen – der in der Regierungspropaganda als große Ausdehnung der staatlichen Investitionstätigkeit gepriesen wird – zieht eine Umstrukturierung der Investitionsausgaben nach sich; die Richtung dieses »Nebeneffekts« wird schon deutlich, wenn die Bauausgaben der Gemeinden nur grob differenziert werden: Die gesamten kommunalen Bauinvestitionen verringerten sich vom 1. Halbjahr 1976 bis zum 1. Halbjahr 1977 um rd. 1 Mrd. DM. Gekürzt wurden unter anderem: 400 Millionen bei Schulbauten, 65 Millionen bei Einrichtungen des Gesundheitswesens; dagegen nahmen die Ausgaben für Straßen und Brücken noch um 65 Millionen DM zu. Eingeschränkt wurden überwiegend Ausgaben, die in die Reproduktion der Arbeitskraft eingehen, Ausgaben für eine Erweiterung der Bereiche des kollektiven Konsums der Arbeiterklasse; stabilisiert oder sogar noch ausgeweitet wurden Investitionen, die wesentlich in die produktive Konsumtion eingehen.

Rückwirkungen der verschlechterten Staatsfinanzen auf die Lage der Staatsbeschäftigten

Neben der Kürzung der Investitionen waren die Personalausgaben Ansatzpunkt zur Realisierung eines Sparprogramms zur Reduzierung des 1975 enorm gestiegenen Defizits der

öffentlichen Haushalte. Großenteils verliefen die Versuche einer restriktiven Personalpolitik noch unspezifisch und unsystematisch (z. B. genereller Stellenstopp, zeitlich begrenztes Freibleiben jeder 2. neu zu besetzenden Planstelle u. a.). Die Maßnahmen waren nur zu einem geringen Teil gegen den »sozialen Besitzstand« der Staatsbeschäftigten gerichtet, wenngleich die Begrenzung von Neueinstellungen in einzelnen Bereichen spürbare Mehrbelastungen und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zur Folge hatten.

Insbesondere im Bereich der kommunalen Betriebe, der Infrastruktureinrichtungen, sowie bei Bahn und Post waren die Versuche am ausgeprägtesten, durch Rationalisierung und Privatisierungsdrohungen Arbeitskräfte einzusparen und Druck auf die Beschäftigten zu vermehrter Arbeitsverausgabung auszuüben. Besonders über die Versuche zur Privatisierung einzelner für das Kapital profitabler Betriebe wie Schlachthöfe, Reinigungsdienst, örtliche Verkehrsbetriebe usw. haben sich Auseinandersetzungen zwischen den gewerkschaftlich organisierten Staatsbeschäftigten und dem öffentlichen Arbeitgeber entwickelt. Das gesunkene Transportvolumen und Sparversuche – insbesondere bei der hochverschuldeten Bundesbahn – haben den Druck auf die Arbeitsplätze verstärkt. Allein bei Bund und Ländern vielen von 1975–76 1600 Planstellen in diesem Sektor den Sparplänen zum Opfer. Bei Bahn und Post wurden von 1975–77 zusammen 58 000 Arbeitsplätze abgebaut.

Im Sektor der Gesundheitsversorgung und der Ausbildungsinstitutionen ist die Tendenz zum Beschäftigtenabbau nicht so eindeutig gewesen, wenngleich sich hier infolge von »Stellenstopp« einerseits und der miserablen Verfassung insbesondere des Ausbildungssystems die Arbeitsbedingungen eher verschlechtert haben. Im Bereich der Gesundheitsversorgung waren die Maßnahmen des sogenannten »Kostendämpfungsgesetzes« nur ein Vorgeschmack für die Einschränkung der Leistungen einerseits, erschwerte Arbeitsbedingungen des Krankenhaus- und Pflegepersonals andererseits.

Ganz im Gegenteil zu den staatlichen Diensten, die zur Reproduktion der Arbeitskraft beitragen (Ausbildung, Gesundheit) und den Verkehrs- und Infrastrukturleistungen ist der staatliche Repressionsapparat weiter ausgebaut worden. Die von der amtlichen Statistik veröffentlichten Zahlen, die für 1977 einen Rückgang des Bundespersonals im Bereich von Bürokratie und Repression anzeigen, sind teilweise irreführend, weil im Gegensatz zu früheren Jahren nicht der Soll-Bestand, sondern der tatsächliche Personalbestand – der kleiner ist – gemeldet wird. In Wirklichkeit ist die staatliche Unterdrückungsmaschinerie personell und materiell ausgeweitet worden. Darüber hinaus wurden große Anstrengungen zur Modernisierung und Zentralisierung von Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Militär unternommen. Zusammen mit allen verwirklichten und geplanten Einschränkungen der Bürgerrechte – Berufsverboten, Verschärfung von Strafrecht und Strafprozeßordnung, Polizeirechte usw. – ist die Rücknahme der von der Arbeiterklasse errungenen politischen Rechte unverkennbar. Es ist aber nicht zu übersehen, daß auch in verschiedenen Bereichen des materiellen Unterdrückungsapparats gegen den Rechtstrend verstärkte gewerkschaftliche Organisation und Orientierung an fortschrittlichen, auf Verteidigung und Ausbau der Bürgerrechte zielenden Positionen stattfindet; wie Schritte der Polizeigewerkschaft zur Integration in den DGB sind nur ein Indiz dieser Entwicklung.

Die Auswirkungen der veränderten Akkumulationsbedingungen ruft bei den verschiedenen Gruppierungen der Staatsbeschäftigten sehr unterschiedliche Reaktionen hervor.

Neben der Reaktivierung von Standesvorurteilen, den Versuchen mittels der Belebung von Beamtenbund und DAG die Verteidigung von Sonderstatus und Privilegien in den Vordergrund zu stellen, zeichnet sich eine verstärkte gewerkschaftliche Orientierung und organisatorische Einbeziehung der Staatsbeschäftigten in die allgemeine gewerkschaftliche Bewegung ab. Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation des Staatsbeschäftigten in der ÖTV wird zur entscheidenden Schlacht in der Vorbereitung des Terrains für die zukünftigen Klassenkämpfe; jeder Erfolg der Gewerkschaft bedeutet hier zugleich einen Sieg gegen die Bemühungen, die Lohnabhängigen im Staatssektor zur Billigung und Unterstützung einer autoritären, polizeistaatlichen Entwicklung des politischen Systems zu gewinnen.

Rasch wachsende Staatsschuld seit 1975

Ein Überschuß der laufenden Ausgaben über die Einnahmen aus Steuern und Verkäufen des Staats, folglich die Finanzierung eines Teils der Staatsausgaben aus der Verpfändung künftiger Einkommensteile der Nation an die Staatsgläubiger, ist ein allgemeines Merkmal des bürgerlichen Staats. Die Nützlichkeit der staatlichen Kreditaufnahme zur Finanzierung seiner Investitionen ist eine geläufige Vorstellung und hat sich sogar in der Verfassung der BRD niedergeschlagen – die laufende Neuverschuldung des Staats soll sich in Zeiten normaler Konjunktur im Rahmen der Investitionsausgaben bewegen. In der BRD konnten die Haushaltsdefizite bis 1974 trotz rascher Ausgabenexpansion in geringem Umfang gehalten werden. Die Einnahmequellen sprudelten infolge schneller Ausdehnung des Wertprodukts und Nationaleinkommens reichlich, und bildeten die Basis für das Ankurbeln der sozialdemokratischen Reformwerke.

Seit Ende des 6. Zyklus ist die Situation verändert: bei nur geringem Wachstum des Wertprodukts nehmen auch die Einnahmen des Staats langsamer zu. Das schnelle Steigen der Ausgaben und gleichzeitig geringere Einnahmewachse in der Krise 1974/75 stellten noch ein vergleichsweise geringes Problem für den BRD-Staat dar. In der Hoffnung einer nur kurzfristigen Schlechtwetterperiode sah die Regierung die Voraussetzung, durch Ausdehnung des Staatskredits den relativ hohen Stand der BRD an sozialer Sicherheit und staatlichen Diensten aufrechtzuerhalten. Seit 1975 nimmt die Neuverschuldung in der BRD ungekannte Ausmaße an. 1975 werden über 13% der Gesamtausgaben durch Kreditaufnahme bezahlt; die kumulierte Staatsschuld steigt auf über 50% des Nationaleinkommens (vgl. Abb. 8). 1976 und 1977 hat sich diese Finanzlage nicht grundlegend geändert; zwar konnte das laufende Defizit durch die restriktive Ausgabenpolitik reduziert werden, es blieb aber auf einem für die BRD bislang ungewöhnlich hohen Niveau. Nach dem »Kurswechsel« in der Finanzpolitik der Regierung Mitte 1977 angesichts des erlahmenden Aufschwungs ist das anfangs 1978 kalkulierte Haushaltsdefizit des Bundes bereits wieder auf einem höheren Niveau als 1976 und 1977 veranschlagt.

Die außenwirtschaftliche Stärke und der noch vergleichsweise niedrige Stand der aufgelaufenen Staatsschuld der Bundesrepublik läßt der Regierung einen Spielraum mittels noch größerer Staatsverschuldung die in der bevorstehenden Krise weiter aufbrechenden sozialen Antagonismen zu dämpfen; die finanzielle Basis für eine Stützung der individuel-

len Konsumtion, für Arbeitsbeschaffungsprogramme, Stützung der Assekuranzfonds ist noch vorhanden – allerdings nur für kürzere Zeit. Schnell wachsende Staatsverschuldung und dadurch beschleunigte Inflation würden die Konkurrenzfähigkeit der BRD auf dem Weltmarkt schwächen und auf diese Weise ein wesentliches Moment der noch relativ stabilen ökonomischen Position unterminieren. Der finanzielle Spielraum wird zudem eingengt durch absehbare Schuldenmoralien und notwendige Stützungsaktionen zugunsten bestimmter weniger entwickelter Länder (und Handelspartner), die schon heute vor dem Bankrott stehen.

Selbst wenn es gelänge – durch eine breite Mobilisierung der Gewerkschaften – ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungs- und Konjunkturprogramm vermittelt einer Ausdehnung der Staatsschuld durchzusetzen, kann durch die derart vermehrte Nachfrage 1978/79 nur eine kurzfristige Milderung der Probleme erreicht werden. Ein Ausweg aus der Zerrüttung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse ist nur durch wesentlich weitergehende Eingriffe in Produktion und Konsumtion möglich. Die Forderungen der Gewerkschaften nach der Einleitung eines qualitativ beschleunigten Wachstums, Investitionskontrollen und Branchenentwicklungsplänen deuten in diese Richtung, wenngleich die Dimension der zu lösenden Probleme noch unterschätzt wird.

Das Dilemma einer bloß auf staatliche Nachfrageerweiterung ausgerichteten Politik wird schon aus der Gegenüberstellung folgender Tatsachen deutlich: bis 1981 müssen zusätzlich 4–5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, um die Arbeitslosigkeit wieder unter die Millionengrenze zu bringen (dabei ist noch ein recht günstiger Verlauf der Krise 1978/79 unterstellt); die für 1978 geplanten Konjunkturmaßnahmen der Bundesregierung mit einem Volumen von 23 Mrd. DM werden aber im günstigsten Fall 200 000 Arbeitsplätze schaffen.

Realistische Erwartungen der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung zeigen die groteske Ausweglosigkeit der sozialdemokratischen Flickschusterei bei ihren Versuchen der Heilung der bundesrepublikanischen Krankheit.

Perspektiven für 1978/79

Der siebente Nachkriegszyklus der BRD befindet sich in seiner Abschwungphase. Da der Zyklus 1972–1975 dreieinhalb Jahre gedauert hat und aufgrund der bisherigen Entwicklung angenommen werden kann, daß der siebente Zyklus eher kürzer ausfallen wird, muß für das Jahresende 1978, Anfang 1979 mit dem Auslaufen des Zyklus, d. h. mit der nächsten zyklischen Krise gerechnet werden. Alle Berechnungen der bürgerlichen Volkswirtschaftler, die für 1978 ein etwa gleich großes Wirtschaftswachstum wie 1977 erwarten, haben wenig Realitätsgehalt. Da die Zahlen der bürgerlichen Statistik unterstreichen, daß seit 1977 sich das wirtschaftliche Wachstum in der BRD kontinuierlich abschwächt und die Wachstumsrate der gesellschaftlichen Produktion gegenüber 1976 bereits halbiert ist, handelt es sich bei den Prognosen der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler um ideologische Wunschvorstellungen, denen die Gewerkschaften zu recht die offene Parteilichkeit für die Interessen des Kapitals attestieren.

Bei realitätsgerechteren Annahmen muß eine Prognose anders ausfallen: Nur wenn der

Abschwung in die Krise 1978 ohne größere Friktionen auf dem Weltmarkt und folglich ohne größere Ausfälle an Auslandsnachfrage vonstatten geht, kann für 1978 ein geringfügig über der Nullmarke liegendes Wachstum im Jahresdurchschnitt gerechnet werden; in jedem Fall unterstellt auch dieser Fall für die 2. Jahreshälfte eine weitere Abschwächung und einen realen Rückgang des Sozialprodukts. Die Konsequenzen eines – bezogen auf die Weltmarktentwicklung – relativ günstigen Verlaufs der Wirtschaftsentwicklung für den Arbeitsmarkt sehen allerdings drastisch aus: eine Stagnation bei der realen Sozialproduktsentwicklung, eine (niedrig angesetzte) dreiprozentige Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität unterstellt, führt zu einer Freisetzung von weiteren ca. 0,7 Mio. Arbeitskräften im Jahresdurchschnitt 1978. Die Arbeitslosigkeit muß dann im Jahresdurchschnitt 1978 mindestens 1,8 Mio erreichen, da sie 1977 bereits 1,1 Mio beträgt. Ein solcher Jahresdurchschnitt schließt ein, daß Ende 1978 mindestens 2,5 Mio Arbeitslose zu erwarten sind; ein weiterer kräftiger Anstieg der Arbeitslosenquote im Laufe des Jahres 1979 ist unvermeidlich. Alles spricht aber darüberhinaus gegen die These, daß sich der Abschwung des Zyklus auf dem Weltmarkt in relativ geordneten Bahnen vollziehen wird; der Spielraum für zeitweilig kompensierende Staatsverschuldung ist seit 1974/75 auch bei anderen Nationalkapitalen massiv eingeengt worden, die Masseneinkommen sind außerhalb der BRD bereits wesentlich stärker in Mitleidenschaft gezogen; so hat etwa in Großbritannien von 1972–76 ein Abbau im Lebensstandard der Lohnabhängigen um 25 % stattgefunden. Eine ganze Reihe von Ländern, die 1974/75 den Überfluß an Geldkapital dazu ausgenutzt haben, sich bei den privaten Banken in den Metropolen des Kapitals zu verschulden, und die Krise 1975 mittels internationaler Kredite überstanden haben, haben hohe Zinslasten und Tilgungsraten zu tragen; eine weitere Neuverschuldung scheidet aus. Die Türkei, Spanien, Portugal, eine Reihe von süd- und mittelamerikanischen Ländern hatten schon in der Prosperitätsphase des siebenten Zyklus mit enormen ökonomischen, finanziellen und sozialen Problemen zu kämpfen; der bevorstehende Übergang in den 8. Weltmarktzyklus setzt verstärkt die Forderung nach Schuldenmoratorien auf die Tagesordnung. Jede ernsthafte Beeinträchtigung des Weltmarkts wird angesichts der hohen Exportabhängigkeit der BRD auf die Entwicklung dieses Landes zurückschlagen und die Beschäftigungsprobleme rasch noch massiver anschwellen lassen. Eine Verdreifachung der Zahl der heute Arbeitslosen im Verlauf eines solchen Prozesses kann – wenn wir uns an das Ausmaß des Rückgangs der Auslandsnachfrage 1974/75 erinnern – nicht ausgeschlossen werden.

Die für die BRD charakteristischen sozialen und politischen Kräfteverhältnisse werden durch diese beschleunigte Zerrüttung des ökonomischen Systems nachhaltig verändert werden. Sozialdemokratische Verteilungsprogramme von Krisenlasten werden noch weniger als heute Elemente einer Wirtschafts- und Sozialpolitik im Interesse der Werktätigen enthalten. In der politischen Auseinandersetzung wird das Programm der politischen Repräsentanten der Bourgeoisie an Gewicht gewinnen, die durch drastische Einschränkung der Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen der kapitalistischen Wirtschaft zu erneutem Leben verhelfen will. Noch ist das Bewußtsein der Lohnabhängigen in der BRD vielfach unentwickelt angesichts der anstehenden Probleme; es hält sich die Illusion, daß die Schwierigkeiten durch mehr Fleiß und Sparsamkeit und allgemeine Beschränkung der Ansprüche für kürzere Zeit überwunden werden könnten. Dennoch wird eine Politik des

»Maßhaltens« immer unglaubwürdiger; es bedarf größerer Anstrengungen, ein bürgerliches Austeritätsprogramm und den Abbau sozialer Errungenschaften als realistischen Ausweg zu verkaufen. Die Gewerkschaften werden durch die ökonomische Entwicklung gezwungen und sind aufgrund ihrer organisatorischen Stärke in der Lage, harte Verteidigungspositionen zu beziehen.

Aber auch hier sind Probleme zu lösen: Die Organisationen der Lohnabhängigen stehen vor sozialen Fragen, die in der Blütezeit des BRD-Kapitals in den Hintergrund getreten waren. Die Forderungen nach Humanisierung der Arbeitswelt, Mitbestimmung, mehr Lebensqualität schlagen um in die Verteidigung gegen die Übergriffe des Kapitals auf die *elementaren Lebensrechte* der Arbeiterklasse. In der Diskussion um das neue Grundsatzprogramm des DGB müssen Perspektiven aufgezeigt werden, wie ein Ausweg aus längst für überwunden gehaltenen sozialen Übeln des Kapitalismus gefunden werden kann. Das Problem der Organisation des Zusammenhangs von Beschäftigten und Unbeschäftigten, insbesondere die Einbeziehung der arbeitslosen Jugendlichen, stellt sich in verschärfter Form. Die Arbeitslosenversicherung wird in der bevorstehenden Krise vor dem finanziellen Ruin stehen ebenso wie die Rentenversicherung. Die Versuche zur Einschränkung der politischen Rechte machen vor der Tarifautonomie und Organisationsfreiheit nicht halt.

Die bisherige illusionäre Politik der Sozialdemokraten wird durch diesen sich beschleunigenden Gang des Klassenkampfes mehr und mehr scheitern; der Versuch, die soziale Demontage als Warteposition vor der neuen Reformoffensive zu verkaufen, muß – auch wenn sie von neuen, einstweilen weniger belasteten Männern versucht wird – kläglich versagen. Über kurz oder lang wird ein Teil der Werktätigen mit dieser Politik der Partei brechen; politische Niederlagen, Regierungswechsel und Spaltung der SPD sind die unausweichliche Folge. Zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Lohnabhängigen werden nur diejenigen politischen Kräfte beitragen können, die in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften konkrete Maßnahmen vorschlagen können, wie das überlebte System der ökonomischen und sozialen Entwicklung grundlegend verändert werden kann, und die in der Praxis bereit sind, die verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung demokratisch zur bestimmenden politischen Kraft des Landes heranwachsen zu lassen. Inzwischen gilt auch für die BRD als *Tagesaufgabe*: Schaffung eines politischen Kräfteverhältnisses, das den Übergang zu einem anderen Typ ökonomischer, sozialer, politischer und kultureller Entwicklung der Bevölkerung vollziehen kann.

Anmerkungen:

¹ Zur theoretischen Begründung und den einzelnen Schritten der Umsetzung unserer empirischen Untersuchung ökonomischer und Klassenverhältnisse vgl.: Projekt Klassenanalyse, *Materialien zur Klassenstruktur der BRD*, 2 Bände, Westberlin 1973 und 1974; dass., *Gesamtproduktionsprozeß der BRD 1950–1975*, Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Westberlin 1976, und: dass., *Der Staat in der BRD*, Ökonomische Basis und Entwicklungstendenzen 1959–1976, Hamburg/Westberlin 1977. Ein detailliertere Untersuchung der sozioökonomischen Entwicklung des Zeitraums 1972–1975 in: Tendenz-Wende? Bundesrepublik 1976, *Sonderheft der Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus*, Westberlin 1976.

² Bei den im folgenden gegebenen Daten handelt es sich zumeist um Resultate eigener Berechnungen im Rahmen der systematischen Umstrukturierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Der Zusammenhang dieser Größen ist dargestellt in: *Gesamtreproduktionsprozeß...*, S. 166 ff

³ Zur Abgrenzung der einzelnen Nachkriegszyklen in der BRD voneinander vgl. *Gesamtreproduktionsprozeß...*, S. 213; zu den anderen Metropolen des Kapitals: USA: *Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 3/1976*, Frankreich: *Beiträge...* 4/76, Großbritannien: 1/77, Italien: 5/77. Aus der weitgehenden Parallelität der ökonomischen Entwicklung in diesen Ländern kann u. E. auch ohne weitergehende Untersuchungen auf die Existenz eines Weltmarktzyklus geschlossen werden. Vgl. auch weiter unten die Thesen zur Weltmarktentwicklung.

⁴ Der Akkumulationsfonds weist in den früheren Zyklen zumeist mehrere Jahre hintereinander hohe Wachstumsraten auf. Vgl. *Gesamtreproduktionsprozeß*, S. 225.

⁵ Auf diesen Zusammenhang wird weiter unten näher eingegangen.

⁶ Die Daten der Abb. 4, die im folgenden interpretiert werden, sind dem *Gutachten des Sachverständigenrats 1977* und verschiedenen Heften der *MittAB* entnommen.

⁷ Vgl. *Materialien*, Band I, S. 207 ff. Es handelt sich bei den Zirkulationsagenten des Kapitals um die vom Kapital beschäftigten Lohnarbeiter, die nicht in der Produktion von Wert und Mehrwert tätig sind, sondern Kauf und Verkauf und alle weiteren Zirkulationsoperationen vornehmen.

⁸ Auch die nichtkapitalistischen Warenproduzenten selbst, nicht nur ihre Lohnarbeiter, sind an der Produktion des gesellschaftlichen Produkts beteiligt. Wegen ihres mittlerweile geringen Beitrags kann von diesem Aspekt abstrahiert werden.

⁹ Dies Ergebnis erhält man schon bei der Betrachtung von bürgerlichen Produktivitätskennziffern, trotz ihrer problematischen Konstruktion. Zu unserer Interpretation der gesamten Entwicklung der BRD vgl. *Gesamtreproduktionsprozeß*, S. 207 ff.

¹⁰ Zur Entwicklung der Mehrwertrate in den früheren Zyklen vgl. *Gesamtreproduktionsprozeß*, S. 237. Der Unterschied der beiden Reihen beruht darauf, daß die hier gegebenen Zahlen nach der neuen, 1977 revidierten VGR berechnet sind.

¹¹ Wir betrachten hier nicht die Entwicklung in einzelnen Jahren, da von Wert nur im Zyklendurchschnitt die Rede sein kann.

¹² Wir führen hier nur die Hauptfaktoren, die die Mehrwertrate bestimmen, summarisch auf. Eine nähere Untersuchung kann auf Grundlage unseres bisherigen Materials nicht erfolgen.

¹³ Dieser Zusammenhang wird weiter unten genauer dargestellt.

^{13a} Repräsentativbefragung des *Instituts zur Erforschung sozialer Chancen* vom Juni 1976. Die Ergebnisse sind ausführlicher zitiert in dem materialreichen Text von Goldberg, Guther, Jung, *Arbeitslosigkeit – Ursachen, Entwicklung, Alternativen*, VMB 1977

^{13b} Ausführliches und detaillierteres Material zur Lebenslage der nachwachsenden Generation wird in einer der folgenden Zeitschriftennummer dargestellt und kommentiert werden.

¹⁴ Vgl. die Thesen im *Gesamtreproduktionsprozeß*, S. 272 ff. Eine genauere Untersuchung der Wertzusammensetzung ist noch zu leisten.

¹⁵ Die Angaben sind entnommen: *MittAB*, Heft 3/77.

¹⁶ Zur näheren Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Gesamtreproduktionsprozeß sowie von Assekuranzfonds und eigentlichem Staatshaushalt vgl. J. Bischoff (Hrsg.), *Marxismus und Staat*, Hamburg/Westberlin 1977 und Projekt Klassenanalyse, *Der Staat in der BRD*, Hamburg/Westberlin 1977.

¹⁷ In diesem Abschnitt geht es um die Entwicklung der Mittelklassen soweit sie Produkt entwickelter kapitalistischer Verhältnisse. Im Gegensatz zu den traditionellen Kleinbürgern, die durch ihre Arbeit selbst noch einen Beitrag zum Wertprodukt der Gesellschaft leisten, beziehen die modernen Mittelklassen – ob erwerbstätig oder nicht – ihren Lebensunterhalt aus den primären Revenuen der anderen Klassen. Da die traditionellen Mittelklassen von 1975–77 weiter dezimiert worden sind (von 4,2 auf 4,0 Millionen, einschl. Angehörige) ist ihr Anteil an den Mittelklassen insgesamt von 15,3% auf knapp 13,7% gesunken; die modernen Mittelklassen stellen umgekehrt heute rund 86% aller »3. Personenrubriken«.

¹⁸ Zum Zusammenhang von Produktenwert, Bruttoprodukt und Ausgaben der Assekuranzfonds und des Staats vgl. PKA, *Der Staat in der BRD*, S. 17 ff.

¹⁹ Die unterschiedliche Bedeutung von Assekuranzfonds und Staat für die Reproduktion der Arbeiterklasse ist dargestellt in: J. Bischoff (Hrsg.), *Marxismus und Staat*, Kap. 3 (Die Struktur der staatlichen Apparate), S. 46 ff.

Prognosen-Kritik: WSI (Düsseldorf), IMSF (Frankfurt), IPW (Berlin-DDR)

WSI: Konsolidierung¹

Das WSI beginnt seine Einschätzung der wirtschaftlichen Situation der BRD mit einer Selbstkritik. Für das Jahr 1977 schien für die weltwirtschaftliche Lage »der Expansionskurs... vorprogrammiert.«/654/ Bereits im Märzheft 1977 mußte die Erwartung eines realen(!) Wirtschaftswachstums von ca 6%(!) für 1977 als zu optimistisch zugestanden werden. Welche Schlußfolgerungen werden aus der wirklichen Entwicklung der Ökonomie für 1978 gezogen?

Die Beurteilung des aktuellen Verlaufs wird darin zusammengefaßt, daß bei deutlichen Schwächetendenzen für 1977 »für das Jahr 1978 klare Konturen noch nicht erkennbar«/654/ seien; dem WSI stellt sich damit »erneut... das Gewichtungproblem«/655/ für die vorhandenen Daten.

Zunächst steht fest, daß die »Wachstumsdynamik in der Bundesrepublik Deutschland im Sommer 1977 zum Stillstand gekommen«/658/ist. Für das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird 1977 nur ein Wachstum von ca. 2,5% anzusetzen sein./Vgl. 660/1978 soll das reale BIP um ca. 3,5% steigen und die Arbeitslosenzahl bei gut 1 Mio liegen (1,050 Mio)./Vgl. 667/– Die vom WSI aus der VGR zusammengetragenen Daten indizieren deutlich, daß der Umschlag der Akkumulationsbewegung im 7. Nachkriegszyklus bereits stattgefunden hat. Seit dem 2. Halbjahr 1977 beginnt in der BRD eine erneute Kontraktion ihres Produktionsorganismus. Diese Wende ist nicht überraschend; sie

entspricht vielmehr dem spezifischen Rhythmus des industriellen Zyklus der BRD.

Obwohl das WSI die zu erwartende weitere Verengung der Produktionsbasis in Rechnung stellen muß, hält es in seinen Entwicklungsaussichten für 1978 eine Steigerung des realen BIP um 3,5% für möglich. Eine Begründung wird erneut durch das Prinzip Hoffnung ersetzt. Schien für das WSI »das herkömmliche Zyklusbild« durch die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1976 »bestätigt«/657/, so soll durch die Wende in der Entwicklung 1977 das Zyklusmuster nicht mehr gelten. Der Umschlag in der Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals mit dem 6. Nachkriegszyklus kann auf Grundlage dieser Vorstellung mit dem notwendig zyklischen Entwicklungsgang der kapitalistischen Produktionsweise nicht mehr vermittelt werden. Die auf Basis einer tendenziell rückläufigen Akkumulation an allen Ecken und Enden der Gesellschaft aufbrechenden wirtschaftlichen Probleme werden kurzerhand als selbständige Strukturprobleme interpretiert/Vgl. 657/ und letztlich Ursache und Wirkung verwechselt. Die Redeweise vom zyklischen Verlauf wird überhaupt nicht ernst genommen und entpuppt sich letztlich als Worthülse. Die prognostizierten Strukturdaten können daher vom WSI nur noch in faktischem Gegensatz zu der selbst beigebrachten Datenbasis gewonnen werden.

Expansion des Staatshaushalts, wieder steigendes Sozialprodukt, steigende Massenein-

¹ WSI-Mitteilungen, Nr. 11/77

kommen und Konstanz der Arbeitslosenzahl sind angesichts der wirklich zu erwartenden Entwicklung zutiefst illusionäre Einschätzungen des wissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften. – Abweichende Prognosen sind ein Problem. Offensichtlich illusionäre Einschät-

zungen des gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsgangs müssen desorientierend auf künftige gewerkschaftliche Politik wirken. Das WSI wird auch im Jahr 1978 nicht umhin kommen, seine Prognose nach unten zu korrigieren.

IMSF: STAGNATION¹

Das IMSF konstatiert für 1977 Stagnationstendenzen in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der BRD. Industrieproduktion und Auftragseingänge gehen zeitweilig leicht zurück, die Arbeitslosigkeit bleibt auf ihrem hohen Niveau. Die Investitionsentwicklung bleibt unbefriedigend, obwohl auch nach Meinung des IMSF die Rahmenbedingungen für Erweiterungsinvestitionen gar nicht schlecht sind: »die Kreditzinsen sind niedrig wie selten, Kredite sind reichlich vorhanden, die aktuelle Gewinnlage ist so günstig wie seit Jahren nicht mehr. Bei einem hohen Exportüberschuß und noch immer expandierendem Auslandsabsatz sind die Rohstoffkosten infolge der DM-Aufwertung in der letzten Zeit kaum gestiegen.« /3, 1/

Für die anderen kapitalistischen Länder ist eine vergleichbare Entwicklung zu registrieren. »Die Konjunkturabschwächung zeigt sich... an der Entwicklung der Industrieproduktion, die für die Gesamtheit der größten kapitalistischen Länder nach dem 1975 erfolgten achtprozentigen Rückgang 1976 um 9 Prozent gestiegen war, um dann 1977 eine fortschreitende Verringerung des Expansionstempos aufzuweisen: 5,3 Prozent im 1. Quartal und etwa 4 Prozent im 2. Die Erhöhung der Zuwachsrate in den USA ist auch darauf zurückzuführen, daß die in den ersten Monaten des Jahres infolge der außergewöhnlichen Kältewelle erlittenen Einbußen wettgemacht wurden. Das Nachlassen der Produktionstätigkeit ist in Japan, der BRD, Frankreich und Italien besonders stark ausgeprägt.« /3, 2/

Auch kann mittlerweile nicht mehr von einer »gespaltenen Konjunktur« – i. e. günstige Entwicklung in bestimmten Branchen bei gleichzeitigem Rückgang in anderen – gesprochen werden, da die Automobilindustrie erste Schwächezeichen erkennen läßt, die chemische Industrie zurückstecken muß und der Maschinenbau stagniert.

Das IMSF sieht in »allen Kennziffern die gedrückte Gesamtlage der Konjunktur« und kann keinen Bereich entdecken, »von dem in absehbarer Zeit nennenswerte Belebungs-tendenzen ausgehen könnten.« /3, 5/

Die Entwicklung der Lage der Arbeiterklasse ist entsprechend gleichbleibend unbefriedigend.

Die von den IMSF-Autoren konstatierten Stagnationstendenzen in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erfahren ihrer Meinung nach durch die abwartende, auf die »Selbstheilungskräfte der Wirtschaft« vertrauende Konjunkturpolitik der Bundesregierung zusätzliche Unterstützung. Eine Verbesserung der Situation ist für das IMSF »nur von einer kräftigen Erhöhung der Endnachfrage zu erwarten.« /3, 1/ Die Verbrauchereinkommen müssen erhöht werden, »denn die Vergrößerung des ausgelegten fixen Kapitals, d. h. die Investitionstätigkeit in Maschinen, Anlagen und Produktionsgebäuden wirkt nur dann mehr Profit ab, wenn die damit produzierten Waren auch abgesetzt werden können – wobei die Konsumtionskraft die letztlich entscheidende Rolle spielt.« /3, 5/

Expansive Staatsverschuldung, gepaart mit einer für die arbeitende Bevölkerung sinnvollen

¹ Wir besprechen: IMSF, Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse, Nr. 3/1977 (zitiert als: /3, /)

Ausgabenpolitik: dies ist die Waffe, die das IMSF gegen Stagnation und Arbeitslosigkeit empfiehlt. So richtig es ist, Investitions- und Ausgabenprogramme zu fordern, die die Arbeitslosigkeit vorerst teilweise abbauen können und eine kurzfristige Stabilisierung der Le-

benslage der Arbeiterklasse bewirken, so ist es politisch kurzsichtig, den Eindruck zu erwecken, als könne eine antizyklische Konjunkturpolitik zur wirklichen Stabilisierung der ökonomischen Entwicklung beitragen.

IPW: AUFSCHWUNG¹

Die Schwierigkeiten einer marxistischen Analyse ökonomischer Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Länder prägen den gesamten Jahresbericht des Instituts für internationale Politik und Wirtschaft.

Grundlage der Interpretation bleiben die von bürgerlicher Seite erstellten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ein Versuch der kritischen Auflösung der quantitativen Verzerrungen, die diesen Berechnungen notwendig anhaftet, wird nicht unternommen. Das Zahlenmaterial, die von der allgemeinen Statistik bereitgestellten Indikatoren, wird übernommen und lediglich in einen spezifischen Interpretationszusammenhang gestellt. Neben dieser anderen Interpretation unterscheiden sich die Ausführungen von den geläufigen Konjunkturprognosen dadurch, daß anhand der Konkursstatistik und ausgewählter Daten über die Gewinnentwicklung Aussagen zur Entwicklung der »Monopolverhältnisse« und der entsprechenden Verwertungssituation formuliert werden.

Selbst wenn man von dem Mangel des unkritischen Übernehmens der quantitativen Proportionen absieht, fällt am IPW-Bericht auf, daß die Aussagen über den weiteren Konjunkturverlauf optimistischer ausfallen als viele bürgerliche Prognosen. Zwar wird in einem Expertengespräch im Heft 1/1978 der IPW-Berichte eingeräumt, daß für 1978 möglicherweise mit der nächsten Krise zu rechnen sei; aber auch zu diesem Zeitpunkt, vor dem Hintergrund einer weiteren deutlichen Verschlechterung der ökonomischen

Entwicklung, wird daran festgehalten, daß eher eine Fortsetzung des Aufschwungs zu erwarten sei. Man müßte von den Autoren eine wesentlich kritischere Einschätzung der ökonomischen Entwicklung auch auf Basis eines unkorrigierten Zahlenmaterials erwarten können.

Der sich vollziehende »Eintritt in die Aufschwungphase bedeutet jedoch nicht, daß die konjunkturelle Entwicklung in den imperialistischen Hauptländern an Stabilität gewonnen hat.« /38/ In der oder vor der Aufschwungphase bei weiterhin unübersehbarer Instabilität: die Schwammigkeit der Formulierung ist Ausdruck einer unvollständigen Verarbeitung der wirklichen Entwicklung und ihrer Widersprüche.

Wenn die USA und Japan bereits in der ersten Hälfte 1975 den Übergang in den neuen Zyklus vollzogen haben /27/, dann muß doch gefragt werden, warum nach drei Jahren erst der Übergang zur Aufschwungphase erreicht sein soll. Diese Interpretation ist möglich, weil die Frage nach der konkreten Gestalt des industriellen Zyklus nicht weiter geklärt, sondern mit ein paar abgenutzten Formeln beiseitegeschoben wird: »Indem sich das Monopol als regulierende Kraft im Reproduktionsprozeß etabliert, setzt es den ursprünglichen, spontan wirkenden Regelmechanismus des Kapitalismus mehr oder weniger weitgehend außer Kraft und engt seine Wirksamkeit ein. (...) Die zwiespältige Belebung von 1976/77 (...) ist ein Ausdruck der staatsmonopolistischen Deformation des kapitalistischen Krisenmechanismus.« /25/

¹ Autorenkollektiv: Jahresbericht zur Wirtschaftslage imperialistischer Länder 1977, in: IPW-Berichte 8/1977, Berlin. Zitate im Text in Schrägstrichen.

Dennoch drängt sich der Gedanke auf, daß mit dem abgelaufenen sechsten Nachkriegszyklus eine neue Qualität der kapitalistischen Weltwirtschaft erreicht sei. Die Erklärung des IPW: die Gleichzeitigkeit von Aufschwung und Instabilität ist nichts neues. Indes, das lange Anhalten von Krisenerscheinungen und Rückschlägen ist neu. Der Grund dafür: »Ihre Ursachen liegen in Faktoren, die in der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus begründet sind.« /24/ Dies muß genauer gelesen werden: erstens: die Faktoren haben ihren Grund in der Vertiefung der allgemeinen Krise, oder besser: zweitens: die Vertiefung ist nicht Resultat oder Ausdruck, sondern der Grund für die Faktoren, die einen modifizierten Verlauf der Ökonomie bedingen. Spätestens hier merkt man, daß die Autoren nichts wissen.

Aus dieser Verlegenheit helfen die Monopole: der sprunghafte Anstieg ihrer Profite ergibt sich aus der Staatsaktivität /29/ und dem nichts als behaupteten erfolgreichen Abwälzen aller Krisenlasten auf die Arbeiterklasse und die kleinen Kapitalisten. Die Mehrwerträuber gehen darüber hinaus zur Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals über; sie vermindern die Investitionen, was seinen Ausdruck findet »in der zunehmenden Einsparung von variablem Kapital.« /32/ Allein dieser Schluß verdiente eine Prämie von der Akademie der Wissenschaften. Von dem Gedanken, daß trotz verstärkter Investitionen kein beschleunigtes Wachstum des gesellschaftlichen Gesamtkapitals möglich ist, weil zugleich verstärkte Brachlegung von Kapital erfolgt, ahnen die Autoren überhaupt nichts.

Die Autoren wissen, daß es den Lohnabhängigen schlechter geht. Ihre Darstellung ist gemessen an den wirklichen Verhältnissen indes fast

schmeichelhaft für den Kapitalismus. So blaß und teilweise falsch die Bestimmung der ökonomischen Basis des Klassenkampfes ist, so oberflächlich bleibt auch die Charakterisierung der Lebensverhältnisse der Werktätigen. »Soziale Unsicherheit (ist) Ausdruck der erhöhten sozialpolitischen Labilität des staatsmonopolistischen Systems und (fördert) das Anwachsen der sozialen Widersprüche.« /31/ »Diese vielfältigen Krisenerscheinungen führen zu einer Desillusionierung der Werktätigen im Hinblick auf den Charakter der kapitalistischen Wirtschaft und zur weiteren Zuspitzung der Klassenkonflikte.« /39/ Dieser Schluß kann nicht in Frage gestellt werden; aber die Autoren sagen nichts über die Illusionen und den Grund dieser spezifischen Verfassung des Bewußtseins in der bürgerlichen Gesellschaft. Da im Jahresbericht von einer »verstärkten offensiven und antimonopolistischen Grundhaltung der Arbeiter und vieler (!) ihrer gewerkschaftlichen Organisationen« /34/ ausgegangen wird, bleibt der widersprüchliche Charakter der Klassenkampfentwicklung im Dunkeln. Partiiell — etwa was den Sozialkontrakt in Großbritannien angeht — erhält die Kritik an nichtkommunistischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften fast linksradikale Züge. Die Werktätigen sind antimonopolistischer denn je; es müssen wohl zum Teil ihre Organisationen sein, die für den mangelnden Widerstand verantwortlich sind.

Insgesamt drängt sich der Schluß auf, daß die Genossen aus dem IPW bereits im laufenden Jahr 1978 von der wirklichen Entwicklung überascht werden. Ihre Erklärung, die sich schon in den letzten Publikationen des IPW abzeichnet: die Instabilität hat sich halt durchgesetzt.

Wegen Platzmangels mußte der Artikel

Der eurokommunistische Weg zur politischen Hegemonie (Carrillo-Kritik)

in das nächste Heft verschoben werden.

Prosperität durch Nordseeöl?

Wunsch und Wirklichkeit der kapitalistischen Entwicklung in Großbritannien

Die großzügige finanzielle Hilfe des Internationalen Währungsfonds von Ende 1976 hat das Vertrauen der kapitalistischen Bruderländer in die britische Finanzkraft wieder hergestellt. Die gemäßigt monetaristische Wirtschaftspolitik unter Führung von Schatzkanzler Healey übererfüllte nicht nur die Auflagen der internationalen Kreditgeber, nein, sie wirkte auch segensreich im ökonomischen Binnenbereich. Die Geißel der modernen Zeit – die hohe Inflationsrate – ist nun endlich unter Kontrolle gebracht. »Die Schlacht, die wir in den letzten 12 Monaten gewonnen haben, wird sich in der Geschichte als ebenso wichtig erweisen, wie die Luftschlacht um England ... Was auf der finanziellen Ebene in den letzten 12 Monaten geschehen ist, ist eine Sache von außerordentlicher Bedeutung für jeden Mann, jede Frau, jedes Kind in diesem Land. Jede Hausfrau gewinnt dabei, und jedes junge Pärchen, das sich jetzt ein Haus kauft, zahlt im Jahr 200 Pfund weniger für die Hypothek.«¹ Die Briten haben darüberhinaus einen Trumpf in der Hand, der ihnen die Einschränkungen im Lebensstandard, die während der letzten Jahre nötig geworden waren, reichlich entgelten wird: Das Nordseeöl. Ist Großbritannien über den Berg?

»Die nächsten 20 Jahre werden völlig anders aussehen als irgendeine Periode zuvor in Großbritannien, seit das Land sich vor 200 Jahren anschickte, eine Industriemacht zu werden. Der Ölreichtum unter der Nordsee kann, in geeigneter Weise genutzt, unsere wirtschaftliche Zukunft in einer Weise verändern, die vor nur 10 Jahren unvorstellbar erschien.«² Aber schon 1978 soll's bergauf gehen. »Die Senkung des Lebensstandards ist vorüber und wir können einer ständigen Besserung des Arbeitsmarktes und des Lebensstandards von heute an entgegensehen.« (Healey) Angesichts dieser Lage tragen auch die Gewerkschaften zur ökonomischen Stabilität bei. Der TUC-Jahreskongreß im September 1977 beschließt zwar die Auflösung des Sozialvertrages zwischen den Gewerkschaften und der Regierung, während dessen Geltung die Lohnabhängigen in zwei Jahren massive Verluste im Realeinkommen hinnehmen mußten. Zugleich entscheiden sich die Gewerkschaften aber gegen eine Politik der Konfrontation mit der Labour-Regierung. Eine Einkommenspolitik für die Zukunft wird zwar abgelehnt, jedoch hält man sich an die während des Sozialvertrages abgeschlossenen Verträge. Konkret bedeutet dies, daß neue Tarifvereinbarungen jeweils erst 12 Monate nach Abschluß des letzten Vertrages getroffen werden dürfen – die freien Lohnverhandlungen staffeln sich also wegen der unterschiedlichen Tarifverhandlungstermine in der Vergangenheit über ein ganzes Jahr. Daß auch die Gewerkschaften auf einen 1978 beginnenden Aufschwung setzen, wird an den relativ niedrigen Tarifabschlüssen (im Durchschnitt ca. 15 % seit Auflösung des Sozialvertrages) deutlich. Das Konzept Healeys scheint aufzugehen. »Es ist sehr viel besser, ein Wachstum des Lebensstandards über Steuerreduktionen und gemäßigte Lohnabschlüsse zu erreichen, als durch exzessive Lohnerhöhungen und keine Steuersenkung, weil exzessive Lohnerhöhungen die Kosten der Industrie erhöhen, und steigende Kosten in der Industrie weniger Arbeitsplätze bedeuten, weil wir weniger Waren zu Hause und im Ausland verkaufen können.«

Die Callaghan-Regierung, die noch vor weniger als einem Jahr knapp einem Mißtrauensvotum entgangen ist und sich nur durch einen Pakt mit den Liberalen halten konnte, sitzt Anfang 1978 wieder so fest im Sattel, daß der Regierungschef unter dem Beifall der gesamten Partei ankündigt, bis zum Ende der regulären Wahlperiode im Herbst 1979 im Amt bleiben zu wollen. Man rechnet darauf, daß Labours Popularität erst richtig steigt, wenn das Anziehen der Konjunktur und die Segnungen des Nordseeöls für jedermann sichtbare Auswirkungen gezeitigt hat. Denn die vielen schönen Worte beziehen sich nicht auf die gegenwärtige *real economy*, sondern sie malen ein Zukunftsbild, das aus den aktuellen Erscheinungen in der Finanzsphäre abgeschaut ist.

I. Talfahrt in die nächste Wirtschaftskrise

Das Vexierbild einer schlaffenlandgleichen Zukunft für Großbritannien kontrastiert scharf mit der gegenwärtigen Wirklichkeit und der sich abzeichnenden Entwicklung. Zwar ist es richtig, daß während des vergangenen Jahres in der Sphäre der Waren- und Geldströme eine relative Konsolidierung eingetreten ist. Jedoch korrespondieren dieser Entwicklung keineswegs gleiche Erfolge im Sektor der industriellen Produktion. Zum einen

haben die gigantischen Finanzoperationen der internationalen Kreditgeber ein für das Finanzkapital günstiges Klima geschaffen. Zum anderen werden bestimmte Phänomene als positive Zeichen interpretiert, obwohl sie in Wirklichkeit aus einer Verschlechterung der realen Ökonomie herrühren – eine Alltagserscheinung in der bürgerlichen Ökonomie und Politik, wo Ursache und Wirkung selten in richtiger Beziehung gesehen werden.

Sehen wir zunächst den »gesundeten Bereich« der britischen Wirtschaft an.

Sanierung von Zahlungsbilanz und Währung?

Die Zahlungsbilanz, die 1975 noch mit einem Defizit von 1,5 Mrd. Pfund (1 Pfund Sterling = 4 DM) und 1976 von 3,6 Mrd. Pfund abschließt, weist bereits in den ersten drei Quartalen des Jahres 1977 einen Rekordüberschuß von 5,4 Mrd. Pfund auf³. Die Währungsreserven steigen von 4 Mrd. (1976) auf über 20 Mrd. Dollar im November 1977, – Großbritannien liegt mit diesem Devisenpolster an dritter Stelle in der Welt hinter Saudi-Arabien und der BRD. Die Handelsbilanz ist in der zweiten Hälfte des Jahres 1977 zum ersten Mal seit 1972 ausgeglichen; das Defizit betrug in der ersten Jahreshälfte noch 1,7 Mrd. Pfund. Aufgrund der positiven Dienstleistungsbilanz – ca. 400 Mio. Pfund im Durchschnitt der letzten Quartale – zeigt die Ertragsbilanz im dritten Quartal 1977 zum ersten Mal seit fünf Jahren einen Überschuß. Diese Entwicklung spiegelt aber nicht eine Stärkung der Weltmarktposition Großbritanniens wider, denn 1976 bleibt die Exportsteigerung mit 7% weit hinter der Gesamtsteigerung des Welthandelsvolumens in Höhe von 12,5% zurück. Auch 1977 wird die Ausdehnung des Welthandels (um nur noch 5,5%) kaum übertroffen. Die Verbesserung der Handelsbilanz ist vielmehr vor allem auf den Rückgang der Importe zurückzuführen: zum einen aufgrund der gestiegenen Ölförderung (über 2 Mrd. Pfund 1977 gegenüber 700 Mio. Pfund 1976), vor allem aber aufgrund der Kontraktion des inneren Marktes. Seit November 1977 geht der Umfang der Exporte bereits wieder zurück und wird in Zukunft weiter abnehmen, da das verlangsamte Wachstum des Weltmarktes und die Verschärfung der Weltmarktkonkurrenz Großbritannien aufgrund seiner schwachen Wettbewerbsposition besonders hart treffen wird. (Das vierte Quartal 1977 brachte bereits einen realen Exportrückschlag von 3,5%) Auch wird das Steigen des Pfund-Kurses die Konkurrenzfähigkeit weiter verringern.

Die großen *Überschüsse der Zahlungsbilanz* beruhen wesentlich auf dem Einströmen von Geldanlagen, die meist kurzfristig wieder abziehbar sind. Aufgrund der schleppenden Akkumulation in den meisten kapitalistischen Ländern vagabundiert in der gegenwärtigen Situation ein großes Volumen von anlagesuchendem Geldkapital auf den Kapitalmärkten, das international nach den günstigsten Verwertungsbedingungen sucht. Ausländische Investitionen in der Privatwirtschaft erreichen in den ersten drei Quartalen 1977 einen Umfang von rund zwei Mrd. Pfund, davon über eine Mrd. im Bereich der Erdölförderung. Neben der überdurchschnittlichen Zinsrate⁴ gewinnt vor allem die Spekulation auf Aufwertungsgewinne an Bedeutung. Bei der seit Anfang des Jahres 1977 zu verzeichnenden »Stabilität« des Pfund Sterling ist zu beachten, daß die verstärkte Pfund-Nachfrage zugleich auf der zunehmenden Schwäche anderer Währungen beruht (Flucht aus dem Dollar!). Der

Rückgang der Inflationsrate und das Gleichgewicht der Handelsbilanz sind weitere Faktoren für die Stabilisierung der britischen Währung.

Das einströmende Geldkapital schlägt sich in einem dramatischen Anstieg der Währungsreserven auf den Wert von 20 Mrd. Dollar nieder. Die Notenbank kauft in großem Umfang Devisen, um den Pfund-Kurs niedrig zu halten; zugleich wird das britische Währungspolster durch stark gestiegene Profite der britischen Auslandskapitale und Ziehung weiterer Teile der internationalen Kredite aufgefüllt, sodaß Ende 1977 rund zwei Drittel der Auslandsschuld durch Devisen »abgedeckt« wären. Trotzdem einigt sich die Labour-Regierung im November 1977 mit den zu Besuch weilenden Kontrolleuren des Internationalen Währungsfonds darauf, die bereits in Anspruch genommenen IWF-Kredite nicht vorzeitig zurückzuzahlen. Denn das schnelle Wachstum der Reserven geht keineswegs einher mit einer Verbesserung seiner Struktur: sie enthalten große Teile kurzfristig angelegter Gelder – *hot money* –, die jederzeit wieder abgezogen werden können. Auch die Verschuldung der verstaatlichten Industrieunternehmen – ihre Verpfändung war 1976 in dem Maße notwendig geworden, in dem GB nurmehr durch Hinterlegung realer Werte Zugang zu den internationalen Krediten erhielt – wird nicht abgebaut. Die Vorsicht der britischen Regierung deutet auf die Unbeständigkeit der gegenwärtigen monetären und außenwirtschaftlichen Erholung hin.

Die *Inflationsrate* hat sich seit Mitte des Jahres deutlich verringert. Die Jahreststeuerung ermäßigte sich von 17,7% im Juni auf 12,1% im Dezember; in den 6 Monaten zwischen Mai und Oktober stiegen die Preise nurmehr um 3,8%. In dieser Preisentwicklung spiegeln sich die – infolge der Stabilität des Pfundes – rückläufige Importteuerung, der drastische Fall der Rohwarenpreise und das Einfrieren der meisten administrierten Preise bis zum Frühjahr 1978, aber auch die Einschränkung des staatlichen Haushaltsdefizits und der geringe Umfang der privaten Nachfrage. Insofern drückt der Rückgang der Inflationsrate, als Zeichen beginnender Gesundung gewertet, zum Teil gerade umgekehrt die Stagnation von Produktion und Konsumtion aus.

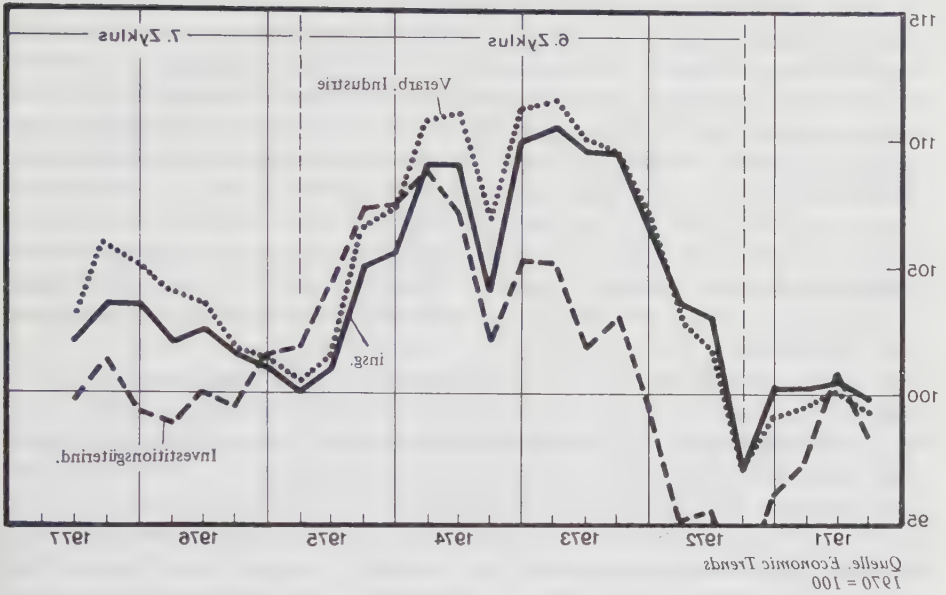
Die monetäre und außenwirtschaftliche Lage der britischen Wirtschaft bleibt trotz der Erholung im Jahre 1977 instabil. Die Sanierung der Zahlungsbilanz und der Währungsreserven beruhen zu einem großen Teil auf spekulativem Geldkapital, das kurzfristig wieder abgezogen werden kann; der Abbau des Handelsbilanzdefizits drückt eher Kontraktion des Inlandsmarktes als eine Stärkung der britischen Weltmarktposition aus.

So zeigt schon das Oberflächenbild der britischen Ökonomie bei genauerem Betrachten der Finanz- und Warenströme Risse. Die Hoffnung der Labour-Regierung und des überwiegenden Teils der Labour-Bewegung, daß die partielle Stabilisierung der ökonomischen Verhältnisse den Rahmen für einen wirtschaftlichen Aufschwung, für Produktionswachstum und Abbau der Arbeitslosigkeit bietet, ist also schon von daher trügerisch. Bei der Betrachtung der »real economy« wird noch deutlicher, welchen Weg die ökonomische Entwicklung Großbritanniens in der nächsten Zeit nehmen wird.

Industrielle Produktion und Beschäftigung

Das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Großbritannien, gemessen an der Steigerung des realen Bruttoinlandsprodukts, ist während der gesamten Nachkriegsentwicklung relativ

Abb. 1: Industrieproduktion



Zahlungsfähige Nachfrage

	Industr. Prod. 1970=100	mengenmäßige Detailhandels- verkäufe 1970=100	Bruttoanlage- invest. Veränd. geg. Vj.	mengenmäßige Exporte Importe 1970 = 100	
	1	2	3	4	5
1975 1. Q.	104,8		- 2,3	129,4	127,9
2. Q.	101,0		- 2,8	123,2	122,0
3. Q.	100,0		3,1 1)	121,8	128,4
4. Q.	100,9		- 4,0	130,2	127,5
1976 1. Q.	101,5	107,3	1,1	132,2	126,2
2. Q.	102,6	107,6	- 2,6 1)	137,8	134,7
3. Q.	101,8	108,9	0,4 1)	134,9	138,0
4. Q.	103,3	108,5	- 2,5	141,5	138,2
1977 1. Q.	103,5	105,2	- 5,4	141,2	142,3
2. Q.	102,2	103,9	0,0 1)	149,3	143,9
3. Q.	102,4	106,8		153,0	141,0

1) enthält Lieferung von Ausrüstungsgegenständen für Erdölförderung (Bohrinsel), die im saisonalen Ausgleich nicht berücksichtigt. Quellen: Economic Trends, Times, NZZ, Monthly Digest of Statistics.

schwach gewesen. Die durchschnittliche Wachstumsrate pro industriellem Zyklus erreicht im vierten Nachkriegszyklus (1963 bis 1966) mit 3,5 % ihr Maximum und liegt damit immer noch weit unter der für den gesamten OECD-Bereich gegebenen durchschnittlichen Wachstumsrate von knapp 5 %. Im fünften und sechsten Nachkriegszyklus (1967 bis 1971, 1972 bis 1975) fällt die durchschnittliche Wachstumsrate über 2,3 % auf 1,5 %. Die beiden Boomjahre 1968 und 1973 bringen ein Wachstum von 4,2 % bzw. 5,5 %. Die jährlichen Wachstumsraten bleiben ansonsten unter 2 %. Das erste Jahr des Aufschwungs nach der scharfen Krise 1974/75 bringt noch nicht einmal mehr 2 % Wachstum. Und 1977 schließt mit ganzen 0,5 % Steigerung des realen Bruttoinlandsprodukts. Der Index der industriellen Produktion steigt bis Ende 1976 um ca. 3 % und stagniert seither auf diesem Niveau, das noch unter dem Stand der 3-Tage-Woche im ersten Quartal 1974 liegt. Der Ausstoß der Investitionsgüterindustrie ist – von einer kurzen Ausweitung Anfang 1977 abgesehen – rückläufig.

Vor diesem Hintergrund müssen die Äußerungen der Labour-Spitze betrachtet werden. Nach zehn Jahren sukzessiven Rückgangs der ökonomischen Entwicklung und nachdem der schwache Höhepunkt des gegenwärtigen Zyklus bereits überschritten ist, ohne daß auch nur eines der vielfältigen wirtschaftlichen Probleme gelöst wäre, soll 1978 plötzlich eine Aufwärtsentwicklung einsetzen, die alle Leiden der Vergangenheit vergessen macht. Dies bei einer sich abzeichnenden weiteren Einschnürung des Welthandelsvolumens und bei Verengung des inneren Marktes infolge Reallohnseinbußen und Drosselung der Staatsausgaben. Letzter Rettungsanker bleibt das Nordseeöl. Aber auch diese Hoffnung trügt.

Die Ausrüstungsgegenstände für die Erdölförderung werden nur zu einem geringen Teil in GB hergestellt;⁵ auch die Folgeindustrie (Petrochemische Industrie) ist bislang kaum expandiert. Der Anteil der Erdölproduktion an der gesamten Industrie beträgt 1977 unter 5 %; im August 1977 waren ca. 100 000 Personen direkt oder indirekt im Bereich der Erdölförderung beschäftigt. Ganze 25 000 Arbeitsplätze wurden durch die Nordseeinvestitionen neu geschaffen. Demnach bewirkt das Nordseeöl keineswegs eine Tendenzwende, es ist aber insofern eines der Hauptwachstumstützen, als ohne Erschließung der Ölfelder nicht nur Stagnation, sondern sogar Rückgang der industriellen Produktion stattgefunden hätte.

Obwohl der Tiefpunkt des gegenwärtigen industriellen Zyklus noch keineswegs erreicht ist, ist die *Auslastung der Produktionsanlagen* geringer als in den Krisenjahren 1963 und 1967 und kaum besser als 1972. Im Oktober 1977 arbeiten 69 % der Industrieunternehmen mit unausgelasteten Kapazitäten, in der Maschinenindustrie liegen 40 % der Produktionsanlagen brach. Auch die *Überfüllung der Warenlager* nach einer kräftigen Lageraufstockung im 1. Halbjahr 1977 steht einem neuerlichen Wachstum der industriellen Produktion entgegen und ist Indiz für die Schwäche der zahlungsfähigen Nachfrage, die noch nicht einmal für den Absatz des stagnierenden Produktionsvolumens reicht.

Seit mehreren Monaten bewegt sich die *Arbeitslosenrate* um 6 % der Erwerbspersonen, das sind ca. 1,5 Mio Arbeitslose. Die durchschnittliche Dauer von Arbeitslosigkeit wächst deutlich, gleichzeitig verschärfen sich die regionalen Differenzen. Die direkten Arbeitsbeschaffungsprogramme der Regierung erfassen z. Zt. über 300 000 Personen; darüberhinaus können erhebliche Teile der Arbeitsplätze in den verstaatlichten Industriebetrieben – auf Druck der Arbeiterbewegung – nur durch ständige Subventionierung erhalten werden.

Kontraktionen der zahlungsfähigen Nachfrage

1977 gehen die Detailhandelsverkäufe um 2 % gegenüber 1976 und um über 5 % gegenüber 1973 zurück. Im dritten und vierten Quartal findet zwar eine geringe Aufwärtsbewegung statt, die Quote liegt aber immer noch 2 % unter den entsprechenden Vorjahresquartalen. Dieses Anwachsen beruht einmal auf der Steuererleichterung im August und September und zum anderen auf zusätzlichen Käufen der Touristen in den Sommermonaten (ca. 1,5 % der gesamten Detailhandelsverkäufe; Deviseneinnahmen von Touristen 1976: 2,89 Mrd. Pfund)

Am stärksten vom Rückgang betroffen sind Lebensmittelverkäufe: wertmäßig findet nur eine Steigerung um 12 % statt, die damit deutlich unter der Inflationsrate liegt, was sich mengenmäßig in einem Rückgang um über 4 % gegenüber 1976 ausdrückt. In diesem absoluten Rückgang der Lebensmittelkäufe bei gleichzeitig weiterer Umschichtung zugunsten billiger Nahrungsmittel (mehr Brot, Nahrungsmittel; weniger Fleisch, Obst) zeigt sich drastisch, daß die beschworenen Gesundheitstendenzen der britischen Wirtschaft bislang mit einer weiteren Verschärfung der Lebensbedingungen der Bevölkerung einhergegangen sind. Zwar verlangsamt der Abfall der Inflationsrate seit Juli 1977 den Rückgang der disponiblen Einkommen. Aber auch Ende 1977, 5 Monate nach Auslaufen der zweiten Phase des Sozialkontrakts, hat die Arbeiterbewegung noch keine Realloohnerhöhung durchsetzen können. Die aufgrund der bisherigen Abschlüsse voraussehbare Beschränkung des Lohnanstiegs auf maximal 15 % und das weitere Wachsen der Arbeitslosenzahlen verhindern einen grundlegenden Umschwung in der Entwicklung der individuellen Nachfrage.

Ebenso wie die individuelle Konsumtion ist auch die *Neuanlage von Kapital rückläufig*. Die Bruttoanlageinvestitionen verringern sich 1975 um 2,2 %, 1976 um 3,4 % gegenüber dem Vorjahr und 1977 um 8–9 %. Angesichts der überfüllten Lager, der unausgelasteten Kapazitäten und der ungenügenden Nachfrage bietet auch die Verbesserung der Gewinnsituation in den Jahren 1976 und 1977 keinen Anreiz für die Beschleunigung der Akkumulation. Ein Teil der fehlenden Inlandfrage wird zwar durch die Ausweitung der Exporte ausgeglichen. Das Wachstum des äußeren Marktes hat jedoch bisher die matte Inlandnachfrage nicht kompensieren können und wird dazu in Zukunft noch viel weniger in der Lage sein: im verschärften Kampf um Weltmarktanteile wird GB als eines der ersten Länder auf der Strecke bleiben.

Vor dem Hintergrund der tatsächlichen ökonomischen Lage wirkt die *Haushaltspolitik der Labour-Regierung* im Herbst/Frühjahr 1977/78 äußerst blaß: der britische Schatzkanzler selbst schätzt den Wachstumseffekt des Konjunkturpakets⁶ auf knapp über 1 % und rechnet mit der Schaffung von 110 000 neuen Arbeitsplätzen bis 1979. Aber allein die erwerbsfähige Bevölkerung nimmt bis in die 80er Jahre um rund 150 000 pro Jahr zu. Das Konjunkturprogramm macht noch nicht einmal die durch die restriktive Haushaltspolitik des letzten Jahres vernichteten Arbeitsplätze wett. Die Mittel, mit denen gegen Ende des Haushaltsjahres Steuernachlässe und Haushaltsexpansion finanziert werden sollen, sind durch zusätzliche Einsparungen zu Beginn des Haushaltsjahres aufgebracht worden. Die im Budgetvoranschlag 1977/78 vorgesehene Neuverschuldung von 8,5 Mrd. Pfund wurde bis Ende 1977 um über 2 Mrd. Pfund unterschritten. Das Absinken des Haushaltsdefizits beruht zum einen auf geringeren Ausgaben: durch das System der Cash limits, das seit dem

Haushaltsjahr 1976/77 angewandt wird, wird die Regierung gezwungen, ursprünglich geplante Projekte und Ausgaben zu streichen, wenn die Preise schneller als erwartet steigen. 1977 wurden auf diese Weise ca. 1 Mrd. Pfund zuviel gekürzt bzw. nicht fristgerecht ausgegeben. Der Schuldendienst ist niedriger als geplant, da die Zinsrate ab Mitte des Jahres stark gefallen ist. Zum anderen sind die Einnahmen höher als erwartet, zum Teil aufgrund verstärkter Rückzahlung von Schulden der verstaatlichten Industrie an die Zentralregierung.

Der Spielraum zukünftiger Wirtschaftspolitik

Für eine nachhaltige Erholung der individuellen und produktiven Konsumtion gibt es keine Anzeichen; die Entwicklung des inneren und äußeren Marktes wird keine beschleunigte Akkumulationsbewegung in Gang setzen. Die Wirtschaft Großbritanniens ist nach wie vor durch Überakkumulation von Kapital auf der einen und wachsende Arbeitslosigkeit und Rückgang der zahlungsfähigen Nachfrage auf der anderen Seite gekennzeichnet. Die Gegensätze sind bereits so ausgeprägt, daß Konjunkturprogramme zur Ankurbelung der Akkumulationsbewegung riesigen, progressiv-wachsenden Umfang haben müßten, um auch nur kurzfristig sichtbare Auswirkungen zu haben.

Der Spielraum für Konjunkturprogramme wird jedoch sich in Zukunft eher weiter einengen. Da Produktion und Einkommen stagnieren, ist keine relevante Steigerung der Staatseinnahmen zu erwarten. Die Kosten der sozialen Sicherung und die Subventionen für notleidende Unternehmen werden weiter steigen. Auch die viel gepriesenen goldenen Nordseeer werden die Staatseinkünfte in nächster Zeit, d. h. im Verlauf des 7. Zyklus, nicht mehr wesentlich beeinflussen. Die beteiligten Unternehmen müssen bis 1980 nur einen Teil der Abgaben und Steuern an die Staatskasse abführen. Die gesamten Einnahmen würden noch nicht einmal die jährliche Tilgungsrate der ausländischen Staatsschuld decken. Darüber hinaus gehen die offiziellen britischen Prognosen von unveränderten bzw. steigenden Ölpreisen aus. Die Überproduktion von Öl hat jedoch bereits zur Produktionseinschränkung, verschärfter Konkurrenz zwischen den erdölexportierenden Ländern und entsprechendem Preisverfall geführt, eine Entwicklung, die sich mit dem weiteren Rückgang des Wirtschaftswachstums in den industriell entwickelten bürgerlichen Nationen in den Jahren 1978/79 noch verschärfen wird.⁷ Optimistische Schätzungen errechnen ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung Staatseinnahmen aus der Ölförderung von 300 Mio. Pfund Sterling im Jahre 1977 und 900 Mio. im Jahre 1978. Die Kontraktion der realen Basis des gesellschaftlichen Reichtums wird auch weiterhin nur sehr eingeschränkte Konjunkturmaßnahmen erlauben. Auch bei kräftiger Ausnutzung des vorhandenen Spielraums (im Herbstbudget wird nur die Hälfte der eingesparten Mittel eingesetzt) werden angesichts der Zerrüttung der Wirtschaft die konjunkturfördernden Maßnahmen der Labourregierung kaum Auswirkungen haben.

Weite Teile der Labour-Regierung und der Gewerkschaften täuschen sich über den Grad der ökonomischen Zerrüttung, und zwar sowohl über das Ausmaß der Gegensätze von Produktion und Distribution als auch über die Bedeutung und Beständigkeit der finanziellen und außenwirtschaftlichen Erholung. Daher die ständig aufflackernde Hoff-



nung und Selbsttäuschung, sobald geringste Besserungszeichen auftauchen und die Vorstellung, daß die Bedingungen für die Ankurbelung von Nachfrage und Produktion durch staatliche Expansion wieder gegeben sind. Vor dem Hintergrund stagnierenden Wirtschaftswachstums kann sich die Wirtschaftspolitik der Labour-Regierung jedoch nur in einer sich verengenden Spirale von verstärkten Sparmaßnahmen und kurzfristigen Ankurbelungsprogrammen bewegen.

Den Briten wird das versprochene Schlaraffenland nicht beschehrt werden. Vielmehr steht die nächste Krise ins Haus. Zwar konnten die Finanzen mithilfe des Internationalen Währungsfonds vorerst einigermaßen in Ordnung gebracht werden, und die Ausdehnung des Welthandels während der vergangenen zwei Jahre sog auch einen größeren Teil britischer Waren auf. Angesichts der bevorstehenden Einschnürung der internationalen Nachfrage und des Rückgangs der produktiven und individuellen Konsumtion im Inland werden die frommen Wünsche für die Zukunft bald zerstoßen sein. Schon wenn es gelingt, das derzeitige niedrige Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung in Großbritannien für 1978 zu halten, müßte dies als Erfolg angesehen werden. Aber auch ein solcher relativer Erfolg brächte keines der bestehenden Probleme einer Lösung näher; im Gegenteil, sie würden sich selbst dann weiter verschärfen.

Durch das Wirtschaftsprogramm der Labour-Regierung kann die Krise und in ihrem Gefolge die weiterhin drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse nicht aufgehalten werden. Mit welchem Programm wollen die Tories der kommenden ökonomischen und sozialen Entwicklung begegnen?

II. Mehr Marktwirtschaft: der rechte Weg.

Vor dem Hintergrund des Niedergangs der britischen Wirtschaft und der Zuspitzung der politischen Gegensätze spaltet sich das bürgerliche Lager. Es geht um die Frage, welche Politik unter Bedingungen einer zerrütteten Ökonomie einzuschlagen ist. Innerhalb der Tory-Party werden die unterschiedlichen Positionen von der Parteiführerin Margaret

Thatcher und dem »Schatten«-Schatzkanzler Keith Joseph auf der einen und Edward Heath und der Tory Reform Group auf der anderen Seite repräsentiert. In dem auf dem letzten Parteitag im Oktober 1977 vorgelegten Kompromißprogramm, »The Right Approach to the Economy« hat sich Thatchers Linie durchgesetzt. Für den Fall eines Wahlsieges empfiehlt sie sich mit folgendem Programm:

- Steuerliche Umverteilung zugunsten der Besitzenden: Senkung der Umsatzsteuer, der Kapitalausfuhrsteuer und der Grundsteuer; Abschaffung der Steuerzuschläge für Einkommen aus Kapitalanlagen; Vermögensbildungspolitik durch Vergünstigungen für Besitzer kleiner Vermögen, small business und Bezieher höherer Einkommen. Abbau der direkten (progressiven) und Erhöhung der indirekten Besteuerung: Senkung des höchsten Einkommenssteuersatzes auf 60% des steuerpflichtigen Einkommens (derzeit 83%), Verdoppelung der für das Einsetzen der Steuerprogression der höheren Einkommen maßgeblichen Einkommensgrenze (derzeit 5000 Pfund St.). Die Steuererleichterungen für die unteren Einkommensgruppen – Senkung des niedrigsten Einkommenssteuersatzes um 1% auf 33% und Erhöhung der Grenze, ab der Einkommenssteuer gezahlt werden muß, um ca. 40% für alleinstehende und 20% für verheiratete Einkommensbezieher – ist als Kompensation für den Abbau der Sozialleistungen gedacht. Er soll diesem Teil der Bevölkerung ermöglichen, für sich selbst zu sorgen, statt der Allgemeinheit auf der Tasche zu liegen.

- Rückkehr zu freien Lohnverhandlungen und Wiederherstellung der Einkommensdifferenzen. Die Fortsetzung der Einkommenspolitik wird abgelehnt, da die Selbstheilungskraft des Marktes, d. h. der Druck des wachsenden Arbeitslosenheeres, ohnehin für niedrige Löhne sorgen wird. Zudem soll die weitere Nivellierung der Lohndifferenzen und die verstärkte Einflußmöglichkeit der Gewerkschaften auf die Regierungspolitik verhindert werden. Der Staat soll sich auf straffe Geldmengenpolitik und Beibehaltung des Cash-Limit Systems zur Begrenzung des Einkommens der Staatsbeschäftigten beschränken.

- Der Spielraum für die Stabilisierung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse soll durch drastische Kürzung der Staatsausgaben geschaffen werden: Die Sozialleistungen, die Ausgaben für Ausbildung und Gesundheit werden reduziert, das Personal im öffentlichen Dienst verringert. Die Maßnahmen zur Stützung unprofitabler Unternehmen und die Investitionsausgaben des Staates sollen abgebaut werden. Die Industrie- und Außenhandelspolitik zur Ankurbelung des wirtschaftlichen Wachstums habe versagt und soll in Zukunft der Sanierung der Distributionsverhältnisse nachgeordnet werden. Erst die Stabilisierung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse erlaube eine neuerliche Ausweitung der materiellen Produktion. Teile der verstaatlichten Industrien seien zu reprivatisieren und die nationalen Planungsinstitutionen sollen aufgelöst bzw. in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt werden. Die weitere Senkung der Inflationsrate wird durch Haushaltskürzung, straffe Geldmengenpolitik und Kontraktion der »real economy« gewährleistet.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen erfordern zu ihrer Durchsetzung weitgehende Eingriffe in die politischen Strukturen. Im Vordergrund stehen die Zurückdrängung der Übermacht der Gewerkschaften, ihre Trennung von der Labour Party und die Unterordnung unter Parlament und Regierung. Die Gewerkschaften müßten sich wieder ihrer ei-

gentlichen Aufgabe, der Vertretung der ökonomischen Interessen ihrer Mitglieder besinnen – die Tories würden politisch agierende Gewerkschaften nicht dulden. Die von der Labourregierung in den letzten drei Jahren verabschiedeten Arbeitsgesetze hemmen die industrielle Entwicklung und stellen eine unerträgliche Beeinträchtigung der individuellen Freiheiten dar. Vereinbarungen über sogenannte closed – shops, d. h. über Einstellungsverbote für gewerkschaftlich nicht organisierte Lohnarbeiter, zwischen Gewerkschaften und Betriebsleitungen sollen durch eine Reihe gesetzlicher Beschränkungen wirkungslos gemacht oder direkt verboten werden.

Dem zu erwartenden Widerstand der Arbeiterklasse gegen diese Maßnahmen soll durch den Ausbau von Polizei und Militär vorgebeugt werden. Diese beiden Bereiche sind die einzigen, bei denen Haushaltserhöhungen vorgesehen sind. In den Lohnkämpfen der Angehörigen von Polizei, Armee und Feuerwehr sind die Tories ausnahmsweise mal auf seiten der Lohnabhängigen zu finden – bei den Feuerwehrleuten allerdings unter der Bedingung, daß sie auf das Streikrecht verzichten, welches sie im Gegensatz zu den Polizeibediensteten noch besitzen. In der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Zulassung von gewerkschaftlichen Organisationen bei Polizei und Armee, die von zahlreichen Gewerkschaften und Teilen der Labour Party unterstützt wird, haben die Tories entschieden gegen das Koalitionsrecht Stellung genommen. Zur Steigerung der Effizienz des staatlichen Repressionsapparates soll die Todesstrafe für »Terroristen und politische Kriminelle« eingeführt werden. Die vorbehaltlose Bejahung rhodesischer und südafrikanischer Verhältnisse durch die Mehrheit der Parteitagsdelegierten zeigt, welches Ziel die Konservativen heute vor Augen haben.

Die Forderung nach Zerschlagung jener von der Arbeiterbewegung erkämpften Verkehrs- und Organisationsformen, die ihr günstige Entwicklungsmöglichkeiten einräumen, basiert auf der Ahnung des Bourgeois, daß die gegenwärtige politische Ordnung, ein unter anderen Bedingungen zustandegekommener Klassenkompromiß, heute bei Verschärfung der Widersprüche keine ausreichende Bewegungsform mehr bietet. Die »Übermacht« der Gewerkschaften, ihr wachsender Einfluß auf die Regierungspolitik, ihre Errungenschaften und Kampfpositionen sind in der Tat der Grund für die gegenwärtige Gefährdung der bürgerlichen Ordnung. Gegen die Gewerkschaften können unter heutigen Bedingungen auch die Tories nicht regieren.

Die in der Tory-Partei vorhandenen Bedenken gegen das »Parteitagsprogramm« werden von der Tory Reform Group, einer Fraktion des linken Flügels der Partei, am klarsten ausgesprochen. Hauptangriffspunkt ist die Streichung der staatlichen Maßnahmen zur Ankurbelung des wirtschaftlichen Wachstums. Zwar besteht Übereinstimmung über die Notwendigkeit steuerlicher Umverteilungsmaßnahmen zugunsten der Besitzenden, und angesichts der zerrütteten Staatsfinanzen existieren auch keine Meinungsverschiedenheiten über die Unmöglichkeit einer offensiven Nachfrageförderung. Die Kritik richtet sich vielmehr gegen die von der Gruppierung um Thatcher und Joseph vertretene Auffassung, die Industriepolitik sei der Sanierung der Verhältnisse nachgeordnet. Die Reformer fordern die Beibehaltung von staatlichen Ankurbelungsmaßnahmen, von Teilen der staatlichen Stützungsmaßnahmen für notleidende Unternehmen, und die stärkere Ausrichtung der Steuererleichterungen auf die Förderung des fungierenden Kapitals. Es wird die Befreiung der unternehmerischen und persönlichen Initiative von den Fesseln

staatlicher Kontrollen und gewerkschaftlicher Macht verlangt. Zugleich wird die Ausrichtung des rechten Parteiflügels um Thatcher auf die personale Form der Klassenherrschaft, d. h. die offene Unterdrückung der Arbeiterbewegung für unnötig gehalten und abgelehnt.

Welcher Klasseninhalt verbirgt sich hinter den unterschiedlichen Programmschwerpunkten, wessen Interessen drücken sich darin aus?

Die Gruppierung um Thatcher propagiert die Stabilisierung der Eigentumsverhältnisse durch eine Politik, die unmittelbar an den Verteilungsverhältnissen ansetzt. Über steuerliche Umverteilung, Reduktion der Staatsausgaben, Wiederherstellung der Einkommensdifferenzen und Festigung des Geldwertes soll die ökonomische Besserstellung der Besitzenden und der höheren Einkommensgruppen durchgesetzt werden. Mit diesem Programm werden die bloßen Eigentümer, die Besitzer von Vermögen und Ersparnissen, die Bezieher fixer Einkommen, die von der Inflation besonders betroffen sind, ferner die Lohnabhängigen mit höheren Einkommen, deren Gehälter in den letzten Jahren weitaus stärker als der Durchschnitt gesunken sind und das *small business* angesprochen. Die Konsequenzen dieser Politik sind Rückgang der gesellschaftlichen Produktion, Vervielfachung der Zahl der Arbeitslosen, Massenelend in großem Ausmaß. Entsprechend härter sind die politischen Maßnahmen, mit denen der Widerstand der Organisationen der Arbeiterklasse zerschlagen werden soll.

Demgegenüber hat die von Heath und der Tory-Reform-Group repräsentierte Fraktion noch ein Bewußtsein davon, daß die Einkommensverhältnisse keine selbständige gesellschaftliche Sphäre darstellen. Der Zusammenhang von Produktion und Distribution ist hier nicht gänzlich aus dem Blickfeld verschwunden. Sie stellt daher die Industrie- und Außenhandelspolitik in den Vordergrund und hält an der Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums fest. Ihre Ausrichtung auf eine wachstumsorientierte Politik bringt sie in einen geringeren Gegensatz zur Arbeiterklasse. Eine Ahnung des Zusammenhangs von Produktion und Distribution ist vor allem bei jenen Fraktionen der Bourgeoisie zu finden, die anders als die bloßen Eigentümer noch in den Produktionsprozeß einbezogen sind. Zugleich werden durch dieses Programm Teile der Arbeiter- und Mittelklassen, die für die verschärfte Austeritätspolitik einer Thatcher nicht zu gewinnen sind, an das bürgerliche Lager herangeführt.

Innerhalb der Parlamentsfraktion der Konservativen Partei sind beide Strömungen in etwa gleich stark vertreten – allerdings sind bis auf den Arbeitsminister alle wesentlichen Posten des Schattenkabinetts mit Vertretern der Rechten besetzt. Auch die Parteiaktivisten, soweit auf dem letzten Parteitag vertreten, finden sich mehrheitlich auf dem rechten Flügel. Der Tory Reform Group, die eine eigene organisatorische Zentrale besitzt, rechnen sich etwa fünfzig Abgeordnete der konservativen Parlamentsfraktion zu. Die Umsetzung ihres Programms hätte zur Voraussetzung, daß die ökonomischen Widersprüche seine Finanzierung zulassen und daß die politischen Gegensätze es noch erlauben, breite Teile der Bevölkerung auf einen mittleren Kurs einzuschwören.

Die Gruppierung um Margaret Thatcher ist, was die Einschätzung des ökonomischen Bewegungsspielraums angeht, weitaus realistischer. Zwar stützt die relative ökonomische Stabilität der letzten Monate die Moderierten. Die abzusehende weitere Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Widersprüche, die die Möglichkeit zur Durchsetzung von

Reformprogrammen immer weiter verringern wird, entzieht dieser Fraktion jedoch die Basis. Zudem existieren in der Konservativen Partei keine »Sozialausschüsse« – damit keine in der Arbeiterklasse verankerte organisatorische Basis –, auf die sich die Gemäßigten stützen könnten.

Die Fraktionen im konservativen Lager haben vor einem halben Jahr zwar ein gemeinsames Programm beschlossen, jedoch spiegelt dieses Programm keinen Kompromiß wider, der die gemeinsamen Elemente ihrer Interessen zusammenfaßt, sondern im Wesentlichen hat sich in diesem Programm die Rechte durchsetzen können. Im Verlauf der Zuspitzung der gesellschaftlichen Antagonismen in der nächsten Zeit werden die Auseinandersetzungen in der Partei weitergehen. Konkreter Gegenstand wird u. a. die Entscheidung sein, mit welchen Parolen die Tories in den nächsten Wahlkampf ziehen. Für die Arbeiterklasse wird es von entscheidender Bedeutung sein, wie lange und wie tiefgehend diese Auseinandersetzungen andauern, und wieweit die politisch uneinige Labour-Bewegung diesen Zeitgewinn nutzen wird und Gewinn aus der zeitweiligen Schwäche der bürgerlichen Klasse ziehen kann.

III. Nach dem Sozialvertrag: Tarifrunde 1977/78

Auf dem Kongreß der Labour Party im Oktober 1977 konnte die sozialistische Fraktion keine Veränderung der bisherigen Wirtschaftspolitik der Labour-Regierung erreichen. Auf dem Parteitag der Konservativen Partei wurde erneut deutlich, daß durch einen Regierungswechsel in Großbritannien die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse direkt bedroht sind. Die ökonomische Krise wird 1978 die Klassenkämpfe verschärfen. Die unmittelbaren Assoziationen der britischen Arbeiterklasse sind augenblicklich die einzigen Organisationen der Arbeiterklasse, in denen auf breiter Front die Kräfte zur Abwehrschlacht gesammelt werden. Wenn auch zur Zeit nicht die vom TUC propagierte alternative Wirtschaftsstrategie und erst recht nicht die von einigen Gewerkschaften verfochtene sozialistische Wirtschaftsplanung politisch durchgesetzt werden können, so stellen sich die unmittelbaren Assoziationen nicht allein auf härtere Lohnkämpfe ein, sondern werden als Massenorganisationen der britischen Lohnabhängigen in zunehmendem Umfang politische Mittel im Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage der arbeitenden Klassen und für die Transformation der kapitalistischen Produktionsweise einsetzen.

Die Art und Weise, wie der Sozialvertrag zwischen Labour-Regierung und Gewerkschaftsbewegung auf dem TUC-Kongreß im September 1977 aufgelöst wurde, und der Verlauf der Lohnverhandlungen deuten jedoch daraufhin, daß einerseits von der Gewerkschaftsbewegung weiterhin Einkommensrestriktionen durch den Staatsapparat geduldet werden und andererseits sich einzelne Beschäftigtengruppen und Gewerkschaften auf Guerillaaktionen zur Verbesserung ihrer Lebenslage beschränken.

Im Mittelpunkt des TUC-Kongresses stehen die Diskussion über die Wiederherstellung der uneingeschränkten kollektiven Tarifgestaltung und eine Bestandsaufnahme, inwieweit Teile der alternativen Wirtschaftsstrategie von der Labour-Regierung aufgegriffen worden sind. Zum wichtigsten Streitpunkt wird die Laufzeit der während der zweiten Phase des Sozialvertrags abgeschlossenen Tarifverträge.

Die Spannungen in der britischen Gewerkschaftsbewegung werden in der Debatte offensichtlich. Obwohl sich der Gewerkschaftskongreß der Metallarbeitergewerkschaft AUEW gegen die Verlängerung des Sozialvertrags ausgesprochen hat und obwohl sich die ehrenamtlichen Delegierten (vorwiegend shop stewards) der Maschinenbausektion (ca. 1,2 Mio. Mitglieder) der AUEW auf dem TUC-Kongreß gegen die Beibehaltung der Zwölfmonateregulierung aussprechen, wird von H. Scanlon, dem Generalsekretär dieser Gewerkschaft, ein Leitantrag eingebracht, demzufolge der TUC-Generalrat angewiesen wird, »für eine sofortige Rückkehr zu uneingeschränkten Tarifverhandlungen nach dem Auslaufen der zweiten Phase des Sozialvertrags unter *Aufrechterhaltung der zwölfmonatigen Frist* zwischen tariflichen Lohnabschlüssen einzutreten.« Unterstützt wird der Antrag von Lord Allen, dem Generalsekretär der Gewerkschaft der Beschäftigten im Groß- und Einzelhandel. Scanlon und Allen sind Mitglieder des TUC-Generalrats, des Wirtschaftsausschusses des TUC-Generalrats und vertreten den TUC im TUC-Labour Party Liaison Committee. In einer Gegenresolution wird die *Ablehnung* jeglicher restriktiver Einkommenspolitik, sei es auf gesetzlicher oder auf freiwilliger Basis, einschließlich der *Aufhebung* der Zwölfmonateregulierung gefordert. Diese Gegenresolution wird eingebracht von B. Rubner, Vorsitzender der Tischlergewerkschaft und CPGB-Mitglied, unterstützt von Jack Jones, dem Architekten des Sozialvertrags, der als Präsident der TGWU auf dem TUC-Kongreß den Beschluß seiner Gewerkschaft, sofort zu ungefesselten Lohnverhandlungen zurückzukehren, vertritt. Jones ist ebenso wie Scanlon und Allen Mitglied in den drei wichtigsten Leitungsgremien der britischen Gewerkschaftsbewegung.

Der Leitantrag wird mit 7 130 000 gegen 4 334 000 Stimmen (*card voting*) angenommen. Von den größeren Gewerkschaften lehnen außer der TGWU noch die Angestellten-gewerkschaft ASTMS und die Gewerkschaften der Bergarbeiter, Drucker, Bekleidungs-industriearbeiter und Posttechniker ab. Für den Leitantrag stimmen außer der Maschinenbausektion der AUEW vor allem die Gewerkschaften, in denen Lohnabhängige des öffentlichen Sektors organisiert sind: Angestellte und Arbeiter bei den Regional- und Lokalbehörden (die drei Gewerkschaften GMWU, NALGO, NUPE, die der Mitgliederzahl nach auf den Plätzen 3–5 rangieren, zählen zusammen 2 1/4 Millionen Mitglieder), Lehrer, mittlere Staatsbeschäftigte bei der Zentralregierung, Postarbeiter, Beschäftigte des Gesundheitswesens und Eisenbahner.

In der jetzt laufenden Tarifrunde halten sich die Einzelgewerkschaften im großen und ganzen an diesen Beschluß, die zwölfmonatige Laufzeit der während der zweiten Phase des Sozialvertrags abgeschlossenen Tarifverträge nicht zu verkürzen. Von der britischen Gewerkschaftsbewegung wird damit auch die letzte aus dem Sozialvertrag resultierende Verpflichtung konsequent eingehalten. Abrupte Disproportionen durch vorgezogene Tarifverhandlungen in den Sektoren, in denen die Gewerkschaften ihre industrielle Macht einsetzen können, werden vermieden. Doch schon auf dem TUC-Kongreß ist klar, daß durch diesen Beschluß zwar einerseits der Regierung eine weitere Atempause eingeräumt wird, daß andererseits aber der Beschluß »kein Abkommen zwischen Gewerkschaften und Regierung, sondern eher ein Abkommen zwischen den Gewerkschaften war.«⁸

Die Tribune-Fraktion der Labour Party, die ebenso wie sozialistische und kommunistische Gewerkschafter für die Möglichkeit vorgezogener Tarifverhandlungen und verstärkter Lohnkämpfe eintritt, sieht hinter der Unterstützung des Leitantrags verschiedene Mo-

tive. Einerseits sei der Beibehaltung der Zwölfmonateregul zugestimmt worden, damit die politischen Repräsentanten der Gewerkschaftsbewegung in der Regierung ihr Gesicht trotz der Nichteinhaltung ihrer Verpflichtungen aus dem Sozialvertrag wahren können. Andererseits hätten Gewerkschaften, in denen vorwiegend Lohnabhängige des öffentlichen Sektors organisiert sind, dem Antrag zugestimmt, um im Verteilungskampf nicht weiter benachteiligt zu werden. »Die Zwölfmonateregul ist von einigen Gewerkschaften des öffentlichen Sektors unterstützt worden, die glauben, daß, solange sie selbst durch direkten Regierungsdruck auf der Einkommens-Norm gehalten werden, andere Gewerkschaften nicht entkommen sollten. Dies ist ein befremdliches Verhalten und erfreut diejenigen wenig, die die im TUC gewachsene Stärke der Gewerkschaften des öffentlichen Sektors begrüßt hatten.«⁹ Die Auffassung, daß die Beschäftigten in der Staatsmaschinerie und in den Sektoren, die mit der Reproduktion des Arbeitsvermögens befaßt sind, aufgrund von Klassenvorurteilen ihr zahlenmäßiges Gewicht gegen einen (im Kampf um die Revenuenanteile) größeren Spielraum der vom Kapital und in den wirtschaftlichen Unternehmungen des Staats beschäftigten Lohnarbeiter in die Waagschale werfen, ist falsch. Denn es wird übersehen, daß die Gewerkschaften dieses gesellschaftlichen Sektors, auch wenn sie daran festhalten, daß eine Ausweitung unproduktiver Arbeiten ohne Verbreiterung der produktiven Basis möglich sei, Lohnkämpfe und tarifliche Lohnverhandlungen in verstärktem Maß im Zusammenhang mit den Verwerfungen des gesamten Reproduktionsprozesses betrachten. Die im »Koordinierungskomitee gegen Haushaltskürzungen« zusammengeschlossenen Gewerkschaften »haben immer die Auffassung vertreten, daß die Probleme der britischen Wirtschaft nicht gelöst werden können ohne die Rekonstruktion der verarbeitenden Industrie, die die Basis der Steuern abgibt, mit denen die öffentlichen Dienstleistungen finanziert werden.«¹⁰ Die Einsicht, daß der Staatsapparat von den produktiven Teilen der Bevölkerung getragen wird, wird auch in der Weise formuliert, daß das Problem der Arbeitslosigkeit *nicht allein* durch Ausweitung der Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor gelöst werden kann – wenn auch Arbeitsbeschaffungsprogramme ein wichtiges Mittel gegen die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit ist –, sondern nur durch gleichzeitige Reorganisation der produzierenden Basis.¹¹ Die Gewerkschaften der lohnabhängigen Mittelklasse stimmen für die Beibehaltung der Zwölfmonateregul, um in erster Linie die Geschlossenheit nicht durch unterschiedliche, zeitlich verschobene Lohnabschlüsse zu gefährden. Die Einschätzung der Tribune, in dieser Entscheidung seien Klassenvorurteile über gewerkschaftliche Solidarität gestellt worden, trifft nicht zu. Dennoch sind von der Tribune die drei Aspekte angesprochen, die zusammengekommen die diesjährigen Lohnverhandlungen kennzeichnen.

Erstens. Von den 11,5 Millionen Mitgliedern der im TUC zusammengeschlossenen Gewerkschaften arbeiten die Hälfte, knapp sechs Millionen, im öffentlichen Sektor. Insgesamt sind 1977 im öffentlichen Sektor 7,4 Millionen Lohnabhängige beschäftigt, etwa ein Drittel aller Lohnarbeiter. Der hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad der lohnabhängigen Mittelklasse ist nicht allein darauf zurückzuführen, daß in Großbritannien ganze Wirtschaftszweige wie Stahl- und Eisenproduktion, Bergbau einschließlich Kokereien und neuerdings große Teile der Schiffbauindustrie in staatlicher Regie betrieben werden, sondern daß seit Mitte der 60er Jahre die gewerkschaftliche Organisation der von der Zentralregierung und insbesondere den Regional- und Lokalbehörden Beschäftigten absolut und

relativ rapide und kontinuierlich gestiegen ist. Absolut – weil in diesem Bereich seit 1961 (damals ca. 3,8 Mio. Arbeitsplätze) bis 1974 zunächst 1/2 Millionen neue Arbeitsplätze eingerichtet und 1975 und 1976 nochmals 500 000 Lohnabhängige zusätzlich eingestellt wurden. Relativ – weil »die Bereitschaft der Arbeitgeber, die Gewerkschaften zu Verhandlungszwecken anzuerkennen, sicherlich ein Faktor ist, der das Wachsen der Mitgliederzahlen fördert. In dieser Hinsicht sind die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors gegenüber denen im privaten Sektor im Vorteil.«¹² Mit 85 % liegt der Organisationsgrad erheblich über dem nationalen Durchschnitt, und zwar sowohl bei den 3 Mio. Beschäftigten der Local Authorities als auch bei den 2 Mio. im Gesundheitswesen und direkt von der Zentralregierung beschäftigten Staatsagenten und bei den ca. 2 Mio. Lohnabhängigen in den Public Corporations. 330 000 Militärpersonen ist die gewerkschaftliche Organisation nicht erlaubt.

Mit der gewachsenen gewerkschaftlichen Macht konnten die lohnabhängigen Mittelklassen jedoch nicht zugleich ihre Lebensverhältnisse verbessern. Gegenüber der britischen Arbeiterklasse waren und sind die lohnabhängigen Mittelklassen überwiegend nicht besser gestellt. Ein Fünftel der von den Local Authorities Beschäftigten bezieht ein Einkommen, das unter der offiziellen Armutsgrenze liegt. »Wir stehen vor der lächerlichen Situation, daß Tausende von Beschäftigten im öffentlichen Sektor besser dran wären, wenn sie arbeitslos wären.«¹³ Doch gerade die relative Sicherheit des Arbeitsplatzes kennzeichnete die soziale Lage der Staatsbeschäftigten – bis mit den 1976 massiv angekündigten Haushaltseinschränkungen dieses letzte Privileg angetastet wird. Im gleichen Jahr bilden neun Gewerkschaften des öffentlichen Sektors und die National Union of Students das »Koordinierungskomitee gegen Haushaltskürzungen«. Die erste Kampagne gegen die »Cuts« findet ihren Höhepunkt im November 1976 mit der bis heute größten nationalen Demonstration, an der 60 000 Gewerkschafter teilnehmen. Die Kampagne im Herbst 1977 verläuft dagegen mehr oder weniger im Sande, doch wird die Zusammenarbeit unter einer längerfristigen Perspektive gesehen. Die Zielsetzung lautet, »die angekündigten Kürzungen rückgängig zu machen und weitere Kürzungen der von der Regierung im 1978er Weißbuch festzulegenden öffentlichen Ausgaben auszuschließen. Und wir versuchen die destruktive Auffassung zurückzudrängen, daß öffentliche Dienstleistungen und das Social Wage geopfert werden müssen, um unsere ökonomische Mannhaftigkeit als Nation wiederzugewinnen. Primäre Zielsetzung unserer Kampagne ist die Entwicklung eines neuen Konsens darüber, daß das Social Wage ein positiver Beitrag zum Wohl aller Sektoren der Gesellschaft ist und daß es legitim und wünschenswert ist, unsere unzureichenden öffentlichen Dienstleistungen auszuweiten.«¹⁴

Zweitens. Auf dem TUC-Kongreß wird die Politik des TUC-Generalarats unterstützt, keine Lohnleitlinien für die tariflichen Lohnverhandlungen nach Aufkündigung des Sozialvertrags aufzustellen, obwohl die Regierung angedroht hatte, auch zu auf umstrittenen Rechtsgrundlagen basierenden Mitteln wie dem Entzug von Staatsaufträgen oder der Verweigerung von Exportrisikogarantien zu greifen, um ihre einseitig proklamierte 10%-Lohnleitlinie durchzusetzen. Insofern wird auf dem TUC-Kongreß wieder das volle Kollektivvertragsgestaltungsrecht (free collective bargaining) für alle Einzelgewerkschaften hergestellt und zur offiziellen TUC-Politik. Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit, *im Einklang* mit der von der gesamten Gewerkschaftsbewegung getragenen Politik Lohn-

erhöhungen durchzusetzen, die über die regierungsamtliche 10%-Lohnleitlinie hinausgehen, um so zumindest die weitere Einschränkung des Lebensstandards aufhalten zu können. Faktisch besteht diese Möglichkeit aber nur für die Lohnarbeiter des Kapitals, da sie nicht dem Druckmittel der Cash limits ausgesetzt sind, sondern auf die Restriktionsandrohungen der Regierung flexibler reagieren können. Sofern sich in den einzelnen Tarifverhandlungen abzeichnet, daß die Richtlinie überschritten wird, greift die Regierung direkt mit Drohungen in die Tarifaufonomie ein. Wird tatsächlich mit einem höheren Prozentsatz abgeschlossen, werden Staatsaufträge entzogen oder – sofern letzteres nicht möglich ist – die Preisüberwachungskommission in Trab gesetzt, um zu überprüfen, ob die Preise in dieser Branche nicht etwa überhöht sind. Von Regierungsseite wird nicht nur versucht, in die Tarifaufonomie im privaten Sektor einzugreifen, sondern auch die Wages Councils – aufgrund eines Gesetzes in Industriezweigen mit geringem gewerkschaftlichem Organisationsgrad und weit unter dem nationalen Durchschnitt liegenden Einkommen eingerichtete drittelparitätisch besetzte Verhandlungskommissionen – werden unter Druck gesetzt. Um staatlichen Restriktionen, die im Gegensatz zu den Restriktionen der Regierung Heath nicht durch das Parlament abgesegnet sind, zu entgehen, werden häufig »sich selbst finanzierende Produktivitätsabkommen« zusätzlich zu den linearen Lohnerhöhungen ausgehandelt. Die Folge ist klar: Intensivierung der Arbeitsverausgabung und Ausdehnung der Überstunden.

Drittens. Auf dem TUC-Kongreß wird eine Resolution verabschiedet, »die Fortdauer der ›Cash limits‹ als unakzeptabel zu betrachten.« Das System der Cash limits wird von der Labour-Regierung im Haushaltsjahr 1976/77 als Bestandteil der Kontrolle der öffentlichen Ausgaben eingeführt. Dahinter verbirgt sich, daß rigoros jegliche Genehmigung eines Nachtragshaushalts, auch für einzelne Titel, abgelehnt wird. Einkommens- und Preiserhöhungen werden zu Beginn des Haushaltsjahres geschätzt. Ist die Inflation höher, muß innerhalb der einzelnen Titel mehr oder weniger gekürzt werden. Den Herrschaften des IMF konnte so ein vorzügliches Kontrollmittel offeriert und die Kreditvergabe schmackhaft gemacht werden. Bei der Aufstellung des Haushalts für 1977/78 (April-März) wurde von der Einkommenszuwachsbegrenzung der zweiten Phase des Sozialvertrags ausgegangen. Als feststeht, daß es keine dritte Phase geben wird, erklärt Callaghan: Für die begrenzte Anzahl der direkt von der Regierung Beschäftigten, die noch vor dem Ende des Haushaltsjahres im April 1978 Lohnabkommen abzuschließen haben, würden die Cash limits Lohnerhöhungen von 5–6% zulassen. In den Cash limits des Haushaltsjahres 1978/79 würde sich dann die allgemeine Einkommenspolitik der Regierung widerspiegeln.

Die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor sehen sich, obwohl eine *gesetzliche* Einkommenspolitik nicht beschlossen wurde, einer »administrativen Einkommenspolitik«¹⁵ gegenüber, die in ihren Auswirkungen weit rigider ist als die Einkommenspolitik während des Sozialvertrags.

● Während durch die Festgeldbeträge zur Zeit des Sozialvertrags für die unteren Einkommensgruppen Schutzwälle errichtet wurden, vergrößern sich die Einkommensunterschiede durch die linearen Abschlüsse und verringert sich der Lebensstandard derjenigen, die ein Einkommen beziehen, das in etwa der offiziellen Armutsgrenze entspricht. Dennoch wird ein gesetzlicher Mindestlohn, der auf das Durchschnittseinkommen bezogen ist, nur von wenigen Gewerkschaften gefordert.

● Während im privaten Sektor Zusatzabkommen zu den Lohnabkommen geschlossen werden, besteht die Möglichkeit, »sich selbst finanzierende Produktivitätsabkommen« auszuhandeln, bei den Beschäftigten in der Staatsbürokratie, im materiellen und geistigen Unterdrückungsapparat sowie im Sektor, der der kollektiven Reproduktion der Arbeitskraft dient, nicht. Den monatlang streikenden Feuerwehrleuten wird als Kompensation der 10%igen Lohnerhöhung eine Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden angeboten – beginnend 1979. Sofern in den wirtschaftlichen Unternehmungen des Staats Produktivitätsabkommen zur Diskussion stehen, können Spaltungen der Gewerkschaften – wie in der Bergarbeitergewerkschaft – nur mühsam verhindert werden.

● Während bisher die Arbeitsplätze der im öffentlichen Sektor Beschäftigten ausgeweitet wurden, sind jetzt Schließungen von Krankenhäusern und Kindertagesstätten keine Seltenheit. 20 000 beschäftigungslose Lehrer verstärken die Konkurrenz unter ihren beschäftigten Kollegen. Neben einer Lohnforderung, die mindestens der Inflationsrate entspricht, liegt daher der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Aktion auf der Aufhebung der Haushaltskürzungen und Ausgabenbeschränkungen.

Starke gewerkschaftliche Organisationen der lohnabhängigen Mittelklassen, rigide Auswirkungen der administrativen Einkommenspolitik im öffentlichen Sektor sowie flexiblere Reaktionsmöglichkeiten auf die regierungsamtlichen Lohnleitlinien im privaten Sektor: diese drei Aspekte bestimmen die Auseinandersetzungen in der diesjährigen Tarifrunde. Arbeitskonflikte und Streiks bei Feuerwehrleuten, Bergarbeitern, Lehrern, Elektrizitätsarbeitern usw. treten in den Vordergrund. Die unterschiedlichen Kampfbedingungen der Lohnarbeiter des Kapitals und der lohnabhängigen Mittelklassen führen jedoch nicht dazu, daß sich die Gewerkschaften oder einzelne Abteilungen feindlich gegenüber treten. In Großbritannien sind Lohnarbeiter des Kapitals und lohnabhängige Mittelklassen, soweit sie gewerkschaftlich organisiert sind, nicht nur über den Dachverband TUC zusammengeschlossen. Die Organisationsbereiche sind nicht unter den Gewerkschaften festgelegt, vielmehr konkurrieren die Gewerkschaften bei der Rekrutierung von Mitgliedern in bestimmtem Umfang. Das bedeutet aber auch auf der anderen Seite, daß in vielen Gewerkschaften nicht nur Beschäftigte aus mehreren Industriebranchen zusammengeschlossen sind, sondern auch Lohnarbeiter des Kapitals und lohnabhängige Mittelklassen. In der Transport & General Workers Union z. B. sind organisiert: Lohnarbeiter aus den Bereichen Fahrzeugindustrie, Energie und Maschinenbau, Chemie, Personenverkehr, Zivilluftfahrt, öffentliche Dienstleistungen, Nahrungsmittelindustrie, Bauarbeiter bei Kapitalisten und in Kommunen, Hafenarbeiter, Lohnarbeiter des kommerziellen Kapitals, technische und leitende Angestellte. In der General & Municipal Workers Union sind nicht nur Gemeindearbeiter, sondern auch die Mehrzahl der in der Chemieindustrie Beschäftigten organisiert. Sind Lohnabhängige einer Branche oder eines Sektors in mehreren Gewerkschaften organisiert, arbeiten diese Gewerkschaften und häufig auch die shop stewards committees in branchenbezogenen, fest institutionalisierten Arbeitskreisen zusammen. Somit ist trotz der Konkurrenz bei der Mitgliederrekrutierung eine starke Verflechtung der Gewerkschaften untereinander vorhanden. Wenn auch Konflikte zwischen Gewerkschaften an der Tagesordnung sind, so ist es unwahrscheinlich, daß sie sich zu Konfrontationen auswachsen und zu einer Verselbständigung von gewerkschaftlichen Organisationen der Lohnarbeiter des Kapitals und der lohnabhängigen Mittelklassen führen.

Vielmehr ist die Organisationsstruktur der britischen Gewerkschaftsbewegung eine günstige *Voraussetzung*, daß auch bei einer weiteren Zuspitzung der sozialen Antagonismen und einer erneuten Einschnürung des Gesamtreproduktionsprozesses Klassenvorurteile nicht reaktiviert werden, und stellt eine breite *Grundlage* dar, daß auch die Beschäftigten in den verschiedenen Sektoren des Staats durch eine konsequente Aktionseinheitspolitik für den Übergang zu einem neuen Typ ökonomischer Entwicklung gewonnen werden können.

In der Gewerkschaftsbewegung steht die Frage der grundsätzlichen Neuorganisation der Ökonomie noch nicht auf der Tagesordnung. Zwar verwundert es nicht, daß nach zwei Jahren, die durch Lohnzuwachsbeschränkungen und hohe Inflationsraten gekennzeichnet waren, auf dem TUC-Kongreß ohne kontroverse Diskussion eine Entschließung angenommen wird, in der das Gerede von der Lohn-Preis-Spirale ausdrücklich als der Gewerkschaftsbewegung abträglich bezeichnet wird. Doch über die bisherige Konzeption der *alternativen Wirtschaftsstrategie* wird nicht hinausgegangen. Nur die Akzente verschieben sich. Die Leitungsgremien des TUC werden zwar erneut beauftragt, die *industrial strategy* (Rekonstruktion der verarbeitenden Industrie) politisch durchzusetzen, doch der Schwerpunkt der wirtschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaftsbewegung wird der Abbau der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit. Die Forderung der Einführung der 35-Std.-Woche erhält Priorität. Durch die *Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit* soll eine Verkürzung der Gesamtarbeitszeit erreicht werden, denn 1976/77 sind mit der Ausweitung der Arbeitslosigkeit auch die geleisteten Überstunden der Beschäftigten angestiegen; bei den Männern von durchschnittlich 3,8 auf 4,1 Std. pro Woche. 60% der männlichen manual workers arbeiten im April 1977 mehr als 40 Std./Woche. Die Überstunden sind gerade in den Regionen am ausgedehntesten, wo die Arbeitslosigkeit am höchsten ist (Schottland, Nordirland, Wales, Nord-England). Den wirtschaftspolitischen Forderungen des TUC und der meisten Einzelgewerkschaften unterliegt jedoch noch die Hoffnung, die Reorganisation der gesellschaftlichen Reproduktion im Rahmen der bestehenden ökonomischen und politischen Organisation des britischen Gemeinwesens durchführen zu können. Dies wurde auch in der wirtschaftspolitischen Debatte auf dem Labour-Parteitag 1977 deutlich.

IV. Labour Party: innerparteiliche Kontroversen

Wenngleich sich auf dem Labourparteitag faktisch die Politik der Labourregierung durchsetzte, wurden in der Diskussion unterschiedliche Positionen vertreten. Von den in der LP vertretenen Gewerkschaften wurden zwei unterschiedliche Auffassungen über die anstehenden wirtschaftspolitischen Schritte vertreten. Ging die eine Seite (repräsentiert durch H. Scanlon, AUEW) von der Notwendigkeit von Steuersenkungen und Transferzahlungen zur Unterstützung der industriellen Produktion aus, stellte die General and Municipal Worker's Union einen Forderungskatalog sofortiger Staatsmaßnahmen auf, die eine Ausweitung des Staatshaushaltes notwendig machen.

Die AUEW ging davon aus, daß die Gewerkschaftsbewegung durch geringe Lohnforde-

rungen die Mittel zur Ankurbelung der Produktion bereit gestellt habe. Die Ursache dafür, daß eine Expansion der Produktion bisher nicht zu verzeichnen gewesen sei, sei darin zu suchen, daß die Labourregierung es unterlassen habe, die mit den Gewerkschaften abgesprochenen Maßnahmen in der Industriepolitik durchzuführen. »Die Gewerkschaften machten bei der Industriepolitik mit, in dem vollen Bewußtsein, daß sie damit einen geringeren Lebensstandard für alle ihre Mitglieder akzeptieren. Wir taten dies in dem Glauben, so einen anderen Einsatz dieser Mittel zu erreichen. Wir wissen jetzt, daß das nicht passiert ist.« (Times)

Ziel des Einverständnisses mit Reduktionen im Lebensstandard sei es gewesen, dem National Enterprise Board die Mittel zur Ankurbelung der Produktion zur Verfügung zu stellen. »Die Gewerkschaften haben die Mittel bereitgestellt, wir erwarten, ...daß die Rechnung jetzt beglichen wird.« Zwei Schritte seien notwendig a) Steuerreduktionen, b) finanzielle Stärkung des National Enterprise Board (NEB)

Die sich in diesen Forderungen ausdrückende weitgehende Unklarheit über die Möglichkeiten, durch Staatseingriffe eine nennenswerte Ausweitung der Produktion zu erreichen, ist auch für die Positionen kennzeichnend, die auf eine Ausweitung der Staatsausgaben drängen.

Der Parteitag verabschiedet ein von der GMWU eingebrachten Antrag, in dem detaillierte Schwerpunkte für zusätzliche Staatsausgaben festgesetzt werden. Zur kurzfristigen Absicherung der arbeitenden Bevölkerung werden Ausgaben in folgenden Bereichen gefordert:

- Erhöhung der Mittel zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und Verbesserung der sozialen Absicherung der Arbeiterjugend,
- Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung und
- Wiederherstellung der vollen Funktionsfähigkeit der öffentlichen Investitionspolitik.

Zugleich wird die Notwendigkeit der Erarbeitung und Durchsetzung einer nationalen Planung artikuliert. Kennzeichnend für die Diskussion ist jedoch, daß zum einen keine präzisen Schritte angegeben werden können und zum anderen die Überschätzung der Entwicklungsfähigkeit des britischen Kapitalismus. »Wir haben uns darauf konzentriert, die Nachfrage durch Steuerreduktionen zu stimulieren, um die Ökonomie zu stimulieren und um aus der Krise heraus zu kommen, dabei aber vergessen sicher zu stellen, daß die Zufuhr an Waren auch entsprechend wächst.« (Times) Die verabschiedeten Regierungsmaßnahmen wurden mit dieser Argumentation als »isolierte und nicht koordinierte Entscheidungen« kritisiert. »Notwendig sind vertragliche Abmachungen mit allen führenden Unternehmen, damit die Unternehmen ihrerseits garantieren, die Produktion zu erweitern und Investitionen in entsprechendem Umfang vorzunehmen, wenn die Regierung die Ökonomie ankurbelt... *Planning agreements* müssen verpflichtend werden. Das freiwillige System funktioniert nicht.« Da die Regierung in der Lage sei, die Grenze von 10% bei Lohnerhöhungen dadurch zu garantieren, daß sie Unternehmen mit dem Entzug von Aufträgen drohe, müsse sie dazu auch bei der Durchsetzung von *planning agreements* in der Lage sein.

Als finanzielle Ausstattung des NEB zur Durchsetzung der Industriepolitik wird jedoch ein Betrag von nur 1 Mill. Pfund für ausreichend gehalten.

Neben einer langfristigen Industriepolitik fordert die GMWU eine regionale Investi-

tionspolitik mit Direktinvestitionen in ausgewählten Handels- und Industriebranchen. An unmittelbaren Maßnahmen wird gefordert: – Unterstützung der Bauwirtschaft und – Arbeitszeitreduktionen.

Von Seiten der Iron and Steel Confederation wurden in Unterstützung der GMWU sofortige Schritte zur Realisierung von Forderungen des Labour-Parteiprogramms verlangt, die auf die gesellschaftliche Kontrolle jedes Industriebetriebes abzielen.

Zur Unterstützung der wirtschaftspolitischen Forderungen insistierte der Parteitag auf einer strikten Durchführung der Preiskontrollen.

Die Diskussion über die Möglichkeiten der Realisierung noch offener Wahlversprechen wird auch von Seiten der Tribune Group vorangetrieben. Von diesem größten, parlamentarisch verankerten Teil der Labour-Linken wurden schon Okt. 1976 Schritte zu einer alternativen Wirtschaftspolitik («alternative strategy») verlangt, deren wesentlichste Teile sich mit den Forderungen, die von den Gewerkschaftsdelegierten auf dem Labourparteitag verabschiedet wurden, decken.¹⁶ Zur Zeit findet der politische Kurs der Regierung in der Labour Party noch breite, wenn auch zum Teil nur halbherzige Unterstützung. Die verschiedenen Positionen werden sich erst bei der Auseinandersetzung um das nächste Wahlprogramm verschärfen.

Wenngleich z. Zt. nicht unmittelbar über das Wahlprogramm diskutiert wird, so werfen die kommenden Wahlen ihre Schatten in der Debatte um die Kandidatenaufstellung voraus. Bisher gilt die Regelung, daß ein Parlamentskandidat in seinem Wahlkreis solange nicht abwählbar ist, wie er sein Mandat wiedererlangt. Auf dem Parteitag wird die Forderung erhoben, diese Regelung zu Gunsten der Neuwahl vor den jeweiligen Parlamentswahlen aufzuheben. Mit in die Diskussion einbezogen wird auch die Form der Wahl des Parteiführers, für die bisher nur die Parlamentsfraktion zuständig ist. Es wird gefordert, diese Kompetenz dem Parteitag oder einem speziellen Gremium zu übertragen. Da die Gewerkschaften fürchten, daß die von ihnen unterstützten Parlamentsmitglieder von den Wahlkreisorganisationen aus dem Rennen geworfen werden können, votieren sie für eine Verschiebung dieses Problems auf den nächsten Parteitag.

Hinter der Debatte verbirgt sich das Problem des Verhältnisses von Kollektiv- zur Individualmitgliedschaft.¹⁷ In der Labour Party ist in den letzten Jahren ebenso wie in den Gewerkschaften eine deutliche Verschiebung des Kräfteverhältnisses nach links zu verzeichnen. Jedoch stehen dem Wirksamwerden der Linken in der Labourpolitik seit den zwanziger Jahren die organisatorischen Regeln für das Parteileben im Wege, die den föderativen Aufbau der Partei zum Teil zurücknehmen und außerdem einen Wechsel von politischen Repräsentanten erschweren. Die Diskussion in der Partei um die Rückbindung der Parlamentsabgeordneten an die Parteibasis ist Teil der Auflösung dieser verknöcherten politischen Formen. Daß in diesem Prozeß zuweilen widersprüchliche Konstellationen eintreten, zeigt nur seine Kompliziertheit. So bildete sich im von der Parteilinken dominierten National Executive Committee in dieser Frage eine Koalition von Gemäßigten und Gewerkschaftsvertretern, die aus ganz unterschiedlichen Gründen an einer automatischen Neuwahl von Parlamentskandidaten nicht interessiert sind: Die einen, um selbst möglichst lange im Amt zu bleiben, die anderen, um die endlich in einem Wahlkreis durchgeboxten Repräsentanten der Gewerkschaft nicht immer wieder neu mit viel Aufwand durchsetzen zu müssen. Eine Lösung dieses Problems kann erst erreicht werden, wenn die politischen

Privilegien der Individualmitglieder gegenüber den Kollektivmitgliedern¹⁸ in der Labour Party abgebaut werden. Daß dieser Weg kompliziert ist, verwundert nicht, denn die britische Arbeiterklasse betritt in diesen organisatorischen Fragen vollständiges Neuland.

VI. Was bringt 1978?

Die rosigen Zukunftsaussichten, wie sie von Callaghan und Healey propagiert und von dem überwiegenden Rest der Labour-Bewegung bereitwillig geglaubt werden, werden das erste Halbjahr 1978 nicht überdauern. Inzwischen muß die Labour-Regierung weiter an ihrem verhaltenen monetaristischen Kurs festhalten. Umfangreiche Maßnahmen zur Stützung der wirtschaftlichen Entwicklung durch den Staatshaushalt sind nicht mehr möglich. Callaghan und mit ihm ein Großteil der Labour Party täuscht sich mit seiner Hoffnung, die nächsten Parlamentswahlen im konjunkturellen Aufwind für Labour entscheiden zu können. Es müssen schon ganz unwahrscheinliche Umstände zusammentreffen, wenn Großbritannien 1978 eine Verbesserung seiner ökonomischen Lage erfahren soll. Die offiziellen Prognosen lauten auf 2 bis 4% Wachstum. Selbst die OECD liegt aber mit ihrer Schätzung von 1,5% für Großbritannien noch weit über dem Erreichbaren. Stattdessen ist damit zu rechnen, daß 1978 einen erneuten Rückgang der wirtschaftlichen Tätigkeit in Großbritannien bringt und die den siebten industriellen Nachkriegszyklus abschließende Krise einleitet. Wie scharf der Einbruch – und mit ihm die drastische Steigerung des sozialen Elends – sich 1978 geltend machen wird, hängt vor allem von der Entwicklung auf dem Weltmarkt ab. Rechnet man Ende 1978 in der BRD schon mit mindestens zwei Millionen Arbeitslosen, so werden die Zahlen in Großbritannien noch weit höher liegen. Daß der Staatshaushalt dann in noch ganz andere Schwierigkeiten gerät als in der jüngsten Vergangenheit, versteht sich von selbst.

Die zu erwartende drastische Verschlechterung der »real economy« wird die Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und Labour Regierung verschärfen, ohne daß eine Bewegungsform für die Widersprüche in Sicht wäre. Die Regierung, die mit großer Wahrscheinlichkeit die reguläre Amtszeit bis Herbst 1979 nicht überdauern wird, wird kaum noch die Möglichkeit haben, einen relativ günstigen Zeitpunkt für Neuwahlen auszusuchen; bei ihrer schmalen parlamentarischen Basis, die sich zum Teil aus liberalen, zum Teil aus nationalistischen Abgeordneten der verschiedenen Regionen zusammensetzt, wird es genügend Anlässe für ihren Rücktritt geben.

Nutznieser dieser Entwicklung sind die Konservativen. Zwar gibt es aktuell starke Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Bourgeoisfraktionen. Jedoch haben die Nachwahlen der letzten Jahre gezeigt, daß bei Teilen der Arbeiterklasse der Appell an Klassenvorurteile auf fruchtbaren Boden fällt. Die Tories, bei denen sich zunehmend die Rechten durchsetzen werden mit ihrem Ruf nach Law und Order und ihrem Anknüpfen an die unmittelbaren Interessen aller Besitzenden, werden in einer Lage, in der es jedem einzelnen an das Portemonnaie geht, außer den wirklichen besitzenden Klassen auch Teile der Mittelklassen auf ihre Seite bringen. Die Entwicklung einer wirksamen »alternativen Strategie« auf der Linken wird sich dann erst im Gegensatz zu einer harten Bourgeois-Herrschaft in der Labourbewegung durchsetzen.

- ¹ Schatzkanzler Healey auf dem Labour Parteitag im Oktober 1977.
- ² Premierminister Callaghan auf demselben Parteitag.
- ³ Die Zahlen, auch im Folgenden, entstammen dem *Quarterly Bulletin* der Bank of England vom Dezember 1977, sowie der *Neuen Zürcher Zeitung*.
- ⁴ Erst Mitte des Jahres 1977 sinkt die Minimum lending rate von 15% im Januar auf den Weltmarktdurchschnitt. Im Oktober liegt die Mindestausleihrate mit 5% deutlich unter dem New Yorker Niveau; Ende des Jahres steigt sie leicht auf 7% an.
- ⁵ Es gibt zahlreiche Pleiten bei schottischen Großanlagen zum Bau von Bohrinnseln, da Aufträge fehlen. Zwei neu-gebaute Anlagen mußten schließen, ohne auch nur einen Auftrag bekommen zu haben.
- ⁶ Im Herbst 1977 gibt es Steuererleichterungen im Wert von ca. 1 Mrd. Pfund St. Für das Frühjahr 1978 werden Steuernachlässe gekoppelt mit einer Erhöhung der Staatsausgaben im Wert von 2 Mrd. Pfund St. in Aussicht gestellt.
- ⁷ Im Januar 1978 wird die erste Drosselung für Nordseeöl angekündigt.
- ⁸ TUC Generalsekretär L. Murray, in: *Tribune*, 9. 9. 77
- ⁹ *Tribune* vom 9. 9. 77
- ¹⁰ *Breakdown – The Crisis in Your Public Services*, hrsg. vom National Steering Committee Against the Cuts, London, September 1977, S. 41
- ¹¹ ebda., S. 14
- ¹² M. Somerton, Trade Unions and Industrial Relations in Local Government, in: *Studies für Trade Unionists*, No. 11. Sept. 1977, S. 3
- ¹³ NUPE-Generalsekretär Fisher, Mitglied des TUC-Wirtschaftsausschusses
- ¹⁴ *Breakdown*, a. a. O. S. 41
- ¹⁵ vgl. D. Hall, Cash Limits: Cuts and Incomes Policy, in: *Labour Research*, Oktober 1977, S. 208 f.
- ¹⁶ Vgl. dazu näher *Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus*, Heft 4/77, S. 120.
- ¹⁷ Die Zahl der Individualmitglieder liegt parteioffiziell bei 670 000, wird aber in Wirklichkeit auf 300 000 oder sogar darunter geschätzt.
- ¹⁸ Vgl. hierzu *Beiträge ...*, Heft 1/77, S. 60 f. und 70; Heft 4/77, S. 120 ff.

Nachzulesen: Klassenanalyse und Politik der Arbeiterbewegung in Großbritannien

Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus

Socialist Democracy – Some Problems, Heft 3/76.

Das Ende des britischen Empire. GB vor dem Staatsbankrott, Heft 1/77

State – Some Problems. Diskussion der CPGB, Heft 1/77

Klassenstruktur in den Metropolen des Kapitals, Heft 3/77

Die Krise der Labour Party, Heft 4/77

Wende in der Kommunistischen Partei Großbritanniens?

– Zum neuen Parteiprogramm der CPGB –

Die CPGB hat auf ihrem 35. Parteitag im November 1977 mit über 90 % der Delegiertenstimmen eine Neufassung ihres Parteiprogramms auf Basis des Entwurfs vom Januar 1977 verabschiedet. Rund 1600 Ergänzungen und Präzisierungen werden auf Beschluß des Parteitages vom Exekutivkomitee bei der endgültigen Fassung des Programms berücksichtigt. Alle Anträge, den Entwurf in grundsätzlichen Fragen zu verwerfen,¹ wurden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Seit der letzten Fassung des Parteiprogramms 1968 ist in der CPGB eine Intensivierung politisch-theoretischer Debatten festzustellen. Seit Anfang der 70er Jahre, verstärkt im Zusammenhang mit der Neufassung des Parteiprogramms seit dem 34. Parteitag 1975, findet eine Diskussion über Probleme der Klassenstruktur statt.² Ziel dieser theoretischen Debatte ist die Erarbeitung einer präziseren Einschätzung von Problemen kommunistischer Taktik in Großbritannien. »Die Analyse der Klassen und der Klassenstruktur haben zentrale Bedeutung in jeder marxistischen Analyse einer spezifisch historischen oder kontemporären Situation - d. h. jeder spezifischen Konjunktur. Mit einer derartigen Analyse wird die Grundlage für die Entwicklung der politischen Strategien revolutionärer sozialistischer Bewegungen gelegt.«³ Im Jahre 1976 wurde eine breite Diskussion über das Problem sozialistischer Demokratie geführt, die durch eine Einschätzung John Gollans über den 20. Parteitag der KPdSU eröffnet worden war.⁴ Weitere Debatten, die in der theoretischen Zeitschrift der CPGB (Marxism Today) geführt werden, beziehen sich auf Probleme des Staates, Dialektik der Natur, Kultur, Bildungswesen etc. Das Jahr 1977 schließlich war beherrscht von der Debatte um den im Januar veröffentlichten Entwurf des neuen Parteiprogramms.⁵

Im Mittelpunkt der Debatte um das Parteiprogramm, die in ihrer Länge und Intensität etwas Neues für die 35. Partei darstellt, stand das Problem, wie die CPGB in der britischen Arbeiterbewegung, zu der neben der CP die Gewerkschaften, die shop stewards, die Genossenschaftsbewegung und die Labour Party gehören, eine nicht-sektierische Politik verfolgen kann. Zum einen konzentrierten sich die Beiträge auf die Frage der Bestimmung der Arbeiterklasse. Gegenüber der »engen Definition«, die sich an dem Begriff der produktiven Arbeit orientiert, setzte sich die »weite Definition« durch, nach der alle Lohnabhängigen zusammen die Arbeiterklasse ausmachen. Diese Auffassung bildet auch die Grundlage des Programmentwurfs.⁶ Die Diskussion um diese Frage blieb auch auf dem

Parteitag kontrovers und wird im Marxism Today fortgeführt,⁷ wenngleich die »weite Definition« mit großer Mehrheit befürwortet wurde.

Der größere Teil der Diskussionbeiträge richtete sich auf das Verhältnis der CP zur Labour Party. Die Ansichten über diese wegen der spezifischen organisatorischen und politischen Struktur der britischen Arbeiterbewegung entscheidend wichtige Frage reichten von dem einen Extrem, das »die Labour Party als potentiell Instrument zur sozialistischen Veränderung abschreibt ... (und) eine fortwährend sektiererische Haltung gegenüber der Labour Party und der Labour Linken«⁸ zeigt, bis zu der entgegengesetzten Ansicht, daß »die gesamte unabhängige Rolle der Kommunistischen Partei (incl. bei Wahlen) und ihre Versuche zur Entwicklung von politischer Massenarbeit dem Aufbau einer Massenpartei zugunsten einer Arbeit in engeren Grenzen der Arbeiterbewegung heruntergespielt wird.«⁹

In der – zum Teil äußerst kontrovers geführten – Debatte hat sich die im Programmentwurf vertretene Auffassung in allen wesentlichen Punkten durchsetzen können. Dort wird ausgehend von der »weiten Definition« der Arbeiterklasse festgestellt, daß »die Labour Party die Massenpartei der Arbeiterklasse ist.« /739/ Die Labour Party, die durch die Kollektivmitgliedschaft von knapp 6 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern organisatorisch eng mit den unmittelbaren Assoziationen der Lohnabhängigen verzahnt ist, wird als veränderbar angesehen. Dabei spielen die Trade Unions, die vor allem zur Verteidigung gegen die kapitalistischen Unternehmer von den Arbeitern gegründet waren, »wegen des föderativen Aufbaus der British Labour Party ... eine bedeutende Rolle in der Partei.« /707 ff./ Im Laufe der Entwicklung wurden die Trade Unions immer mehr »mit politischen und sozialen Fragen befaßt. Regierungen, speziell Labour Regierungen, haben sie um Zusammenarbeit bei der Durchführung von Regierungspolitik gebeten. Insofern ist die Gewinnung der Gewerkschaftsbewegung auf allen Ebenen – von shop stewards' committees bis zu nationalen Leitungen, Wirtschaftsräten und dem TUC – für Massenaktionen in unmittelbaren Fragen und für die Unterstützung einer Politik des demokratischen Fortschritts und sozialer Veränderung von entscheidender Bedeutung.« /715 ff./ Die Aufgabe besteht darin, »die Unions für eine linke Politik zu gewinnen als Teil eines Prozesses zur Gewinnung von Mehrheiten für solche Politik in der Labour Party und in der gesamten Arbeiterbewegung.« /771 f./ Darüberhinaus müssen die anderen demokratischen Bewegungen mit ihren fortschrittlichen Forderungen und Kämpfen in die »Assoziation der gesamten Labour-Bewegung« /987/ einbezogen werden. Mit der Veränderung der Politik der Labour Party geht wegen ihrer Massenverankerung zugleich eine Veränderung der Politik der Arbeiterklasse einher. /vgl. 741 ff./

Die heute innerhalb der Labour Party organisierte Linke gewinnt in der letzten Zeit zunehmend an Gewicht, ist aber faktisch keine zusammenhängende und einige Kraft. Die CPGB verfolgt eine Politik, die die Zersplitterung der Linken aufhebt. Ohne im einzelnen auf organisatorische Aspekte einzugehen, wird im Programmentwurf der »Kampf um die Veränderung der Labour-Bewegung, der Stärkung der Einheit der Arbeiterklasse und des Aufbaus von Bündnissen mit anderen demokratischen Bewegungen der Gesellschaft« /785 ff./ in den Vordergrund gestellt. Wesentlich für diese Veränderung ist die Öffnung der Labour Party für eine fortschrittliche Politik. Erster Schritt dazu ist die volle Wiederherstellung ihres föderativen Charakters. Die diskriminierenden Regelungen, daß Partei-

tagsdelegierte der Gewerkschaften, die immerhin 90% der Mitglieder vertreten, zugleich Individualmitglieder der Partei sein müssen¹⁰, müssen fallen; erst dann können die der Labour Party angeschlossenen Organisationen, zu denen später auch die CPGB gehören kann, tatsächlich die Politik der Labour Party mitgestalten. /vgl. 853 ff./

Um diese Ziele zu erreichen, muß zunächst die CPGB zahlenmäßig und politisch gestärkt werden und als »distinkte Partei unterschieden von den linken Gruppen in der Labour Party, den einzelnen Unions und anderen sozialen Kräften und Bewegungen organisiert sein.« /781 ff./ Dabei »strebt es die CP nicht an, die Labour Party als föderative Partei der Arbeiterklasse zu ersetzen.« Im Verlauf der Öffnung der Labour Party werden sich vielmehr »neue Möglichkeiten für noch entwickeltere Formen der Einheit zwischen Labour und Kommunisten ergeben.« /864 ff./ Der Generalsekretär der CPGB verdeutlicht diese zentralen Argumente des neuen Programmentwurfs in einem Interview vom März 1977. »Die große Frage hinsichtlich der Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei und der Labour Party für das gesamte politische Stadium des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist nicht die Verdrängung der einen durch die andere Partei, sondern die Frage lautet, wie eine Einheit zwischen den beiden Parteien hergestellt werden kann.«¹¹ In welcher Form diese Einheit schließlich realisiert wird, ist dabei eine sekundäre Frage.

Die Kontroverse in der Debatte dreht sich genau um dieses Problem. Ist die CPGB letzten Endes doch die eigentliche Partei der Arbeiterklasse, oder ist sie nur eine von mehreren gleichberechtigten politischen Organisationen? Damit verbunden ist die grundsätzliche Frage, ob sie von vornherein die Avantgarde der Arbeiterklasse ist, weil die Kommunisten dies immer waren, oder ob die Rolle der Avantgarde immer wieder neu zu erkämpfen ist. Formulierungen im Programm und in der Debatte sind zu diesem Problem noch etwas schwammig, zum Teil mißverständlich. So ist im Programmentwurf weiterhin die Rede davon, daß die CP dem Kampf um eine Veränderung der Labour-Bewegung eine Führung geben muß /vgl. 784 f./, bzw. »darum kämpft, den Massen eine Führung zu geben.«¹² Entscheidend ist jedoch die Aussage, daß »die Kommunistische Partei, als ein Teil der Labour Bewegung, innerhalb dieser keine speziellen Privilegien für sich in Anspruch nimmt« /852 f./ und daß die Führungsrolle der Arbeiterklasse »nicht aufgedrängt werden darf. Sie muß errungen werden.« /1876/

Die CPGB hat sich, dies wird mit dem neuen Programm deutlich, der »eurokommunistischen« Strömung in der kommunistischen Weltbewegung angeschlossen, wenn auch ihr Generalsekretär nichts von diesem Begriff hält.¹³ Sie entwickelt, wie die kommunistischen Parteien anderer hochentwickelter kapitalistischer Länder, eine Taktik, die einen friedlichen Übergang zum Aufbau des Sozialismus gewährleisten soll, indem eine Methode für die Errichtung politischer Bündnisse gefunden wird, die die ersten entscheidenden Schritte der gesellschaftlichen Umgestaltung auf Basis breiter Massenunterstützung durchzuführen erlauben. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Unterschiede in den Interessen der verschiedenen Klassen und Klassenfraktionen zunächst fortexistieren und in unterschiedlichen politisch-programmatischen Strömungen von Parteien, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen etc. ihren Ausdruck finden, die sich bei fortwährender Konkurrenz auf die Erarbeitung und Durchsetzung eines Minimalprogramms einigen können. Es entwickelt sich damit eine neue politische Formation, in der nicht eine politische Strömung von vornher-

ein die Hegemonie innehat, wenn auch die einzelnen Strömungen fortwährend um diese Hegemonie kämpfen werden. Die CPGB macht in ihrem Programm deutlich, daß sie die Errichtung einer solchen neuen politischen Formation in Großbritannien anstrebt und nicht auf der Avantgarderolle der Kommunisten beharrt.

In Großbritannien ergeben sich für diese eurokommunistische Politik Besonderheiten, die vor allem aus der organisatorischen Struktur der britischen Arbeiterbewegung resultieren. Die Labour Party wird als eine Vorform betrachtet, die in eine neue politische Formation transformiert werden kann. Immerhin wird im Artikel 4 der Labour-Party-Verfassung ausdrücklich die politische, soziale und ökonomische Emanzipation der arbeitenden Bevölkerung gefordert.¹⁴ Im Zusammenhang mit der Diskussion über kommunistische Taktik in Großbritannien stellt sich so selbstverständlich die Frage der Mitgliedschaft der CP in der Labour Party. Die Forderung Lenins, innerhalb der Labour Party zu arbeiten, soweit die Bedingung erfüllt ist, daß die CP »volle Freiheit der Kritik behält und die Möglichkeit hat, ihre eigene Politik zu betreiben«¹⁵ ist weiterhin aktuell. Es gibt jedoch in der CP noch große Unklarheiten darüber, ab wann diese Bedingungen erfüllt sind, so daß die gesamte Frage der Labour-Communist-Unity noch in milchigem Licht erscheint. Diese Bedingungen werden erst im Verlauf der weiteren Entwicklung innerhalb der Labour-Bewegung deutlicher werden. Die CP muß über dieses Schlüsselproblem durch fortlaufende Debatten eine klarere Position erarbeiten. Im Programm bleibt der Punkt bewußt offen. /vgl. 852 ff./

Die Linke in Großbritannien ist lange Zeit schwach gewesen. Der Grund dafür liegt vor allem darin, daß die arbeitenden Klassen die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht als überholt, sondern nur als in Teilen immer wieder reformbedürftig, aber auch als reformfähig, ansahen. Der wirtschaftliche Aufschwung nach dem zweiten Weltkrieg und die starke Gewerkschaftsbewegung sorgten dafür, daß die arbeitenden Klassen bürgerliche Politik unterstützten, zumal ihr Anteil am gesamtgesellschaftlichen Reichtum lange Zeit gesichert werden und ein zunächst einigermaßen zufriedenstellendes Sozialversicherungssystem erkämpft werden konnte. Auch in der Vergangenheit, als die große Mehrheit der Lohnabhängigen nicht für eine sozialistische Politik zu haben war, arbeiteten die Kommunisten konsequent als aktive Gewerkschafter. Die shop-steward-Bewegung wurde wesentlich von Kommunisten mitgetragen. Zwar war der Erfolg kommunistischer Politik auf Landesebene gleich null, jedoch lag das Schwergewicht der Arbeit der Kommunisten schon immer in den Gewerkschaften. Wenn heute die politische Wirkungsmöglichkeit der CPGB über die Gewerkschaften wieder in den Mittelpunkt der Diskussion über kommunistische Politik in Großbritannien rückt, so ist dies nicht ursächlich einer Veränderung der Taktik der Kommunisten zuzuschreiben. In dem neuen Programm der CPGB wird nur offen ausgesprochen, was in der Praxis schon seit längerem das Wesentliche kommunistischer Politik ausgemacht hat. Eigentliche Ursache ist dagegen die veränderte ökonomische, soziale und politische Lage in Großbritannien. Mit dem Offenbarwerden der Tatsache, daß die bürgerliche Gesellschaft in Großbritannien abgewirtschaftet hat, schwindet nach und nach, bei den einen schneller, bei den anderen über Umwege, das Vertrauen der Massen in bürgerliche Politik. Die organisatorischen Dämme in der Labour Party, die lange Zeit die Rinnsale sozialistischer Politik zurückstauen konnten, werden in dem Maße brüchig werden, wie die breiten Massen der organisierten Lohnab-

hängigen ihre Illusionen verlieren und sozialistische Alternativprogramme unterstützen. Die Auflösung solcher illusionärer Bewußtseinsformen verläuft widersprüchlich. Kommunistische Politik, die diesen Prozeß beschleunigen soll, muß die unterschiedlichen Klasseninteressen und deren Auswirkungen auf das Bewußtsein in Rechnung stellen.

Die breite Diskussion in der CPGB über das Problem der Erneuerung der Labour Party und die Aufgaben der CPGB in diesem Zusammenhang zeigt, daß das zentrale Problem kommunistischer Taktik in Großbritannien bewußt angegangen wird. Daß in diesem Prozeß manche zurückbleiben,¹⁶ zeigt nur die Geschwindigkeit der sich vollziehenden Bewußtseinsentwicklung. Es ist richtig, wenn im Prozeß der Veränderung der Labour Party von der CP große Anstrengungen unternommen werden, um diesen Prozeß zu beschleunigen. Insofern ist es wirklich für die CP entscheidend, »daß der Erfolg unserer Strategie zuerst und vor allem auf der unabhängigen Rolle der CP, organisiert für politische Massennarbeit mit allen Menschen einschließlich jener, die noch nicht Teil der Labour-Bewegung sind, beruht.«¹⁷ Zu Beantwortung der Frage, ob, wie und wann sich diese politische Massennarbeit im Rahmen einer veränderten Labour Party vollzieht, muß die weitere Entwicklung abgewartet werden. Die sich verbreiternde Diskussion des Problems ist beförderndes Moment.

Zugleich muß diese Diskussion aber konkreter werden. Im Verlauf der Klärung des Verhältnisses der CP zur Labour Party werden die Kommunisten Großbritanniens nicht umhin kommen, ihre nach wie vor unzureichende Bestimmung des Konstitutionsprozesses von Klassenbewußtsein zu überdenken. Das Aufgeben des Konzepts der automatischen Avantgarde-Rolle der Kommunisten verträgt sich nicht mit der weiterhin vertretenen Auffassung von einer prinzipiellen Beschränktheit des Arbeiterbewußtseins.¹⁸ Ebenso ist das derzeitige Bewußtsein der Massen, die noch immer weitgehend einer reformistischen Politik anhängen, unzureichend dadurch bestimmbar, daß es seine Basis in der Zeit habe, als der britischen Arbeiteraristokratie Konzessionen gemacht werden konnten. /vgl. 665 ff./ *Unterschiedliche* Bewußtseinsformen können auf dieser Basis nicht erklärt werden; damit kann auch – bei zugespitzten Klassenkämpfen – nicht mehr an *unterschiedliche* politische Auffassungen der in der Labour Party zusammengeschlossenen Massenorganisationen angeknüpft werden. Schließlich sind die im Programmentwurf formulierten Ergebnisse der Klassenanalyse falsch. /vgl. 512 ff./ Mit der »weiten Definition« der Arbeiterklasse werden die Staatsbeschäftigten, sofern nicht »Agenten der Kapitalistenklasse«, als Teil der Arbeiterklasse begriffen. Trotz des großen Anteils der lohnabhängigen Mittelklassen und des starken Anwachsens der Staatsbeschäftigten geht die Differenzierung nicht über die Kategorien »white/blue collar worker« hinaus. Auch fehlt eine Untersuchung darüber, welche Klassen und Klassenfraktionen sich in der Labour Party zusammengeschlossen haben (nur 50 % der TUC-Gewerkschaften sind Mitglied der Labour Party) und wie hoch der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den einzelnen Industriezweigen ist. Diese Probleme bedürfen dringend einer Klärung, wenn die Kommunisten eine Grundlage für die Einschätzung haben wollen, welche Konflikte zwischen den Mittelklassen und der Arbeiterklasse und deren verschiedenen Fraktionen bei der zu erwartenden weiteren Einschnürung des Reproduktionsprozesses entstehen können.

¹ vgl. Comment, 1977, S. 449.

² vgl. Class Structure – Four Articles 19 70–73 in Marxism Today (reprint) sowie Marxism Today, Jg. 1977 mit Artikeln von Hunt, Woddis, Eisler/Seifert, sowie das 1977 erschienene Buch »Class & Class Structure«, hrsg. von A. Hunt, in dem die wesentlichen Diskussionsbeiträge der theoretischen Konferenz vom November 1976 der sociology group der CP dokumentiert sind. Vgl. die Rezension in diesem Heft.

³ A. Hunt, Class & Class Structure, a.a.O., S. 8.

⁴ vgl. Marxism Today, 1976 und Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Heft 3/76, S. 196 ff.

⁵ vgl. Morning Star 1977, Comment 1977 sowie Marxism Today, 1977.

^{5a} So G. McLennan in seiner Parteitage Rede über das Programm, vgl. Comment, Nov. 1977, S. 444.

⁶ Programmentwurf »The British Road to Socialism, Draft for Discussion«, London 1977, Zeile 512 ff. Im folgenden sind die Zeilennummern in Schrägstrichen angegeben.

⁷ Vgl. Ernest Eisler and Michael Seifert, Definitions of the Working Class, in: Marxism Today, November 1977, S. 348 ff.

⁸ Dave Priscott, Problems of Communist-Labour Relationship, in: Marxism Today, October 1977, S. 294.

⁹ ebd.

¹⁰ Durch diese Regelung werden faktisch über neunzig Prozent der assoziierten Gewerkschaftsmitglieder von der Möglichkeit ausgeschlossen, ein Amt in der Labour Party zu bekleiden. Die Zahl der Individualmitglieder liegt parteioffiziell bei 670 000, wird aber in Wirklichkeit auf 300 000 oder sogar darunter geschätzt, vgl. Tribune, 2. 9. 77, S. 15.

¹¹ Gordon McLennan, An Interview on the Communist Party and Unity, in: Marxism Today, März 1977, S. 68.

¹² D. Priscott, a.a.O., S. 298.

¹³ vgl. ein Interview von G. McLennan im Morning Star vom 4. 7. 77: »Ich stimme dem Begriff nicht zu und benutze ihn deshalb nicht... Es ist eine Tatsache, daß mehrere kommunistische Parteien unabhängig voneinander zu weitgehend ähnlichen Ansichten gelangt sind, wie in ihren jeweiligen Ländern der Weg zum Sozialismus geöffnet werden kann.« Vgl. auch McLennans Rede auf dem Parteitag, a.a.O.

¹⁴ Der Artikel 4 im Wortlaut: Ziel der Labour Party muß es sein, »den Hand- und Kopfarbeitern die gesamten Früchte ihres Fleißes sicherzustellen und für eine so gerechte Verteilung dieser Produkte zu sorgen, wie sie auf Basis gemeinschaftlichen Eigentums der Mittel zur Produktion, Verteilung und zum Austausch möglich ist und wie sie das beste erreichbare System öffentlicher Verwaltung und Kontrolle jeder Branche und Dienstleistung erlauben.« Die Labour Party muß »im allgemeinen die politische, soziale und ökonomische Emanzipation der Bevölkerung fördern, insbesondere die Emanzipation derjenigen, die zum Leben unmittelbar von ihrer eigenen Hände oder Köpfe Arbeit abhängig sind.« (Abgedruckt in Marxism Today, März 1977, S. 68 f.)

¹⁵ Lenin, Rede über die Rolle der Kommunistischen Partei vom 23. Juli 1920, in: Lenin, Werke, Band 31, S. 225 f.

¹⁶ Mitte Juli 1977 schlossen sich zwischen 500 und 1000 Mitglieder der CPGB nach ihrem Austritt zu einer Neuen CP zusammen, die die Politik gegenüber der Labour Party ablehnen.

¹⁷ D. Priscott, a.a.O., S. 300.

¹⁸ vgl. z. B. ebenda, S. 297, wo es heißt: »Alle historischen Erfahrungen zeigen, daß Klassenbewußtsein kein reines spontanes Produkt des ökonomischen Kampfes der Gewerkschaften ist.«

Im Redaktionsprogramm der

Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus

werden fortlaufend Zeitschriften rezensiert; z. B. Prokla, Marxistische Blätter, SoPo, Argument, Wirtschaftswissenschaft, konkret, Kursbuch, Langer Marsch, WSI-Mitteilungen, Sowjetwissenschaft, forum ds, Gewerkschaftliche Monatshefte, links, Gesellschaft, Blätter für deutsche und internationale Politik, L 76, Marxismus Digest, IPW-Berichte, Sozialist, Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Neue Gesellschaft, Autonomie, ötv-magazin, Gewerkschaftspost, druck und papier, Gewerkschafter, Nachrichten u. a.

Marxistische Theorie

Stefan Schild

Faschismustheorie im Zerrspiegel der Kritik (I)

Einleitung

Seit geraumer Zeit hat der Faschismus literarisch Hochkonjunktur. Aber nicht nur populärwissenschaftliche Abhandlungen dominieren die Bestseller-Listen der letzten Jahr immer wieder, auch die wissenschaftliche Diskussion über den Faschismus, dessen Entstehung und Funktion, umfaßt inzwischen ein breites Spektrum.

Diese Diskussion verdankt ihren Beginn Ende der sechziger Jahre dem Sichtbarwerden der Krisenanfälligkeit des westdeutschen Kapitalismus und sie gewinnt heute erneut aktuelle Bedeutung angesichts der Zuspitzung der sozialen Antagonismen in der BRD. Es stellt sich allein bei oberflächlicher Betrachtung der derzeitigen Situation die Frage, ob die zu konstatierende Entdemokratisierung des gesellschaftlichen Raumes zwangsläufig an einen Punkt gelangt, an dem Quantität in Qualität umschlägt, d. h. der Umschlag von der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in eine offene Diktatur notwendig wird. Nur auf allgemeiner Ebene kann diese Frage dahingehend beantwortet werden, daß Faschismus nicht als notwendige, aber auch nicht als zufällige Folge des Kapitalismus verstanden werden darf.

Wir gehen davon aus, daß sich die BRD heute in einem Entwicklungsstadium ausgeprägter Zuspitzung der gesellschaftlichen Antagonismen befindet, deren Schwere nicht gering geschätzt werden darf. Da in derartigen Stadien ganz allgemein einerseits verstärkt die Tendenz innerhalb der Bourgeoisie besteht, ihren Gewaltapparat auszubauen, impliziert das gleichzeitig die Gefahr einer relativen Verselbständigung der Exekutivgewalt. Andererseits besteht aber auch die Möglichkeit einer tendenziellen »Linksentwicklung« der Arbeiterklasse, da in diesen Entwicklungsstadien Illusionen und tradiertes Bewußtsein aufgebrochen werden können. Da aber die BRD eine lange, nur jeweils kurz unterbrochene Prosperitätsphase hinter sich hat, befinden sich noch große Teile der Arbeiterklasse im Schlepptau bürgerlicher Politik, und es existiert keine als realer Machtfaktor einzu-

schätzende Kraft, die dieser eventuellen Linksentwicklung Richtung und Bedeutung geben könnte.

Bei der Einschätzung der weiteren politischen Entwicklung in der BRD ist die Beurteilung der gegenwärtigen Krise von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Denn erst die Erkenntnis der Schwere der Krise könnte durchsichtig machen, ob und in welchem Maße die Bourgeoisie gezwungen sein wird, ihre Kapitaloffensive gegen die Arbeiterklasse weiter durchzusetzen. Wenn man davon ausgeht – wie das durchaus einige neuere wissenschaftliche Untersuchungen zu erkennen geben¹ –, daß es sich bei den heute weltweit zu erkennenden Krisenzeichen um einen der stärksten Einbrüche der Weltwirtschaft seit den dreißiger Jahren handelt, dann kann nicht geleugnet werden, daß in der BRD ein Umschlag der Staatszyklen in einiger Zukunft wieder auf der Tagesordnung stehen kann. – Das darf nun nicht im Sinne einer akut drohenden Gefahr verstanden werden, denn noch existiert keine relevante faschistische Partei, noch hat der Parlamentarismus in den Augen der Bourgeoisie und größerer Bevölkerungsteile offensichtlich nicht ausgedient. Doch weder war die westdeutsche Arbeiterklasse bisher stark genug, der ökonomischen Offensive und der politischen Restauration der Bourgeoisie Einhalt zu gebieten, noch ist abzusehen, welch starke Diskreditierung der SPD seitens ihres großen Arbeiter-Wähler-Potentials bei weiterer Fortführung der sozialen Demontage droht und von welcher Seite dieses freiwerdende Potential genutzt werden kann.

Um solche Thesen zu belegen, bedarf es nun aber nicht nur einer konkreten Klassenanalyse, sondern wir benötigen ein theoretisches Rüstzeug, mit dem es möglich wird, derartige Entwicklungen eines Umschlags der Staatszyklen mit einiger Genauigkeit vorherzusagen. In der Theoriediskussion weisen nun seit einiger Zeit insbesondere die Vertreter eines Ansatzes auf die wissenschaftliche Exaktheit und Brauchbarkeit ihrer Theorie hin und versuchen, deren Überlegenheit gegenüber anderen Forschungsansätzen zu belegen.² Es handelt sich um den Ansatz der KPD.-O.³, der nach seiner Wiederentdeckung⁴ innerhalb der wissenschaftlichen Diskussion allerdings heftig umstritten ist.

Wir wollen in diesem Aufsatz* – nach kurzer theseartiger Darstellung des KPD.-O.-Ansatzes – auf die wesentlichen Einwände gegen die Faschismustheorie der KPD.-O. eingehen.

Der faschismustheoretische Ansatz der KPD.-O.

Die KPD.-O. geht bei ihrer Faschismustheorie von den Marxschen Frankreich-Schriften¹ aus, insbesondere vom »Brumaire«², in dem Marx die Ursachen der Machtergreifung Louis Bonapartes untersucht. Das theoretische Gerüst, das die KPD.-O. diesen Schriften entlehnt und zur Grundlage ihrer Faschismusanalyse macht, besteht wesentlich aus folgenden Strukturelementen:

1. Der Umschlag der Staatszyklen hat eine bestimmte klassenspezifische Situation zur Voraussetzung, die gekennzeichnet ist durch ein *Gleichgewicht zwischen Bourgeoisie*

* Es handelt sich um Auszüge meiner Dissertation, die im Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften der FU Berlin eingereicht wurde.

und Proletariat. Marx umschreibt diesen Zustand sinngemäß mit dem Terminus des Nicht-mehr-Fähigseins der Bourgeoisie und dem Noch-nicht-Fähig-sein der Arbeiterklasse, politisch zu herrschen. Die beiden antagonistischen Klassen stehen sich in einer Art Agonie gegenüber, in der die Bourgeoisie aufgrund einer ökonomischen und /oder politischen Krise nicht mehr in der Lage ist, sich den Luxus des Parlamentarismus zu gestatten, in der sie, um ihre ökonomische Existenz zu sichern, ihre politische Existenz in Form von Parteien und Verbänden preiszugeben gezwungen ist. Die Arbeiterklasse ist aufgrund ihrer zahlenmäßigen oder bewußtseinsmäßigen Schwäche nicht in der Lage, diese Situation für sich auszunutzen, d. h. ihrerseits die politische Herrschaft zu erobern. In diesem Sinne ist das charakterisierte Gleichgewicht der beiden Klassen durchaus als Gleichgewicht ungleicher Gewichte (im Sinne von Marx und der KPD.-O.) zu interpretieren, in dem die Bourgeoisie eben nur politisch abdankt, um ihre ökonomischen Interessen um so stringenter durchzusetzen.

2. Ein weiteres klassenspezifisches Merkmal umfaßt die *Massenbasis* der personalen Herrschaftsform. Als Massenbasis dieser Staatsform erkennt Marx in Frankreich die Parzellenbauern. Das Spezifikum, das in diesem Fall die Parzellenbauern zur Massenbasis eines politischen Abenteurers werden läßt, ist ihre Unfähigkeit, eine selbständige Klassenpolitik zu betreiben, eine Unfähigkeit, die letztlich auf ihre, sie voneinander isolierende, Produktionsweise zurückzuführen ist. Die Machtergreifung der Staatsgewalt ist also an die passive Zustimmung breiter Massen der Gesellschaft gebunden, die die KPD.-O. in der Endphase der Weimarer Republik vor allem in den Mittelschichten erkennt. – Die Bourgeoisie selbst unterstützt den Umschlagprozess, indem sie ihn – je nach ihrer Situation – entweder passiv über sich ergehen läßt oder aber ihn aktiv beschleunigt.
3. In der parlamentarischen Regierungsform liegt die Möglichkeit der *Verselbständigung der parlamentarischen Vertreter der Bourgeoisie gegenüber ihrer eigenen Klasse* begründet. Denn der Kampf zwischen den Vertretern der verschiedenen Fraktionen im Parlament, der im Wesen der republikanischen Form liegt, führt zu ständiger Unruhe, die die Masse der Bourgeoisie in ihrem Wunsch nach Ruhe und Ordnung stört. In dem Augenblick, in dem diese parlamentarischen Auseinandersetzungen der politischen Abgeordneten der Bourgeoisie die Vertretung und Durchsetzung der ökonomischen Interessen der Gesamtbourgeoisie vehement stören bzw. verunmöglichen, muß dann mit dem Selbstregieren der Bourgeoisie geendet werden: der anonymen und direkten Herrschaft der Bourgeoisie folgt die personale und indirekte Herrschaftsform.
4. Dies ist jedoch nicht der einzige Widerspruch, der durch die reale Entwicklung hervorgerufen werden kann. Der wesentliche Widerspruch der bürgerlich-parlamentarischen Regierungsform erklärt sich aus dem spezifischen Charakter des bürgerlichen Staates: indem nämlich die Verdoppelung in Gesellschaft und Staat die Möglichkeit der *Verselbständigung der Staatsgewalt* implizit enthalten ist. – Bei der Herstellung und Befestigung ihrer direkten Herrschaft gegenüber den produzierenden Klassen muß die Bourgeoisie im Laufe der Klassenauseinandersetzungen ständig die Kompetenzen des Staatsapparates vermehren, wodurch die Gefahr seiner Verselbständigung wächst. Dieser Widerspruch wird verstärkt durch das demokratische Wahlrecht; denn zwar soll das allgemeine Stimmrecht die Herrschaft der Bourgeoisie legitimieren und nach unten

absichern, doch besteht auch die Möglichkeit, daß die produzierende Klasse dieses Instrument gegen die Bourgeoisie selbst richtet. Die Bourgeoisie ahnt indes die Gefahr, die ihr aufgrund der möglichen Entwicklung droht, und um der Exekutive zumindest im Rahmen der Verfassung die Möglichkeit zur Verselbständigung zu versperren, sind daher zumeist die einzig endgültigen und unabänderlichen Klauseln diejenigen über die Revision der Konstitution. Indem aber die regierende Partei selbst die Verfassung verletzt, sobald diese ihren Interessen zuwiderläuft, unterhöhlt sie die Verfassung und erhöht zugleich das Ansehen der Staatsgewalt. – Diese Verselbständigung der Exekutivgewalt ist allerdings in zweifacher Weise beschränkt: die verselbständigte Exekutive kann sich einmal nicht den Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie entziehen (das ist ihr wunder Punkt) und nicht den vehementen Interessen der Bourgeoisie entgegenstellen. Die Exekutive verselbständigt sich zum anderen nur scheinbar allen Klassen gegenüber gleichermaßen, denn diese augenscheinlich klassenneutrale Staatsgewalt sichert weiterhin die Profite des Kapitals, und zwar in stärkerer und offenerer Form als das unter der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie möglich ist.

Die unverstandene Faschismustheorie der KPD.-O.

Sowohl diejenigen, die dem dargelegten KPD.-O.-Ansatz positiv gegenüberstehen, ihn vollständig oder teilweise übernehmen, als auch diejenigen, die ihn kritisch beurteilen, haben u. E. zum Großteil diesen Ansatz nicht richtig rezipiert, geschweige denn ihn in seiner Breite und Tiefe völlig verstanden. Auf sie alle fällt mehr oder weniger der Vorwurf, den Kadritzke¹ bereits geäußert hat, daß sich die meisten dieser Autoren offensichtlich nur auf einen frühen Aufsatz Thalheimers, »Über den Faschismus«², beziehen. Anders sind die Mißverständnisse und Verdrehungen nicht verständlich.

Das zentrale Mißverständnis rankt sich um das Theorem der verselbständigten Exekutive, d. h. um die Staatsproblematik. Was Opitz³ als einen »verhältnismäßig hohen Grad an Schwachsinn« und »mechanische Gleichsetzerei«⁴ bezeichnet, das erweckt bei Wippermann einigen »Zweifel, ob es legitim sei, das Bonapartismusmodell von Marx auf den Faschismus zu übertragen«⁵, während Kadritzke die Einwände gegen die zentrale Kategorie der tendenziellen Verselbständigung der Exekutivgewalt »nicht ohne weiteres aus Kenntnislücken erklären«⁶ kann. Die Skala der Einschätzung des KPD.-O.-Ansatzes reicht also von kruder Ablehnung über Problematisierung zu mehr oder weniger vorbehaltloser Zustimmung.

Doch obwohl Kadritzkes heftige Kritik an Opitz⁷ gerechtfertigt ist, gelingt es ihm nicht völlig, den gordischen Knoten der Mißverständnisse zu zerschlagen, da er nicht inhaltlich noch einmal die Staatsproblematik aufrollt. So kann er auch nicht den Mason⁸ vorgeworfenen, äußerst mißverständlich formulierten Begriff des Primats der Politik geraderücken. Und auch Opitz hat in einer Art mit seiner Kritik recht, wenn er gegen die Anwendung des Bonapartismus-Theorems bei Gert Schäfer⁹ polemisiert. Opitz setzt aber diese Kritik am Schäferschen Bonapartismustheorem gleich mit der Kritik am KPD.-O.-Ansatz, was, wie noch zu zeigen sein wird, völlig an der Sache vorbeigeht.¹⁰

Die unzulängliche Kritik am KPD.-O.-Ansatz

Beginnen wir bei dem Kritiker Opitz, denn er ist u. E. einer der heftigsten Gegner des KPD.-O.-Ansatzes. Rein formal ist zunächst an Opitz' Ausführungen zu kritisieren, daß er das Verselbständigungstheorem bei Marx und bei der KPD.-O. nur am Rande darlegt und nur immer schon gebrochen bei anderen Autoren. So in seinem Aufsatz »Über Faschismustheorien und ihre Konsequenzen«¹¹, wo er sich an einem sehr »dankbaren« Vertreter des Bonapartismustheorems festbeißt, nämlich an Gert Schäfer. Das geschieht ebenso in seinem Aufsatz »Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus«¹², wo er die ideologischen Implikate des Verselbständigungstheorems an Otto Bauer festmacht. Schließlich nimmt er noch eine weitere Variante, die R. Kühnls, ins Visier.¹³

Dort, wo sich Opitz explizit mit der KPD.-O. auseinandersetzt, geschieht das auf zwei Seiten komprimiert¹⁴, verkürzt, mißverständlich und falsch. Zunächst macht sich Opitz daran fest, daß es nicht möglich sei, die vorimperialistischen Verhältnisse Frankreichs zu vergleichen mit denen Deutschlands um 1930 und die »Analyse von Marx als eine vorweggenommene Faschismuserklärung zu empfinden.«¹⁵ Denn die sozialen Strukturen seien völlig unterschiedlich und nicht miteinander vergleichbar. Was, so fragt Opitz, läßt sich von den französischen Parzellenbauern, deren Klasseninteresse Bonaparte entsprochen habe, »auf die Mittelschichten der imperialistischen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts übertragen?«¹⁶ Opitz meint: »Nichts.«

Über eine weitere Anzahl von Analogien kommt die KPD.-O. laut Opitz dazu, »die seinerzeitige Pattkonstellation der Klassenkräfte mit einer dem Faschismus angeblich stets vorausgehenden Konstellation des Gleichgewichts der Ohnmacht von Kapitalistenklasse und Proletariat«¹⁷ zu vergleichen. Aus dieser Konstellation einer instabilen Situation heraus entstehe das Bedürfnis der herrschenden Klasse, ihre Macht abzusichern; es bleibe ihr »nichts anderes übrig, als ein Bündnis mit bonapartistisch-faschistischen Horden einzugehen«¹⁸. Die Bourgeoisie tritt ihre politische Macht an den Faschismus ab, um ihre ökonomische Macht zu sichern. »Hier haben wir also die »Kompromißstruktur«, die Theorie von einem Bündnisverhältnis, das Kapital und faschistische Massenbewegung im Faschismus eingingen und das diesen erkläre, und zwar durchaus auf der Grundlage der unausgesprochenen inhaltlichen Trennung von Politik und Ökonomie in Form der ausgesprochenen Trennung von politischer und sozialer Herrschaft.«¹⁹ Dies alles ist für Opitz das Resultat einer »mechanische(n) Gleichsetzerei«²⁰.

Hier haben wir bereits ein Bündel von Mißverständnissen, von denen aus es natürlich ein Leichtes ist, nicht nur die KPD.-O. unverzeihlicher Fehler zu schelten, sondern alle ihre Interpreten. Opitz trifft aber nur einen Großteil der Interpreten, nicht die KPD.-O. selbst.

Zunächst, was den Vorwurf angeht, die KPD.-O. habe nicht die unterschiedlichen Sozialstrukturen aufgegriffen, insbesondere nicht die Mittelschichten. Dazu ist zu sagen, daß, was die soziale Stellung und die Bewußtseinsformen von Parzellenbauern und Kleinbourgeoisie angeht, hier durchaus Parallelen zu ziehen sind. Opitz möge dazu einen Vergleich heranziehen zwischen seinem Begriff des »eigentümlichen politischen Potentials«²¹ (Mittelschichten), das er seiner ökonomischen Stellung wie seiner »Mentalität« nach sehr gut beschreibt und der Marxschen Analyse der objektiven und subjektiven Situation der Parzellenbauern. Er wird finden, daß es sehr wohl möglich ist, obwohl das noch zu diffe-

renzieren wäre, zwischen diesen beiden Schichten gemeinsame Eigentümlichkeiten zu finden: Objektiv kleines und zersplittertes Eigentum, stehen sie zwischen bourgeoisem Aufstieg und proletarischer Existenz. Sie sind nicht fähig zur eigenständigen politischen Interessenartikulation und schließen sich je nach Kräfteverhältnis entweder der Bourgeoisie oder der Arbeiterklasse an. Wo sie einen eigenständigen Ausweg entwickeln, nämlich die Emanzipation im kleinbürgerlichen Rahmen (Faschismus), da bleibt er reaktionäre Utopie.

Hier nun der KPD.-O. implizit vorzuwerfen²², sie mache die Mittelklassen zum sozialen Träger der verselbständigten Herrschaft, somit zum Subjekt des Faschismus, zum Hauptschuldigen und entlaste so die Bourgeoisie als Haupttriebkraft zum Faschismus, ist unsinnig. Opitz selbst bestimmt als soziale Basis des Faschismus die Mittelschichten. Der Unterschied besteht nur darin, daß Opitz der Bourgeoisie subjektives Wollen und Wirken zum Faschismus unterstellt²³, während die KPD.-O. hier sehr viel stärker auf die objektiven Zwänge rekurriert, denen die Bourgeoisie unterlegen ist.²⁴

Der KPD.-O. war natürlich klar, daß die Mittelschichten im Deutschland der dreißiger Jahre nicht mehr die hauptsächliche soziale Schicht waren, daß also der Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital der bestimmende war, ganz im Gegensatz eben zur sozialen Struktur Frankreichs des 19. Jahrhunderts. Und doch ist sich die KPD.-O. wie auch Opitz bewußt, daß es noch einen relevanten Teil Mittelschichten gab, die zum großen Teil die Massenbasis des Faschismus stellten.²⁵

Was hat es nun mit dem zentralen Problem der Verselbständigung der Exekutivgewalt auf sich? Wie wir kurz gezeigt haben²⁶, entwickelt Marx in den Frankreich-Schriften einen Zyklus der kapitalistischen Staatsformen, der von der direkten Herrschaft der Bourgeoisie, bedingt durch die spezifischen Klassenauseinandersetzungen, über die Verstärkung der Exekutivgewalt zur indirekten Herrschaft der Bourgeoisie abläuft.

Opitz interpretiert nun, und er ist darin mit anderen Kritikern^{27b} einig, das Verselbständigungstheorem dahingehend, als handle es sich um die Verselbständigung der Exekutive von ihrer ökonomischen Basis. Das aber ist die zentrale Crux der meisten Autoren, die sich auf das Bonapartismustheorem berufen. Nirgends aber, weder bei Marx noch bei der KPD.-O., ist die Rede von einer derartigen Verselbständigung. Die Exekutive verselbständigt sich gegenüber ihrer parlamentarischen Legitimation, also gegenüber der parlamentarischen Legislative. Anstatt daß sich, wie bei der parlamentarischen Demokratie, die Einheit der verschiedenen Bourgeoisiefractionen im Parlament durch ihre Parteien herstellt, wo die Exekutive nur der schließliche Vollstrecker dieses einheitlichen Willens ist, geschieht diese Vereinheitlichung in der personalen Herrschaftsform ohne den parlamentarischen Ausgleich über die Exekutive; der Interessenausgleich wird der Bourgeoisie (zu ihrem eigenen Vorteil) von der Exekutive aufgeherrscht.

Kann die Bourgeoisie in der parlamentarischen Demokratie direkt über ihre Vertreter im Parlament politisch agieren, so ist ihr in der personalen Herrschaftsform dieses politische Handlungsfeld genommen. Es ist ihr nurmehr möglich, indirekt, über die Beeinflussung der Exekutive, ihren Willen durchzusetzen. Insofern hat die Bourgeoisie hier tatsächlich politisch abgedankt (indem sie sich des schwerfälligen Luxus des Parlamentarismus enthebt), was ihre dezidierten politischen Ausdrucksformen in Gestalt der Parteien anbelangt. Sie hat politisch nicht abgedankt, was die politische Durchsetzung ihrer ökonomi-

schen Interessen anbelangt; da hat sie eher gegenüber der Arbeiterklasse an Stärke gewonnen.

Ist dieser Zusammenhang verstanden, dann wird auch klar, warum es sich für die Bourgeoisie gar nicht darum handeln kann, ein *Bündnis* mit dem Faschismus einzugehen. Es gibt u. E. auch nicht einen Beleg dafür, wo Marx oder die KPD.-O. von einem Bündnisverhältnis gesprochen haben. Den Kritikern des Bonapartismustheorems kann es kaum darum gehen, Marx oder der KPD.-O. vorzuwerfen, was ihre Interpreten aus ihnen gemacht haben. Das aber macht Opitz, wenn er indirekt Marx, direkt der KPD.-O., vorwirft, »die Theorie von einem Bündnisverhältnis« entwickelt zu haben. Es wäre in der Tat eine seltsame Vorstellung, wenn das Kapital ein Bündnis eingehen würde mit seinem eigenen Sachwalter, dem kapitalistischen Staat. Auch wenn verschiedene Kapital-Fraktionen durch eine bestimmte faschistische Wirtschaftspolitik begünstigt werden, so ist es doch (auf der analytischen Ebene) falsch, von einer Bündniskonstruktion zu sprechen, weil das implizieren würde, daß eine verselbständigte Staatsgewalt dem Kapital gegenübersteht und dieses (je nach theoretischem Standort) entweder kommandiert, oder umgekehrt das Kapital den Staat völlig funktionalisiert, d.h. in seine Dienste nimmt.

Demgegenüber haben wir bei der KPD.-O. ein Verständnis der Problematik von Ökonomie und Politik gefunden, das eine Bündniskonstruktion ausschließt. Das Verhältnis von Ökonomie und Politik wird hier eher in einem dialektisch strukturierten Spannungsverhältnis gesehen, und zwar in folgender Weise: »Die Sache faßt sich am leichtesten vom Standpunkt der Teilung der Arbeit. Die Gesellschaft erzeugt gewisse gemeinsame Funktionen, deren sie nicht entraten kann. Die hierzu ernannten Leute bilden einen neuen Zweig der Teilung der Arbeit innerhalb der Gesellschaft. Sie erhalten damit besondere Interessen auch gegenüber ihren Mandataren, sie verselbständigen sich ihnen gegenüber, und – der Staat ist da. Und nun geht es ähnlich wie beim Warenhandel und später beim Geldhandel: Die neue selbständige Macht hat zwar im ganzen und großen der Bewegung der Produktion zu folgen, reagiert aber auch, kraft der ihr innewohnenden, d. h. ihr einmal übertragenen und allmählich weiterentwickelten relativen Selbständigkeit, wiederum auf die Bedingungen und den Gang der Produktion. Es ist Wechselwirkung zweier ungleicher Kräfte, der ökonomischen Bewegung auf der einen, der nach möglichster Selbständigkeit strebenden und, weil einmal eingesetzten, auch mit einer Eigenbewegung begabten neuen politischen Macht; die ökonomische Bewegung setzt sich im ganzen und großen durch, aber sie muß auch Rückwirkung erleiden von der durch sie selbst eingesetzten und mit relativer Selbständigkeit begabten politischen Bewegung, der Bewegung einerseits der Staatsmacht, andererseits der mit ihr gleichzeitig erzeugten Opposition.«²⁸

Sind soweit die Dinge geradegerückt, ist es ein Leichtes, auch die letzte Unterstellung, die der Trennung von Ökonomie und Politik, zu beheben. Denn die Trennung von sozialer und politischer Herrschaft impliziert natürlich nicht die Trennung von Ökonomie und Politik, wie Opitz vermutet. Vielmehr ist das Kapital aufgrund einer ökonomischen oder politischen Zwangslage gezwungen, seine Interessen zielstrebig, gradliniger durchzusetzen als es über den langwierigen parlamentarisch-demokratischen Weg möglich ist. Die adäquate politische Interessenvertretung findet das Kapital tatsächlich in der indirekten und offenen, weil terroristischen Kapitaldiktatur.

Nun argumentiert Opitz allerdings, daß es nur sehr selten zu Fällen komme, wo das Ka-

pital in Gestalt seiner Parteien wirklich keine Massenbasis mehr zur Verfügung habe.²⁹ Konkret hätte das Kapital auch 1933 noch auf die Sozialdemokratie zurückgreifen können. Opitz unterstellt hier, ähnlich wie schon bei der Unterstellung der bewußten Wahl des Faschismus seitens der Bourgeoisie, daß die Bourgeoisie nach einem Gesamtplan bewußt handelt und es ihr möglich ist, ganz nach Belieben auf die Sozialdemokratie oder den Faschismus zu setzen. Die KPD.-O. argumentiert hinsichtlich dieser Annahme bereits gegen derartige Vorstellungen, indem sie darauf aufmerksam macht, daß im Zuge der Kapitaloffensive notwendig die Koalitionsfreiheit etc. aufgehoben werden müsse, was allerdings den Bestand der Gewerkschaften und der SPD unmöglich mache.³⁰

In Opitz' Aufsätzen nimmt die Massenbasis des Faschismus einen wichtigen Stellenwert ein. Er entwickelt dabei zwar keine neuen Bestimmungen, legt allerdings den Zusammenhang von ökonomischer Basis und Bewußtseinsformen der Mittelschichten sehr gut dar.³¹ Und doch ist für ihn der Faschismus »nicht an die Bedingungen einer Massenbewegung gebunden«.³² Falls keine faschistische Partei vorhanden sei, könne die Bourgeoisie immer noch auf das Militär zurückgreifen, das dieselbe Funktion habe wie der Faschismus, nur eben nicht von einer Massenbewegung getragen sei. Und doch seien beide Formen insofern unterschieden, als der Faschismus mit Massenbasis legitimatorisch abgesicherter sei.³³

Wir lehnen diese Definition ab, denn jede offene Diktatur Faschismus zu nennen, führt zur Inflationierung dieses Begriffes, worauf Opitz selbst hinweist³⁴ und – was viel wichtiger ist – bleibt ungenau, ja letztlich unwissenschaftlich. Uns erscheint die Vorgehensweise der KPD.-O. hier sehr viel exakter, wenn sie darauf beharrt, nur die Staatsform Faschismus zu nennen, die sich auf ein ganz spezifisches Klassenverhältnis gründet. Explizit weist sie darauf hin, daß sich unter äußerlich sehr ähnlichen Staatsausprägungen sehr unterschiedliche Klassenstrukturen verbergen.³⁵ Zur Strategiebestimmung dürfte letztlich auch Opitz als notwendiges Zwischenglied auf die Erstellung einer Klassenanalyse verwiesen sein.

Gehen wir schließlich noch auf einen gewichtigen Einwand von Opitz ein. Er meint, daß Faschismustheorie immer schon beginnen müsse mit der »politischen Ökonomie des Monopolkapitalismus«.³⁶ Es wäre ja nun sehr wichtig zu wissen, was Opitz darunter versteht. Doch was sich bei ihm über den Monopolkapitalismus findet, das hat nur vermittelt mit Ökonomie zu tun, denn er berichtet über die Integrationsprobleme des Monopolkapitals und über die Entwicklungstendenz des monopolkapitalistischen Staates zum autoritären Staat.³⁷ Zumindest bedeutet aber dieser Einwand, wollen wir den vom Monopolkapitalismus abgehobenen Kapitalismus Konkurrenzkapitalismus nennen, daß es in der Phase des Konkurrenzkapitalismus so etwas wie Faschismus nicht gegeben hat.

»Also, unverblümt und gerade heraus gesagt: das ist ein schöner Unfug und vor allem ein Musterbeispiel nun wahrhaft irrationalistischer«³⁸ Verkürzung der »allgemeinen Begrifflichkeit des Kapitals«. – Zunächst, Faschismus»theorie« kann natürlich nicht einen Allgemeinheitsgrad aufweisen bzw. nicht auf der Ebene einer allgemeinen Theorie, wie etwa der »allgemeinen Theorie des Kapitals«, abgehandelt werden. Vielmehr, da es sich um eine spezifische Staatsform oder -ausprägung im Zyklus der Staatsformen handelt, die sich gar nicht auf der allgemeinen Kapitalebene ableiten läßt, lassen sich nur historisch-empirisch bestimmte Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Staatsformen auffinden. Diese Gemeinsamkeiten haben nun insofern einen gewissen Allgemeinheitsgrad, da sie sich in den verschiedenen Formausprägungen des Staates – in den verschiedenen kapital-

stischen Ländern mehr oder weniger unterschieden je nach Entwicklung des Kapitalverhältnisses und der Klassenauseinandersetzungen – wiederfinden. Das sowohl bei der bürgerlichen Demokratie, als direkter und anonymen Klassenherrschaft, als auch beim Bonapartismus / Faschismus, als indirekter und offener Klassenherrschaft.

Die Verkürzung setzt nun bei Opitz dort ein, wo er dem staatsmonopolistischen Kapitalismus eine neue begriffliche Qualität einräumt.³⁹ Während er meint, der Faschismus sei nur über die politische Ökonomie des Monopolkapitalismus zu verstehen, sind wir der Ansicht, daß es durchaus hinreicht, bei der Begrifflichkeit des »Kapitals im allgemeinen« zu bleiben, auch um die konkreten Erscheinungsformen des heutigen Kapitalismus zu verstehen.⁴⁰

Doch sehen wir bei Opitz näher zu, wo er von der Ökonomie des Monopolkapitalismus spricht. Er konstatiert: »In keinem monopolkapitalistischen Lande der Welt gibt es heute noch eine parlamentarische Demokratie, die nicht staatsmonopolistisch deformiert wäre...«⁴¹ Diese Deformation ist der »staatsmonopolistische Neo-Autoritarismus, der neue starke Staat«, vermischt »mit einem Schuß Sozialpolitik und New-Deal-Touch«.⁴² Diese Entwicklung hat nach Opitz zwei Ursachen. Einmal kommt es im Laufe der Klassenauseinandersetzung zu Punkten, an denen die Massenbasis des Monopolkapitals in Form der bürgerlichen Parteien tendenziell bedroht ist. Es reagiert auf diese Entwicklung, indem es »über zunehmende Verschiebungen wichtiger Kompetenzen von der Legislative auf die Exekutive bis schließlich zu großen Verfassungsreformen«⁴³ greift. Zum anderen wird diese Tendenz dadurch forciert, »daß mit fortschreitender ökonomischer Entwicklung die monopolkapitalistische Profitrealisierung in zunehmendem Umfange nur noch vermittelt des Staats möglich und damit eine immer direktere, immer institutionalisiertere – spezifisch monopolkapitalistische – Kooperation von Staatsapparat und Monopolwirtschaft zur Funktionsbedingung der monopolkapitalistischen Wirtschaft geworden ist.«⁴⁴

Die erste von Opitz beschriebene Tendenz, nämlich die Verschiebung von Kompetenzen auf die Exekutive infolge des Schwindens einer Massenbasis, ist ein Phänomen bzw. eine Reaktion des Kapitals der »normalen« Entdemokratisierung, wie sie Marx für Frankreich, die KPD.-O. für Deutschland konstatiert hat. Es ist dies eine normale Reaktion der Bourgeoisie, je nach Kräfteverhältnis der Klassen, Freiheiten einzuräumen bzw. einzuschränken. Für diesen Vorgang brauchen wir also tatsächlich gar nicht die politische Ökonomie des Monopolkapitalismus zu bemühen.

Aber, so Opitz, der Monopolkapitalismus zeichnet sich aus durch zunehmende Schwierigkeiten der Profitrealisierung, so daß in steigendem Maße der Staat in die Wirtschaft eingreifen muß; Kooperation von Staat und Monopol wird also zur Funktionsbedingung. – Nun, zunächst einmal ist das ja wohl eine krude und unbewiesene Hypothese, daß das Monopolkapital per se unter Schwierigkeiten der Profitrealisierung zu leiden hat. Wir wollen weder die Bildung von Monopolen bestreiten, noch eine verstärkte Staatstätigkeit; es sind dies empirische Tatsachen. Nur leuchtet es uns nicht ein, wie das hier »bewiesen« wird und warum als Beweis eine politische Ökonomie des »Stamokap« notwendig sein soll. U. E. hat das Kapital periodisch Profitrealisierungsschwierigkeiten, auch das monopolistisch organisierte Kapital, und es reagiert mit je unterschiedlichen Methoden gegen diese von ihm selbst gesetzten Schranken, ohne sie indes prinzipiell umgehen zu können. Eine dieser Methoden, bereits im sogenannten Konkurrenzkapitalismus zu konstatieren, ist der Staats-

eingriff. Wesentlich ist hier also tatsächlich keine Modifikation eingetreten, höchstens im Erscheinungsbild.

Im übrigen fällt der von Opitz an »die« Bonapartismustheoretiker adressierte Vorwurf der Trennung von Ökonomie und Politik⁴⁵ mit umgekehrtem Vorzeichen auf ihn zurück. Der Staat ist bei ihm total funktionalisiertes Element der Bourgeoisie, der Staat ist, wie der Name staatsmonopolistischer Kapitalismus schon sagt, mit den Monopolen verschmolzen. Es ist das die Verkleisterung der Kluft, die tatsächlich zwischen Ökonomie und Staat besteht, wo der Staat, ausgestattet mit Eigengesetzlichkeit, eine relative Autonomie besitzt und seinerseits in gewissen Grenzen auf die Ökonomie einwirken kann, wobei die Ökonomie selbst das in letzter Instanz bestimmende Element ist. Diese totale Funktionalisierung des Staates seitens des Kapitals kommt bei Opitz auch dort zum Ausdruck, wo er meint, die Bourgeoisie könne in aller Beliebigkeit zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus wählen.⁴⁶

Zumindest ist aber Opitz noch zugute zu halten, daß er nur vom Neo-Autoritarismus spricht, während andere Autoren bereits von einem Faschismus in Permanenz reden. So u. a. J. Agnoli⁴⁷, der nur noch zwischen »offenem« und »maskiertem« Faschismus im staatsmonopolistischen Kapitalismus zu unterscheiden weiß, da er mehr oder weniger korporativistische Staatsstrukturen feststellt. – Noch ausgeprägter formuliert finden wir diese Tendenz bei André Glucksmann u. a., der bezüglich Frankreich feststellt, daß »der Faschismus ... bereits besteht«.⁴⁸ Wir wollen auf diese Ansätze nicht weiter eingehen, weil auf sie im Grunde dieselbe Kritik wie auf Opitz zutrifft, allerdings in noch verschärfter Form.

Interessanter ist in diesem Zusammenhang noch der Ansatz W. Abendroths, da er sich explizit auf den Bonapartismus beruft. Er sieht den Bonapartismus als eine Staatsform des liberalen Kapitalismus, der notwendig wird in einer Situation, in der die herrschenden Klassen sich der »andrängenden Unterklassen« nicht erwehren und die internen, fraktionellen Streitigkeiten nicht bereinigen können, ohne auf die direkte Ausübung ihrer Herrschaft zu verzichten.⁵² – In der Periode des organisierten Kapitalismus entstand die antibolschewistische Reaktion, durch die Revolution in Rußland aktualisiert. Es reichte in den von Krisen heimgesuchten Gesellschaften nicht mehr, nur den bürgerlich-demokratischen Staat in den autoritären Staat zu transformieren, um dem Druck der Arbeiterklasse zu entgehen.⁵³ Allerdings ist, Abendroth zufolge, das System eh nicht derart stark gefährdet wie noch zur liberalen Phase des Kapitalismus, da der Monopolkapitalismus den Parlamentarismus obsolet werden ließ, denn die Marktkonkurrenz wurde durch die Machtkonkurrenz verdrängt. »So entsteht in der Periode des Monopolkapitalismus generell in allen Teilen der herrschenden Klassen die Tendenz, die aus der Aufstiegsperiode des liberalen Kapitalismus überkommenen Vorstellungsweisen und Rechtsformen mindestens zurückzudrängen, im Extremfalle langwieriger ökonomischer und sozialer Krisen jedoch voll zu überwinden. ... bis im Endresultat Staatsmacht und Großökonomie zu einheitlicher Willensbildung verschmelzen.«⁵⁴ Die Wende zum Faschismus nimmt dieser Zustand, wenn – wie in der Weltwirtschaftskrise – die Oligopole auf den Staat angewiesen sind und sich ihm als quasi »Schiedsrichter« unterwerfen. Der Widerstreit der einzelnen Fraktionen der Monopolbourgeoisie war zwar jetzt der Öffentlichkeit vollends entzogen, – so »daß um dieser Unerkennbarkeit der Zusammenhänge für Außenstehende willen die demokratische Bil-

derung von Bewußtsein bei den Massen der Unterklassen ausgeschaltet wurde«⁵⁵ – transformierte sich nun aber in einen »untergründigen Konkurrenzkampf von Cliques«. ⁵⁶

Hier bei Abendroth ist das ausgesprochen, was Opitz in seinen Arbeiten nur andeutet, nämlich das Verschmelzen von Ökonomie und Staat. Das ist aber ein völlig konfuse Verständnis von Ökonomie und Politik und es wird gar nicht mehr ersichtlich, warum das Kapital auf die Transformierung der bürgerlichen Demokratie in den Faschismus angewiesen ist⁵⁷, weil es doch schon nahezu alle »Vorteile« des Faschismus in Anspruch nehmen kann.

Außerdem realisiert Abendroth nicht, daß der Umschlag in den Bonapartismus oder Faschismus nicht als Abwehrreaktion des Kapitals gegen die Arbeiterklasse zu verstehen ist, denn in beiden Fällen besteht aufgrund der desolaten Situation der Arbeiterklasse gar kein Grund, sich bedroht zu fühlen. Und doch besteht im Fall des Bonapartismus die Notwendigkeit eines Umschlages der Staatszyklen in die indirekte Herrschaftsform des Kapitals, da es aufgrund der desolaten politischen Situation der Bourgeoisie zu einem spezifischen Gleichgewichtsverhältnis der Klassen gekommen ist. Im Fall des Faschismus ist es ein präventiver Bürgerkrieg, da das Kapital wegen objektiver Verwertungsschwierigkeiten gezwungen ist, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse herabzudrücken, d. h. den Lohn unter den Wert der Arbeitskraft zu senken. Das aber ist tendenziell nur möglich, indem alle Assoziationen der Arbeiter zerschlagen werden, was indes der Ideologie der freien und gleichen Vertragspartner zuwiderläuft und sich tatsächlich systemgefährdend auswirken kann. – In dem genannten Zusammenhang hätte Abendroth weiter die Frage zu beantworten, warum außer in Deutschland und Italien in keinem der anderen »von Krisen heimge-suchten Gesellschaften« der Faschismus an die Macht gelangte.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß sich bei Abendroth ein seltsames Verständnis von der Entstehung demokratischen Bewußtseins findet. Wenn er meint, daß im Faschismus durch die Ausschaltung der Öffentlichkeit in Form des Parlamentarismus die Bildung demokratischen Bewußtseins verunmöglicht wird, dann hieße das ja, daß auch im staatsmonopolistischen Kapitalismus, wo das Parlament immer mehr an Funktionen verliert, die Bildung demokratischen Bewußtseins in der Tendenz nicht mehr möglich ist. Abendroth zieht diese Konsequenz nicht, aber sie ist logisch. U. E. ist es nun aber nicht der Parlamentarismus (der wohl einen Stellenwert haben kann bei der Unterstützung oder Verlangsamung der Bewußtseinsbildung), durch den demokratisches Bewußtsein entsteht, sondern – grob gefaßt – nur vermittelt durch den kapitalistischen Produktionsprozeß.⁵⁸ Die Argumentation Abendroths läuft letztlich nämlich darauf hinaus, daß das monopolistisch organisierte System politisch derart nach unten abgesichert ist, daß es nur noch Legitimationskrisen zu bewältigen hat.⁵⁹

Wir konnten bisher an einer ganzen Palette von Einwänden gegenüber dem Ansatz der KPD.-O. zeigen, daß sie auf einem Unverständnis und einer Unkenntnis beruhen. Dabei war es uns gleichzeitig möglich, auf die Schwäche derjenigen Faschismusansätze hinzuweisen, die von einer Theorie des staatsmonopolistischen Kapitals ausgehen und glauben, die modernen Staatsausprägungen nicht mehr ausgehend von der »allgemeinen Begrifflichkeit des Kapitals« her erfassen zu können.

Wir können den Reigen der Einwände allerdings nicht beschließen, ohne noch auf einen gewichtigen Hinweis einzugehen. Opitz' Arbeiten sind tatsächlich dankbare Studienobjekte hinsichtlich der Systematisierung der Vorurteile gegenüber dem Faschismusansatz

der KPD.-O., denn seine Ausführungen gipfeln schließlich darin, daß er die Faschismustheorie der KPD.-O. als eine Variante der Totalitarismustheorie bezeichnet. »Und zudem ist diese neue Version ihrer runzlig gewordenen Vorläuferin auch noch deshalb überlegen, weil der für alle Lesarten der Totalitarismuskonzeption konstitutiven Gleichsetzung der politischen Herrschaftssysteme über die Klasseninhalte hinweg wahlweise je nach Bedarf und Temperament mühelos eine negative oder auch eine positive Akzentuierung gegeben werden kann. Die negative: Kampf den verselbständigten Staatsbürokratien beider Seiten oder den neuen totalitären Klassen in West und Ost, womit man dem einfacheren alten »braun ist gleich rot« nahe bleibt.«⁶⁰

Opitz stuft diesen Vorwurf als »perfide Arroganz«⁶¹ ein, und er hat recht, denn Opitz kritisiert hier ganz offensichtlich einen Gegenstand, den er nicht kennt. Halten wir uns noch einmal den KPD.-O.-Ansatz vor Augen, dann fällt hier doch gerade ins Auge, daß eben nicht »über die Klasseninhalte hinweg« unterschiedliche Gesellschaftsformationen in einen Topf geworfen werden, sondern daß eine ganz spezifische Gesellschaftlichkeit, nämlich die kapitalistische, gemeint ist. Doch damit nicht genug. Wir erinnern in diesem Kontext an die differenzierten Ausführungen der KPD.-O. bzw. Thalheimers gegen die Auffassungen des Austromarxismus, insbesondere auch hinsichtlich ihrer Staatsauffassung.⁶² Und schließlich stellte sich die KPD.-O. ganz entschieden Trotzki entgegen⁶³, dem sie nicht nur vorhielt, ihre eigene Faschismustheorie zu kopieren, sondern sie falsch abzuschreiben. Explizit wendet die KPD.-O. ein, »daß er (Trotzki, d. Verf.) unsere Analyse des Faschismus und unsere praktischen Folgerungen ins Opportunistische verbiegt, daß er sie mit seiner im Wesen anti-bolschewistischen Stellungnahme zur Sowjetunion, zu einem für revolutionäre Arbeiter ungenießbaren Brei vermengt, daß er zum Ideenlieferanten des Zentrismus herabgesunken ist.«⁶⁴

Also, die KPD.-O. kann mit diesem Vorwurf gar nicht gemeint sein, sehr wohl aber Bauer und Trotzki. Und in der Tat geht Opitz auch von Bauer aus, wenn er glaubt, daß die Bonapartismustheorie »sich tatsächlich auch am besten von ihm her (also Bauer, d. Verf.) verstehen läßt.«⁶⁵ Opitz kritisiert die KPD.-O. also an dem Bonapartismustheorem Bauers, was natürlich dem KPD.-O.-Ansatz in keiner Weise gerecht werden kann.⁶⁶

Die unzulängliche Übernahme des KPD.-O.-Ansatzes

Das Bonapartismustheorem ist nicht nur – und hier insbesondere von marxistischer Seite – kritisiert worden, man kann sehr viel eher noch konstatieren, daß es sich in der Faschismuskonzeption der Bundesrepublik einer gewissen Beliebtheit erfreut. Doch meinen wir, daß mit dem steigenden Kurswert dieser Theorie nicht auch ihre wissenschaftliche Qualität gestiegen ist. Sowohl diejenigen Autoren, die sich explizit auf den KPD.-O.-Ansatz berufen, als auch die, die unausgesprochen an ihn anknüpfen, beschneiden und mißverstehen diesen Ansatz, so daß hier tatsächlich Kritik am Platz ist. Derartige Kritik darf nur nicht, wie das bei Opitz der Fall ist, meinen, es handle sich bei diesen Vertretern um den originären Ansatz der KPD.-O.

Auch bei denen, die das Bonapartismustheorem positiv aufnehmen, handelt es sich bei

ihren Mißverständnissen zentral um die Staatsproblematik, d. h. um das Problem der Verselbständigung der Exekutivgewalt. W. Wippermann fördert den Fixpunkt in dankbarer Klarheit ans Tageslicht, wenn er folgendes formuliert: »In der heutigen marxistischen Faschismuskonstruktion scheint man sich von dem differenzierten Faschismus-Modell Thalheimers in dem Maße zu entfernen, in dem auch die sogenannte »bürgerliche« Wissenschaft Theoreme dieses Modells in der empirischen Forschung anwendet.«¹⁰⁶ Interessant wird es nun dort, wo Wippermann sein eigenes Verständnis des KPD.-O. Faschismus-Modells expliziert, wobei erklärlich wird, warum »den« Marxisten angst und bange wird vor der Anwendung derartig verstandener Theoreme. Es heißt dort: »In der Tat ist das Thalheimersche Faschismusmodell aus marxistischer Sicht problematisch, weil die Trennung von politischer und sozialer Gewalt und der Betriff der temporären Verselbständigung der Exekutive mit immanenter logischer Folgerichtigkeit zum Primat der Politik über die Wirtschaft und zur totalen Verselbständigung der Exekutive im faschistischen Staat weiterentwickelt werden muß. Die marxistische Einschätzung des Staates und generell des Basis-Überbau-Schema können mit derartigen Überlegungen nur schwer in Einklang gebracht werden.«¹⁰⁷

In der Einschätzung des »differenzierten Faschismus-Modells Thalheimers« sind sich linke Theoretiker wie Opitz und »bürgerliche« Wissenschaftler wie Wippermann einig. Die einen meinen, daß es sich beim Bonapartismus-Theorem um Opportunismus handelt, letztlich also bürgerliche Faschismustheorie totalitarismustheoretischer Provenienz ist, die anderen weisen darauf hin, daß das Bonapartismus-Theorem mit dem »orthodoxen« Marxismus nicht im Einklang steht, also entweder bürgerliche Theorie ist oder aber eine Revision des Marxismus erforderlich wird.¹⁰⁸

Dabei ist klar, daß eine derartige Revision notwendig zu einer reformistischen Verzerrung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik führen muß, wie wir das bereits bei Bauer konstatiert haben. Demgegenüber müssen wir daran festhalten, daß eine relative Trennung zwischen Ökonomie und Politik konstitutiv für die bürgerliche Gesellschaft ist. Diese relative Trennung kann aber nie in dem Sinne verstanden werden, daß es zu einem Gegensatz beider kommen könnte, ohne daß sich dieser Widerspruch nicht in der einen oder anderen Form zwingend löst. – Wippermann müßte erst noch nachweisen, wie er denn in der Theorie der KPD.-O. erkennt, daß sie »mit immanenter logischer Folgerichtigkeit« (!) den Weg weist zum Primat der Politik. Diese Folgerichtigkeit ergibt sich tatsächlich nur, wie bereits entwickelt, bei einem reformistisch deformierten Staatsverständnis. Im Gegensatz dazu entwickelt die KPD.-O. in ihrer Analyse des Faschisierungsprozesses, wie sich die Exekutivgewalt immer mehr von ihrer parlamentarischen Legitimation löst, um schließlich vollends ohne Parlament den Notwendigkeiten des kapitalistischen Verwertungsinteresses gewaltsam zum Durchbruch zu verhelfen. Es entsteht indes der Schein, da auch die Bourgeoisie ihre traditionellen Körperschaften verliert und sich somit der Gewalt augenscheinlich alle Klassen zu beugen haben, als schwebt der Staat gleichsam über allen Klassen und nehme nun statt der Bourgeoisie deren ökonomische Interessen wahr; der Faschismus erscheint also als dominant gegenüber der Bourgeoisie, die Sache steht auf dem Kopf, die Politik bestimmt die Ökonomie. Im Konzept der KPD.-O. verselbständigt sich aber gerade nicht die Politik von der Ökonomie, sondern der Faschismus ist zwingend notwendiger politischer Ausdruck der ökonomischen Verwertungsschwierigkei-

ten unter ganz bestimmten Bedingungen. Diejenigen, die bei dem KPD.-O.-Ansatz ein Primat der Politik konstatieren bzw. meinen, das Verselbständigungstheorem müsse notwendig aus sich das Primat der Politik entfalten, verstehen das Bonapartismus-Theorem gar nicht, sondern verbiegen es, da sie selbst dem Schein aufsitzen, ins Reformistische.

Diese Kritik trifft auf zwei Theorievarianten zu, denen beiden dasselbe Mißverständnis hinsichtlich des Verselbständigungstheorems zu Grunde liegt. Es ist das einmal die Variante vom Primat der Politik, die ihren theoretischen Ursprung bei Bauer und Hilferding hat und neuerlich von entsprechender Seite empirisch belegt wird. Zum anderen eine Variante eben derselben theoretischen Herkunft, die man als Bündnistheorie bezeichnen kann, wo nämlich die verselbständigte Exekutive mit einzelnen Bourgeoisiefractionen koalitiert. Beide Varianten sind eng miteinander verbunden und finden sich häufig als zwei Elemente einer Theorie vereinigt.

Die neuere Welle der Faktensammlungen, die die These vom Primat der Politik belegen soll, beginnt bei Bracher u. a., der Hilferdings These bestätigt sieht, denn die »totale Staatsmacht« habe sich zur »Herrschaft über die Ökonomie« erhoben.¹⁰⁹ »Die unbeschränkte Staatsmacht hat die Ökonomie unterworfen, bestimmt ihren Gang, ist ihrer Herr geworden« und hat die Sphäre der Wirtschaft beseitigt.«¹¹⁰ Bestätigung fanden die grundsätzlichen Thesen dieser Arbeit u. a. von Wilhelm Treue¹¹¹, bei dem die apologetische Funktion dieser Theorie in naiver Klarheit deutlich wird: die Entlastung der Bourgeoisie vom Faschismusvorwurf. Ein differenzierteres Bild des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, allerdings mit derselben ideologischen Zielrichtung, findet man bei Schweitzer, Petzina und Mason. Gemeinsam ist diesen Arbeiten, daß sie eine finanzielle Unterstützung der NSDAP seitens der Bourgeoisie erst seit 1930 annehmen, als es den Nationalsozialisten gelungen war, zu einer Massenbewegung zu werden; doch hätte diese finanzielle Hilfe nicht allein den weiteren Aufschwung des Nationalsozialismus bewirkt. Das Verhältnis von Industrie und Faschismus begreift man in diesen Arbeiten als eine Zwei-Phasen-Folge: in einer ersten Phase, von 1933–1936, sei die Wirtschaft und das Militär gegenüber dem Staat noch relativ autonom gewesen, nach 1936 sei dann die faschistische Staatsmacht immer mehr zum bestimmenden Faktor geworden.

Diese Stufenfolge geht wohl insbesondere auf Arthur Schweitzer¹¹² zurück, der zwischen einem »partial« und einem »full fascism« nach 1936 unterscheidet. In der ersten Phase des »partial fascism«, mit der sich Schweitzer vor allem beschäftigt, sei die Konstellation der verschiedenen Kräfte dergestalt gewesen, daß die NSDAP und die SS der Wehrmacht und dem »big business« gegenübergestanden hätten. Die ökonomische Krise brachte die bis 1931 in »big business« und Großgrundbesitz gespaltene »upperclass«¹¹³ zu einem Block zusammen, der sich mit der Wehrmacht vereinigte. Die NSDAP habe sich im folgenden neutral verhalten, als das »big business« das »small business« und die Mittelklasse verdrängt habe. Die NSDAP sei zwar gerade durch diese zur Macht gelangt, sei aber auf das Bündnis mit dem »big business« und der Wehrmacht angewiesen. Mit der Zerschlagung des Röhm-Putsches sei der Mittelklassen-Sozialismus¹¹⁴ liquidiert worden und es hätte sich anschließend die Großindustrie in zwei Lager gespalten. Teile der Schwerindustrie und der Militärs hätten den Export fördern und die Aufrüstung verlangsamten wollen, während die andere Gruppe unter Führung der IG Farben eine forcierte Rüstungspolitik gefordert habe. Durch diesen Interessenkonflikt sei es der NSDAP schließlich gelungen, die Macht an sich zu reißen.

Auch Dieter Petzina¹¹⁵ bestätigt die These vom Primat der Politik, allerdings mit Ausnahme des IG Farben Trusts, der eine »privatisierte Wirtschaftspolitik«¹¹⁷ betrieben habe und der deshalb aus dem Schema herausfällt. – Tim Mason¹¹⁸ vertritt diese These ebenfalls, denn der Nationalsozialismus habe eine in »wesentlichen Punkten« der herrschenden Klasse entgegengesetzte Politik betrieben. Mason kann sich das gar nicht anders vorstellen angesichts der irrationalen Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten, der ebenso irrationalen wie rücksichtslosen Konkurrenzkämpfe zwischen einzelnen Oligopolen und Firmen untereinander und schließlich angesichts der Vernichtungsaktionen des Dritten Reichs, die sich ökonomisch nicht ableiten lassen, sondern eher ideologisch bedingt waren. Mason wird hier u. a. von Bracher sekundiert, der die Auffassung vertritt, daß, wenn »eine kapitalistische Wirtschaft auf so antiökonomische Weise in den Krieg hineindirigiert werden konnte«, es den »absoluten Primat der politischen Zielsetzung«¹¹⁹ bedeute.

Insbesondere die Ausführungen Tim Masons waren der Anlaß einer heftigen Auseinandersetzung über die These vom Primat der Politik.¹²⁰ Czichon, Eichholtz und Gossweiler hinterfragen zwar nicht die ideologische Herkunft dieser Theorievariante, machen sich aber mit ihrer Kritik an einem ihrer Grundübel fest: »Der deutsche Kapitalismus löst sich auf ›in eine reine Anhäufung von Firmenegoismen‹¹²¹, die bürgerliche Gesellschaft geht in Splitter¹²², es triumphiert die Politik über die Ökonomie (»Primat der Politik«), es triumphiert so etwas wie ein »reiner« Faschismus; dieser aber, seine Politik und Ideologie, können nicht systematisch interpretiert werden¹²³, weil sie »zwangsläufig zur Selbstzerstörung« tendieren, zu einem »blinden Selbstlauf des Systems auf allen Gebieten«¹²⁴. Bleibt als Erklärung »prinzipielle Irrationalität«, vor der jede Wissenschaft den Hut zieht – und geht.«¹²⁵ Und sie führen weiter aus: »Seine (Masons, d. Verf.) Theorie entläßt den deutschen Faschismus aus der wissenschaftlichen Erklärbarkeit; damit eliminiert sie die faschistische Periode aus der Kontinuität der Geschichte des deutschen Imperialismus und stempelt sie zu einem einmaligen »Betriebsunfall« dieser Geschichte.«¹²⁶ Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Wir stimmen zwar mit dem theoretischen Modell des staatsmonopolistischen Kapitalismus, von dem die genannten drei Autoren ausgehen, nicht überein. Gleichzeitig belegt aber das von ihnen angeführte empirische Material nicht nur die Unhaltbarkeit der These vom Primat der Politik, sondern bestätigt unsere Auffassung eines dialektisch strukturierten Verhältnisses von Ökonomie und Politik.¹²⁷ Von einem solcherart verstandenen Verhältnis von Ökonomie und Politik lassen sich dann auch die »Irrationalismen« des Faschismus herleiten. Das nun nicht in einer ökonomistischen Weise, mit der sich jede Politik stringent auf ökonomische Notwendigkeiten zurückführen läßt; wohl aber in einer Weise, mit der die politischen Resultate immer noch wissenschaftlich zu erklären sind und nicht als irrationale Rückstände erscheinen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Kritik von Opitz an Blanke¹²⁸ gerechtfertigt, der sich den 2. Weltkrieg nicht als im Sinne kapitalistischer Rationalität liegend vorstellen kann. Es ist Blanke unklar, wie es dem Faschismus gelang, »die Industrie und das konservative Militär in einen Weltkrieg zu ziehen, den diese Gruppen in Italien nachweislich nicht wollten, in Deutschland zwar zur Revision des Versailler Vertrages anzielten, aber nicht in dieser Form des totalen Krieges bewußt anvisieren konnten«.¹²⁹ Neben den umfangreichen empirischen Angaben und den Verweisen anderer Forschungsergebnisse in den Ar-

beiten von Czichon, Eichholtz und Gossweiler, die eindeutig den »kriegerischen Charakter« des deutschen Kapitalismus belegen, trifft auch die Kritik von Opitz an Blanke und andere Wissenschaftler in eben diese Richtung, wenn er sagt: »Sie bleiben unfähig, alle aus dem Kapitalverhältnis und der Konkurrenz der jeweils im einzelnen rationalen Rentabilitätskalküle resultierenden und sich akkumulierenden Widersprüche und alle sich hieraus auf dem Hintergrunde des fortwährenden Produktivkräftefortschritts ergebenden Gesellschaftsprozesse im Begriff des Systems zusammenzudenken und von daher eine Ahnung von der Existenz eines tendenziell notwendig zunehmenden genuin imperialistischen Irrationalismus wie zugleich einen Begriff von der mit den Einzelkapitalen nicht identischen Funktion und Problematik des monopolkapitalistischen Staats zu gewinnen.«¹³⁰

Es führt indes u. E. zu weit, auch noch die organisierte Massenvernichtung stringent aus ökonomischen Notwendigkeiten heraus erklären zu wollen, wie Opitz das tut.¹³¹ Ebenso wäre es aber nicht richtig, die Massenvernichtungsaktionen als primär ideologisch bedingt zu sehen.¹³² Beide Momente haben hier eine gewisse Plausibilität, wobei der ökonomische Aspekt u. E. wohl der primäre ist: Ganz allgemein liegt das ökonomische Moment darin begründet, daß die Steigerung der kapitalistischen Produktion und Ausbeutung im Faschismus zum Extrem getrieben und damit ad absurdum geführt wird: aus der Ausbeutung der Ware Arbeitskraft wird deren Vernichtung. Diese »irrationalen Methoden« des Faschismus liegen in der Tat begründet in der Rationalität des Kapitals, die seinem Verwertungstrieb immanent ist. Was vom Standpunkt des Kapitals als durchaus rationales Profitinteresse erscheint, kann vom gesellschaftlichen Standpunkt tatsächlich irrational sein und sich verheerend auswirken.

Bei der Theorievariante des Primats der Politik sind wir bereits auf das Element der Bündnisbildung von Wirtschaftsgruppen mit dem faschistischen Staat gestoßen; innerhalb dieser Variante löst sich allerdings dieses Bündnis wieder auf in die dominierende Rolle des Staates, dem die Wirtschaft untergeordnet ist. Die zweite Theorievariante unterscheidet sich nun dadurch von der ersteren, daß sie ein dauerndes Bündnis mit unterschiedlicher Rollenverteilung zwischen Wirtschaft und Staat annimmt. Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht in extenso auf diese Variante eingehen; da sie ihre theoretischen Wurzeln ebenfalls im reformistisch geprägten Verselbständigungssyndrom hat, denn nur von daher läßt sich überhaupt eine Bündniskonzeption der Bourgeoisie mit ihrem verselbständigten Staat konstruieren, fällt auch auf sie das Verdikt einer mechanistischen Staatsauffassung, die zum Verhältnis von Ökonomie und Politik nur verkürzte Aussagen machen kann. Es trifft deshalb, wenn auch in abgeschwächter Form, dieselbe Kritik zu wie für die Theorievariante des Primats der Politik.

Reinhard Kühnl¹³³ beruft sich zwar explizit auf die Theorie der KPD.-O., es wird ihm indes das Problem des Verselbständigungstheorems gar nicht bewußt. Er konstruiert in dieser frühen Arbeit ein Bündnis-konzept: Im Nationalsozialismus hätten Wirtschaft und Staat »am gleichen Strang« gezogen und seien deshalb als »Bündnispartner« aneinander gekettet und aufeinander angewiesen.¹³⁴ Ähnlich wie die Theoretiker des Primats der Politik nimmt Kühnl nach 1936 einen Umschwung an, nach dem der faschistische Staat seinen »Bündnispartner« seinem Willen unterworfen habe. – In einem späteren Aufsatz¹³⁵ weicht Kühnl dann von diesem Konzept ab; jetzt besteht für ihn kein »Zweifel daran, daß sich alle politischen Entscheidungen des faschistischen Staates im Rahmen der grundsätz-

lichen Interessen und Ziele hielten, über die sich die verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse untereinander (und mit der faschistischen Exekutive) einig waren.«¹³⁶ Obwohl Kühnl seine erste Dominanzvariante fallengelassen hat, scheint er sie nun eher zu einer Dominanz der Industrie modifiziert zu haben, denn von seiner Bündniskonzeption geht er auch hier nicht ab.¹³⁷

Zu Recht weist Kühnl im übrigen die Auffassung zurück, daß dem Monopolkapitalismus neuere Herrschaftsmittel zur Verfügung stehen, so daß der Faschismus für diese Systeme heute anachronistisch sei.¹³⁸ Implizit spricht er sich damit gegen die Ansätze à la Opitz und der sogenannten kritischen Theorie aus, die eine nahezu totale Manipulierbarkeit der Arbeiterklasse annehmen. Wenn aber der Zusammenhang von kapitalistischer Produktionsweise und Entstehung von demokratischen Bewußtseinformen nicht verstanden ist, da man tendenziell eine Transzendierung des Kapitalismus auf kapitalistischem Wege annimmt, kann auch kaum adäquat der Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus begriffen werden.¹³⁹

Bei Gert Schäfer¹⁴⁰ haben wir es mit einer Mischung von Bündnistheorie und einer Variante des Ansatzes der kritischen Theorie zu tun. Er bestimmt den Faschismus als Nachfolger des Bonapartismus in einer Situation, in der die privilegierten Gruppen zu einem Demokratisierungsstop gezwungen seien, wobei diese Gruppen eine Teilung der Macht mit einer Amtselite in Kauf nehmen müßten. Hier also das Bündnis zwischen der Industrie und Amtseliten, die in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis stehen. – Schäfer weitet seinen Ansatz nun dahingehend aus, daß er dem Faschismus ökonomisch und ideologisch eine kapitalistische Qualität aberkennt. Während der Konkurrenzkapitalismus gekennzeichnet sei durch die »Ideologien des Äquivalententauschs«¹⁴¹, sei der konsequente Faschismus auch ökonomisch kein Kapitalismus mehr. »Wie der Faschismus den kapitalistischen Staat aufgelöst hat, so löst er auch die kapitalistische Ökonomie auf, und die neue soziale Herrscherklasse, in der die »Praktiker der Gewalt Wirtschaftsführer werden und die Wirtschaftsführer Praktiker der Gewalt«, kann ein Resultat der kapitalistischen Gesellschaft sein, aber sie repräsentiert auch ihr Ende.«¹⁴²

Die falsch verstandene KPD.-O.-Theorie führt bei Schäfer also über die Bündnistheorie zur völligen Verquickung von Wirtschaft und Staat und dann weiter zur Negierung der kapitalistischen Qualität dieses Verhältnisses unter dem Faschismus. Neben der völligen Fehleinschätzung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik handelt es sich bei Schäfer zudem noch um ein Unverständnis der Variabilität der kapitalistischen Produktionsweise. Denn sollte der Kapitalismus tatsächlich gezwungen sein aufgrund seiner Verwertungsschwierigkeiten, tendenziell die freie Disponibilität der Arbeitskraft aufzuheben und zu »Zwangsmethoden der absoluten Mehrwertproduktion« zurückzukehren¹⁴³, so zeigt das die Schranken auf, an die der kapitalistische Verwertungsprozeß immer wieder stößt und die er zu überwinden in bestimmten Situationen und mit spezifischen Mitteln in der Lage ist. Es zeigt das weiter, zu welch »irrationalen« Methoden der Kapitalismus gezwungen ist, um sich am Überleben zu erhalten, nicht aber zeigt es das Ende des Kapitalismus bzw. der kapitalistischen Ökonomie an.¹⁴⁴

Wir konnten in diesem Abriß feststellen, daß nicht nur das KPD.-O.-Faschismusmodell, wie W. Wippermann meint, mit »logischer Folgerichtigkeit zum Primat der Politik über die Wirtschaft«¹⁴⁵ reformistisch weiterentwickelt werden kann, sondern daß darüberhinaus auch eine Reihe anderer Deformationen möglich sind.

Das Bonapartismus-Theorem, »ein theoretisches Modell gesamtgesellschaftlicher Entwicklung«

Wir können indes die Reihe der Einwände hier nicht beenden, ohne nicht doch auch die Kritik eines Wissenschaftlers zu benennen, der sich mit der Geschichte und den Analysen der KPD.-O. sehr intensiv auseinandergesetzt und diesen Ansatz damit in die linke Theoriediskussion wieder eingebracht hat. K.H. Tjaden, der zwar in »Struktur und Funktion der ›KPD-Opposition‹ (KPO)«¹⁴⁶ die Faschismustheorie der KPD.-O. nur in sehr verkürzter Form wiedergibt¹⁴⁷, kommt schließlich doch zu dem Resultat, die KPD.-O. habe »seit 1928 die politische Entwicklung interpretiert und mit erstaunlicher Genauigkeit ... vorausgesagt.«¹⁴⁸ Weder sozialdemokratische Interpretationsversuche à la Bauer, noch die Trotzki oder gar der Kommunistischen Internationale hätten das Niveau und die Schärfe der KPD.-O.-Analyse erreicht.¹⁴⁹ Um so erstaunlicher ist es, wenn Tjaden, dem man mit Recht unterstellen kann, daß er die konkreten Analysen der KPD.-O. genau kennt, zwei Jahre nach Veröffentlichung seiner umfangreichen Arbeit zu folgendem Ergebnis kommt: »Thalheimer aber hypostasiert den gesellschaftlich gesetzten Zusammenhang der politischen Kategorien, mit denen Marx hier arbeitet, und überträgt ihn, durch Analogieschlüsse vermittelt, auf die Faschisierungsprozesse der spätbürgerlichen Gesellschaft; ein Verfahren, das dem Marxschen gesellschaftstheoretischen Ansatz durchaus zuwiderläuft.«¹⁵⁰

Auf ebendenselben Punkt zielt eine Kritik Mandels an dem KPD.-O.-Bonapartismus-theorem.¹⁵¹ Die KPD.-O. reduziere nämlich das wesentliche Merkmal des Faschismus auf das Kräfteverhältnis der einzelnen Klassen zueinander: das Proletariat ist noch nicht fähig – die Bourgeoisie nicht mehr, die politische Herrschaft auszuüben. Dabei vernachlässige sie, so Mandel, »den Zusammenhang der Entwicklung dieser Kräfteverhältnisse mit der Strukturkrise des Spätkapitalismus zu durchleuchten«¹⁵², so daß ökonomische Hinweise, die die Entwicklungshöhe des Kapitalismus im 20. Jahrhundert beträfen, notwendig allgemeiner Natur und deshalb äußerlich bleiben müßten.

Diese kritischen Einwände betreffen ganz offensichtlich zwei Problemebenen. Einmal die Ebene, ob das Bonapartismustheorem »ein theoretisches Modell gesamtgesellschaftlicher Entwicklung für bestimmte typische Stadien der bürgerlichen Gesellschaft«¹⁵³ ist, was Tjaden im Gegensatz zur KPD.-O. eindeutig verneint. Zum zweiten die konkretere Ebene, ob nämlich der Faschisierungsprozeß überhaupt adäquat analysiert sei; da das Bonapartismus-Theorem einer Frühphase des Kapitalismus entspräche, müßten die ökonomischen Kategorien der spätkapitalistischen Entwicklung äußerlich bleiben. Die zweite Ebene verweist also auf die Stimmigkeit der konkreten Klassenanalyse der KPD.-O., während die erste den theoretischen Stellenwert der Marxschen Analyse des Bonapartismus hinterfragt.

Bei der von Tjaden / Griepenburg aufgeworfenen Frage geht es um den Allgemeinheitsgrad der staatstheoretischen Aussagen der Frankreich-Schriften; wie weit also diese Aussagen einen derartig allgemeinen Charakter haben, daß sie auf immer wiederkehrende Entwicklungsstadien der bürgerlichen Gesellschaft Anwendung finden können.

Aus der »allgemeinen Begrifflichkeit des Kapitals« läßt sich lediglich das Wesen des

bürgerlichen Staates in Form seiner ganz bestimmten Charaktereigenschaften ableiten; in der Kurzformel ist das der Doppelcharakter des Staates: einmal Instrument zur Erstellung allgemeiner Produktions- und Verkehrsbedingungen zu sein, was zugleich Herstellung allgemeiner Bedingungen des Verwertungsprozesses des Kapitals bedeutet, zum anderen, dort, wo der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse nicht ausreicht, ist der Staat direkt Instrument der Erhaltung der bürgerlichen Ordnung durch die Anwendung außerökonomischer Gewalt.¹⁵⁴

Über die spezifische Formausprägung des bürgerlichen Staates läßt sich auf dieser allgemeinen Ebene allerdings keine Aussage machen, hier sind wir auf die Empirie angewiesen. »Die ›heutige Gesellschaft‹ ist die kapitalistische Gesellschaft, die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger frei von mittelalttrigem Beisatz, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der ›heutige Staat‹ wechselt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preußisch-deutschen Reich als in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. ›Der heutige Staat‹ ist also eine Fiktion.

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer trotz ihrer bunten Formverschiedenheit alle das gemeinsam, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehen, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In diesem Sinne kann man vom ›heutigen Staatswesen‹ sprechen...«¹⁵⁵

Die Formunterschiede haben also trotz aller Unterschiedlichkeit gemeinsame Merkmale, die sich empirisch feststellen lassen. So unterscheiden sich die Ausprägungen der heutigen Staatsgebilde in den USA, in der BRD und England, gemeinsam aber ist ihnen die bürgerliche Demokratie, d. h. ein über das allgemeine Wahlrecht gewähltes Parlament, das aus sich heraus die Exekutive bildet und diese kontrollieren soll; es ist die direkte und anonyme Herrschaft der Bourgeoisie, die diesen Staatsgebilden gemeinsam ist. Niemand wird die Existenz dieser gemeinsamen bürgerlich-demokratischen Institutionen bestreiten, noch, daß dies Gemeinsamkeiten sind, die einen gewissen empirischen Allgemeingrad aufweisen. Auch Tjaden / Gripenburg werden nicht bestreiten können, daß Marx die bürgerliche Demokratie als ein »System gesamtgesellschaftlicher Entwicklung für bestimmte typische Stadien der bürgerlichen Gesellschaft« verstanden hat. Wie anders ist es zu verstehen, wenn Marx sagt, daß die bürgerliche Demokratie, »diese krampfhaft Form des *anonymen* Klassendespotismus«, »nur eine Durchgangsphase sein«¹⁵⁶ kann oder, daß »die *Republik überhaupt nur die politische Umwälzungsform der bürgerlichen Gesellschaft* bedeutet und nicht ihre *konservative Lebensform*«. ¹⁵⁷ Und zwar sagt Marx diese Sätze nicht im Hinblick auf die proletarische Revolution, sondern im Zusammenhang mit der Rückkehr zur personalen Form der Bourgeoisieherrschaft; hier ist also die bürgerliche Demokratie »Durchgangsphase« zur offenen und indirekten Herrschaft der Bourgeoisie.

Wie man nun aber bestimmte empirische Gemeinsamkeiten der bürgerlich-demokratischen Staatsausprägung und die für sie konstitutiven Bedingungen feststellen kann, so muß eben dies doch auch möglich sein für die offene Kapitaldiktatur.

Sehen wir uns daraufhin die Frankreich-Schriften an, so stellen wir zunächst einmal fest, daß Marx bestimmte Abschnitte und Entwicklungsstufen in dem betrachteten Zeitraum

mit allgemeinen Formulierungen versteht, die darauf hindeuten, daß er sie bis zu einem gewissen Grade als »für ganz Europa... typische Entwicklung«¹⁵⁸ begreift. In diesem Sinne spricht Marx im »Bürgerkrieg« auch von der »klassischen Entwicklung der Bourgeoisie Regierungsform, wie sie in Frankreich vor sich gegangen«¹⁵⁹ ist. Dieser »Zyklus der politischen Formen«¹⁶⁰ ist in Frankreich durch die spezifische ökonomische Entwicklung im Gegensatz zu England rein ausgeprägt.¹⁶¹ Während in England die ökonomische Entwicklung in klassischer Weise vor sich geht, indem schon sehr früh die ländlichen Produzenten vermittels staatlicher, außerökonomischer Gewalt (unter Inanspruchnahme des formellen Eigentumstitels der Feudalherren wie durch Usurpation des die private Produktion auf dieser Stufe notwendig ergänzenden Gemeindelandes) expropriert werden, findet ein solcher Expropriationsvorgang in Frankreich nicht statt. In England arbeiten sich seit der »Glorious Revolution« der Staat (mit Gesetzgebungsaktionen), altes Feudaleigentum (das sich in modernes Privateigentum zu verwandeln trachtet) und die in der Manufaktur aufkeimende Industrie (die auf Lohnarbeit angewiesene Arbeitskräfte braucht) in die Hände. Dagegen entsteht im bürgerlich-revolutionären Frankreich umgekehrt eine Koalition zwischen aufkeimender Industrie und Landvolk gegen die Feudalherren, die unter Napoleon schließlich zu der juristischen Kodifizierung des Eigentumstitels am Grund und Boden für seine unmittelbaren Bebauer führt. Für die französische Bourgeoisie sind die Eigentümer des parzellierten Bodens so zum Mittel der Eindämmung der politischen Macht der Feudalherren geworden. Jedoch ist durch die so geschaffene Struktur der Landwirtschaft der Verallgemeinerung kapitalistischer Warenproduktion eine enorme Fessel angelegt, denn die Freisetzung von Lohnarbeitern setzt sich nur sehr allmählich durch.

Grundlage der »klassischen Entwicklung« der Staatsformen in Frankreich ist also die Existenz des Parzelleneigentums, einer isoliert produzierenden Klasse, die zu einer selbstständigen politischen Wahrnehmung ihrer Interessen nicht fähig ist, während gerade die klassische Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in England nicht die reine Entwicklung der Regierungsformen hervorbringt.¹⁶²

Die Phase der Rückkehr zur personalen Form der Bourgeoisieherrschaft im Zyklus der politischen Formen ist nun aber nicht nur gebunden an das Vorhandensein relevanter Schichten isoliert produzierender Menschen. Vorausgesetzt ist ebenso eine Situation, in der die Bourgeoisie erkennt, »daß ihr eigenes Interesse gebietet, sie der Gefahr des *Selbstregierens* zu überheben, daß, um die Ruhe im Lande herzustellen, vor allem ihr Bourgeoisiparlament zur Ruhe gebracht, um ihre gesellschaftliche Macht unversehrt zu erhalten, ihre politische Macht gebrochen werden müsse; daß die Privatbourgeois nur fortfahren können, die anderen Klassen zu exploitiern ... unter der Bedingung, daß ihre Klasse neben den anderen Klassen zu gleicher *politischer* Nichtigkeit verdammt werde.«¹⁶³ »Das Kaisertum, das vorgab, sich auf die produzierende Mehrheit der Nation – auf die Bauern – zu stützen, die anscheinend außerhalb des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit stehen (...), das die Staatsmacht als eine *scheinbar* über den herrschenden wie den beherrschten Klassen stehende Gewalt ausnutzte, das beiden einen Waffenstillstand auferlegte (die politische und darum revolutionäre Form des Klassenkampfes zum Schweigen brachte), das die Staatsmacht ihrer offenen Form des Klassendespotismus durch Zerschneiden der parlamentarischen Macht, das heißt der direkten politischen Macht der aneig-

nenden Klassen beraubte, – dieses Kaisertum war die einzig mögliche Staatsform, die der alten gesellschaftlichen Ordnung eine Galgenfrist sichern konnte.«¹⁶⁴ In dieser Staatsform verbindet sich also das reine Hervortreten der Staatsmacht mit dem Anschein von Unparteilichkeit, d. h. dem versteckten Charakter der Bourgeoisieherrschaft; eben diese Möglichkeit, die rein hervorgetretene Klassendespotie unter einer scheinbar alle Klassen vereinende Form wieder zu verbergen, war letztlich der entscheidende Vorteil der personalen Form der Bourgeoisiediktatur. Der Zyklus der Regierungsformen endet mit der Delegation der Regierungsfunktion an den Chef der Exekutive.

Wenn aufgezeigt werden soll, welche Tragweite über eine konkrete historische Situation hinaus die von Marx konstatierten Verallgemeinerungen haben können, dann kann das im Rahmen der Frankreich-Schriften nur insoweit geschehen, als aufgezeigt werden muß, daß die von Marx als typisch angesehenen politischen Formen noch an ganz bestimmte Klassenstrukturen gebunden sind. Wie aufgezeigt, ist diese Klassenstruktur gekennzeichnet durch das Übergewicht isolierter Produzenten, deren Vorurteile und Unfähigkeit, ihre Interessen eigenständig politisch umzusetzen, sie zur Massenbasis »irgendeines glückbegünstigten Prätendenten«¹⁶⁵ macht.

Will man Parallelen ziehen zu Ländern mit hochentwickeltem Kapitalverhältnis, muß berücksichtigt werden, daß hier das Übergewicht isolierter Produzenten gewichen ist dem vorherrschenden Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital. Und doch kann u. E. dann von einer Parallelsituation ausgegangen werden, wenn in Ländern mit hochentwickeltem Kapitalverhältnis noch immer relevantere Mittelschichten existieren und zudem noch Teile der Lohnabhängigen (hier vor allem Beamte), deren Klassenvorurteile reaktivierbar sind, zu diesem Potential hinzustoßen und so tatsächlich eine Massenbasis für ein klassenspezifisches Programm abgeben. Eine Klassenanalyse ist notwendig.^{165a}

Die zweite Voraussetzung, wo wohl keine Schwierigkeiten bestehen, sie auf Länder mit hochentwickeltem Kapitalverhältnis zu übertragen, ist die spezifische Gleichgewichtssituation, in der die Bourgeoisie gezwungen ist, sich von der direkten politischen Herrschaftsausübung zurückzuziehen, um ihre Herrschaft unter eine scheinbar alle Klassen vereinende Form zu verpacken.

Natürlich lassen sich diese allgemeinen Formen der Staatsausprägung nicht unbesehen auf jede Gesellschaft applizieren, so daß sie nur noch als kategoriale Hülsen der gesellschaftlichen Entwicklung aufgesetzt werden. Doch die einmal gefundenen allgemeinen politischen Kategorien sind insofern wertvoll, kennt man die spezifischen Voraussetzungen der unterschiedlichen Staatsformen, weil man an Hand einer Klassenanalyse das Entwicklungsstadium der bürgerlichen Gesellschaft erkennen und somit auch Tendenzen feststellen kann, und zwar ex ante, die auf einen Umschlag des Zyklus in die offene Kapitaldiktatur hinweisen.

Für uns ist es also im Unterschied zu Tjaden / Gripenburg deutlich, daß es sich bei der Marxschen Bonapartismusanalyse um ein politiktheoretisches »Modell gesamtgesellschaftlicher Entwicklung für bestimmte typische Stadien der bürgerlichen Gesellschaft«¹⁶⁶ handelt. Daran ändert auch nichts der zitierte von Engels benannte Mangel, dem diese Analyse wie jedes Schreiben von Tagesgeschichte ausgesetzt war.¹⁶⁷

Nun ist es in der Tat so, daß sich Marx in den »Klassenkämpfen« irrte, was die Dauer der wirtschaftlichen Zyklen anging und so glaubte, mit niedergehender Konjunktur werde sich

beim Einschränken des allgemeinen Wahlrechts erneut eine revolutionäre Situation ergeben. Im »Brumaire« konnte er diesen Fehler bereits korrigieren und außerdem den klassischen Zyklus der Staatsformen darstellen. Die von Engels angesprochene Fehlerquelle bezieht sich also gar nicht auf Marxens Aussagen über die Staatsformen, sondern nur auf die Schwierigkeit, ganz exakt »die politischen Begebenheiten zurückzuführen auf Wirkungen von in letzter Instanz ökonomischen Ursachen.«¹⁶⁹ Außerdem spricht Engels nicht wie Tjaden / Griepenburg von »wesentlichen Modifikationen«¹⁷⁰, sondern davon, daß im »Brumaire« (im Vergleich zu den »Klassenkämpfen«) »der Verfasser nur sehr wenig zu ändern hatte.«¹⁷¹

Auch ein methodologischer Einwand seitens Tjaden / Griepenburg geht am KPD.-O.-Ansatz vorbei. Sie meinen, »Marx hat bekanntlich für die »wissenschaftlich richtige Methode« gehalten, von den einfachen Kategorien der gesellschaftlichen Reproduktion, »wie Arbeit, Teilung der Arbeit, Bedürfnis, Tauschwert, aufzusteigen bis zum Staat...«¹⁷² Es ist nun aber unsinnig, die Schriften der KPD.-O. mit diesem Vorwurf zu konfrontieren, denn dieses methodische Vorgehen unterliegt sehr wohl dem Marxschen »Kapital«, nicht aber der Analyse eines Stücks Zeitgeschichte. Ebenso hätte man Marx vorwerfen können, er hätte bei seinen klassenanalytischen Schriften über Frankreich beginnen müssen mit der Kategorie »Arbeit« etc. Es scheint hier eher so zu sein, daß Tjaden / Griepenburg einem methodologischen Irrtum aufsitzen, wenn es darum geht, den Umschlag von Theorie in Methode zu bestimmen; denn es entspricht ganz und gar nicht marxistischem Verständnis, bei jeder Analyse quasi ab ovo zu beginnen.¹⁷³

Wir hatten bereits darauf verwiesen, daß die zweite Problemebene der Einwände Griepenburg / Tjadens und auch Mandels auf die Stimmigkeit der konkreten Analyse der KPD.-O. verweisen. Es müsse, so meinen Tjaden / Griepenburg, das KPD.-O.-Modell formal genannt werden und abstrakt »wegen seiner Isolierung vom weltgesellschaftlichen Zusammenhang des niedergehenden Imperialismus«¹⁷⁵ und weil in dieser »Theorie die Weltwirtschaftskrise keinen theoretisch legitimierte Ort hat.«¹⁷⁶ Und weiter: »Es wird besonders deutlich daran, daß die beiden entscheidenden Kategorien seiner (Thalheimers, d. Verf.) Theorie, das »Noch-nicht-Fähigsein« der Arbeiterschaft und das »Nicht-mehr-Fähigsein« des Großbürgertums zu politischer Herrschaft, nicht theoretisch aus einer spezifischen Gestalt des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses hergeleitet werden und daher lediglich einer empirischen ex post facto-Bestimmung unterliegen können.«¹⁷⁷

Nun halten wir diese Einwände allerdings für legitim, denn soweit wir sie richtig verstehen, hinterfragen sie den konkreten Inhalt des KPD.-O.-Ansatzes. Außer ihren theoretischen Einwänden gegen dieses Theorem, die wir nicht für stichhaltig erachten, sind es jetzt also auch konkrete Einwände, die das theoretische Modell als abstrakt erscheinen lassen. Auf dieser Ebene können wir diese Einwände nicht zurückweisen, denn ohne die rekonstruktive Darstellung der KPD.-O.-Klassenanalyse könnten unsere Argumente nur affirmativen Charakter haben.

Doch wir verstehen zunächst einmal die Einwände in der Argumentationskette von Tjaden / Griepenburg nicht. Denn bevor sie sich an die theoretisch-methodische Kritik machen, stellen sie fest: »Die Kritik dieses theoretischen Modells muß, wenn sie nicht willkürlich verfahren will, sich zunächst den Grad seiner Bestätigung durch konkrete Prozesse der Faschisierung parlamentarischer Demokratie vergegenwärtigen.«¹⁷⁸ Sie skizzieren fol-

gend die Darstellung der politischen Analyse der KPD.-O. und kommen, obwohl sie auf die ökonomischen Analysen gar nicht eingehen, die hier doch kritisiert werden, zu dem Resultat: »An dem Verdienst Thalheimers, die weitaus zutreffendsten zeitgenössischen Darstellungen der Perspektiven der deutschen innenpolitischen Entwicklung ... erarbeitet zu haben, kann auch dann nicht begründet gezweifelt werden, wenn man etwa weiß, daß Thalheimer zur Zeit des Sturzes der Hermann-Müller-Regierung vermutete, der faschistische Staatsstreich werde in »vielleicht Jahresfrist« erfolgen; oder daß seine ökonomischen Prognosen denjenigen einiger nicht-marxistischer Wissenschaftler jedenfalls in der Zeit des Ausbruchs der Weltwirtschaftskrise unterlegen waren.«¹⁷⁹

Also man prüft das »Modell«, inwieweit es konkret-historisch bestätigt wurde und kommt zum Ergebnis, daß es sich in der Tendenz als zutreffend erwiesen hat; eben was die KPD.-O. auch sagt, »die *großen Klassenlinien des historischen Prozesses*«¹⁸⁰ sind richtig gezeichnet. Und schließlich ist das Modell trotz seiner empirischen Bestätigung doch abstrakt und formal, da die Entwicklung nicht aus der »spezifischen Gestalt des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses hergeleitet«¹⁸¹ wurde. Uns scheint diese Argumentation insofern zweifelhaft, weil wir uns keine zutreffende Analyse vorstellen können, die im großen und ganzen auf bloßer Analogienstelizerei beruhen soll. Dieser unser Einwand gegen eine dünnwandige Argumentation ist natürlich noch kein sachlicher Hinweis auf die eigentliche Kritik von Tjaden / Gripenburg; diese Kritik muß der konkreten Klassenanalyse der KPD.-O. entgegengehalten werden, erst dann können positive Aussagen hierüber gemacht werden, ob die KPD.-O. die unterschiedliche historische und gesellschaftliche Situation in ausreichendem Maß berücksichtigt hat.

Teil II: Beurteilung der politischen Analyse der KPD.-O. folgt in Heft 3/78

Anmerkungen

Einleitung

¹ So beispielsweise in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Sonderheft »Tendenz-Wende? Bundesrepublik 1976«, Westberlin 1976; oder in: Probleme des Klassenkampfes, Heft 19/20/21, Westberlin Oktober 1975

² Insbesondere Niels Kadritzke, Faschismus als gesellschaftliche Realität und als unrealistischer Kampfbegriff, in: Probleme des Klassenkampfes, Heft 8/9, Westberlin, März 1973; ders., Faschismus und Krise. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im Nationalsozialismus, Frankfurt 1976. Vgl. auch die Literaturhinweise bei Reinhard Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument Nr. 87, Westberlin, November 1974

³ KPD.-O. (= Kommunistische Partei Deutschland (Opposition)). Erst als im Laufe des Jahres 1928 die Führung der KPD nicht gewillt war, innerparteiliche Differenzen diskutieren zu lassen und sie dazu übergang, die Auseinandersetzungen bürokratisch durch Hinauswürfe von Parteimitgliedern zu bremsen, schlossen sich die »Rechten« um Brandler und Thalheimer zur organisierten kommunistischen Richtung, der KPD.-O., zusammen.

⁴ Das gilt besonders für K. H. Tjaden, der sich ausführlich mit der Entwicklung der Rechts-Opposition in der KPD von 1919–1933 auseinandersetzt. Vgl. K. H. Tjaden, Struktur und Funktion der »KPD.-Opposition« (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur »Rechts«-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim/Glan 1964 (im folgenden kurz: Struktur und Funktion)

Der faschismustheoretische Ansatz der KPD.-O.

¹ Unter den Marxschen Frankreich-Schriften verstehen wir folgende Arbeiten: Karl Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850, in: Marx-Engels-Werke (MEW) Bd. 7; ders.: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW Bd. 17; ders.: Erster Entwurf zum »Bürgerkrieg in Frankreich«, in: MEW Bd. 17; ders.: Zweiter Entwurf zum »Bürgerkrieg in Frankreich«, in: MEW Bd. 17; ders.: Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW Bd. 8; alle Bde.: Berlin (DDR) 1969

² vgl. Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte (kurz: Brumaire), a. a. O. – Der faschismustheoretische Ansatz wurde von der KPD.-O. vor allem in ihrem Zentralorgan publiziert. Es handelt sich um die Zeitschrift »Gegen den Strom«, Organ der KPD (Opposition), hrsg. von A. Thalheimer, H. Brandler, J. Walcher, E. Hausen; die hier relevanten Jahrgänge erschienen von 1929–1933 als politisches und theoretisches Zentralorgan der Opposition in Berlin (im folgenden kurz: Gdst., Nummer, Datum und Titel des zitierten Aufsatzes)

³ Dieses spezifische Gleichgewicht – die Bourgeoisie kann nicht mehr, das Proletariat noch nicht herrschen – darf nicht als Gleichgewicht gleicher Kräfte mißverstanden werden und ist von der KPD.-O. auch nicht so verstanden worden. Vgl. dazu Nicos Poulantzas, Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, dt. Ausgabe: München 1973. N. Poulantzas entwickelt zwar dieses Gleichgewichtsverhältnis richtig, wendet sich mit seiner Kritik aber zu unrecht gegen die KPD.-O.; vgl. besonders S. 61 ff

Die unverstandene Faschismustheorie der KPD.-O.

¹ Vgl. N. Kadritzke, Faschismus als gesellschaftliche Realität ..., in: Probleme des Klassenkampfes, a.a.O., S. 103 ff

² Gdst. Nr. 2, 11. 1. 1930; Nr. 3, 18. 1. 30; Nr. 4, 25. 1. 30, Über den Faschismus, August Thalheimer

³ Vgl. Reinhard Opitz, Über Faschismustheorien und ihre Konsequenzen (1970), in: Reinhard Kühn, Hrsg., Texte zur Faschismuskussion I. Positionen und Kontroversen, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 219 ff

⁴ ebd., S. 235

⁵ Wolfgang Wippermann, Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt 1975, S. 46

⁶ N. Kadritzke, Faschismus als gesellschaftliche Realität ..., a.a.O., S. 116

⁷ Vgl. ebd., S. 118 f

⁸ vgl. Tim Mason, Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument Nr. 41, Westberlin 1966, S. 473 ff

⁹ Gert Schäfer, Ökonomische Bedingungen des Faschismus, in: Reinhard Kühn, Hrsg., Texte zur Faschismuskussion I, a.a.O., S. 204 ff

¹⁰ vgl. auch Reinhard Opitz, Fragen der Faschismuskussion, in: Das Argument Nr. 58, Westberlin 1970, S. 280 ff
Die unzulängliche Kritik am KPD.-O.-Ansatz

¹¹ Reinhard Opitz, Über Faschismustheorien und ihre Konsequenzen (1970) in: R. Kühn, Hrsg., Texte zur Faschismuskussion I, a.a.O., S. 219 ff

¹² ders., Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument Nr. 87, Westberlin 1974, S. 543 ff

¹³ ders., Fragen der Faschismuskussion, in: Das Argument Nr. 58, Westberlin 1970, S. 280 ff

¹⁴ vgl. ders., Über Faschismustheorien und ihre Konsequenzen, in: R. Kühn, Hrsg., Texte zur Faschismuskussion I, a.a.O., S. 235 f

¹⁵ ebd., S. 235. Auf diesen Einwand wird ausführlich in den beiden letzten Abschnitten dieser Arbeit eingegangen: »Das Bonapartismus-Theorem, »ein theoretisches Modell gesamtgesellschaftlicher Entwicklung« und »Einschätzung der konkreten Analyse der KPD.-O.«

¹⁶ R. Opitz, Über Faschismustheorien und ihre Konsequenzen, in: R. Kühn, Hrsg., Texte zur Faschismuskussion I, a.a.O., S. 236

¹⁷ ebd., S. 235

¹⁸ ebd., S. 235

¹⁹ ebd., S. 235

²⁰ ebd., dieser Vorwurf der platten Analogisiererei mag bei Opitz noch angehen und seiner fehlenden Kenntnis des KPD.-O.-Ansatzes geschuldet sein. Gänzlich unverständlich bleibt dieser Vorwurf allerdings bei Autoren wie Tjaden (vgl. Rüdiger Gripenburg und K.H. Tjaden, *Faschismus und Bonapartismus*, in: *Das Argument* Nr. 41, Westberlin 1966, S. 461 ff). Vgl. dazu insbes. die beiden letzten Abschnitte der vorliegenden Arbeit

^{20a} Hier nur ein kurzer Verweis auf eine Passage bei Marx: In ihrer Stellung zwischen Bourgeoisie und Proletariat befindet sich das Kleinbürgertum in einer ähnlichen Lage wie die Bauern und sie haben »ungefähr dieselben sozialen Forderungen zu stellen« wie diese. Vgl. Karl Marx, *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850*, a.a.O., S. 62

²¹ R. Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: *Das Argument* Nr. 87, S. 591

²² vgl. ebd., S. 579 f

²³ vgl. ebd., S. 597

²⁴ vgl. dazu auch N. Kadritzke, *Faschismus als gesellschaftliche Realität* . . . , in: *Probleme des Klassenkampfes*, Heft 8/9, a.a.O., hier: S. 117, Anmerkung 41, wo Kadritzke sich auf W.F. Haug bezieht und meint, es sei besser, »sich bei der Erklärung des deutschen Faschismus mehr auf »den Kapitalismus« als auf »die Kapitalisten« zu beziehen.« – vgl. ebd., S. 119: »In seinem Eifer, Thalheimer einen »verhältnismäßig hohen Grad von Schwachsinn« nachzuweisen, konstruiert Opitz – über Thalheimers Parallelen weit hinausgehend – eine Entsprechung zwischen dem »sozialen Inhalt« der bonapartistischen Machtergreifung, als den er fälschlicherweise das Klasseninteresse der französischen Parzellenbauern unterstellt – während diese doch nur die soziale Basis der bonapartistischen Wählerschaft stellen und Napoleon III gerade nicht ihre wirklichen, also gleichzeitigen Interessen, sondern nur ihren »Aberglauben«, ihr »Vorurteil und ihre »Vergangenheit« repräsentiert – und dem »objektiven Interesse« einer Klasse, das die faschistische Partei vertritt. . . . Hätte Opitz die KPD-Schriften wirklich studiert, wäre er alsbald darauf gestoßen, daß gerade die *Kapital*herrschaft als sozialer Inhalt der faschistischen Diktatur nachgewiesen wird, ihre Erscheinungsform aber – ganz im Sinne einer Opitzschen Forderung – nur aus dem Widerspruch zwischen sozialer Funktion und sozialer Basis zu verstehen ist.«

²⁵ Dafür, daß die KPD.-O. die unterschiedliche Entwicklung des Kapitalismus einbezieht, sei hier exemplarisch an einem Zitat verdeutlicht: »Im Gegensatz zu dem Frankreich von 1848 bestand das Illusionäre der deutschen Rätereublik von 1918/19 nicht in den ungenügenden wirtschaftlichen Voraussetzungen. Während in dem Frankreich von 1848 die Entwicklung der großen Industrie bei weitem noch nicht für den Übergang zum Sozialismus ausreichte, waren in dem Deutschland vom November 1918 die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus vollständig vorhanden.« In: *Die Internationale*, Heft 2, Jg. 6, Berlin 1923, S. 35; dieser nicht gezeichnete Aufsatz wird allgemein Thalheimer zugeschrieben. Vgl. zur Einschätzung des Kapitalismus seitens der KPD.-O. auch den letzten Abschnitt der vorliegenden Arbeit.

²⁶ Vgl. die vier Thesen zu Beginn dieses Aufsatzes

²⁷ vgl. u. a.: Wolfgang Wippermann, *Faschismustheorien*, a.a.O., oder Tim Mason, *Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus*, in: *Das Argument* Nr. 41, a.a.O.

²⁸ Friedrich Engels, Brief an Conrad Schmidt vom 27. 10. 1890, in: *MEW* Bd. 37, S. 490

²⁹ vgl. R. Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: *Das Argument* Nr. 87, S. 598

³⁰ vgl. dazu beispielsweise: Gdst. Nr. 1, 14. 1. 1933, Über die Lage und Rolle der SPD., Resolution, angen. von der 5. Reichskonferenz; zu den Gewerkschaften vgl. u. a. Gdst. Nr. 50, 13. 12. 1930, Die Stellung der KPD.-O. zur Gewerkschaftsfrage und Nr. 1, 14. 1. 1933, Zur Gewerkschaftsfrage, Resolution, angen. von der 5. Reichskonferenz

³¹ vgl. R. Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: *Das Argument* Nr. 87, S. 591 ff

³² ebd., S. 598

³³ vgl. ebd., S. 599

³⁴ vgl. ebd., S. 581

³⁵ vgl. Gdst. Nr. 4, 25. 1. 1930, Über den Faschismus, A. Thalheimer, wo es heißt: »Unter demselben äußeren Anstrich des Faschismus (wie in Spanien) verbergen sich also total verschiedene Klassenverhältnisse, Stufen des Klassenkampfes, Entwicklungsstufen der bürgerlichen Gesellschaft. – Ohne die konkrete Klassenanalyse gerät man also hier theoretisch wie praktisch in die größten Irrtümer.«

³⁶ R. Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: *Das Argument* Nr. 87, S. 583

³⁷ Opitz befindet sich hier übrigens in trauter Nähe von Johano Strasser, *Die Funktion des Staates und die Möglichkeit sozialistischer Reformpolitik im spätkapitalistischen System der BRD*, in: *Schöneberger Diskussionsreihe zu »Reform und Staat«*, Heft 1, Westberlin, April 1975

- ³⁸ R. Opitz, Über Faschismustheorien und ihre Konsequenzen, in: R. Kühnl, Hrsg., Texte zur Faschismuskussion I, a.a.O., S. 227
- ³⁹ vgl. R. Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument Nr. 87, S. 586 f. Vgl. zur Diskussion um die Theorie des »Stamokap« mit einer Fülle von relevanten Literaturangaben: Rolf Ebbighausen, Hrsg., Monopol und Staat, Frankfurt/M. 1974; hier bes. auch der Aufsatz von Dirk Jordan, Der Monopolbegriff im System der Kritik der politischen Ökonomie, S. 137 ff
- ⁴⁰ Wir beziehen uns hier insbes. auf den zuletzt genannten Aufsatz von Dirk Jordan
- ⁴¹ R. Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument Nr. 87, S. 587
- ⁴² ebd., S. 587
- ⁴³ ebd., S. 586
- ⁴⁴ ebd., S. 586 f
- ⁴⁵ vgl. R. Opitz, Über Faschismustheorien und ihre Konsequenzen, in: R. Kühnl, Hrsg., Texte zur Faschismuskussion I, a.a.O., S. 235
- ⁴⁶ vgl. R. Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument Nr. 87, S. 597
- ⁴⁷ vgl. Johannes Agnoli, Zur Faschismuskussion, in: Berliner Zeitschrift für Politologie, Nr. 2/1968 und Nr. 4/1968; auch in: R. Kühnl, Hrsg., Texte zur Faschismuskussion I, a.a.O., S. 76 ff
- ⁴⁸ André Glucksmann, Alain Geismar, Michel Foucault u. a., Neuer Faschismus, Neue Demokratie, (deutsche Ausgabe:) Westberlin 1972, S. 16
- ⁴⁹ ⁵⁰ ⁵¹ entfallen
- ⁵² vgl. Wolfgang Abendroth, Das Problem der sozialen Funktion und der sozialen Voraussetzungen des Faschismus, in: Das Argument Nr. 58, S. 251 ff
- ⁵³ Unter dem autoritären Staat versteht Abendroth den Bonapartismus, der als Staat weniger in die Wirtschaft eingreift und nur hin und wieder gegen die Arbeiterklasse sein Potential einsetzt.
- ⁵⁴ W. Abendroth, Das Problem der sozialen Funktion ..., in: Das Argument Nr. 58, S. 253
- ⁵⁵ ebd., S. 255
- ⁵⁶ ebd., S. 255
- ⁵⁷ Opitz sieht hier allerdings noch als Problem, daß auch die Extremvariante zwischen Demokratie und Faschismus, die Präsidialdiktatur, noch eine sehr starke Massenbasis benötigt, um die Gegenkräfte zu neutralisieren. Vgl. R. Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument Nr. 87, S. 588
- ⁵⁸ Über Bewußtsein und Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse und ihrer verschiedenen Fraktionen vgl. Projekt Klassenanalyse, Materialien zur Klassenstruktur der BRD, Erster und Zweiter Teil, Westberlin 1973
- ⁵⁹ Explizite Vertreter dieser These finden wir vor allem in der »Frankfurter Schule«, in deren Konzept die ökonomische Krise für das kapitalistische System einen immer geringeren Stellenwert aufweist. Vgl. z. B. Jürgen Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M 1973; Claus Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt/M 1972
- ⁶⁰ R. Opitz, Über Faschismustheorien und ihre Konsequenzen, in: R. Kühnl, Hrsg., Texte zur Faschismuskussion I, a.a.O., S. 237 f
- ⁶¹ N. Kadritzke, Faschismus als gesellschaftliche Realität ..., in Probleme des Klassenkampfes, Heft 8/9, a.a.O., S. 118
- ⁶² U. a. in: Gdst. Nr. 7, 28. 3. 1931 Der Bankrott der reformistischen Ideologie; Nr. 11, 23. 5. 1931, Die linke Opposition in der SPD., E(mst) B(ecker); Nr. 15, 18. 7. 1931, Die Linke der SPD., E(mst) B(ecker)
- ⁶³ vgl. Gdst. Nr. 6, 12. 3. 1932 Trotzki und die Sowjetunion; Nr. 7, 26. 3. 1932 Noch einmal Trotzki
- ⁶⁴ Gdst. Nr. 7, 26. 3. 1932 Noch einmal Trotzki – Der Zentrismusvorwurf bezieht sich auf eine Stellungnahme Trotzki zur SAPD, die er gegenüber dem »Sektendasein« der KPD.-O. als »lebendige Strömung« ansah. Vgl. ebd.
- ⁶⁵ R. Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument Nr. 87, S. 576
- ⁶⁶ R. Opitz verweist in diesem Zusammenhang (ebd., S. 576, Anmerkung 55) auf Gerhard Botz (Genesis und Inhalt der Faschismustheorien Otto Bauers, in: International Journal of Social History, 1/1974, S. 28–53), der nachweise, daß der bonapartismustheoretische Faschismusansatz nicht auf Thalheimer, sondern auf Bauer zurückgeht. Wir sind mit der KPD.-O. einig (vgl. Gdst. Nr. 7, 26. 3. 1932, Noch einmal Trotzki), daß es bei der Faschismustheorie gar nicht um Urheberrechte gehen kann, sondern darum, Genesis, Wesen und Funktion des Faschismus richtig zu analysieren. Zumindest sei aber hier darauf verwiesen, daß in dem bereits Anfang 1923 erschienenen Aufsatz »Zwischen Jena und Leipzig« (in: Die Internationale, Jg. 6, Heft 2, v. 13. 1. 1923), der Thalheimer zugeschrieben wird (vgl. K.H. Tjaden, Struktur und Funktion, a.a.O., S. 272), das Bonapartismustheorem konkret angewendet wird. Aller-

dings gesteht die KPD.-O. später ein, daß sie sich in ihrer Vorhersage geirrt habe, da die Arbeiterklasse und ihre Organisationen 1923 bei weitem stärker gewesen seien als 1930. (vgl. in: Gdst. Nr. 18, 3. 5. 1930, Antwort, A. Thalheimer)

Daß darüberhinaus das Staatsverständnis Bauers ein reformistisch ausgeprägtes ist, läßt sich schlagend in seinen beiden faschismustheoretischen Aufsätzen nachweisen. (vgl. 1. Otto Bauer, Das Gleichgewicht der Klassenkräfte, in: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift, 17. Jg., 1924, S. 57 ff und 2. ders., Der Faschismus zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus, Bratislava 1936; nachgedruckt in: Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Hrsg. W. Abendroth, Frankfurt/M. 1967, S. 143 ff) Hier kann man durchaus der Kritik von Opitz folgend (vgl. R. Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument Nr. 87, S. 576) feststellen, daß es Bauer tatsächlich um zweierlei ging, um die theoretisch legitimatorische Absicherung der koalitionspolitischen Klassenzusammenarbeit einerseits, um eine theoretisch abgesicherte Rechtfertigung des Antikommunismus andererseits. In seinem zweiten Aufsatz entwickelt Bauer zwar sein Konzept weiter, ohne aber den engen Rahmen der reformistischen Staatsauffassung sprengen zu können. – Wie wenig nun der Ansatz Bauers mit dem der KPD.-O. vergleichbar ist, kann abgelesen werden an der Auseinandersetzung der KPD.-O. mit diesem Konzept des Reformismus Bauerscher Prägung (vgl. Gdst. Nr. 8, 11. 4. 1931, Der Bankrott der reformistischen Ideologie; Nr. 11, 23. 5. 1931, Die linke Opposition in der SPD., E. B.). Spätestens an diesem Punkt wird deutlich, daß der faschismustheoretische Ausgangspunkt der KPD.-O. und Bauers zwar identisch in den Frankreich-Schriften von Marx liegt, daß aber ganz offensichtlich zwei diametral entgegengesetzte Schlußfolgerungen vorliegen.

⁶⁷–¹⁰⁵ entfällt.

Die unzulängliche Übernahme des KPD.-O.-Ansatzes

¹⁰⁶ Auf diese sog. »bürgerlichen« Theorme-Anwender weist W. Wippermann (Faschismustheorien, a.a.O., S. 49) per Anmerkung hin; es sind dies Mason, Schoenbaum und Broszat u. a.

¹⁰⁷ Wolfgang Wippermann, Faschismustheorien, a.a.O., S. 49

¹⁰⁸ vgl. ebd., S. 55: »Marxistische Faschismustheoretiker scheinen vor der Alternative zu stehen, sich Tasca anzuschließen und so die marxistische Methode zu transzendieren, oder auf das Niveau der orthodoxen heteronomistischen Faschismusdefinition zurückzufallen.«

¹⁰⁹ vgl. Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, 2. Aufl., Köln 1962, S. 629

¹¹⁰ ebd., S. 672

¹¹¹ vgl. Wilhelm Treue, Die Einstellung einiger deutscher Großindustrieller zu Hitlers Außenpolitik, in: GWU 17, 1966, S. 491 ff

¹¹² vgl. Arthur Schweitzer, Big Business in the Third Reich, Bloomington 1964

¹¹³ vgl. ebd., S. 365

¹¹⁴ vgl. ebd., S. 88

¹¹⁵ vgl. Dieter Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Nr. 16, Stuttgart 1968

¹¹⁶ entfällt

¹¹⁷ vgl. ebd., S. 123

¹¹⁸ vgl. Tim Mason, Der Primat der Politik, in: Das Argument Nr. 41, S. 473–494

¹¹⁹ Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur, Köln, Berlin 1969, S. 360

¹²⁰ vgl. die Antwort auf den Artikel Masons in: Das Argument Nr. 41 von Eberhard Czichon. Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, in: Das Argument Nr. 47, S. 168 ff. Darauf erwiderte Tim Mason, Primat der Industrie? – eine Erwiderung, in: Das Argument Nr. 47, S. 193 ff; anschließend dann: Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933–1945, in: Das Argument Nr. 47, S. 210 ff

¹²¹ Die Anmerkungen 121–124 beziehen sich auf die Arbeit von Tim Mason, Der Primat der Politik, in: Das Argument Nr. 41, S. 493 und 484

¹²² vgl. ebd., S. 490

¹²³ vgl. ebd., S. 492

- ¹²⁴ ebd., S. 493
- ¹²⁵ D. Eichholtz und K. Gossweiler, Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933–1945, in: Das Argument Nr. 47, S. 211
- ¹²⁶ ebd., S. 211
- ¹²⁷ Zur Kritik an Schweitzer, Petzina und Mason vgl. neben den Artikeln in Das Argument auch: D. Eichholtz, Alte und »neue« Konzeptionen. Bürgerliche Literatur zur Wirtschaftsgeschichte in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971/III; D. Eichholtz und W. Schumann, Hrsg., Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Durchführung des Zweiten Weltkrieges, Berlin (DDR) 1969 – Wir wollen hier im übrigen nicht in eine breite Diskussion der einzelnen angeführten empirischen Fakten eintreten, denn das Hauptinteresse dieser Arbeit gilt dem Erklärungsansatz der Entstehung des Faschismus. Wenn wir uns ansatzweise mit dem Verhältnis von Ökonomie und Politik des Faschismus an der Macht auseinandersetzen, so immer auch nur im Hinblick darauf, welche Interpretation dieses Verhältnisses die Faschismustheorie der KPD.-O. zuläßt. Und hier ist u. E. eindeutig, daß diese Interpretation der These des Primats der Politik diametral entgegensteht.
- ¹²⁸ vgl. R. Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument Nr. 87, S. 570, Anmerkung 48
- ¹²⁹ Bernhard Blanke, Thesen zur Faschismus-Diskussion, in: Sozialistische Politik, Heft 3, Oktober 1969, Westberlin, S. 52–64, hier S. 55
- ¹³⁰ R. Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument Nr. 87, S. 572
- ¹³¹ vgl. ebd., S. 572
- ¹³² vgl. auch: W. Wippermann, Faschismustheorien, a.a.O., S. 145
- ¹³³ vgl. Reinhard Kühnl, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus, München 1969
- ¹³⁴ vgl. ebd., S. 156 und Anmerkung 20
- ¹³⁵ vgl. R. Kühnl, Probleme der Interpretation des deutschen Faschismus, in: Das Argument Nr. 58, 1970, S. 253 ff
- ¹³⁶ ebd., S. 276
- ¹³⁷ vgl. ebd., S. 261; zur Kritik an Kühnls Bündnistheorie – wenn auch u. E. ideologisch verkürzt – vgl. R. Opitz, Fragen der Faschismuskritik, in: Das Argument Nr. 58, insbes. S. 289 f. Es zeigt sich fast durchgängig bei Opitz, daß er die Autoren, die die KPD.-O.-Theorie nur bruchstückweise richtig übernehmen, scharfsinnig und zu Recht kritisiert; das trifft nur eben den originären KPD.-O.-Ansatz nicht.
- ¹³⁸ vgl. R. Kühnl, Probleme der Interpretation des deutschen Faschismus, in: Das Argument Nr. 58, S. 279
- ¹³⁹ Derartige Ansätze sind zu finden u. a. bei H. C. F. Mansilla, Faschismus und eindimensionale Gesellschaft, Neuwied, Berlin 1971; Paul A. Baran, Faschismus in Amerika (1952), in: ders., Unterdrückung und Fortschritt, Frankfurt/M. 1963. – Zur Kritik an Mansilla vgl. R. Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument Nr. 87, insbes. S. 561, Anmerkung 28
- ¹⁴⁰ vgl. Gert Schäfer, Ökonomische Bedingungen des Faschismus, in: R. Kühnl, Texte zur Faschismuskritik I, a.a.O., S. 204 ff
- ¹⁴¹ ebd., S. 214
- ¹⁴² ebd., S. 215
- ¹⁴³ vgl. dazu: Eike Hennig, Zum Verhältnis von Industrie und Faschismus in Deutschland, in: R. Kühnl, Texte zur Faschismuskritik I a.a.O., S. 140 ff
- ¹⁴⁴ Zur Kritik an Schäfers Ansatz vgl. auch die Ausführungen von R. Opitz, Über Faschismustheorien und ihre Konsequenzen, in: R. Kühnl, Texte zur Faschismuskritik I, a.a.O., S. 219 ff
- ¹⁴⁵ Wolfgang Wippermann, Faschismustheorien, a.a.O., S. 49
- Das Bonapartismus-Theorem, »ein theoretisches Modell gesamtgesellschaftlicher Entwicklung«
- ¹⁴⁶ vgl. K. H. Tjaden, Struktur und Funktion ..., a.a.O.,
- ¹⁴⁷ vgl. ebd., S. 271 ff
- ¹⁴⁸ ebd., S. 282
- ¹⁴⁹ vgl. ebd., S. 282
- ¹⁵⁰ Rüdiger Gripenburg und K. H. Tjaden, Faschismus und Bonapartismus, in: Das Argument Nr. 41, 1966, S. 461 ff, hier S. 472
- ¹⁵¹ vgl. Leo Trotzki, Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?, Auswahl aus: Schriften über Deutschland, hrsg., Helmut Dahmer, eingeleitet von Ernest Mandel, Frankfurt/M. 1971
- ¹⁵² ebd., S. 35
- ¹⁵³ Rüdiger Gripenburg und K. H. Tjaden, Faschismus und Bonapartismus, in: Das Argument Nr. 41, S. 471

- ¹⁵⁴ Zur Ableitung des Staates vgl. u. a.: Projekt Klassenanalyse, Materialien zur Klassenstruktur der BRD, a.a.O.; B. Blanke, U. Jürgens, H. Kastendiek, Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates. Überlegungen zum Verhältnis von Politik und Ökonomie, in: Probleme des Klassenkampfes, Heft 14/15, Westberlin 3/1974
- ¹⁵⁵ Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW Bd. 19, S. 28
- ¹⁵⁶ Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, Erster Entwurf, in: MEW Bd. 17, S. 518
- ¹⁵⁷ Karl Marx, Brumaire, in: MEW Bd. 8, S. 122
- ¹⁵⁸ Friedrich Engels, Einleitung (zu »Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850) von K. Marx (Ausgabe 1895), in: MEW Bd. 7, S. 511
- ¹⁵⁹ Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW Bd. 17, S. 341
- ¹⁶⁰ Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, Zweiter Entwurf, in: MEW Bd. 17, S. 599
- ¹⁶¹ vgl. dazu auch im folgenden: Karl Marx, Friedrich Engels, Rezensionen aus der »Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-ökonomische Revue«, Zweites Heft, Febr. 1850, in: MEW Bd. 7, S. 210 f
- ¹⁶² Im faschismustheoretischen Zusammenhang ist hier übrigens wichtig wie Helga Grebing (Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik, Stuttgart 1974) erkennt, daß alle Theoretiker, die im Kontext zur faschistischen Entwicklung in Deutschland auf die Verspätung der deutschen Nationalstaatsbildung, auf die verspätet einsetzende und dann mit staatlicher Unterstützung um so heftiger vorangetriebene Industrialisierung und auf das Fehlen einer bürgerlichen Revolution hingewiesen haben, letztlich davon ausgehen, der englische Entwicklungsweg sei der normale gewesen. (vgl. S. 57) Der englische Industrialisierungs- und Modernisierungsprozeß habe aber unter »Bedingungen stattgefunden, die sich nirgendwo auf der Welt wiederholt haben«. Deshalb, so meint Grebing, könne man eher »England zum Sonderfall ... stilisieren« (61), während Deutschland, in dem die »Etablierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse« durch »vorkapitalistische Institutionen« (71) erfolgt sei, eine mögliche »Variante« darstelle.
- ¹⁶³ Karl Marx, Brumaire, in: MEW Bd. 8, S. 154; »politischer« hervorgeh. von uns; falls nicht anders erwähnt, alle Hervorheb. im Original
- ¹⁶⁴ Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, Zweiter Entwurf, in: MEW Bd. 17, S. 594; »scheinbar« hervorgeh. von uns
- ¹⁶⁵ Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, Erster Entwurf, in: MEW Bd. 17, S. 518
- ^{165a} Für die Verhältnisse der BRD vermutet das Projekt Klassenanalyse folgendes: »Eine weitaus größere Bedeutung hat für die heutigen Verhältnisse der BRD der Staatsapparat selbst. Er ist derart groß und aufgebläht, daß es denkbar wäre, daß seine Verselbständigung – und dies ist nichts anderes als der Umschlag in die personale Form der Klassenherrschaft – auf Basis der Mittelklasse auf Basis der Staatsagenten selbst erfolgen könnte.« Projekt Klassenanalyse, Materialien zur Klassenstruktur der BRD, Zweiter Teil, a.a.O., S. 449
- ¹⁶⁶ Rüdiger Gripenburg und K. H. Tjaden, Faschismus und Bonapartismus in: Das Argument Nr. 41, S. 471
- ¹⁶⁷ vgl. Friedrich Engels, Einleitung (zu Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850« (1895)), in: MEW Bd. 22, S. 509 ff
- ¹⁶⁸ entfällt
- ¹⁶⁹ ebd., S. 509
- ¹⁷⁰ Rüdiger Gripenburg und K. H. Tjaden, Faschismus und Bonapartismus, in: Das Argument Nr. 41, S. 471
- ¹⁷¹ Friedrich Engels, Einleitung (1895), in: MEW Bd. 22, S. 511
- ¹⁷² Karl Marx, Einl. zu einer Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx, Ökonomische Schriften, Dritter Bd., Hrsg., H. J. Lieber und Benedikt Kautsky, Darmstadt 1964, S. 793 ff, hier: S. 819, zit. nach: Das Argument Nr. 41, S. 472
- ¹⁷³ vgl. dazu ausführlich: Jindrich Zelený, Die Wissenschaftslogik und »Das Kapital«, Prag 1962, (deutsche Ausgabe:) Westberlin 1968
- ¹⁷⁴ entfällt
- ¹⁷⁵ Rüdiger Gripenburg und K. H. Tjaden, Faschismus und Bonapartismus, in: Das Argument Nr. 41, S. 471
- ¹⁷⁶ ebd., S. 472
- ¹⁷⁷ ebd., S. 472
- ¹⁷⁸ ebd., S. 466
- ¹⁷⁹ ebd., S. 470 f
- ¹⁸⁰ Gdst. Nr. 27, 31. 12. 1932, »Hellscher« oder Nachtwächter, Thalheimer
- ¹⁸¹ Rüdiger Gripenburg und K. H. Tjaden, Faschismus und Bonapartismus, in: Das Argument Nr. 41, S. 472

Marxistische Milchmädchenökonomie

Zur Kritik des Projekts Klassenanalyse an der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Heiner Ganßmann

Marx mokierte sich einmal über Leute, die nur lernen, um neue Bretter an allen Enden der Welt zu finden. Den Autoren des *Projekts Klassenanalyse* (PKA) kann man einen derartigen Vorwurf sicherlich nicht machen. Dies läßt jedoch keinen Schluß auf die Effektivität der Lernprozesse zu, die das PKA sowohl selbst durchläuft als auch bei seinem Publikum durch eine rege Veröffentlichungstätigkeit zu initiieren wünscht. Man kann die Bretter auch so dicht vorm Kopf tragen, daß man die Welt nicht mehr sieht. Das Durchlaufen bewußter Lernprozesse setzt Problembewußtsein voraus. Die Position des PKA in der sogenannten theoretisch-politischen Auseinandersetzung zeichnet sich nun dadurch aus, daß bestimmte Probleme, um die es lange und traditionsreiche Debatten innerhalb der mehr oder weniger marxistischen Linken gegeben hat, gewaltsam übersprungen werden. Ich will im folgenden diese Probleme nicht alle auflisten, vielmehr beschränke ich mich auf eine sehr selektive Diskussion der Umgangsweise des PKA mit einigen theoretischen Problemen am Beispiel der jüngst erschienenen Schrift: *Gesamtreproduktionsprozeß der BRD 1950–1975. Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung*.

1. Die These

»Die zentrale These dieses Buches lautet: durch eine systematische Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist eine vertiefte Einsicht in die Klassenstruktur der BRD zu gewinnen.« (PKA, 1976 S. 9) Daß man sich zur Vertiefung von Einsichten in empirisch gegebene gesellschaftliche Verhältnisse des vorhandenen empirischen Materials bedienen sollte, ist selbstverständlich. Daß man dieses – unter anderen theoretischen und, wenns beliebt, politischen Voraussetzungen erhobene Material für eigene Zwecke möglichst systematisch umstrukturieren muß, ist ebenfalls selbstverständlich. Problematisch sind nur Auswahl und Art der Bearbeitung des Materials. Zur Auswahl läßt sich nur dann ein Be-

denken anmelden, wenn man unter volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR) – wie teilweise üblich – nur die reinen Sozialproduktberechnungen versteht, unter Ausschluß von Input-Output- und Vermögensrechnungen. Für die vom PKA intendierte »Darstellung der inneren Struktur des Gesamtreproduktionsprozesses im Hinblick auf die Klassenverhältnisse der BRD« (ebd.) reichen Sozialproduktberechnungen sicherlich nicht aus. Aber solange man der VGR nicht mehr zumutet, als sie leisten soll, läßt sie sich als Ausgangspunkt einer empirischen Darstellung des Gesamtreproduktionsprozesses verwenden. Problematischer wirds, sobald man sich an die Bearbeitung des Materials macht. Auch das PKA stellt dazu einige theoretische Vorüberlegungen an.

2. Die VGR als Kritikobjekt

a) *Ableitung*

»Die VGR als angewandtes entwickeltes System allgemeiner Statistik ist ... nicht pfiifigerweise von der bürgerlichen Ökonomie ausgedacht. Es wächst vielmehr umgekehrt auf Basis der bürgerlichen Gesellschaft diese Form einer ideellen Rekonstruktion des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses selbst hervor. Diese Entwicklung muß daher in der Struktur der bürgerlichen Gesellschaft angelegt sein.« (PKA, 1976, S.18) Trotz einer derart langen Anlagedauer kam diese Entwicklung erst »in den 30iger Jahren im Gefolge der Weltwirtschaftskrise« (PKA, 1976, S. 14) zu ihrem vorläufigen Resultat. Damals ging allerhand durcheinander. Deshalb ist es nicht weiter verwunderlich, daß das genannte »System allgemeiner Statistik ... umgekehrt auf Basis der bürgerlichen Gesellschaft ... selbst hervor(-wuchs)«. Wir haben also nur – so scheint es – die seit Marx bekannte Aufgabe vor uns, ein System vom Kopf auf die Füße zu stellen. Aber ganz so einfach ist die Sache nicht. Angesichts der spezifischen Leistungen der VGR muß man offenbar zunächst im eigenen Kopf ein wenig aufräumen.

b) *Würdigung*

Die ›Ableitung‹ der ›nationalen Buchhaltung‹ schreitet noch nach traditionellem marxistischen Usus unaufhaltsam von der Basis ›hinauf‹ zum Überbau. Hingegen findet sich in der Beschreibung der spezifischen Leistungen der VGR durch das PKA eine höchst unorthodoxe Interpretation der Kategorien der Wechsel- oder Rückwirkungen, die nach üblichem Denkmuster die Möglichkeit von Modifikationen der Basis aufgrund von Überbaufaktoren umschreiben sollen. Während nämlich aus der Basis »die Notwendigkeit (entspringt), die allgemeine Bewegung von Nachfrage und Zufuhr quantitativ zu erfassen« (PKA, 1976, S. 21), und die derart entsprungene Notwendigkeit schließlich zur Etablierung der »nationalen Buchhaltung« führt, wirkt diese wiederum in höchst überraschender Weise auf die Basis zurück. Nach Auffassung des PKA soll nämlich »damit die Verselbständigung der Verhältnisse gegenüber dem einzelnen innerhalb des bürgerlichen Hori-

zonts aufgehoben« werden. Die Überraschung legt sich zunächst wieder, wenn man den Sinn der Einschränkung: »innerhalb des bürgerlichen Horizonts«, erfährt: »Das allgemeine Wissen über den Stand von Nachfrage und Zufuhr etc. hebt den Standpunkt der Fremdartigkeit nicht auf.« (ebd.) Dieser fremdartige Standpunkt bleibt uns also trotz der Entwicklung und Verfeinerung der VGR erhalten, die ansonsten die Verselbständigung der Verhältnisse aufhebt.

Der materialistischen Gedankengut anhängende Leser läßt sich erleichtert in seinen Schreibtischstuhl zurückfallen: die Macht des »allgemeinen Wissens...« ist also doch begrenzt. Vermutlich nimmt das Kapital selbst nach wie vor den Standpunkt der Fremdartigkeit ein, denn: »die mit der vom Kapital in Gang gesetzten Quantifizierung seiner eigenen Bewegung und die hierin eingeschlossene Entwicklung der Statistik (...), Verbindungen der Handelstreibenden durch Briefe, Telegrafen¹ etc. sind nur Ausdruck des beständigen Versuchs des Kapitals, die von ihm selbst produzierte Verselbständigung der Verhältnisse als Schranken seiner Entwicklung zu überlisten.« (PKA, 1976, S. 21f) Der derart über die Beschränkungen, die der List der Unvernunft auferlegt sind, beruhigte Leser wird nun aber sofort wieder geschockt, wenn er lesen muß: »Mit der Entwicklung einer nationalen Buchführung wird die eigentümliche Logik der kapitalistischen Produktionsweise faktisch auf den Kopf gestellt.« (PKA, 1976, S. 23) Bei aller – mit Marx geteilten – Hochschätzung der Buchführung, wer hätte je daran gedacht, daß ein paar Überbauklempner mit der Erstellung einer VGR die Logik des Kapitalismus faktisch (d. h. doch wohl: nicht nur im Kopf!) auf den Kopf stellen könnten? In der marxistischen Diskussion ist eine solche Behauptung wohl einmalig. Es gibt zwar eine Vielzahl von Argumenten, mit denen eine schrittweise Modifikation der Logik der kapitalistischen Produktionsweise aufgrund der Einführung partieller Planungsmomente behauptet wird, aber sollte diese Logik tatsächlich bereits auf den Kopf gestellt sein? Sei es, wie es sei, jedenfalls versteht man nun, welch immense Bedeutung die Kritik an der VGR für das PKA haben muß. Es geht offenbar nicht darum, »eine vertiefte Einsicht in die Klassenstruktur der BRD« zu gewinnen, sondern auch darum, einen selbstgebastelten Pappkameraden wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

3. Die Bedingungen der Kritik

Eine systematisch durchgeführte Kritik der VGR impliziert für das PKA zugleich die Möglichkeit einer korrekten empirischen Darstellung des Gesamtproduktionsprozesses. Wenn erst einmal nachgewiesen ist, an welchen Stellen und in welchem Sinne die »vom statistischen Bundesamt jährlich angefertigte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung... falsch« (PKA, 1976, Umschlagtext) ist, kann dem PKA zufolge durch »Bereinigung und Umgruppierung der volkswirtschaftlichen Konten... ein Schema der gesellschaftlichen Reproduktion erstellt werden, das die Glieder des jährlich neu geschaffenen und des bloß reproduzierten Reichtums quantitativ und qualitativ erfaßt« (ebd.) Da sich das PKA in seinen Umrechnungen an den Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie orientieren will, muß es zuvor klären, wie sich die in einem anderen kategorialen Rahmen erfaßten

Daten der VGR ohne größeren Informationsverlust so transformieren lassen, daß sie zum Zweck einer empirischen ›Konkretion‹ der Marxschen Darstellung des kapitalistischen Gesamtreproduktionsprozesses benutzt werden können. M.a.W. soll die Kritik der VGR nicht nur immanent bleiben, sondern zugleich eine auf die Kritik der politischen Ökonomie gestützte empirische Darstellung des Reproduktionsprozesses in der BRD erlauben, dann muß man zeigen können, daß sich die Kategorien, mit denen die VGR operiert, relativ bruchlos in Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie ›übersetzen‹ lassen (wobei sich der Umfang einzelner Begriffsfelder durchaus verändern kann). Gelingt diese ›Übersetzung‹ nicht, so ist eine marxistische empirische Darstellung des Gesamtreproduktionsprozesses streng genommen nur auf Basis einer an ihrem eigenen kategorialen Rahmen orientierten empirischen Erhebung möglich.

Um die Möglichkeit dieser ›Übersetzung‹ zu begründen, bedient sich das PKA zunächst eines recht globalen Arguments: insofern die VGR die »erscheinende Bewegung« (PKA, 1976, S. 32) des kapitalistischen Reproduktionsprozesses erfaßt, besteht nach Auffassung des PKA eine mehr oder weniger direkte Beziehung zwischen der Art und Weise, in der sich der VGR »eine bestimmte Struktur der gesellschaftlichen Produktion aus den erhobenen Daten auf(drängt)« (PKA, 1976, S. 16), und der Art und Weise, in der Marx zufolge die Vulgärökonomie »eine gewisse verständige Ordnung« unter die – selbst wieder als notwendig falsche Bewußtseinsformen begriffenen – »Alltagsvorstellungen der wirklichen Produktionsagenten« (MEW 25/838f) bringt. Dieses globale Argument reicht wohl dem PKA selbst nicht aus, um die Möglichkeit einer Transformation der Kategorien der VGR zu begründen. Anstelle einer klaren Problemstellung wird nun aber dem Leser in einem längeren Abschnitt unter dem Titel »Systematische Kritik der bürgerlichen Form der nationalen Buchhaltung« ein konfuser Haufen von Argumenten und Versicherungen ange-dient, aus dem man nur mit Mühe die wirklichen Schwierigkeiten herauslesen kann, die sich dem PKA in seinem Unterfangen »aufdrängen«.

Grob klassifiziert sind diese Schwierigkeiten von dreierlei Art: *erstens* ergeben sie sich aus einem generell unsicheren Umgang mit der bürgerlichen Ökonomie und den in deren Rahmen unternommenen empirischen Untersuchungen; *zweitens* ergeben sie sich aus einem nur scheinbar sicheren Umgang mit der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie – auch in deren Bezugsrahmen finden sich Probleme der Konsistenz, die gerade für die ›Anwendung‹ in empirischer Absicht eine undiskutierte Übernahme der Marxschen Lösungen verbieten; *drittens* ergeben sie sich aus dem methodischen Problem, ob man in empirischen Untersuchungen Abstraktionen aufrechterhalten kann, die im Rahmen theoretischer Überlegungen und Darstellungen durchaus legitim sind. Sehen wir zu, wie das PKA diese Schwierigkeiten ›bewältigt‹. Ich beginne mit der Diskussion der dritten Art von Schwierigkeiten.

4. Die isolierende Abstraktion

»Die in der VGR erfaßte fertige Gestalt der ökonomischen Verhältnisse geht über die Registrierung der Formen, die das Kapital in seinen verschiedenen Fortentwicklungen

durchmacht, hinaus, insofern zugleich ›die Art und Weise, wie die Zusammenhänge durch den Weltmarkt, seine Konjunkturen, die Bewegung der Marktpreise, die Perioden des Kredits, die Zyklen der Industrie und des Handels, die Abwechslung der Prosperität und Krise‹, sowie die Komplizierung des Zirkulations- und Reproduktionsprozesses durch Einbeziehung der unproduktiven Mittelklassen als über die Grundstruktur des Kapitals hinausgehende Momente, Bestandteil der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft bilden.« (PKA, 1976, S. 33)² Was das PKA mit diesem Wortbrei artikulieren will, ist in etwa folgendes: Marx gibt an der zitierten Stelle Grenzen seiner Darstellung an, die »nur die innere Organisation der kapitalistischen Produktionsweise«, nicht aber »die wirkliche Bewegung der Konkurrenz« (MEW 25/839) zum Inhalt hat. Für die vom PKA beabsichtigte, als Kritik der VGR vorgetragene, empirische Untersuchung des Gesamtproduktionsprozesses der BRD kann es »sich also... nicht um bloße Anwendung des vorliegenden Systems der Kritik der politischen Ökonomie handeln, sondern es ist dabei zugleich der Existenz dieser entwickelteren, konkreteren Formen Rechnung zu tragen.« (PKA, 1976, S. 33) Erschwerend kommt hinzu, daß diese »konkreteren Formen... in der gegenwärtigen marxistischen Diskussion nun als Einwand gegen die Möglichkeit der Untersuchung der tatsächlichen Struktur des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses vorgebracht« (ebd.)³ werden. Mit den von Marx nicht mehr systematisch behandelten »konkreteren Formen der kapitalistischen Produktion« geschieht also dreierlei: sie gehen erstens in das – in noch nicht näher bestimmte Weise verzerrte – Bild ein, das die VGR von der »fertigen Gestalt der ökonomischen Verhältnisse« gibt; zweitens werden sie als »Einwand... vorgebracht« gegen Versuche, die von Marx in der Darstellung des »idealen Durchschnitts« (MEW 25/839) der kapitalistischen Produktionsweise entfalteten Kategorien ohne weitere Vermittlung in empirischen Untersuchungen »anzuwenden«; drittens schließlich versucht das PKA, »der Existenz dieser entwickelteren, konkreteren Formen Rechnung zu tragen«. Für die PKA-Autoren ergibt sich aus dieser Triade die Maxime: man begeben sich ans Gängelband der VGR, ignoriere alle Einwände und trage der Existenz »konkreterer Formen« der kapitalistischen Produktion derart »Rechnung«, daß man von ihnen in mindestens eben dem Maße abstrahiert, wie es in der VGR geschieht.

Beispiel: Der Einwand, »daß die Wertbewegung auf dem Weltmarkt wesentliche Modifikationen erfahre« (PKA, 1976, S. 33), und z. B. die Möglichkeit »permanenter Wertübertragungen« (PKA, 1976, S. 37) zwischen Nationen besteht, wird inhaltlich keineswegs widerlegt. Er wird – mit Marx – sogar bekräftigt, aber ansonsten ignoriert: »Inwieweit derartige Wertübertragungen auf den Reproduktionsprozeß des gesellschaftlichen Gesamtkapitals der BRD einwirken, bleibt aus dieser Untersuchung ausgeklammert, ist vielmehr (?) erst auf Basis weiterer Spezialanalysen möglich. Wenn im folgenden der Außenhandel nur im Saldo betrachtet wird, ohne detaillierte Aufschlüsselung von Wert- und Stoffersatz⁴, heißt dies allerdings nicht, daß Geldübertragungen etc. (?) unter den Tisch fallen... Diese Beziehungen werden aber als reine Geldzahlungen behandelt. Die konkreteren Formen der Vermittlung und die in diesen Formen stattfindenden Rückwirkungen etc. sind damit ausgeklammert.« (ebd.)

Es hat sich also was mit der Berücksichtigung der »als Einwand vorgetragenen konkreteren Formen«. Begründung: »Dies ist jedoch der notwendig erste Schritt, um diese konkreten Formen bestimmen zu können, weil zunächst die Basis zu bestimmen ist, auf der sich

die entwickelteren Verhältnisse erheben.« (PKA, 1976, S. 37f) Diese Begründung ist fadenscheinig – und als Rechtfertigung für die Vorgehensweise einer *empirischen* Untersuchung gänzlich untauglich. Daß ›der Existenz dieser entwickelteren, konkreteren Formen Rechnung zu tragen‹ sei, kann ja wohl nicht nur heißen, daß man die ›Existenz‹ des Weltmarkts, des Außenhandels, des Kreditsystems usw. erwähnt, aber bei der Bearbeitung des empirischen Materials vollständig ignoriert. Und wenn es dies trotzdem heißen soll, kann man dann *wirklich* den »Nachweis« beanspruchen, »daß die *wirkliche* Struktur des Gesamtproduktionsprozesses, ›die Regelung der Gesamtproduktion durch den Wert‹ durch die *wirkliche* Wissenschaft, analysiert und durch die Dechiffrierung der notwendigen Erscheinungsformen dieser historisch spezifischen Form der gesellschaftlichen Arbeit auch in der Analyse eines *konkreten* Stücks Zeitgeschichte gezeigt werden kann«? (PKA, 1976, S. 309, Hervorh. H. G.) M.a.W. während Marx »nur« beanspruchte, die »innere Organisation der kapitalistischen Produktionsweise« darzustellen, hat das PKA – in der Rolle der ›wirklichen Wissenschaft‹ – mit seiner Untersuchung ›die wirkliche Struktur des Gesamtproduktionsprozesses ... analysiert und ... auch in der Analyse eines konkreten Stücks Zeitgeschichte gezeigt?

Um den – vielleicht mit dem Bedeutungsgehalt des Wörtchens »wirklich« bei Marx nicht allzu vertrauten – Leser auf das Ausmaß dieser vom PKA reklamierten Leistung hinzuweisen, ist es passend, auf einen Einwand von Marx gegen Ricardo aufmerksam zu machen, den das PKA (1976, S. 39) selbst gänzlich unpassend kryptozitiert. Es heißt bei Marx: »R(icardo) abstrahiert von dem, was er als akzidentell betrachtet. Ein andres ist es den *wirklichen Prozeß* darzustellen, worin beide – das, was er akzidentelle Bewegung nennt, was aber das beständige und wirkliche ist und sein *Gesetz*, das Durchschnittsverhältnis – beide gleich wesentlich erscheinen.« (Gr., S. 803) Es zeugt lediglich von methodologischer Ignoranz, wenn das PKA meint, durch Aufziehen einiger aus der VGR entnommener und umgerechneter empirischer Daten auf die Marxschen Kategorien sei eine solche Darstellung zu machen – zumal das PKA nach eigenem Eingeständnis noch nicht einmal nur von dem abstrahiert, was es als ›akzidentell‹ betrachten könnte.

Am Ende der Untersuchung erfährt der Leser nämlich, daß diese vorgeblich konkrete Analyse insofern unvollständig ist, als u. a. noch zwei Untersuchungsschritte (zu Weltmarkt und Geldwert) fehlen, »die sich selbst auch quantitativ auf das hier vorgelegte Zahlenmaterial auswirken würden« (PKA, 1976, S. 310). Offensichtlich paßt also das Zahlenmaterial »noch nicht ganz« unter die Kategorien, unter die es das PKA zu subsumieren beliebte. Und dies nicht etwa nur, weil – wie bekannt – bei fast allen Subsumtionen empirischer Daten unter theoretischen Kategorien ein gewisses Maß an Willkür mitspielt. Hier handelt es sich vielmehr um relevante reale Bedingungen, denen der ›Gesamtproduktionsprozeß der BRD‹ beständig unterliegt, und deren Ignorierung die Aussagekraft des vom PKA ›vorgelegten Zahlenmaterials‹ annulliert. Um beim Beispiel »Weltmarkt« zu bleiben: das PKA hat offensichtlich nicht begriffen, daß es einen wesentlichen Unterschied macht, ob man in der Theorie vorläufig mit dem Konstrukt eines ›geschlossenen Systems‹ operiert, oder ob man in einer empirischen Untersuchung des Reproduktionsprozesses der BRD die gleiche – und in diesem Falle falsche – Abstraktion durchhält. Sobald empirische Daten nicht nur deskriptiv aneinandergereiht, sondern erklärt werden sollen – das versucht ja wohl das PKA mit deren Zuordnung zu Wertkategorien –, kann man bestimmte,

noch dazu theoretisch durchaus bekannte Einflußgrößen nicht einfach ignorieren, weil sonst die ganze Zuordnung fiktiv wird. Im übrigen ist es einfach lachhaft, in einer Untersuchung des ›Gesamtreproduktionsprozesses der BRD‹ bei deren bekanntermaßen enger Verflechtung in den Weltmarkt den Außenhandel nur im Saldo zu erfassen. Denn was kann man von einer derartigen ›empirischen‹ Untersuchung – selbst wenn es keine ›Rückwirkungen‹ wegen Wertübertragungen und international verzerrte Austauschrelationen gäbe – über die tatsächlichen Abhängigkeiten erfahren, denen dieser Reproduktionsprozeß unterliegt?

Die Art und Weise, in der das PKA Weltmarkteinflüsse auf den Gesamtreproduktionsprozeß der BRD behandelt (bzw. ignoriert), diene nur der Illustration eines in empirischen Untersuchungen deplazierten Verfahrens der isolierenden Abstraktion. Während es im Rahmen theoretischer Überlegungen durchaus legitim ist, mittels – einmal gutbürgerlich gesprochen – der Anwendung von *ceteris-paribus*-Klauseln einzelne Faktoren oder Faktorenkomplexe *vorübergehend* künstlich zu isolieren und in dieser Weise ›Gedankenexperimente‹ durchzuführen, produziert die umstandslose Anwendung analoger Verfahren in empirischen Untersuchungen ein schiefes Bild des jeweiligen Gegenstandes. Wie weit diese Verzerrung in der vorliegenden Untersuchung gehen mag, kann man nur ungefähr abschätzen, wenn man sich die Vielzahl abstrahierender (und z. T. verschwiegener) Annahmen vor Augen hält, die dem PKA als Voraussetzung von Umrechnungen und Umgruppierung dienen müssen. Das geht etwa so: ›Gesetzt den Fall, es gäbe keinen Weltmarkt, kein Geld- und Kreditsystem, demzufolge keine Inflation, keine quantitative Inkongruenz von Marktpreis-, Produktionspreis- und Wertaggregaten, keine Mono- und sonstigen Pole usw. usw., dann ließe sich eine Zurechnung der in der VGR erfaßten Preisgrößen und ihrer Bewegungen zur Verausgabung gesellschaftlicher Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen in der BRD vornehmen‹. Was dabei herauskommen kann, ist ein – um anderweitig hergeholte empirische Daten, bei denen m.o.w. so getan wird, als existierten sie unabhängig von der spezifischen Art ihrer Erfassung, angereichertes – Gedankenexperiment, aber keine empirische Analyse, die mehr als die gute Absicht mit der ›wirklichen Wissenschaft‹ gemein hätte.⁵

5. Werte und Produktionspreise

Die zweite Art von Schwierigkeiten, in die das PKA gerät, entsteht aus Problemen, die sich noch im Rahmen der Marxschen Darstellung ergeben und deren Konsistenz betreffen. Um die Art und Weise zu illustrieren, wie das PKA mit derartigen Problemen umgeht, will ich auf seine Behandlung des sog. ›Transformationsproblems‹ eingehen. Mit dem Transformationsproblem ist zwar nur ein Aspekt des Zusammenhangs von Werten und Preisen angesprochen, aber ein sehr wichtiger. Es geht darum, »wie nicht nur ohne Verletzung des Wertgesetzes, sondern vielmehr auf Grundlage desselben eine gleiche Durchschnittsprofitrate sich bilden kann und muß« (MEW 24/26), und wie sich unter dieser Voraussetzung von den Werten abweichende Produktionspreise bilden. Engels hat – anläßlich der Veröffentlichung des zweiten Bandes des ›Kapital‹ – aus diesen Fragen eine Art Preisrätsel ge-

macht und so eine rege Debatte ausgelöst, die auch nach der Veröffentlichung des dritten Bandes nicht aufhörte. Von Böhm-Bawerk bis zu Samuelson haben prominente bürgerliche Ökonomen an dieser Debatte teilgenommen, und etliche Marxisten haben angesichts der Problemlage zum Rückzug gepefften. Ein Rückzug, der in etwa bei einer Position endet, wonach die Kritik der politischen Ökonomie zwar ein hervorragendes Instrument der Gesellschafts- und Ideologiekritik bleibt, aber zur Erklärung empirischer Preise und ihrer Bewegungen im Kapitalismus nicht beiträgt. Man kann verstehen, daß dem PKA ein derartiger Ausweg aus theoretischen Schwierigkeiten nicht gangbar erscheint. Man kann aber nicht verstehen, daß das PKA die gesamte Debatte um das Transformationsproblem ignoriert und sich darauf beschränkt, die bekannten Resultate der Marxschen Behandlung dieses Problems zu referieren.⁶

Diese Resultate fassen sich zusammen in den beiden sog. Invarianzen, wonach (a) Summe der Produktionspreise = Summe der Werte, und (b) Gesamtprofit = Gesamtmehrwert. Beide Gleichsetzungen erscheinen unproblematisch und stellen sich als schlichte Beherzigung des gutbürgerlichen Mottos ›Aus Nichts kommt Nichts‹ dar, solange man sich über die Bildung der Produktionspreise und die Art ihrer möglichen Regulierung durch die Werte keine Gedanken macht. »Dies findet«, so das PKA vielsagend, »statt durch die Ausgleichsbewegung selbst.« (1976, S. 40). So muß es wohl sein. Ignoranz für sich ist kein Kritikobjekt. Sie hat jedoch dankenswerterweise immer ihre Konsequenzen, in diesem Fall dann, wenn sich das PKA anschickt, den »Schluß von der Preis- auf die Wertbewegung« (1976, S. 41) zu ziehen. Durch das Festhalten an den genannten Invarianzen fühlt sich das PKA offenbar nicht nur dazu legitimiert, die – in hier noch nicht interessierender Weise gegenüber den entsprechenden VGR-Daten ›bereinigten‹ und umgerechneten – Marktpreisaggregate Bruttoproduktionswert und Profitsumme mit dem Gesamtproduktenwert und dem Gesamtmehrwert gleichzusetzen.⁷ Vielmehr wird das – nach wie vor im Anschluß an die VGR in Marktpreisen erfaßte – gesellschaftliche Gesamtprodukt unverzagt in seine Bestandteile zerlegt. Diese Bestandteile werden dann mit entsprechenden Wertnamen belegt (vgl. PKA 1976, S. 172 ff.). Selbst unterstellt, die ermittelte Marktpreisumme des Gesamtprodukts entspräche dessen Wert und die Profitsumme dem Mehrwert, so ist angesichts des Transformationsproblems – auch in seiner beim PKA schon reduzierten Fassung – jeder weitere »Schluß von der Preis- auf die Wertbewegung« zur Ermittlung wertmäßiger Bestandteile des Gesamtprodukts unmöglich (außer dem Schluß von der Profitsumme auf den komplementären Bestandteil des Gesamtproduktenwerts, den Kostpreis). Sobald z. B. nicht mehr der Wert, sondern der Produktionspreis der notwendigen Lebensmittel die Höhe des Arbeitslohns reguliert, entspricht die Lohnsumme weder dem Gesamtwert des variablen Kapitals noch dem der Arbeitskraft, genausowenig wie die Preise des konstanten Kapitals und seiner Bestandteile den respektiven Werten entsprechen.

Einem Teil der PKA-Autoren ist diese Schwierigkeit wohl klar. (Ich unterstelle schon wegen der unterschiedlichen grammatikalischen Trefferquoten in den einzelnen Abschnitten, daß diese von jeweils verschiedenen Autoren bearbeitet wurden.) Eingangs des 5. Abschnitts, in dem Zeitreihen zur Entwicklung des Gesamtproduktionsprozesses vorgestellt und interpretiert werden, äußern die Verfasser Vorbehalte gegen ihre eigene Verfahrensweise (vgl. PKA, 1976, S. 207–211). Zum Zusammenhang von Werten, Produktions-

preisen und Marktpreisen heißt es dort: »Die Darstellung einerseits des Gesamtprodukts und seiner inneren Differenzierung in Marktpreisen und die Ausschaltung der durch den Phasenwechsel des industriellen Zyklus bewirkten Preisschwankungen andererseits ist zugleich die Erfassung bestimmter Wertverhältnisse. Anteilsraten und Proportionen, z. B. Anteil des Akkumulationsfonds am Wertprodukt, in dieser Weise ermittelt, stellen entsprechende relative Quanta gesellschaftlicher Arbeit dar, *abgesehen* von dem Ausgleich der Werte zu Produktionspreisen, der hier, wo es um Teilquanta des Gesamtprodukts geht, modifizierend wirkt.« (PKA, 1976, S. 210, Hervorh.H.G.) Mit anderen Worten: *könnte* man vom »Ausgleich der Werte zu Produktionspreisen« absehen, dann entsprächen die ermittelten »Anteilsraten und Proportionen« den Wertverhältnissen. Man kann nicht. Aber das kümmert nur Leute mit minimalen Ansprüchen an die Konsistenz von Argumentationen, nicht die Autoren des PKA. Sie berechnen munter jährliche Wertprodukte, Mehrwertraten, Akkumulationsfonds und -raten usw. und bedienen sich dieser fiktiven Größen in der Interpretation der zyklischen Bewegung. »Wir sehen daher einerseits, daß die weitgehende Reduktion der Geldpreise in Werte eine sehr verwickelte Sache ist, die nicht mit ein paar Phrasen ... abgetan ist« (PKA, 1976, S. 211), und andererseits, daß das PKA solchen Verwicklungen konsequent und furchtlos aus dem Wege geht.

6. Wo sitzt der Vulgus?

Die dritte Art von Schwierigkeiten, mit denen das PKA zu kämpfen hat, betrifft den Umgang mit der bürgerlichen Ökonomie. Will man dem PKA folgen, dann ist das bürgerliche ökonomische Denken nicht nur geschichtslos, sondern hat auch keine Geschichte. Smith ist sein Adam und Say sein (vulgärer) Prophet. Beide würden die Szenerie auch in unseren Tagen noch eindeutig beherrschen, hätte es nicht die »Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre« gegeben: »als die ökonomische Entwicklung mit gebieterischer Notwendigkeit eine gründliche Analyse der ökonomischen Lage erzwang⁸, vollzog sich innerhalb der bürgerlichen Ökonomie eine Scheidung in zwei verschiedene Disziplinen ... Die »*Mikroökonomie*«, die sich bis heute auf Say beruft, hält weiterhin konsequent an der Produktionsfaktoren- oder Quellentheorie fest⁹... Demgegenüber konstituierte sich die »*Makroökonomie*« als eigenständiger Zweig der bürgerlichen Ökonomie. Die Scheidelinie zwischen diesen beiden »Fachdisziplinen« bürgerlicher Wirtschaftstheorie ist nun keineswegs das vulgäre Element.¹⁰ Denn auch die »*Makroökonomie*« bleibt Vulgärökonomie... Indes wird von einzelnen Vertretern bzw. Sparten der »*Makroökonomie*« das starre Festhalten am Produktionsfaktoreintopf insofern aufgebrochen, als unter dem praktischen Zwang der Aufgabenstellung ... einige bis dato bestgeglauten Wahrheiten der bürgerlich-ökonomischen Wissenschaft faktisch über Bord geworfen wurden. Vor allem das *Smithsche Dogma*, wonach das konstante Kapital vom gesellschaftlichen Standpunkt ein bloß scheinbares Element des Warenwerts bildet, mußte fallengelassen werden, wenn überhaupt eine Betrachtung des ökonomischen Prozesses des gesellschaftlichen Ganzen möglich sein sollte.« (PKA, 1976, S. 69)

Daß der exoterische Smith und der vulgäre Say nicht mehr die uneingeschränkte Herr-

schaft im Schattenreich des bürgerlich ökonomischen Denkens ausüben, ist dem PKA zufolge »einer besonderen Sorte Makroökomenen, den *Statistikern*« (PKA, 1976, S. 70) zu verdanken. Diese können nämlich »einige bis dato bestgeglauhten Wahrheiten« wegen besonderer Standortvorteile »faktisch über Bord« werfen: »Auf Grund ihrer spezifischen Tätigkeit – Verarbeitung von Daten über die ökonomische Entwicklung ... – stehen sie der wirklichen Bewegung und ihren Widersprüchen viel näher als die große Schar der theoretischen Schwärmer und Kompendienschreiber.« (ebd.)

Die »systematische Kritik« des PKA an der VGR besteht nun im wesentlichen darin zu zeigen, daß sich auch die Statistiker von jenen »faktisch über Bord geworfenen bestgeglauhten Wahrheiten« nicht ganz freischwimmen können. So soll ein »*unmittelbarer Widerspruch* in dem System der VGR« (PKA, 1976, S. 72) dadurch gegeben sein, daß die Statistiker einerseits »bei der Zusammenfassung der verschiedenen Informationen über die ökonomische Entwicklung ... beständig auf vulgärökonomische Vorstellungen zurück(greifen)«, andererseits »sich ihnen wirkliche Unterschiede und Formbestimmungen des Reproduktionsprozesses des gesellschaftlichen Gesamtkapitals bei dem praktischen Herangehen an den Stoff auf(drängen)« (PKA, 1976, S. 86.). Lassen wir einmal dahingestellt, wem sich was, wie und wo »aufdrängt«. Die VGR soll zwar »nicht einfach Vulgärökonomie« (PKA, 1976, S. 17) sein, aber in seiner Kritik bedient sich das PKA dennoch einer verlängerten Vulgarisierungsthese. Deren Berechtigung soll durch den Nachweis demonstriert werden, daß die VGR (mindestens) drei bereits von Marx kritisierte vulgärökonomische Elemente enthält:

- a) eine Produktionsfaktorentheorie des Werts (vgl. PKA, 1976, S. 71 u.ö.);
- b) das Smithsche Dogma, das sich sozusagen klammheimlich und hinterrücks wieder einschleicht (vgl. PKA, 1976, S. 73 u.ö.);
- c) jenen »Fetischismus«, demgemäß die »Ökonomen dem gegenständlichen Moment der Arbeit eine falsche Wichtigkeit gegenüber der Arbeit selbst« (MEW 26. 3/271) geben (vgl. PKA, 1976, S. 81f)

Wenn es ein Charakteristikum vulgärökonomischen Denkens ist, daß man sich seinen Gegenstand solange zurechtbiegt, bis er in schönster Harmonie mit den Wunschvorstellungen des eigenen Weltbildes erscheint, dann ist die Kritik des PKA an der VGR ein hübsches Beispiel für diese Art des Denkens. Alle drei vorgeblich die VGR charakterisierenden vulgärökonomischen Elemente lösen sich in nichts auf, sobald man nicht mit dogmatisch untergeschobenen Zwangsvorstellungen von bürgerlicher Ökonomie operiert, sondern berücksichtigt, zu welchem erklärten Zweck und unter welchen theoretischen Voraussetzungen die VGR unternommen wird.

Zu a) Die VGR ist deskriptive Analyse zur Ermittlung der Zu- resp. Abnahme des gesellschaftlichen Reichtums. Ausgangspunkt dieser Ermittlung ist der empirisch gegebene Tatbestand, daß alle Waren einen Preis haben. Die errechnete Gesamtpreisumme (d.i. der »Bruttoproduktionswert«) wird in einer Reihe weiterer Operationen in verschiedene Bestandteile zerlegt, so daß sich durch Abzug einiger dieser Bestandteile (»Vorleistungen« und »Abschreibungen«) das »Nettosozialprodukt« ergibt (eine Größe, die natürlich noch weiterer Analyse zugänglich ist). Mit dieser Rechnung wird weder die Absicht einer *Erklärung* von Preisen noch die einer *Erklärung* des Reproduktionsprozesses insgesamt verbunden. Die ermittelten Größen bilden Informationsgrundlagen z. B. für wirtschafts-

politische Entscheidungen, und man kann sich selbstverständlich fragen, ob die Analyse unter jeweils bestimmten, vorgegebenen Aufgabenstellungen zweckmäßig durchgeführt wurde (wenn z. B. die »Nettokostensteuern« getrennt von der »Wertschöpfung« aufgeführt werden). Man kann sich außerdem von der durchgängig nominalistischen Begriffsbildung stören lassen, derzufolge andernorts vielleicht bedeutungsgeladene Begriffe wie »Wertschöpfung« oder »Gleichgewicht«¹¹ hier nur als Etikett für bestimmte, durch festgelegte Operationen ermittelte Größen oder Größenbeziehungen gelten. Aber man kann – will man nicht an der Sache vorbeireden – nicht so tun, als sei die VGR in irgendeiner Weise eine erklärende Theorie.¹²

Zu b) Der Versuch des PKA, den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnern eine heimliche Verbundenheit mit dem Smithschen Dogma nachzuweisen, stellt eine theoretische Sumpflüte von besonders bizarrer Schönheit dar. Um seinem Unverständnis von Aufgabe und Vorgehensweise der VGR den Anschein eines tiefeschürfenden Problembewußtseins zu geben, vergißt das PKA die eingangs (vgl. PKA, 1976, S. 17 f.) geäußerte Auffassung, wonach eine ihrem Gegenstand adäquate »nationale Buchhaltung« nur möglich sei, wenn das Smithsche Dogma preisgegeben wird. Statt dessen konstruiert das PKA einen nur in seinem eigenen Denken vorhandenen Widerspruch in die VGR hinein und findet dort, »in erfreulicher Offenheit ausgesprochen, die alte Smithsche Vorstellung vom Verschwinden des konstanten Kapitals wieder« (PKA, 1976, S. 73). Diese Entdeckung zwingt zu weitläufigen Erklärungen, in deren Verlauf dem Leser etliche Enthüllungen angeboten werden: »Die wieder in den Produktionsprozeß eingehenden »Güter« werden ... (in der VGR – H.G.) nur stofflich unterschieden« (PKA, 1976, S. 74) – weil dort »Vorleistungen« und »Abschreibungen« unterschiedlich behandelt werden; »das Problem der Doppelzählungen (wird vom PKA – H.G.) als bloßes Scheinproblem dechiffriert«; es soll entstehen, weil die VGR »den Produktionsprozeß als Prozeß sukzessiver Formen begreift, ... insofern nicht gleichzeitig auch die Kontinuität der sukzessiven Produktionsstufen festgehalten wird« (PKA, 1976, S. 80). Schließlich weiß – darauf komme ich noch zu c) – das PKA auch noch eine Antwort auf die »Frage ... nach dem inneren Grund dieser Anschauungsweise der bürgerlichen Ökonomen« (PKA, 1976, S. 81).

Der klammheimliche Rückfall ins alte Smithsche Dogma soll stattfinden, weil in der VGR vom zunächst erfaßten »Bruttoproduktionswert« zur Ermittlung des »Bruttosozial- (bzw. Bruttoinlands-)produkts« die »Vorleistungen« abgezogen werden. Als Vorleistungen gelten alle intermediären oder Zwischenprodukte, die die Unternehmen von anderen Unternehmen bezogen und in der betrachteten Periode produktiv konsumiert haben. (Das PKA setzt Vorleistungen = zirkulierendes konstantes Kapital). Um »das zentrale Interesse an den Einkommen einer Periode« (Brümmerhoff, 1975, S. 65) zu befriedigen, werden vom Bruttosozialprodukt zur Ermittlung des Nettosozialprodukts in einem nächsten Schritt die »Abschreibungen« abgezogen, die als monetäres Äquivalent für die Abnutzung dauerhafter Produktionsmittel gelten sollen.

Wenn demnach in der VGR als »Ergebnis des Prozesses ... nur die Güter angesehen werden, die nicht in der gleichen Periode wieder in den Produktionsprozeß eingehen« (Stobbe, 1969, S. 125), zunächst also mit den Vorleistungen »das zirkulierende konstante Kapital verschwindet« (PKA, 1976, S. 73), und mit dem Abzug der Abschreibungen auch noch das verbrauchte fixe Kapital, so ist diese Vorgehensweise durchaus konsistent. Wo es

um die Ermittlung des Nettosozialprodukts geht, geht es eben nicht um die Ermittlung des in dessen Produktion verbrauchten konstanten Kapitals. Dessen »Verschwinden« hat also nichts mit dem Smithschen Dogma zu tun. (Davon könnte nur die Rede sein, wenn in der VGR das Netto- oder Bruttosozialprodukt mit dem Gesamtpreis aller während der untersuchten Periode produzierten Waren verwechselt würden. Dies ist jedoch ausdrücklich nicht der Fall: »Es ist wichtig zu verstehen, daß das Brutto- und Nettosozialprodukt nicht etwa ›der Wert aller während eines Jahres produzierten Waren und Dienstleistungen‹ ist.« (Stobbe, 1969, S. 124; vgl. PKA, 1976, S. 73)

Dem PKA ist eine solche Überlegung offenbar zu einfach. Es findet das Smithsche Dogma da wieder, wo es nicht ist. »Allerdings macht sich die Sache nun differenzierter« (ebd.). Deshalb beschwert sich das PKA über die »vulgäre Manier« (PKA, 1976, S. 74), nach der – was schon aus rein ermittlungstechnischen Gründen notwendig ist – in der VGR Vorleistungen und Abschreibungen getrennt behandelt werden.¹³ Weil Frau Bartels persönlich einen verspäteten Vorschlag zur Änderung der Nomenklatur gemacht hat, fungiert für das PKA in der VGR das fixe Kapital als »eigenständiger Wert- und Preisbildner« (ebd.), obwohl ein Zitat später schon die Rede davon ist, »›daß die Werterhöhung der Vorleistungen im Produktionsprozess zum Teil durch eine nutzungsbedingte Wertminderung der dauerhaften Produktionsmittel erkaufte wurde‹« (ebd.; vgl. Stobbe, 1969, S. 111). Die besondere »Dialektik von Brutto und Netto« hat das PKA offenbar noch nicht durchschaut.

Aber es geht noch konfusier. Nachdem lang und breit von (Brutto-) Produktionswert, Vorleistungen, Bruttosozial- (bzw. -inlands) produkt, Abschreibungen, Nettosozialprodukt und deren Zusammenhang die Rede war, erlaubt sich das PKA die Frage zu stellen, ob »erst das BIP (Bruttoinlandsprodukt – H.G.) der Marxschen Kategorie des Produktenwerts entspricht?« (PKA, 1976, S. 76). Man weiß ja, daß in den Produktenwert nach Marx alle Bestandteile des verbrauchten konstanten Kapitals ungeschieden eingehen, wohingegen das Bruttoinlandsprodukt = Produktionswert $\div$ Vorleistungen. Wenn laut PKA die Vorleistungen dem zirkulierenden konstanten Kapital entsprechen, was soll dann die Scheinfrage?

Sie entsteht nicht etwa, weil das PKA seinem bereits gewürdigten didaktischen Bedürfnis nachgeht. Vielmehr traut sich das PKA nicht umstandslos, den in der VGR ermittelten Produktionswert dem Produktenwert nach Marx gleichzusetzen. Die Skrupel resultieren daraus¹⁴, daß in den Lehrbüchern zur VGR im Zusammenhang mit der Behandlungsweise der Vorleistungen auf das Problem der »Doppelzählungen« aufmerksam gemacht wird. Diese Skrupel werden überwunden, indem das PKA den Spieß herumdreht; das Problem der Doppelzählungen sei ein »bloßes Scheinproblem«, anhand dessen sich offenbare, daß in der VGR ein partieller Rückfall ins Smithsche Dogma stattdfinde: »Die dieser Vorstellung (von Doppelzählungen bei der Ermittlung des Produktionswerts, H.G.) unterliegende Grundanschauung macht die spezifische Stellung der VGR zum Smithschen Dogma deutlich; zugleich dient diese Argumentation zur theoretischen Begründung des ›Sozialproduktkonzepts‹. Hierdurch findet dann auch der ... Widerspruch zwischen theoretischer Anschauung und praktischer Vorgehensweise seine spezifische Bewegungsform.« (PKA, 1976, S. 75)

Zunächst muß man festhalten, daß die Frage, ob der Produktionswert eine aufgrund von Doppelzählungen rechnerisch aufgeblähte Größe ist, mit der Frage, ob sich in der VGR

das Smithsche Dogma wiederfindet, nichts zu tun hat. Das ›Sozialproduktkonzept‹ beruht gerade auf der Anerkennung der Tatsache, daß sich der Produktionswert nicht in Einkommen auflösen läßt, vielmehr die Preise aller Waren (und folglich auch deren Summe), die in einem gegebenen Zeitraum realisiert werden, einen Bestandteil enthalten, der die Kosten von Vorleistungen und Abschreibungen deckt. Nur wenn die Existenz dieser Kostenbestandteile (die dem verbrauchten konstanten Kapital ›entsprechen‹) schlechthin geleugnet würde – und zwar nicht für die Einzelpreise, sondern für deren Summe –, könnte man der VGR jenen Dogmatismusvorwurf machen. Allerdings kommt es zum ›Sozialproduktkonzept‹ – d. h. zur Einschränkung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf eine beinahe exklusive¹⁵ analytische Deskription von Einkommensgrößen –, weil schon die Begründer der modernen bürgerlichen Kreislauftheorie Schwierigkeiten sahen, den Produktionswert einer gegebenen Periode korrekt zu ermitteln. So z. B. Keynes (den ich hier ausführlich zitiere, weil das PKA eine wirklich entnervend vulgäre Trennung zwischen Theoretikern und Statistikern macht, wobei sich letzteren aufgrund des alltäglichen Umgangs mit den ›facts‹ die ansonsten ja immer so verschleierte ›innere Struktur‹ der kapitalistischen Produktionsweise freimütig aufdrängen soll): »I am deducting user cost both from the *proceeds* and from the *aggregate supply price* of a given volume of output, so that both these terms are to be interpreted *net* of user cost; whereas the aggregate sums paid by the purchasers are, of course, *gross* of user cost ... The essential point is that the aggregate proceeds and aggregate supply price net of user cost can be defined uniquely and unambiguously; whereas, since user cost is obviously dependent both on the degree of integration of industry and on the extent to which entrepreneurs buy from one another, there can be no definition of the aggregate sums paid by the purchasers, *inclusive* of user cost, which is independent of these factors ... in the case of the aggregate supply price of *output as a whole* serious difficulties of duplication are involved ... they can only be overcome by making special assumptions relating to the integration of entrepreneurs in groups according as they produce consumption-goods or capital-goods, which are obscure and complicated in themselves and do not correspond to the facts.« (Keynes, 1936, S. 24 – »user cost« entsprechen in etwa der Summe aus Vorleistungen und Abschreibungen). Abgesehen von dem Problem der - theoretisch zwar eindeutigen, aber empirisch schwer durchzuführenden – Trennung der gesellschaftlichen Produktion in die Konsumtions- bzw. Produktionsmittel produzierenden Abteilungen, geht es, kurz gesagt, bei Keynes (und im Gefolge in der in den kapitalistischen Ländern üblichen VGR) um das Problem, daß die Größe des ermittelten Produktionswerts (Preissumme der von den Unternehmen in gegebenem Zeitraum verkauften Waren) nicht unabhängig ist von den Eigentums- und Distributionsverhältnissen (insbesondere dem Grad der Zentralisation der Kapitalien). Ein Beispiel: wenn ein Automobilkonzern eine seiner Zulieferfirmen einverleibt, vermindert sich der in der VGR ausgewiesene Produktionswert um die Preissumme der vorher gekauften, jetzt unternehmensintern gelieferten Automobilteile, ohne daß sich an den Verhältnissen der materiellen Produktion irgendetwas verändert hat.

Anstatt nun das Problem der Doppelzählungen (und damit die Frage, ob der in der VGR ausgewiesene Produktionswert dem Marxschen Produktenwert entsprechen kann) in dieser Perspektive zu diskutieren, hält sich das PKA bei einem Beispiel auf, mit dessen Hilfe jenes Problem in den Lehrbüchern zur VGR üblicherweise illustriert wird (vgl. PKA,

1976, S. 75f, 80). In diesem Beispiel wird – aus einem fehlgeleiteten Bedürfnis nach Vereinfachung – mit der Fiktion operiert, als gäbe es eine eindeutig gerichtete Stufenfolge der Produktion derart, daß Produkte der ›höheren‹ Stufen niemals Voraussetzung für die Produktion der ›vorgelagerten‹ Stufen seien (ein Maschinenbaubetrieb, der Energie bezieht, könnte demgemäß keine Maschinerie zur Energiegewinnung an seinen Lieferanten verkaufen usw. – vgl. als Muster Brümmerhoff, 1975, S. 66). Das PKA beschäftigt sich ausführlich mit einem derartigen, die Sache nicht treffenden Beispiel, erzählt mehr oder weniger Trivales über die notwendige Kontinuität und Gleichzeitigkeit des Produktionsprozesses in seinen verschiedenen Stufen und Formen und kommt zu dem Schluß: »Soll also der Gesamtwert, den ein solches System, nunmehr korrekt arrangiert, während bestimmter Zeit produziert, festgestellt werden, so sind die Produktionswerte der verschiedenen ›Produktionseinheiten‹ aufzusummieren... Erst dadurch ist dann das konstante Kapital neben dem variablen und dem Mehrwert als gleichermaßen den Produktenwert bildender Bestandteil erfaßt. Damit ist dann auch die Vorstellung, die dem Konzept des Bruttosozial- bzw. inlandsprodukt unterliegt, kritisiert und als falsch nachgewiesen.« (PKA, 1976, S. 80f) Mitnichten. Das PKA hat sich lediglich eine falsche Begründung für die Gleichsetzung des in der VGR ausgewiesenen Produktionswerts mit dem Marxschen Produktenwert beigeht.¹⁶ Weder ist »jetzt das Problem der Doppelzählungen als bloßes Scheinproblem dechiffriert«, noch unterliegt der VGR »die Vorstellung vom gesellschaftlichen Produktionsprozeß als ein bloßer Prozeß sukzessiver, der Zeit nach auseinanderfallender Stufen« (ebd.). Wie unsinnig die letztere Behauptung ist, kann schon ein bißchen Herumblättern in einem Lehrbuch zur VGR zeigen. Dort finden sich nämlich Input-Output-Tabellen, die nicht nur konsistent sind mit den auf dem Sozialproduktkonzept beruhenden Volkseinkommensberechnungen (vgl. z. B. Krelle, 1967, S. 186f), sondern ein Abbild der simultanen Ströme und ihrer Verflechtungen zwischen den industriellen Sektoren geben. Und gerade aufgrund der simultanen Darstellung (stoff- und wertmäßig) voneinander abhängiger Stromgrößen entsteht das Problem der Doppelzählungen. (Falls dem PKA nicht geboten scheint, sich auf solch bürgerlichen Kram wie die Unterscheidung von Bestands- und Stromgrößen einzulassen, empfiehlt sich, das Problem von Marx her anzugehen. Z. B. mittels der Frage, wie Marx' Vorgehen in der schematischen Darstellung des Reproduktionsprozesses, das auf der Annahme des simultanen Umschlags und Stellenwechsels aller Kapitalbestandteile nach Ablauf einer einheitlichen Produktionsperiode beruht, in einer empirischen Analyse des Reproduktionsprozesses modifiziert werden muß. Dann zeigt sich auch, ob man den Produktionswert (VGR) dem Produktenwert (Marx) gleichsetzen kann.)

Das PKA hat seine »systematische Kritik der bürgerlichen Form der nationalen Buchhaltung« also gründlich verpatzt. Weder unterliegt der VGR eine Variante des Smithschen Dogmas¹⁷, noch offenbart sich die Stellung zu diesem Dogma am Problem der Doppelzählungen, noch ist dieses Problem ein Scheinproblem, noch entsteht es aus »einem einseitigen Verständnis des gesellschaftlichen Produktionsprozesses... als Prozeß sukzessiver Formen« (PKA, 1976, S. 83). Aber wir nähern uns erst dem Höhepunkt dieser Kritik. Sie gipfelt in dem Vorwurf des Fetischismus an die Adresse »der Statistiker als einer besonderen Sorte von Ökonomen« (PKA, 1976, S. 85).

Zu c) »Wir haben gesehen, daß die Vorstellung vom gesellschaftlichen Produktionspro-

zeß als bloßem Prozeß sukzessiver, der Zeit nach auseinanderfallender Stufen sich gründet auf das Hervorheben der vergegenständlichten Arbeit als Bedingung und Voraussetzung der lebendigen Arbeit. Dieser Fetischismus mit Bezug auf die vergegenständlichte Arbeit ist bloßer Ausdruck des die kapitalistische Produktionsweise charakterisierenden Verhältnisses von toter und lebendiger Arbeit überhaupt.« (PKA, 1976, S.81) Eigentlich lohnt es sich nicht mehr, auf diesen Fetischismusvorwurf noch einzugehen. Denn zunächst ist, wie bemerkt, die Voraussetzung falsch, die diesen Vorwurf ermöglichen soll: daß in der VGR der Produktionsprozeß als eindeutig gerichtete Folge von verschiedenen Stufen behandelt werde. Der Vorwurf, so wenig er inhaltlich trifft, charakterisiert aber umgekehrt sowohl die Argumentationsweise des PKA als auch seinen Umgang mit der bürgerlichen Ökonomie.

Die durchaus »vulgäre Manier« des PKA, nach der die von Marx herausgearbeiteten Widersprüche, Fetischismen und sonstige Charakteristika der klassischen und unmittelbar postricardianischen politischen Ökonomie gewaltsam bis in die Gegenwart verlängert werden sollen, rächt sich selbst. »Wir haben gesehen«, wie das PKA durch konsequente Ignoranz aus dem Vorwurf des Dogmatismus à la Smith schließlich den des Fetischismus herleitet. Das Festhalten an beiden Vorwürfen läuft aber auf einen recht ordinären Widerspruch hinaus: wären die Statistiker der VGR Anhänger des Smithschen Dogmas, würden sie bei der Analyse der jährlichen Gesamtproduktion die im konstanten Kapital vergegenständlichte Arbeit ignorieren; wären sie umgekehrt »Fetischisten« derart, »daß sie die *gegenständlichen* Elemente der Produktion geltend machen und ihre Bedeutung überschätzen gegenüber dem *subjektiven Element*, der lebendigen, unmittelbaren Arbeit« (MEW 26. 3/271), könnten sie sich in jener Analyse wohl kaum auf die Betrachtung des Sozialprodukts beschränken. Oder sollten die Statistiker bei der Betrachtung der kapitalistischen Produktion »an sich« Fetischisten, bei der Betrachtung des Reproduktionsprozesses Anhänger des Smith'schen Dogmas sein? Dann handelt es sich bei diesem – nach PKA-Meinung – »aus den materiellen Verhältnissen selbst hervowachsenden Fetischismus« (PKA, 1976, S. 82) um einen jener unausgegorenen Widersprüche des bürgerlichen Denkens. Sei es, wie es sei. Vielleicht wächst auch für diesen Widerspruch eines Tages noch einmal ein »innerer Grund« aus den »materiellen Verhältnissen« hervor.

Solange das nicht geschieht, rechtfertigt der deplazierte Fetischismusvorwurf eher die Vermutung, daß das PKA im Nachvollzug der Geschichte des bürgerlichen ökonomischen Denkens etwa beim Jahr 1870 stehengeblieben ist. Insofern konnte auch nicht auffallen, daß sich seitdem eine gegen den »Objektivismus« der Klassiker gekehrte subjektivistische Manier der Betrachtung ökonomischer Verhältnisse breitgemacht hat, gegenüber der Fetischismusvorwürfe von inhaltlich ganz anderer Art berechtigt sind. Um diese Ignoranz zu verdecken (von wegen »innerer Grund«), läßt das PKA ein seichtes Gelaber über die Trennung von Mikro- und Makroökonomie ab (über die es in jedem halbwegs kritischen bürgerlichen Lehrbuch besseres zu lesen gibt als beim PKA), gefolgt von einer weiteren Unterscheidung der Makroökonomien in Theoretiker und Statistiker. Da sich das PKA auf eine kritische Untersuchung der die empirische Kreislaufanalyse begründenden Theorien (z. B. die der Keynesianer, oder, in Deutschland, die durchaus von Marx belehrten Arbeiten von Hans Peter usw.) nicht einlassen kann, bedient es sich der damit zur Sprüchekloperei herabgesetzten Marxschen Kritik der bürgerlichen Ökonomie von ehemals. Damit

nicht jeder gleich sieht, daß diese deftigen Sprüchlein über ein unbekanntes Objekt dem bekannten, hilflosen Herumrühren mit der Stange im Nebel gleichen, muß das PKA einen mysteriösen Prozeß stipulieren, in dem sich – etwa ab 1930 – den Statistikern »beständig die Friktionen der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft aufdrängen und ... diese Friktionen, wenn ihnen nachgegangen wird, tendenziell den Blick auf die innere Struktur der bürgerlichen Produktionsweise freilegen.« (PKA, 1976, S. 85)

7. Ausblick ohne Reibungsverluste

Im Gegensatz zu den armen Statistikern, deren Blick nur durch beständig sich aufdrängende Friktionen freigelegt wird, verfügt das PKA als Stellvertreter der »wirklichen Wissenschaft« über einen friktionslosen Einblick in jene »innere Struktur«, der nur noch der Anreicherung um quantitative Bestimmungen bedarf, um zum vollständigen Durchblick zu werden. Allerdings kann man sich die Durchsicht der vom PKA dargebotenen Daten ersparen, nicht weil »die Geringschätzung der Quantität ... viel über die Tiefe der theoretischen Kenntnisse« (PKA, 1976, S. 10) verrät, sondern weil auch ein noch so mühsam errechnetes Zahlenmaterial nicht über die Untiefen theoretischer Borniertheit hinweghilft.

¹ Man beachte, mit welchem didaktischen Geschick das PKA an dieser Stelle zum selbständigen Weiterdenken anregt: wer fühlte sich nicht versucht, die Liste der Kommunikationsmittel um Fernschreiber, Telefone, Fernsehen usw. zu ergänzen. Umso trauriger stimmt, daß dem PKA selbst offenbar ein kompetenter Umgang mit dem Basis-kommunikationsmittel Sprache verwehrt geblieben ist. Ich erspare es mir, den zitierten Satz, der nur beispielhaft für viele steht, auf die Einhaltung simpelster grammatischer Regeln hin zu untersuchen. Jedenfalls ist der Beitrag des PKA zur »semantischen Umweltverschmutzung« in allzuvielen Sätzen weitaus beträchtlicher als deren argumentativer Gehalt, der – wenn überhaupt – oft nur bei größter Gutwilligkeit des Lesers »dechiffriert« werden kann.

² Kurz gesagt: »Die ... Gestalt ... geht über die Registrierung ... hinaus, insofern zugleich »die Art und Weise ...«, sowie die Komplizierung ... als Momente, Bestandteil ... bilden.«

³ Der Satz liefert ein Beispiel dafür, wie sich das PKA die »Identität von Denken und Sein« denkt: dem »räsonnieren-den Subjekt« ist es demnach nicht nur möglich, unter *Verweis* auf den »Weltmarkt, seine Konjunktoren, die Bewegung der Marktpreise« etc. gegen bestimmte methodische Vorgehensweisen zu argumentieren, sondern es kann gleich den ganzen Weltmarkt, wie er geht und steht, »als Einwand vorbringen«. Alles im Kopf natürlich ...

⁴ Eine Seite vorher heißt es noch: »Der Außenhandel ist nur insoweit zu berücksichtigen, als durch Export und Import der Wert- und Stoffersatz des gesellschaftlichen Gesamtkapitals tangiert wird, ohne dazu im einzelnen die Modifikationen des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt zu betrachten.« (PKA, 1976, S. 36, Hervorh. H.G.). Den Außenhandel »im Saldo betrachten« heißt, daß man Wert- und Stoffersatz als Bewegung der Reproduktion über nationale Grenzen hinweg überhaupt nicht untersucht. Abgesehen davon bleibt es ein Geheimnis des PKA, wie man bei Betrachtung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals sinnvoll von Wert- und Stoffersatz reden kann.

⁵ Angesichts der bemerkenswerten Fähigkeiten des PKA im Aufbau von Pappkameraden ist es vielleicht nicht überflüssig anzumerken, daß mit der Kritik an dessen eigener Untersuchung nicht generell die Möglichkeit empirischer Analysen auf Basis der Marxschen Theorie bestritten wird. Man sollte nur erst denken und dann rechnen – und wenns schon umgekehrt passiert ist, mit der Etikettierung der Ware nicht so großkotzig sein.

⁶ Das Problem wird auf S. 34 vorgestellt und auf den S. 39–41 weggeredet – unter Einschub einer Abschweifung bezüglich möglicher inflatorischer Preisbewegung, die natürlich ebenfalls eine Abweichung der Preise von den Werten bedeuten.

⁷ Für das PKA stellt sich also das »inverse Transformationsproblem«. Auch wenn man der Auffassung ist, daß es bei diesem Problem nicht nur darum gehen kann, »eine Formel ... zu erfinden« (PKA, 1976, S. 40), sollte man nicht

übersehen, daß es befriedigende mathematische Ansätze zur Lösung dieses Problems bisher nicht gibt – und daß vorliegende Lösungen das gleichzeitige Festhalten an beiden ›Invarianzen‹ verbieten. Der billige Gegensatz »eine Formel.. zu erfinden« vs. »systematisch zu entwickeln« (ebd.), hilft nicht darüber hinweg, daß das PKA an keiner Stelle »systematisch« entwickelt – es sei denn, man verwechselt den dauernden Gebrauch von Vokabeln wie ›Bestimmung‹ ›Vermittlung‹, ›Ableitung‹ usw. mit den entsprechenden wirklichen Denkprozeduren.

Neben einer bloß unterstellten Lösung des Transformationsproblems im engeren Sinne hat das Verfahren des PKA noch (mindestens) zwei weitere Voraussetzungen: (a) die Annahme, Schwankungen der Marktpreise um die Marktproduktionspreise könnten dadurch berücksichtigt werden, daß man aus den bereits aggregierten Marktpreisgrößen der VGR für jeweils einen Zyklus Durchschnittsgrößen bildet; (b) die Annahme, das Geld sei als »exogene Variable« zu behandeln, deren Variation sich auf alle andern Variablen des Systems »neutral« auswirkt, so daß man die »möglichen (!) Veränderungen des Geldausdrucks« erst in zweiter Linie berücksichtigen muß.

⁸ Man beachte die feinfühlige Dialektik von Entwicklung und Lage!

⁹ Diese Behauptung ist in mehrfacher Hinsicht unsinnig.

¹⁰ »Die Scheidelinie ... ist nun keineswegs das vulgäre Element« – wiederum ein Satz, in dem Originalität und Tiefe des Denkens ihren vollendeten sprachlichen Ausdruck finden.

¹¹ Daß das PKA nicht weiß, wie man einen rein buchungstechnisch inspirierten Gleichgewichtsbegriff von einem theoretisch aussagefähigen unterscheiden kann, wird auf S. 55 ersichtlich. Dort wird aus der Trivialität, daß bei allen realisierten Preisen »die Zufuhr gleich der Nachfrage ist«, geschlossen, daß Gleichgewicht existiert. Zugleich soll »klar« sein, »daß sich dieses Gleichgewicht nur herstellt vermittelt über die beständigen Schwankungen innerhalb der verschiedenen Produktionssphären.«

¹² Damit ist überhaupt nicht gesagt, daß sowohl die VGR als auch die ihr zugrundeliegende Theorie der Kritik entzogen sind. Es ist lediglich »unzweckmäßig«, nach PKA-Manier den Sack (»Die ... volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist falsch«! – Umschlagtext) zu schlagen, wenn man den Esel (die Kreislauftheorie) meint. Aber ein anderes Verfahren setzt natürlich voraus, daß man den Esel kennt. Im übrigen ist nicht alles, was lange Ohren hat, ein Esel ...

¹³ Über ein an dieser Stelle wirklich zu behandelndes Problem – wie nämlich die Abschreibungen kalkuliert werden – wird kein Wort verloren.

¹⁴ Nebenbei ist zu notieren, daß das PKA hier nicht nur mit seinem Kritikobjekt kämpft, sondern auch mit seiner eigenen Vergangenheit. So heißt es in einer kurz vor dem besprochenen Buch erschienenen Schrift: »Unter dem Brutto-sozialprodukt (BSP) ist nach Auffassung der bürgerlichen Ökonomie der Gesamtwert aller Produkte zu verstehen (Produktenwert), der im Laufe eines Jahres durch die arbeitende Bevölkerung hergestellt wird. In diesem Wertbetrag sind also auch die Werte des Verschleißes von dauerhaften Produktionsmitteln (fixes Kapital) und die Werte des Rohmaterials bzw. der Halbfabrikate, die in die Produktion der Waren eingegangen sind (zirkulierendes Kapital), eingeschlossen. (Bischoff, 1976, S. 161). Offensichtlich war damals dem PKA der Unterschied zwischen Brutto-produktenwert und Brutto-sozialprodukt noch nicht klar. Abgesehen davon könnte man hier dem PKA selbst einen Rückfall ins Smithsche Dogma vorwerfen, wenn der Produktenwert als der »Gesamtwert aller Produkte ... , der im Laufe eines Jahres durch die arbeitende Bevölkerung hergestellt wird«, umschrieben wird. Die Produkte werden zwar »im Laufe eines Jahres« hergestellt, aber ihr Wert wird eben nicht in derselben Periode geschaffen. Sonst ließe er sich tatsächlich à la Smith in Einkommen auflösen. Immerhin kannte das PKA damals aber noch das Problem der Doppelzählungen: »Die Unterscheidung zwischen Wertbestandteilen, die aus Produktionsmitteln und solchen, die aus lebendiger Arbeit stammen, sind (?) ungenau und falsch, es finden Doppelberechnungen statt.« (ebd.)

¹⁵ Wenn man empirische Input-Output-Analysen berücksichtigt, sieht das natürlich anders aus.

¹⁶ Abgesehen von einigen späteren, aus anderen Gründen vorgenommenen Modifikationen. Vgl. PKA, 1976, S. 179f.

¹⁷ Etwas anderes wäre es, die Konsequenzen der – qua formal korrekter Abstraktion begründeten – Restriktion der Kreislauftheorie auf eine fast ausschließliche Betrachtung des Einkommenskreislaufs zu untersuchen. Nur so oft wird nämlich in weitläufigeren Ableitungen »vergessen«, daß diese Abstraktion vorgenommen wurde.

Literatur

- Bischoff, J. (1976) (Hg.), *Die Klassenstruktur der Bundesrepublik Deutschland*, Westberlin
Brümmerhoff, D. (1975) *Gesamtwirtschaftliches Rechnungswesen*, Köln

- Cassel, D., Müller, H. (1975) *Kreislaufanalyse und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung*, Stuttgart
- Keynes, J.M. (1936) *The General Theory of Employment, Interest, and Money*, London
- Krelle, W. (1967), *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung*, 2. Aufl. Berlin
- Peter, H. (1943), *Strukturlehre des Wirtschaftskreislaufes*, Berlin
- Projekt Klassenanalyse (1976), *Gesamtreproduktionsprozeß der BRD 1950–1975*, Westberlin
- Stobbe, A. (1969), *Volkswirtschaftliches Rechnungswesen*, 2. Aufl. Berlin – Heidelberg – New York

Replik

Heiner Ganßmann bestreitet uns das zu einer wissenschaftlichen Arbeit nun einmal unumgängliche Problembewußtsein. Konsequenz: die Untiefen theoretischer Borniertheit sollen mit Zahlenspielerereien überbrückt werden. Anhand einiger Probleme hält er uns die lange und traditionsreiche Debatte innerhalb der marxistischen Linken als Rettungsring vor; nur wenn wir ihn ergreifen, können wir uns aus dem geistigen Sumpf befreien. *Selektive Diskussion* – das ist nach Ganßmann das Gebot der Stunde. Konkret heißt das: Nachweis der »methodologischen Ignoranz«; Verzicht auf positive Lösungen zugunsten von Problembewußtsein; politische Verbalinjurien, die natürlich nicht theoretisch oder sonstwie ausgewiesen sind; Rückgriff auf ein profundes Wissen in Sachen bürgerlicher Ökonomie.

Wir bekennen: diese Sphären des Problembewußtseins sind für uns nicht erreichbar; es ist weder theoretisch noch politisch unsere Absicht, kritischen bürgerlichen Lehrbüchern Konkurrenz zu machen; wir bleiben beim seichten Gelaber, hilflosen Herumrühren mit der Stange im Nebel – kurz, bei der vulgären Manier und listen daher kurz einige durch Ganßmann aufgeworfene Probleme auf; positive Lösungen auf Grundlage unserer Milchmädchenökonomie werden die nächsten Produktionen unserer regen Veröffentlichungstätigkeit enthalten.

1. Die VGR sei deskriptive Analyse und in keiner Weise eine erklärende Theorie

Wir können Ganßmanns Suche nach konsistentem statistischen Material unter Einbezug von Input-Output-Tabellen und Vermögensrechnungen nicht folgen. Denn zum einen fehlt uns jenes Problembewußtsein, das er in der gängigen bürgerlichen Diskussion zu entdecken vermag; unserer bornierten Sichtweise stellt sich dies so dar: »Die Debatte um die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) und ihr wichtigstes Ergebnis, das Sozialprodukt, ist in den letzten Jahren wieder verstärkt aufgeflammt... Üblicherweise werden diese Probleme als Unvollkommenheiten behandelt, die sich bei der Umsetzung der reinen

Theorie in die Praxis ergeben, ohne daß dadurch die Theorie in Frage gestellt wird. Wir hingegen suchen zu begründen, daß die Methode, durch Abwertung der empirisch-praktischen Seite diesen Widerspruch zugunsten der Theorie aufzulösen, nicht länger fruchtbar ist, sondern daß sich in den Standardproblemen der Sozialproduktsrechnung ein grundlegender Gegensatz der etablierten Praxis und des darin enthaltenen Realitätsverständnisses zu den bisher theoretisch erörterten Deutungen dieser Praxis offenbart«¹. Wir räumen ein, daß wir diesen Widerspruch noch unzulänglich aus dem System der Kritik der politischen Ökonomie erklärt haben, eine Unzulänglichkeit, die sich im sprachlichen Ausdruck unserer Argumente reproduziert. Ganßmanns Rekurs auf traditionelle Deutungen, die ökonomische Kreislauftheorie sei das eine und die VGR das andere, führt indes keinen Schritt weiter.

Zum anderen kann eine marxistische Kritik der VGR nur der erste Schritt zu weitergehenden Untersuchungen sein: Kritik der Finanzierungsrechnung, Einbeziehung der Vermögensrechnung und systematische Dechiffrierung der Verflechtungen der nationalen Kapitale durch internationalen Handel. *Methodologisch* inspiriertes Problembewußtsein – dies sei neidlos anerkannt – hat nur Ganßmann.

2. Das Problem der Doppelzählungen in der VGR

Ganßmann liefert eine Perspektive: »die Größe des ermittelten Produktionswerts (Preissumme der von den Unternehmen im gegebenen Zeitraum verkauften Waren) ist nicht unabhängig von den Eigentums- und Distributionsverhältnissen«. »Anstatt nun das Problem der Doppelzählungen in dieser Perspektive zu diskutieren, hält das PKA« nichts von dem durch die bürgerliche Ökonomie versprochenen Panorama, sondern labert wieder mit Marx herum. Warum ? »Im Externen Kreislauf wird der Begriff der Doppelzählungen im allgemeinen an den Strömen zwischen den Unternehmen erläutert. Im Wert des Endprodukts stecke der Wert der Zwischenprodukte, daher zähle man letztere mehrfach, wenn man sie dem Endprodukt hinzufüge.«² Man kann diese Argumente auch so formulieren, daß mit der Entwicklung der Zentralisation der Kapitale eine Reihe von Zwischenprodukten preismäßig nicht mehr erfaßt würden. »Diese Betrachtungsweise impliziert eine werttheoretische Annahme, nämlich daß der Preis eines Produkts von den in ihm enthaltenen Faktorleistungen bestimmt werde und mit jeder Weiterverarbeitung um eben diesen Wert steige. Unter dieser Annahme ist es richtig, daß die Faktorkosten der Zwischenprodukte mehrfach gezählt würden, schließe man sie dem Endprodukt zu. Unter einem andern Aspekt, etwa dem der auf allen Güter-Märkten realisierten Gesamtnachfrage, ist die Einbeziehung der Zwischenprodukte aber keine Doppelzählung, sondern ein notwendiges Element der Zählung... Der Vorwurf der Gegner einer bestimmten Konvention, sie enthalte Doppelzählungen, ist also zumeist nichts anderes als die Feststellung, man vertrete eine andere Konvention und damit eine andere zugehörige Theorie, von der aus dann die gegnerische Konvention als Doppelzählung erscheint.«³ Das wechselseitige Auspielen einer theoretischen Version gegen eine andere gilt selbst der nichtmarxistischen Wissenschaft als *schlechtes* Theorieverständnis. Ganßmann befindet sich noch jenseits dieses Bewußtseins, wenn ihm die Verweigerung des Mitspielens in dieser Theorienkonkurrenz als Ignoranz und unkulturelles, unzivilisiertes Verhalten erscheint.

3. Überhaupt das Rechnen

Unsere Barbarei hat Methode; wir drängen auf die quantitative Erfassung der allgemeinen Profitrate, die Bestimmung der verschiedenen Distributionsprozesse dieses gesellschaftlichen Surplus und schließlich auf die Erörterung jener Formen nationaler Buchhaltung, die für einen Übergang zu einem neuen Typ ökonomischer, sozialer und politischer Entwicklung der Gesellschaft wichtig sind.

Einiges über die vor uns liegenden Probleme kann dem in diesem Heft veröffentlichten ökonomisch-politischen Review über die BRD entnommen werden. Wir haben hier diese Zielsetzung unserer Arbeiten nicht weiter zu erörtern, weil sie die traditionsreichen marxistischen Diskutanten à la Ganßmann nicht interessieren.

Projekt Klassenanalyse

¹ Reich/Sonntag/Holub: Arbeit-Konsum-Rechnung; Axiomatische Kritik und Erweiterung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Köln 1977, S. 18. Wir zitieren diesen Text von sich gewiß nicht der Marxschen Theorie verpflichtet wissenden Autoren, um der vindizierten profunden Kenntnis eines Ganßmann ein wenig Realität entgegenzusetzen. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der axiomatischen Kritik der VGR erscheint im nächsten Heft.

² ebda., S. 110

³ ebda.

Folgende Artikel und Kommentare beschäftigen sich mit der politischen und ökonomischen Situation der Bundesrepublik Deutschland

Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus

Gewerkschaftsstaat oder Unternehmerstaat, Heft 1–77

Für eine sozialistische Bundesrepublik, Heft 2–77

Sozialisten in der SPD? Heft 3/77

Bewußtseinsformen des Alltagslebens, Heft 3–77

Klassenstruktur in den Metropolen des Kapitals, Heft 3–77

Programm gegen Massenarbeitslosigkeit, Heft 4–77

Orientierungslos trotz Orientierungsrahmen, Heft 5–77

Problem Deutschland, Heft 1–78

Mehrwert- und Profitraten des BRD-Kapitals, Heft 1–78

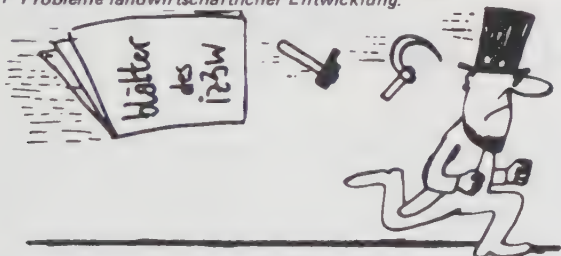
Bahro – eine Alternative? Kritik von Rudolf Bahros Bestseller, Heft 1–78

Jetzt kostenlos kennenlernen: blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

Themen der letzten Nummern waren:

+ Produktionsverlagerung und Arbeitslosigkeit in der BRD + Außenpolitik der VR China + UNCTAD IV – Veränderung für die Dritte Welt? + Das neue Weltbankprogramm + Nestle - Babykiller + Afrikanische Entwicklungsmodelle + Arbeitsaufenthalt auf Kuba + Presse- kampagne gegen Kampuchea + Frauen in der Dritten Welt + Aufbau in kürzlich befreiten Ländern + Ökonomischer Völkermord in Chile + Aktionen: Dritte Welt Handel + Tansania: Bürokratie behindert sozialistische Entwicklung + Dritte Welt im Spiegel der Massenmedien + Unterdrückung der Indios in Südamerika + Malaysia: Kampf um Wohnraum + Medizin in der 3. Welt + Probleme landwirtschaftlicher Entwicklung.



Die in 8 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift

- + berichtet über die Lage der 3. Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung“ und über den Wi- derstand der unterdrückten Völker und Nationen
- + gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt
- + beleuchtet die „Entwicklungshilfe“, ihre Hintergründe und Auswirkungen
- + setzt sich mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik aus- einander
- + berichtet über den Befreiungskampf der Völker in der 3. Welt und den Aufbau unabhängiger, fortschrittlicher Staaten
- + will zu praktischer Solidarität mit dem Kampf der 3. Welt um Freiheit und Unabhängigkeit anregen
- + gibt Hinweise und Erfahrungsberichte aus der Solidaritätsarbeit

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 · 60 Seiten: DM 28,— /öS 200,—/Sfr 28,80 (für Stu- denten, Zivildienstleistende und andere einkommenschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,—/öS 140,—/Sfr 20,40).

Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328
D-7800 Freiburg
Tel. 0761 / 7 4003

Probeexemplar anfordern!

**Fordern Sie
bitte sofort ein
kostenloses Probeheft
an.**

dialectiques

REVUE TRIMESTRIELLE

No 22 – DEMOCRATIE

1 – INTERVENTIONS – DEBATS –

- Jacques ATTALI
- Georges LABICA
- Jean-Pierre DELILEZ
- Henri WEBER
- Lucien SFEZ

2 – ENQUETES –

Démocratie de base, vie associative, autogestion.

3 – BIBLIOGRAPHIE – NOTES DE LECTURE –

... à propos de POULANTZAS, ELLEINSTEIN, CARILLO, CLAUDIN, JULLIARD, GU-ATTARI.

Janv/Fév. 78

128 p. 25 F.

Directeur de Publication: David Kaisergruber – 77bis, rue Legendre, 75017 Paris –
Tél.: 229-41-22 C.C.P. La Source 33 762 71

Vertrieb in der BRD und Westberlin: VSA, 1000 Berlin 36, PF 360 307

Die »Neue Linke« und die Literatur

Es ist nichts Neues, daß Intellektuelle ihre antiintellektuellen Phasen haben, in denen sie Herz und Gefühl wieder unmittelbar sprechen lassen wollen. Ein aktuelles Beispiel für diese Tendenz ist das Buch »Atempause. Versuch, meine Gedanken über Literatur und Kunst zu ordnen.« von Peter Schneider.* Es enthält Kritiken und Aufsätze aus den letzten zehn Jahren. Es wäre also selbstverständlich, wenn Schneider in seinem fast dreißigseitigen Nachwort »Die Beseitigung der ersten Klarheit« dem Leser erklären würde, warum er sie gerade jetzt veröffentlicht. Aber nichts davon. Er betont im Gegenteil unverblümt, daß eine inhaltliche Auseinandersetzung mit früheren Anschauungen für ihn nicht infrage kommt. Er will nur, sagt er, den damaligen atmosphärischen Hintergrund aufhellen, damit der Leser begreift, wieso er z. B. über den Wildwestfilm 1965 so und nicht anders geschrieben hat.

Von Bescheidenheit kann in diesem Nachwort wirklich nicht die Rede sein. Die Wichtigkeit der erzählten Einzelheiten ist nämlich außerhalb der Privatperson Schneider gar nicht einzusehen, so daß ihnen erst durch diese spezielle Verknüpfung mit dieser bestimmten Person der Schein des Besonderen zukommt, des wirklich Individuellen, das gleichzeitig gesellschaftlich bedeutsam ist. Schneiders Selbstverliebtheit, wie sie hier erstaunlich unkontrolliert zum Ausdruck kommt, führt dazu, daß jedes Argument, das sich inhaltlich auf seine Essays einlassen würde, sofort als »objektivistisch« oder als beliebige Meinung denunziert wird. Das Ergebnis ist eigentlich eine platte Rechtfertigung aller Arbeiten, natürlich gelegentlich aufgelockert durch allgemeine Zweifel an der analytischen Tätigkeit, ein Schaukampf mit der eigenen Person und ihrer theoretischen Vergangenheit, der nur eins beweist: Schneider befindet sich entgegen seinem Selbstverständnis in zunehmender Übereinstimmung mit seiner Umgebung; die Kritik wird deutlich allgemeiner, die Gegen-

* Peter Schneider, Atempause. Versuch, meine Gedanken über Literatur und Kunst zu ordnen, Reinbek 1977, Rowohlt Taschenbuch Verlag, 234 S., DM 9,-

stände der Kritik deutlich unwichtiger, der Mut, den Leser mit uninteressanten persönlichen Problemen zu behelligen, wächst unaufhörlich.

Im Nachwort wird die unklare Zeit vor der Studentenbewegung, die wunderbare Zeit während der Studentenbewegung und die noch andauernde Wartezeit nach der Studentenbewegung geschildert. Dabei spart Schneider nicht mit massiver Selbstkritik. Er war nämlich damals der Ansicht, daß eine Revolution in zwei bis drei Jahren in der Bundesrepublik möglich wäre. Heute ist er nicht mehr dieser Auffassung. Er wußte allerdings schon damals, daß, von ihm in dieser Reihenfolge aufgezählt, »die Gewerkschaften, die Parteien, der ganze bürgerliche Staatsapparat nicht einfach vom Erdboden verschwinden würden.« Diese revolutionären Fragen wurden aber glücklicherweise über der nächsten Massendemonstration von ihm vergessen.

Schneider ist nur einer von vielen, die neuerdings wieder versuchen, die Studentenbewegung einer politischen Kritik und Einordnung zu entziehen, indem sie auf ihre allgemeinen menschlichen Qualitäten zu sprechen kommen. Es sind die Vertreter der sogenannten »Neuen Linken«, deren Definition übrigens immer noch aussteht, die in wehmütigen Erinnerungen an die Studentenbewegung versinken. Darin drückt sich aktuelle Ratlosigkeit und völlige Unfähigkeit zur Selbstkritik aus, aber auch eine bemerkenswerte Zufriedenheit und Enge der Argumentation, deren politische Tünche immer dünner wird. Dahinter kommt der Wunsch von Dreißig- bis Vierzigjährigen zum Vorschein, sich weiterhin Illusionen über die eigene gesellschaftliche Bedeutung zu machen und den fortschreitenden Anpassungsprozeß vor sich und anderen zu verschleiern. Außerdem wäre es zur Zeit in der Bundesrepublik eine ungeschickte Öffentlichkeitsarbeit, den tatsächlichen Verfall der »Neuen Linken« und ihre bloß feuilletonistische Randexistenz zu schildern, statt, wie es Schneider tut, immer wieder auf die gute alte Zeit von 1967/69 zu verweisen. Daß die alten Ideen der »Neuen Linken«, an denen nach zehn Jahren möglicherweise einige Korrekturen angebracht wären, noch nicht verwirklicht sind, liegt an den gesellschaftlichen Verhältnissen, die sich diesen Ideen einfach nicht gewachsen gezeigt haben. Im Prinzip ist nach wie vor nichts gegen sie einzuwenden. Es gilt, konsequent an ihnen festzuhalten. Das Überwintern kann lange dauern, Schneider läßt daran keinen Zweifel, aber, betont er in einem originellen Bild, »wer sagt denn, daß entweder der eine oder der andere Bahnhof die Endstation ist?«

Es ist notwendig, etwas genauer auf das Nachwort einzugehen, um den aktuellen Stand der Vorstellung von Subjektivität und ihrer politischen Bedeutung zeigen zu können. Schneider beginnt mit einigen Bemerkungen über Mülltonnen, Hinterhöfe, Kastanien und die Besonderheiten der Berliner Tauben, um dann, nach ein paar bissig-melancholischen Anmerkungen zu den Grenzformalitäten, seine Manuskripte und sich selbst ins Spiel zu bringen. Er erzählt von seiner Ankunft in Westberlin, die üblichen Bemerkungen über den Bahnhof Zoo, der anders ist als andere Bahnhöfe, die üblichen Geschichten über Wirtinnen und Untermiete, geschmückt mit ein paar wirklich dünnen Witzen.

Er wollte immer Schriftsteller werden und war neidisch auf erfolgreiche Kollegen, die er deshalb angriff. Damals legte seine Freundin Barbara Wert auf Brillanz, mit ihr besprach er seine Artikel, als aber die Studentenbewegung begann, gehörte Barbara einer anderen Welt an. Er traf sie dann noch einmal 1973 im Athen Hilton am Swimmingpool, da hatte er schon einen Standpunkt, den er im übrigen nicht näher erläutert, jedenfalls war er dadurch

nicht mehr brilliant, Barbara meinte, er sei provinziell geworden. Der Leser erfährt, daß diese Kritik nicht stimmt.

Viele Autoren, die er bei Widersprüchen zu ertappen meinte, haben ihn doch sehr beeindruckt; nicht auf der analytischen Ebene, eher auf der gefühlsmäßigen. Deshalb war es ihm unmöglich, seinen wirklichen Eindruck in der Kritik zu beschreiben. Er abstrahierte von sich selbst, verdrängte sein eigentliches Interesse zugunsten der Formulierung von allgemeinen Maßstäben. Schneider appelliert hier ganz offen an ein bekanntes Vorurteil über den Kunstgenuß: Wer wirklich genießen will, muß sich seiner rein subjektiven Wahrnehmung hingeben und, falls eine Stellungnahme erwünscht ist, seine sinnlichen Eindrücke formulieren, möglichst ohne vorschnelle Reflexion. Wie das gehen soll, bleibt Schneiders Geheimnis. Überhaupt entwickelt er zahlreiche Alternativen, die es in der Realität gar nicht gibt. Es kommt zu merkwürdigen Sätzen, wie z. B.: »Ein Zuschauer, der über seine Wahrnehmung eines Films spricht, sagt mehr über den Film, als einer, der nur über den Film spricht.« Es ist zwar sicher, daß das in der Bundesrepublik als Dialektik gilt, trotzdem sind solche konstruierten Gegensätze, von denen das Nachwort strotzt, nur der Beweis für eine Vorstellung von individueller Wahrnehmung, hinter der sich nichts anderes verbirgt als die platte Gegenüberstellung vom unabhängigen Einzelnen und den im allgemeinen unerträglichen gesellschaftlichen Verhältnissen. Das sozusagen wirklich subjektive Urteil, dem keinerlei gesellschaftliche Beeinflussung mehr anhaftet, wird bei Schneider zur bloßen Willenssache. Statt solche, gerade im Kulturbetrieb fleißig kolportierten Auffassungen zu kritisieren, die ja entscheidend mit den Privilegien der im kulturellen Bereich Tätigen und den damit zusammenhängenden Illusionen zu tun haben, schließt sich Schneider, natürlich immer unter Wahrung des sogenannten kritischen Anspruchs, ihnen an. Jeder Leser, Zuhörer, Kunstbetrachter verfügt dann logischerweise über seine, nur ihm eigene Art der Wahrnehmung. Wie unhaltbar diese Ansicht ist, zeigt schon der oberflächlichste Eindruck von beliebigen öffentlichen Diskussionen. Bei Schneider ist die wirklich naive Trennung von »subjektiv« und »gesellschaftlich« eigentlich von dem im Grunde harmlosen Wunsch eines Mannes bestimmt, in voller Übereinstimmung mit sich selbst in der Öffentlichkeit aufzutreten. Das Unangenehme ist nur, daß sich seine Kunstauffassung im wesentlichen mit ganz konservativen Theorien deckt, die ja auch vom prinzipiell einsamen Gespräch zwischen Kunstproduzent und Empfänger ausgehen. Sie leugnen ja auch die, vom Wissen des Individuums oft durchaus unabhängige klassenspezifische Bestimmtheit von scheinbar ganz persönlichen Meinungen.

In Schneiders Nachwort zeigt sich sehr deutlich der Zusammenhang zwischen politischer und künstlerischer Anschauung. Mit der Studentenbewegung habe sich, schreibt er, eine Entwicklung angekündigt, die die Politik zu einer Sache jedes einzelnen machte. Solche inhaltsleeren Behauptungen, über die gar nicht mehr zu reden ist, zeigen, wie unproduktiv inzwischen die Fixierung auf die Studentenbewegung geworden ist. Schneider betreibt ihre Romantisierung mit tatsächlich außergewöhnlicher Entschlossenheit. Er berichtet über die Politisierung, viele, die er gekannt hat, wurden erst in der Studentenbewegung für ihn zu Personen. In der politischen Revolte, das Nachwort ist 1977 geschrieben, wurde die Explosion der Haare und Fingernägel, der Second-Hand-Klamotten, der rauhen Stimmen und des neuen Körperbewußtseins nachgeholt, die – ein wichtiger Unterschied zur Bundesrepublik – in Amerika und England der Revolte *vorausgingen*. Die persönlichen und

die politischen Bedürfnisse waren damals noch nicht getrennt. Auch das ist nur einer der vielen gängigen Sprüche, die eine genaue Untersuchung von vornherein unmöglich machen. Schneider benutzt das doch sehr zeitgebundene Vokabular der Studentenbewegung und ihre knappen, oft genug die realen Verhältnisse ausblendenden Formeln mit erstaunlicher Unbefangenheit. Bei der Beschreibung der alten Konflikte mit den alten Worten kann natürlich nichts Neues herauskommen.

Zum Beispiel wird die Auseinandersetzung zwischen den sogenannten dogmatischen Sekten und den sogenannten Spontis noch einmal in ihrer ganzen unglaublichen Länge- weile publizistisch aufbereitet, wobei Schneider auf der Seite der Spontis zu stehen scheint, das sind diejenigen, die sich ihre persönlichen Bedürfnisse im Namen einer Partei nicht nehmen lassen.

Wovon ist in diesem Artikel eigentlich wirklich die Rede? Warum werden derartig abge- leierte Konflikte zwischen einigen Vertretern der Mittelklasse zu politisch wichtigen Er- eignissen hochgeboxt? Die Antwort liegt nahe, wenn man Schneiders Nachwort gelesen hat. In der Erinnerung wird die Studentenbewegung zu einer Zeit, in der die vollkommene Selbstverwirklichung des Individuums (sowieso ein Privileg der Mittelklasse, die über ge- nügend Freizeit verfügt und nicht ernsthaft gezwungen ist, sich mit den Übergriffen des Kapitals auseinanderzusetzen) möglich zu sein schien. Dazu kommt die Meinung, an der Schneider – ebenso wie viele andere ehemalige Studentenvertreter – bequemerweise fest- hält, daß es sich dabei um einen beispiellosen, Maßstäbe setzenden politischen Vorgang gehandelt habe. Es geht aber gar nicht um eine politische Diskussion, es geht um Herzens- angelegenheiten, um Körperbewußtsein, eine neue Art zu sprechen, sich zu bewegen, um Dieter Kunzelmann im Nachthemd, Orgasmusschwierigkeiten, um den Ekel vor'm bür- gerlichen Kunstzeremoniell usw.

Zum Schluß wird doch klar, daß Schneiders sehnstüchtiger Blick zurück, seine deutsche Innigkeit beim sensiblen Aufspüren der eigenen Schwächen und die unerhört sanfte Selbstkritik – daß dieser ganze Aufwand nur dazu dient, dem Leser die Person »Schnei- der«, öffentlich und gegen alle Entwicklung, in ihrer privaten Existenz als exemplarische politische Figur vorzustellen. Dabei bringt ihn der offenbar starke Rechtfertigungsdruck, auch noch die beiläufigsten privaten Erfahrungen politisch wichtig nehmen zu müssen, immer wieder in Gefahr, sich lächerlich zu machen.

Durch die bemerkenswerte Direktheit, mit der Schneider biographische Details so ord- net, daß persönliche Erlebnisse dauernd aufdringlich übers rein Private hinauzuweisen haben, wird jedenfalls eins klar: Das Milieu der sogenannten »Neuen Linken« scheint die freie Entfaltung der Persönlichkeit, von der ihre Vertreter doch unaufhörlich sprechen, nicht gerade zu begünstigen. Schneiders Ablehnung der »Objektivität« und seine Hin- wendung zur »Subjektivität«, die allerdings auch beispielhaft zu sein hat, führt dazu, daß er gerade nicht den Mut aufbringt, unabhängig von der engen Interpretation durch die »Neue Linke« seine persönlichen Erfahrungen zu schildern, sondern er achtet im Gegenteil sehr sorgfältig darauf, seine Beschreibungen im vorgegebenen Bezugsrahmen zu halten. Sie sind, liest man genau, durchweg klischeiert. Die Fixierung auf die Studentenbewegung oder vielmehr auf eine bestimmte Vorstellung von ihr, macht das Nachwort in einer Hinsicht in- teressant: Schneider beschreibt, ohne es zu wollen, den vollständigen Bankrott der »Neuen Linken« und zugleich ihre unermüdlichen Versuche, alte Illusionen über ihre poli-

tische Bedeutung aufrechtzuerhalten.

Unter »den Linken« versteht Schneider offenbar nur eine Gruppe von ehemaligen Studenten, die sich von dieser Phase ihres Lebens einfach nicht lösen können, studentischen Nachwuchs, einige Professoren und Assistenten, Lehrer, Schriftsteller und Feuilletonisten. Der Rest der Bevölkerung gehört dann folgerichtig zur »Masse«. Oder, was fast noch schlimmer ist, zu den endgültig korrumpierten Organisationen der Arbeiterklasse, die der »Neuen Linken« nicht die entsprechende Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Daß Intellektuelle besondere Schwierigkeiten haben, ihre Produktionsbedingungen zu durchschauen und eine scharfe Aufmerksamkeit für die spezifischen Auswirkungen ihrer Klassenlage zu entwickeln, weil sie unter den gegebenen Bedingungen eigentlich gar nicht dazu gezwungen sind – diese Schwierigkeiten können nicht als Entschuldigung für eine derartige Selbstüberschätzung wie bei Schneider dienen. Die wirklich entscheidenden Auseinandersetzungen, an denen er sich orientiert, finden für ihn nach wie vor in der bürgerlichen Öffentlichkeit statt. Er hat sich, das zeigen seine Aufsätze aus den letzten zwei Jahren und vor allen Dingen das Nachwort sehr deutlich, keinen Augenblick von diesem ideologischen Kleinkrieg in den Feuilletons lösen können. Die dort lange Zeit ungeniert vertretenen rein technokratischen oder auch nur verblasenen Kunstvorstellungen hat er immer wieder geduldig kritisiert. Er hat die Politisierung der Literatur gefordert und sie, wie es damals Mode war, überhaupt infrage gestellt mit dem ebenfalls gängigen Argument, daß sie nicht so direkt wirke wie zum Beispiel ein politisches Manifest. Das war zwar alles ein bißchen einfach gedacht, aber nachträglich, vergegenwärtigt man sich die damalige politische Bewußtlosigkeit der meisten kulturell tätigen Intellektuellen, durchaus verständlich. Der Schritt, der notwendig gewesen wäre, um diese spezifische Ideologie, wie sie in der Literatur und dem Feuilleton vorliegt, zu erfassen und sie dadurch erst wirklich einer Kritik zugänglich zu machen, diesen Schritt hat Schneider, das kann man in den hier veröffentlichten Aufsätzen verfolgen, nicht gemacht. Er ist doch letzten Endes in bloßen Appellen steckengeblieben. Er hat sich und dem Leser keine Klarheit darüber verschafft, welche klassenspezifischen Wunschträume und Vorstellungen vom gesellschaftlichen Zusammenhang sich gerade im kulturellen Bereich zu äußern pflegen. Der gute Wille, fortschrittliche Positionen in die Kultur einzubringen, stellt ja noch lange nicht das Selbstverständnis eines gestandenen Kulturarbeiters, der vielleicht außerdem noch einen Posten zu bekleiden hat, infrage. Er darf sich einbilden, unabhängig von jeder Klasse, allgemeingültige kulturelle Maßstäbe unters Volk zu bringen. Diese Illusion, man lese nur einige Rezensionen von bekannten deutschen Kritikern über den letzten Roman von Günter Grass, schwellt ihnen die Brust. Es ist deshalb notwendig, meint man die Kritik an der bürgerlichen Kunst und Literatur ernst, auch in der Kultur von der Klassengesellschaft auszugehen und nicht von irgendeinem selbstgemachten politischen Anspruch, der für alle zu gelten habe. Von der bürgerlichen Ideologie kann sonst kaum sinnvoll gesprochen werden. Die Analyse und Denunziation ihrer verschiedenen Spielarten setzt voraus, daß untersucht wird, welche Teilaspekte der gesellschaftlichen Wirklichkeit, welche Formen der Darstellung in der Literatur in bestimmten gesellschaftlichen Phasen für wichtig gehalten werden und welche Momente eine untergeordnete Rolle spielen, schon allein deshalb, weil natürlich die Klassenlage des Autors nicht automatisch zu voraussagbaren Ergebnissen führt und bestimmte Erkenntnisse von vornherein ausschließt. Der Hinweis auf die sozialen Beziehungen, in

denen ein Autor steckt und die seine Ansichten von der Gesellschaft entscheidend prägen, wird ja nicht zufällig von vielen Schriftstellern als zu primitiv und eng abgelehnt, eben weil sie einen viel zu bornierten Begriff von »Klassenlage« haben und außerdem an einem Selbstverständnis festhalten wollen, das es ihnen gestattet, ohne Skrupel bei jedem Thema mitreden oder darüber schreiben zu können. Sie haben im Gegensatz zu anderen Bevölkerungsgruppen nichts zu befürchten, wenn sie in der Öffentlichkeit unhaltbare Ansichten vertreten. Das gehört sozusagen zu ihrem Berufsbild. Man erwartet es nicht anders; oft genug kommt es dabei zu unfreiwillig ironischen Demonstrationen der schriftstellerischen »Unabhängigkeit.«

Daß eine Diskussion über den Realismus in der Literatur in den einschlägigen Kreisen schon wieder für überflüssig gehalten wird, hat in den letzten drei, vier Jahren unter anderem zu einer peinlichen Reklame für die besondere Subjektivität des Schriftstellers geführt. Die Anzeichen früher Vergreisung, die in den privaten Klagegesängen von dreißig- bis vierzigjährigen Autoren in der Bundesrepublik festzustellen sind, hängen eben damit zusammen, daß diese beschränkte Vorstellung von »Subjektivität« eine spezifisch verengte Konzentration auf die eigenen Probleme zur Folge hat. Es ist ein Unterschied, ob persönliche Erfahrungen als Erfahrungen einer bestimmten Berufsgruppe innerhalb einer klar abgrenzbaren Klasse geschildert werden oder als Erfahrungen eines besonders empfindsamen Menschen, der andere Menschen mit seiner Empfindsamkeit bekannt machen will und mit nichts sonst. Natürlich handelt es sich in der konkreten Umsetzung immer um Mischformen, aber man kann sagen, daß in der aktuellen Literatur der Bundesrepublik die tatsächlich aufdringliche Demonstration einer bloß privaten Sensibilität zunehmend vorherrscht.

Wenn etwa jene Autoren, die in ihrer sogenannten politischen Phase am liebsten die ganze Literatur abgeschafft hätten, natürlich außer ihrer eigenen Funktion in diesem Bereich, heute z. B. ausgerechnet die »suggestiven Sätze« von Peter Handke loben und seine »verletzliche Wahrnehmung«, so ist das kaum als Rückfall in frühere Positionen zu bezeichnen. Diese Positionen sind im Grunde, verfolgt man die aktuelle Diskussion, nie wirklich aufgegeben, sondern bestenfalls mit ein paar radikalen Phrasen ausstaffiert worden. Nachträglich stellt sich jetzt alles als Mißverständnis heraus. Es ging damals wie heute nie um eine rücksichtslose Kritik des alten bürgerlichen Selbstverständnisses des Schriftstellers, sondern um das genaue Gegenteil.

Sowohl die politischen Forderungen an die Literatur Ende der sechziger Jahre als auch der aktuelle Ruf nach dem unmittelbaren, rein subjektiven Bekenntnis haben das gleiche Ziel: Die Aufrechterhaltung einer unter Ideologen ganz selbstverständlichen Illusion. Es geht, neben der üblichen Öffentlichkeitsarbeit, um die schon legendäre Bewußtseinsform des Schriftstellers, die in ihrer Besonderheit, in ihren allgemeinen, übergreifenden Möglichkeiten, durch die sie sich von anderen, möglicherweise klassenbestimmten Bewußtseinsformen unterscheidet, herausgearbeitet werden soll. Es ist das Charakteristische der literarischen Debatten in den letzten Jahren, daß sie bei aller scheinbar radikalen Abrechnung niemals dieses alte Bild vom Schriftsteller und der daraus folgenden Einschätzung seiner hohen gesellschaftlichen Bedeutung wirklich ernsthaft infrage gestellt haben. Sieht man Schneiders Aufsätze und hier wieder besonders sein Nachwort in einem etwas größeren Zusammenhang, so wird klar, daß er bis heute keinerlei Anstrengungen unternommen

hat, die Bedeutung der bestimmten sozialen Beziehungen und Abhängigkeiten für die Produktion und das Selbstverständnis des Schriftstellers zu untersuchen. Das wäre aber die Voraussetzung für eine Kritik an den verschiedenen Positionen, weil es sich sonst, da hat Schneider völlig recht, um bloße Meinungsfragen handeln würde, welche Anschauungen wie kritisiert werden sollten. Die Folge sind erhebliche Urteilsschwankungen innerhalb kürzester Zeit, ein Vorgang, dem im politischen Bereich der schnelle Wechsel von theoretischen und sozialen Positionen entspricht. Diese Schwankungen werden im kulturellen Umfeld in der Form von hitzigen Diskussionen sichtbar, in denen gewöhnlich die Kunst der Teilnehmer, sich ins Gespräch zu bringen, eine größere Rolle spielt als irgendwelche vorgeschobenen sachlichen Differenzen. Es entstehen die spezifischen Hohlformen der feuilletonistischen Auseinandersetzung.

Schneider geht zwar auf solche verschleierte Privatinteressen ein, aber er dreht den tatsächlichen Zusammenhang um, wenn er das offene, positive Bekenntnis zum eigenen Egoismus usw. verlangt, wo es doch darauf ankäme, die besonders krasse Vorstellung von individueller Selbstverwirklichung, wie sie sich in der Kultur herausgebildet hat, aus ihrer bestimmten gesellschaftlichen Funktion zu erklären. Er wirft sich selbst und anderen nachträglich vor, sich lange Zeit nicht genügend um die eigene Subjektivität gekümmert zu haben. Ganz abgesehen davon, daß er hier auf eine spätere Konstruktion zurückgreift, die mit der Wirklichkeit nie übereingestimmt hat, seine Aufsätze sind entgegen Schneiders Ansicht dafür der beste Beweis, verfehlt er mit dieser Argumentation gerade den wesentlichsten Punkt: Das Problem ist nämlich nicht, ob die Damen und Herren, die in der Literatur und Kunst tätig sind, objektive oder subjektive Ansprüche bevorzugen – bei aller Freiheit, *die* Freiheit haben sie nicht –, sondern ob sie in der Lage sind, ein Bewußtsein über die gesellschaftliche Vermittlung ihrer eigenen Vorstellung von Subjektivität zu entwickeln oder, kürzer ausgedrückt, über ihre Klassenlage.

Schneider stellt diese Frage nicht. Er plädiert ganz einfach für's Ernstnehmen des »subjektiven Eindrucks«, der ihm weiter nicht zum Problem wird. Seine ungesellschaftliche Auffassung des »Persönlichen« in der Literatur und Kunst kennzeichnet ihn als einen Ideologen, der nicht bereit ist, auch nur im Ansatz das eigene Selbstverständnis zu kritisieren. Das aber wäre schon aus zwei Gründen notwendig:

Erstens, um den Zusammenhang zwischen subjektiver Äußerung und Klassenlage herausarbeiten zu können und nicht in den Fehler zu verfallen, noch die kleinste persönliche Erfahrung sofort auf allgemeinste gesellschaftliche Bedingungen zurückzuführen, ein Fehler, der typisch ist für die »Neue Linke«.

Zweitens, um eventuelle Rückwirkungen einigermaßen genau einschätzen zu können, eine unerläßliche Voraussetzung, wenn man bei der Kritik von Kunstprodukten den Anspruch erhebt, eine fortschrittliche Position zu vertreten.

Daß Peter Schneider sich nicht in diese Richtung bewegt, sondern eher hinter frühere Positionen zurückgefallen ist, zeigt sein Aufsatz »Über den Unterschied von Literatur und Politik«, den er 1976 geschrieben hat. Auch hier wieder das ermüdende Aufzählen der »revolutionären Aktionen« und »emanzipatorischen Wünsche und Bedürfnisse« usw. der Studentenbewegung, die für Schneider, auch wenn sie eigentlich gar nicht mehr vorhanden ist, nach wie vor in ihren kläglichen Resten »die Linke« repräsentiert und von ihm zum Maßstab der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik gemacht wird. Andere Be-

völkerungsgruppen mit möglicherweise anderen Interessen kommen bei Schneider nicht vor, was seine Analyse von vornherein unbrauchbar macht. Die ziemlich plumpe Vorstellung von »Politik«, die er hier entwickelt, entsteht dadurch, daß er einfach die im Augenblick etwas gelähmte »Neue Linke« den repressiven Maßnahmen des Staates in Form des Berufsverbots, des Paragraphen 88 a usw. gegenüberstellt. Es sieht dann so aus, als würde die gesellschaftliche Hauptauseinandersetzung zwischen der »Neuen Linken« und dem Staat stattfinden.

Schneiders Grundthese, daß es mit der Literatur meistens aufwärtsgeht, wenn es mit der »Politik«, so wie er sie versteht, abwärtsgeht und umgekehrt, ist in dieser Verkürzung schon deshalb falsch, weil er auf die politischen Einflüsse, die sich auch ohne den Willen des Autors in seinen Produktionen durchsetzen können, nicht eingeht. Es ist eine ganz und gar oberflächliche Diskussion, eine Verfälschung des wirklichen Sachverhalts, wenn das Problem, wie sich gesellschaftliche Entwicklungen in der Literatur niederschlagen, ausschließlich vom bewußten Wollen des Schriftstellers abhängig gemacht wird. Schneider ist selbst mit seinen Büchern »Lenz« und »... schon bist du ein Verfassungsfeind« ein sehr gutes Gegenbeispiel.

Daß er in seinem Aufsatz für die Unabhängigkeit der Literatur von Parteimeinungen plädiert, was in der Bundesrepublik zur Zeit ein völlig nebensächliches Problem ist, ist zwar zu unterstützen, berührt aber den Zusammenhang von gesellschaftlicher Entwicklung und literarischem Ausdruck nur am Rande. Schneider geht im Kern nach wie vor von einer Literaturvorstellung aus, die eine unabhängige Existenz dieser bestimmten Ideologie unterstellt, obwohl es gerade in der Bundesrepublik nicht allzu schwer sein dürfte, gesellschaftliche Tendenzen in der aktuellen Produktion aufzuspüren, die den Autoren meistens nicht bewußt sind, deren Einfluß offenbar ohne ihr Zutun wirksam ist. Auf diese Abhängigkeit kommt es an, über sie muß sich heute ein Schriftsteller Klarheit verschaffen, was ihm nur gelingen kann, wenn er der verführerischen Vorstellung, er habe dem Rest der Bevölkerung voraus, »persönliche und gesellschaftliche Utopien« ausdrücken zu können, wie Schneider schreibt, nicht auf den Leim geht. Das kann man von Peter Schneider allerdings nicht behaupten.

Martin Kurbjuhn

Familiengeschichte

Der jüngst erschienene Tatsachenroman beschäftigt sich mit skandalumwitterten Verfilzungen mächtiger Wirtschaftsmagnaten und Politiker, die dem kritischen Leser längst aus der Presse bekannt sind: Lockheed-Affäre und Bilderbergkonferenz. Er will darüber hinaus Hintergründe über einige ökonomisch und politisch einflußreiche Familien und deren Rolle im multinationalen Geschehen aufdecken.

Mit der Bindung an die Form des Tatsachenromans setzt der Autor sich Schranken. Die Rahmenbehandlung selbst bleibt leblos und undurchsichtig. Sie kann auch durch die Verquickung der Romangestalten mit den wahren Akteuren des Bilderbergclubs keine Klarheit über die tatsächlichen Aktionen und Transaktionen dieses erlauchten Zirkels und deren Reichweite übermitteln. Zu stark personalisiert und bezogen

auf die geschäftstüchtige und geschwätzige Romanheldin vermögen deren ausschweifende Erzählungen über den Werdegang einiger Vertreter der Geldaristokratie kein klares Bild über die Gesetzmäßigkeiten von politischen und ökonomischen Zusammenhängen in der bürgerlichen Gesellschaft zu vermitteln. Die Darstellungsweise ist umso verwirrender, als dem wiederholten Rückgriff in die Familiengeschichten bis zum 18. Jahrhundert Analogie-Charakter zukommt: Auf der Grundlage feudaler Gesellschaftsstrukturen konnten Korruption, persönliche Bereicherung und gezielte Heiratspolitik noch als Prinzipien der Politik gelten, während sie heute eher nur noch zusätzliche Elemente der herrschenden Verhältnisse darstellen. Damit kommt

es eher zu einer Ver- als Enthüllung der ursächlichen Kräfte unseres gesellschaftlichen Systems. Im Gegensatz zu seinem Buch »Großes Bundesverdienstkreuz« (vgl. Heft 4/76) gelingt es Engelmann diesmal nicht, den Leser schrittweise, unterstützt durch eine selbst tagespolitische

Bernt Engelmann, Hotel Bilderberg, Tatsachenroman, München 1977, DM 26,-

Rahmenhandlung in gesellschaftliche Probleme einzuführen und – wie der Anspruch der Autoren-Edition lautet – die widersprüchliche Realität selbst derart zum Thema zu machen, daß ein Bezug auf die allgegenwärtigen Probleme dieser Wirklichkeit herzustellen ist.

Artikel zur literarischen und kulturpolitischen Diskussion in

Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus

Zum Subjektivismus in der neueren Literatur, Heft 4/76

Und wo bleibe ich? »Linke« Literatur und die Rolle des Individuums am Beispiel Peter Schneiders, Heft 1/77

Die Zerstörung des Realismus in der Literatur. Herburgers großer Aufwand für einen belanglosen Roman, Heft 3–77

Kollektives Bewußtsein und Literatur in der DDR. Christa Wolfs »neue Art zu schreiben«, Heft 1/78

Alberts/Herzog/Unger/Wilmersdorf

Zeitungsstreik

168 Seiten; Format 19x19 cm (mit zahlreichen Fotos und Fotomontagen von Jürgen Holtfreter)
DM 14,-



Im Druckgewerbe herrscht Unruhe. Rationalisierung, Arbeitslosigkeit, Einsatz neuester Satzverfahren, ohne Rücksicht auf die ökonomischen Interessen der Arbeitenden, Reallohnabbau ... Diese Konflikte sind der Zündstoff für Arbeitskämpfe.

- Rationalisierung in der Druckindustrie
- Wie lernt man einen Streik führen?
- Was macht man während des Arbeitskampfes?

VSA-Verlag, Eiffeistr. 598, 2 Hamburg 26

Zeitschriften

Füttern erlaubt

Der Kampf gegen die Arbeit ist auch nicht mehr das, was er mal war: »Die Fabrik ist wieder tabuisiert worden – aus der heiligen Kuh ist eine stinkende Mähre geworden« (9/43) Die Industrie und die kapitalistische Ausbeutung gehören an sich schon der Vergangenheit an; der heutigen Disziplinierungsmacht geht es »weniger um die Ausbeutung als um Synthese, weniger um Entwicklung des Produkts als um Zwangsbindung an den Produktionsapparat.« (6/5) Im Sozialismus ist es eigentlich noch schlimmer als im Kapitalismus, soll dort doch diese Zwangsbindung verallgemeinert werden. Die Zukunft ist eher in New York zu finden, in der Tendenz, daß wachsende Bevölkerungsteile von Sozialhilfe leben. In der BRD wäre das noch viel komfortabler zu haben, bei dem Reichtum dieses Landes. Allein: »Für uns Spontaneisten, Subjektivisten ist Deutschland mit seiner deutschen Arbeiterklasse eine Wüste. (Die BRD ist das einzige Land, in dem volle Lohnfortzahlung existiert und die Leute trotzdem arbeiten gehen)« (9/43) Daß ihnen die gebratenen Tauben nicht ins Maul fliegen, daran haben die deutschen Arbeiter schon selber schuld, ebenso daran, daß sich ob solchen Unverstands die Elite des Volkes von ihnen abkehrt: »Wir tragen die neue Welt in unseren Herzen, die deutsche Arbeiterbewegung aber nicht. Entweder haben wir uns an die deutsche Arbeiterbewegung anzupassen – die neue Welt für die alte einzutauschen – oder wir kehren uns von der deutschen Arbeiterbewegung ab.« (9/43) Der Interventionismus ist abgelöst wor-

den von der Bewegung »Heraus aus unseren Maschinenkörpern, aus der Maschinengesellschaft.« (6/6) Ins kleine Glück: »Ich möchte das machen, was ich richtig finde und genauso lange, nicht länger. Ich habe keine Lust, mir mein Leben zerstückeln zu lassen in entfremdete Arbeit und Freizeit, die ich nicht meine..., will nichts machen, was ich für sinnlos halte... All diese Vorstellungen, Wünsche, Phantastereien sind meine revolutionäre Identität: ich will mit mir selbst identisch sein!« (9/61) Einzig aus Italien

Autonomie

kommt noch Störung in den Dämmer Schlaf dieser senilen Anarchistengeneration. Schneidend kalt heißt es von dort: »Innerhalb der heutigen linken Bewegung (ist) die alte Polemik zwischen Anarchisten und Marxisten über die Zerschlagung des Staates und die Diktatur des Proletariats wieder aufgeworfen worden« (8/73) Wenn die lieben deutschen Genossen das verpennt haben in ihrem »Alternativ-Spontaneismus à la Deutschland« (9/74), so ist das ihre Sache, ebenso, daß sie, indem für sie das alternative Leben zum Selbstzweck wird, zum »Zoo des Kapitals« werden, während die Arbeiter wenigstens noch die »Herde« darstellen. Aber wenn sie über Italien berichten, dann sollen sie doch nicht so tun, als würde sich auch dort alles nach den deutschen

Wiegenliedern einulln lassen, als gäbe es dort auch nichts als nur die Studenten der alternativen Landwirtschaft und die Gruppen des bewaffneten Kampfes. »Ich werfe Euch nicht vor, einen unvollständigen Bericht über die italienische Bewegung gemacht zu haben. Ich werfe Euch vor, wieder eine der Situation in Deutschland vergleichbare Interpretation der Entwicklung vorgeschlagen zu haben, in der die einen, wie wenn nichts geschehen wäre, weiterhin die

Tragödie des bewaffneten Kampfes rezitieren, während die anderen sich an der Darstellung der Komödie des »die Alternative ist schön« berauschen.« (9/75) Wirklich witzig: der einzige politische Höhenflug in den Heften besteht darin, der PCI Übernahme des Modell Deutschland vorzuwerfen – und postwendend kommt von den einstigen Vorbildern die Häme, man selbst ließe sich im Zoo dieses Modell Deutschland nicht schlecht aushalten.

Idylle oder unverkürzte Begriffe

Das Heft 27 hat den Schwerpunkt »Sozialistische Länder«. Dort konstatiert die Redaktionskonferenz aufkeimende Opposition; der »herrschende Block« seinerseits versucht, durch stärkere Repression dieser Lage Herr zu werden... Die Tendenzen zur Freisetzung der sozialen Demokratie seitens der Arbeiter wie die Freisetzung bürgerlicher Demokratie durch die Bürgerrechtsbewegung bedingen so die Reaktivierung »stalinistischer« Methoden und umge-

wird bestreiten, daß der Versuch gescheitert ist, über starke Auslandsverschuldung forcierte Industrialisierung und wachsendes Nationaleinkommen gleichzeitig zu erzielen und die Schulden aus dem Export der Produkte der neuen Industrie zu bezahlen. Man ist zwar überrascht, daß die schon bald nach dem Anlaufen dieses Programms einsetzende Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft mit ihren Konsequenzen für den polnischen Export noch nicht einmal erwähnt wird. Doch man erhält eine viel einfachere Erklärung: nur deshalb waren die neuen Industrien auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig, konnten also die alten Schulden nicht bezahlt werden, wurden der Landwirtschaft keine entwickelten Produktionsmittel zur Verfügung gestellt, mußte der steigende individuelle Konsum ebenfalls aus Importen gedeckt werden und sollte dieser Zirkel 1976 durch 60prozentige Preiserhöhungen durchbrochen werden, weil eine privilegierte sozialistische Elite und die von ihr abhängige Mittelklasse dem Luxuskonsum frönte. HiFi-Radios, Autos, importierte Möbel, Fiats statt Traktoren – »schon eine oberflächliche Kenntnis des »Konsumtionsmodells von 1971–1975 erlaubt die Schlußfolgerung, daß ein beträchtlicher Teil der Investitions- und Modernisierungsleistungen in erster Hand der Wunscherfüllung einer »Arbeiteraristokratie und der Schicht der technischen Intelligenz sowie den oberen Schichten der Staats- und Parteibükratie zugute kam.«/21/ Diese Auszehrung der re-

Prokla

kehrt bedingt die Repression verstärkten Widerstand.«/2/ Richtig dialektisch – wenns nur mit den Artikeln übereinstimmte, auf die die Konferenz sich beruft. Demnach wurden in Polen nach der Krise 1976 die Repressionen rasch zurückgenommen, es hat sich gegenüber Bauern, Arbeitern und Intelligenz eine weitgehende Liberalisierung durchgesetzt. Soweit original aus Polen – nicht jeder Dissident hält, was man sich von ihm verspricht. Abgesehen von solchen Unstimmigkeiten funken die polnischen Autoren aber auf der Wellenlinie des ganzen Heftes: in den sozialistischen Ländern wird der Entwicklung der Produktivkräfte zu großes Gewicht beigemessen. Abschreckendes Beispiel Polen! Wer

produktiven Kraft des Landes sollte dann die Arbeiterklasse ausbaden. Doch die verteidigte ihr Reproduktionsniveau.

Wie hätte die polnische Fehlentwicklung vermieden werden können? Statt große Teile des nationalen Produktionspotentials den Konsumtionswünschen einer Minderheit unterzuordnen, hätten die Bedürfnisse der »Mehrheit der Gesellschaft« befriedigt werden müssen, als da sind: Wohnungen, öffentliche Verkehrsmittel, Gesundheitsversorgung, Bildung. Doch ahnen die Autoren, daß sie damit auch nicht weiterkommen, wird doch auch dadurch nicht das Problem der kreditierten Industrialisierung und des Exportzwangs gelöst – und so entschließen sie sich, auf die sozialistische Idylle zu setzen: »Das sozialistische System wird in der Produktionstechnik den Kapitalismus nicht überholen, ganz einfach deshalb, weil in beiden Systemen die Produktion sich mit derselben Technik vollzieht... Im Zusammenhang damit... sollten wir überlegen, ob der Sozialismus nicht in erster Linie den Sieg auf der Ebene erstreben sollte, auf der er sich vom Kapitalismus unterscheidet, d. h. auf der Ebene der gesellschaftlichen Beziehungen.«/21/

Gegen Umwege

Stubys Beitrag zur Sozialismuskussion in Heft 105 steht unter dem zentralen Motto: die Linke muß begreifen, daß Einheit in ideologischer Verschiedenheit möglich ist. Diese Orientierung auf einfache, in der BRD oft hinter theoretischen Phrasen verschwindende Sachverhalte macht diesen Diskussionsbeitrag zu einem der wichtigsten der gesamten Debatte. Allen, die mit ihrem Vorurteil über die Rückständigkeit der Politik der DKP schnell die politische Diskussion festzulegen suchen, bittet Stuby zu bedenken: »Daß in den großen kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens eine breitere und in einzelnen Fragen differenziertere Diskussion stattfindet, die sich auch sichtbar nach außen in der Beurteilung von Einzelfragen von der Einschät-

Daß der Sozialismus nicht nur auf Luft und Liebe aufgebaut wird, stört auch *Bust-Bartels*, der ausgewählte Arbeitsbedingungen in der DDR untersucht und ein überzeugendes Bekenntnis zum natürlichen Verwachsensein der modernen Produktionsmittel mit ihren kapitalistischen Eigenschaften ablegt.

Dingel fragt, ob »Intellektuelle und Arbeiter eigentlich dasselbe meinen, wenn sie vom Sozialismus sprechen. Meiner Meinung nach kann man zwischen einem Sozialismus der Arbeiter und einem Sozialismus der Intelligenz unterscheiden.«/151/ Daß sich Leute, die nicht sehen, wie der Kapitalismus nicht nur verknöcherte Formen des Lebensprozesses hervorbringt, sondern auch sprengende Elemente freisetzt, die Emanzipation der arbeitenden Klasse nur unter Verzicht auf Entwicklung der modernen Produktivkräfte vorstellen können, erstaunt nicht. Gegenüber einem auf Produktivitätssteigerungen fixierten verkürzten Sozialismus soll »der Begriff Sozialismus wieder in seiner unverkürzten Bedeutung zur Geltung gebracht werden«./156/

zung der kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder unterscheidet..., als in der erst 1968 in die Legalität und faktischer erst in die Halblegalität (Berufsverbote) zurückgekehrte DKP, nimmt nicht Wunder. Mit dem Rücken an der

DAS ARGUMENT

Wand, mit Kübeln von Infamie und Lügen übergossen, läßt es sich kaum in Freiheit diskutieren.«/634 f./ Wir können uns diesem Bedenken nur anschließen, was indes – so unser Verständnis – nicht zur Zurückstellung notwendiger und

berechtigter Kritik an der DKP führen darf. Es gilt geduldig auf eine Veränderung überholter Elemente in Theorie und Politik der Organisation zu drängen und zu einer Öffnung der innerparteilichen Diskussion zukommen. Vor diesem Hintergrund können wir weiteren Schlußfolgerungen beipflichten: »Für eine dritte Partei links von der SPD kann ich mich nicht erwärmen. Ich würde sie bestenfalls für einen Umweg halten.« Stuby sieht auch keinen Anlaß die SPD zu verlassen, da er »eine realistische Hoffnung hegt, daß sich die Mehrheit in dieser Partei auf die kämpferischen Traditionen der Sozialdemokratie besinnt und zunehmend fähig wird, diese Einsicht in die Praxis umzusetzen«./642/ Es gibt keine politische Alternative zur Klassenpolitik der DKP; den Realismus von Stubys Hoffnung auf die Sozialdemokratie bezweifeln wir; die Krise der Sozialdemokratie wird sich notwendig verschärfen, in dem Maße wie die Krise der kapitalistischen Produktionsweise offenkundiger wird. Verändert sich die DKP, wird sie einerseits ihren Einfluß unter den Lohnabhängigen ausbauen können und andererseits die reformistische Sozialdemokratie auf den Kurs einer Reformpolitik und einer Verteidigung der Demokratie zwingen können. Ergreift die DKP nicht die sich verdeutlichende Chance – und sie ist nicht nur Produkt der Geschichte, sondern auch Subjekt –, wird die Gründung einer linkssozial-

istischen Partei gerade von den Kräften zunehmend gefordert werden, die Stuby heute noch zum Verbleiben in der SPD veranlassen.

Einen ganz anderen Ausgangspunkt hat der *Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung*. Die Kritik an der »prinzipiell unkritischen Solidarität« seitens der Kommunisten mit den sozialistischen Ländern wird von den Autoren »als ein praktischer Schritt der Bewegung angesehen«, was sich »gerade aus der für die BRD weiterhin kennzeichnende Entwicklungsdiskrepanz zwischen Arbeiter- und Intellektuellenbewegung und der besonderen subjektiven Bedeutung dieser Probleme für die Intelligenz« ergibt./664/ Der Beitrag des Arbeitskreises hat also wenigstens – gegenüber ähnlichen Produktionen dieses und der vorangegangenen Hefte – den Vorteil, daß jede Verhüllung und Überhöhung bei dem Einsatz für die besonderen Interessen der Intelligenz vermieden wird. Wenn schon die Intelligenz nicht mehr als Initiator der Klassenbewegung etc. gefaßt werden kann, dann sollen wenigstens die berechtigten Interessen – auch die subjektiven – in die Klassenbewegung eingebracht werden. Bei diesem ungenierten Versuch, besondere Aspekte zu allgemeinen Bedingungen der sozialen Emanzipation auszuweisen, fällt einem erneut der Zirkularbrief von Marx und Engels aus dem Jahre 1879 ein, wo diese Mentalität hinreichend analysiert ist.

Jahrestag

Lehmann untersucht die Betrachtung der Klassenstruktur in der klassischen politischen Ökonomie des Bürgertums. Sein zusammenfassendes Urteil: Quesnay, Smith und Sismondi erschlossen noch nicht das spezifische soziale Wesen der Klassenstruktur, aber sie erreichten im Rahmen der politischen Ökonomie entscheidende theoretische Positionen. Wenn diese Vorleistungen für die soziologische Analyse der Klassenstruktur wieder ins Bewußtsein gehoben werden, so wird die Diskussion sozialstruktur-analytischer Probleme aus theoriegeschicht-

lichem Blickwinkel belebt und zugleich gezeigt, daß die bürgerliche Apologetik, die in ihrem Kampf gegen die marxistisch-leninistische Soziologie auf dem Schein beharrt, selbst auf die innerhalb der bürgerlichen Vorstellungswelt möglichen Erkenntnisse innerer Zusammenhänge verzichte./1088/ So berechtigt die Fragestellung ist, so traurig ist doch die vorgebrachte Argumentation. Als hätte nicht Marx bereits nachgewiesen: »Erst bei R. Jones erhält A. Smiths wesentliche Unterscheidung – ob die Arbeit vom Kapital bezahlt wird oder direkt aus

Revenue – die ganze Entwicklung, deren sie fähig, und wird ein *Hauptschlüssel* zum Verständnis der verschiedenen ökonomischen Gesellschaftsstrukturen.« Lehmann bleibt selbst bei der bloßen Interpretation von Marx, was Smith und Ricardo angeht, absolut an der Oberfläche. Daß unproduktive und produktive Arbeit Schlüsselkategorien für das Verständnis der Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft sein könnten, ist ihm vollständig unbekannt. Den Zersetzungsprozeß der Ricardoschen Theorie klammert er aus, um sich stattdessen an der sozialreaktionären Gesellschaftskritik Sismondis zu ergötzen. Vor einem solch miserablen Hintergrund, wo selbst die Kenntnis der Klassiker ungenügend bis mangelhaft ist, verwundert es nicht, daß es Lehmann nur zu markigen Sprüchen darüber bringt, weshalb die neuere Ökonomie überhaupt kein Bewußtsein mehr von der ökonomischen Anatomie der Klassen hat. Preisgabe der bürgerlichen Erkenntnisideale ruft er den Nachfahren von Smith und Ricardo zu. Daher die Preisfrage: Was hat Lehmann preisgegeben?

Auch der Diskussionsbeitrag von Franz zum »Begriff der sozialen Schicht und seiner Anwendung auf die Intelligenz im heutigen Kapitalismus« zeichnet sich nur durch das Bewußtsein eines offenen Problems aus. »Sowohl zur Intelligenz im Kapitalismus wie auch im Sozialismus gibt es bis heute keine einheitliche Auffassung in der marxistischen Literatur, wenn auch die Mehrzahl der Autoren jetzt den Standpunkt vertritt, daß die Intelligenz eine soziale Schicht ist.« Dennoch, »zu diesem Teil der marxistisch-leninistischen Klassentheorie (sind) noch eine Reihe empirischer und theoretischer Forschungsarbeiten vonnöten«./1113/ Da – wie Franz betont – für die Politik der kommunistischen Parteien die klare, historisch-konkrete Analyse der Klassenstruktur und der Bestimmung der Schichten von sehr großer Wichtigkeit sind, fragt sich, was der Grund für diese Unzulänglichkeit und wie ihr beizukommen ist. »Die Ursache von Einseitigkeiten bei der Hervorhebung dieser Art sozialer Schichten liegen m. E. in Einseitigkeiten des theoretischen Vorgehens. Lenins Klassendefinition muß der einheitliche und immer komplex zu

beachtende Ausgangspunkt sein.«/1118/ Da die meisten Diskutanten aber diesen Ausgangspunkt – zumindest verbal – akzeptieren, muß die Krux wohl in der Manier der »komplexen Beachtung« liegen. Wenn Franz nach dem Motto »Gefahr erkannt, Gefahr gebannt« wirklich vorgehen würde, müßte er die Frage aufwerfen, was ist denn eigentlicher Leninismus. Er macht es nicht, bleibt im alten Fahrwasser, folglich die Ausgangsfrage ungelöst.

Anläßlich des 60. Jahrestages der großen sozialistischen Oktoberrevolution steuert Hahn ein paar Betrachtungen zur »Gesetzmäßigkeit sozialistischer Bewußtseinsentwicklung« bei. Jeder Marxist-Leninist weiß: »Die Herausbildung und Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins kann sich nicht spontan vollziehen. Vielmehr muß die sozialistische Ideologie durch den organisierten und bewußten Vortrupp der Arbeiterklasse, die marxistisch-leninistische

DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE

Partei, in das Bewußtsein der Arbeiterklasse hineingetragen werden.«/1169/ Aber gibt es nicht M-Ler, die denken, diese These gelte nur für den Kapitalismus? Im Sozialismus seien doch die ökonomischen und sozialen Gründe für die »Fehlentwicklungen und Verzerrungen« im Bewußtsein der unmittelbaren Produzenten tendenziell überwunden! Denkste! »Es wäre geradezu verhängnisvoll, auf eine Schmälerung der Bedeutung dieser Einsichten zu schließen. Mehr noch, in einem gewissen Sinne halten wir es für berechtigt, davon zu sprechen, daß die konkret-historische Praxis der Gestaltung einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft die zunehmende Bedeutung unter Beweis stellt.«/1171/ Zwei Argumente fallen Hahn für die Vertagung des Abbaus der Hegemonie-Rolle einer Partei der Arbeiterklasse ein. Ein theoretisches: »Die Allgemeingültigkeit der Leninischen Auffassun-

gen in philosophisch-methodologischer Hinsicht besteht unseres Erachtens darin, daß er auf ähnliche Weise wie Marx dies für das bürgerliche Bewußtsein vorgenommen hat, diese dialektischen Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Elementen des sozialistischen Bewußtseins bei dessen Entstehung und Entwicklung analysiert hat.« Ein empirisch-theoretisches: »Rolle und Funktion der marxistisch-leninistischen Partei in diesem Zusammenspiel ergeben sich daraus, daß sowohl das Wechselspiel von Individuum und Gesellschaft im Prozeß der Erkenntnisgewinnung als auch der Verbreitung und Vermittlung gesellschaftlich relevanter Erkenntnis im Massenbewußtsein über

die Leitung und Organisation der gesellschaftlichen Praxis erfolgt.«/1183/ Ein würdiger Beitrag zum sozialistischen Oktober? Marx hat das bürgerliche, Lenin das sozialistische Bewußtsein untersucht! Die Leitung und Organisation des gesellschaftlichen Lebensprozesses geht nur bei vollständiger Hegemonie einer Arbeiterpartei und nicht etwa durch Hegemonie der Klasse in einem anderen organisatorischen Rahmen! Die Argumente sind dermaßen wackelig, daß sie beim bloßen Luftholen zur Artikulation der Gegenargumente in sich zusammenpurzeln. Ein bißchen mehr Aufwand hätte der Jahrestag der Oktoberrevolution schon verdient gehabt.

Wider den Frust

»Wer den Jungsozialisten nach dem Wiesbadener Bundeskongreß den Marsch ins »moderne Abseits« begibt, kann nicht erwarten, daß man ihm lobhudelnde Nachworte widmet.« Dieser Spruch wird Jochen Steffen nachgerufen. Den Altmeister der Linken in der Sozialdemokratie habe einfach die Enttäuschung übermannt. Schon von Marx könne man doch lernen, was die einzige Methode sei, wodurch sich wirkliche Widersprüche lösen. Es gilt die angemessene Be-

hende Politik des Abbaus sozialer Leistungen aufzwingt und einem Teil der Gewerkschaften die Überlegung nach politischer Durchsetzung sozialpolitischer Forderungen über eine andere politische Strömung nahelegt, eine solche Entwicklung können sich die Mitarbeiter des Sozialisten nicht vorstellen. Wer am Ende recht hat, Steffen oder die nichtfrustrierten Sozialisten in der SPD, wird erst im Übergang zum nächsten Konjunkturzyklus 79 entschieden werden können.

Auf dem SPD-Bundesparteitag ist die Einrichtung zweier Strukturräte beschlossen worden: Strukturrat der öffentlichen Hand und Strukturrat der sozialen Gruppen. Der *Sozialist* schlußfolgert: »So haben die beiden Strukturräte vermutlich den Effekt, durch eine Entschärfung der strukturellen Krise die Verschärfung der zyklischen Krise nach sich zu ziehen.«/5/ Der Optimismus ist nicht zu überbieten: die sozialliberale Regierung wird schleunigst alle Parteitagebschlüsse realisieren; so erhalten wir zwei Kommissionen; diese werden im Unterschied zu vielen anderen politisch mehr wert sein, als das Papier, auf dem ihre Gutachten, Expertisen, Prognosen etc. stehen.

Bei soviel Realitätsverlust verwundert es

Zeitung für sozialistische Politik in der SPD

Sozialist*

wegungsform für die Krise des Kapitalismus und Krise der Sozialdemokratie zu bestimmen. Die Neugründung einer linkssozialistischen Partei sei bloße Spekulation. Das einzige Gegenargument, das der *Sozialist* – neben etlichen Schimpfereien – in No. 6 beizusteuern vermag: augenblicklich wird »diese neue Gruppierung mit der wirklichen Arbeiterbewegung nichts zu schaffen haben...«/29/ Daß eine Entwicklung eintreten könnte, die der Sozialdemokratie eine weiterge-

nicht, wenn Bahros Untersuchung als Manifest der oppositionellen Intelligenz in den Ostblockländern gefeiert wird: »Die Aufmerksamkeit der DDR-Behörden hat Bahro sozusagen redlich verdient, denn nie ist mit einer solchen synthetischen Energie, einer solchen genauen Kenntnis nicht nur der Theorie und Politikgeschichte..., sondern vor allem auch des industriellen Produktionsprozesses selber die Struktur der nichtkapitalistischen Industriegesellschaften analysiert worden.«/25/ Halten andere Kritiker die Suspendierung zentraler Kategorien der Marxschen Theorie für ein notwendiges Beiprodukt der von Bahro aufgegriffenen Vorurteile und su-

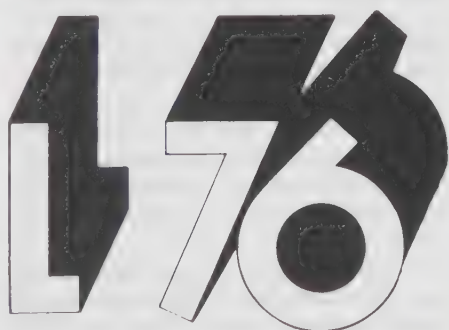
chen diese Ignoranz zu erklären, so macht der Rezensent des *Sozialist* aus Bahro einen Etikettenschwindler: Versteht sich Bahro als Enthüller der Bewegungsgesetze der nichtkapitalistischen Industriegesellschaften in strikter Marxscher Tradition, so stellt sich dies für den Sozialisten so dar: »Bahro zögert an keiner Stelle, selbst die »geheiligsten« Marxschen Grundsätze über Bord zu werfen. Den Klassenbegriff hält er für überholt...etc.« Entweder der Mitarbeiter des Sozialisten hat den Text nicht verstanden oder Bahro drapiert sich als Marxist, wohl wissend, daß er auf die Zerstörung der Marxschen Theorie aus ist.

Auf der Suche nach dem wahren Sozialismus

L 76, vor eineinhalb Jahren für »Demokratie und Sozialismus« mit viel Wirbel und viel Geld auf den Markt gebracht, konnte die einmal eingeschlagene Richtung ohne Aktualitätsverlust beibehalten. Gab die Ausweisung Biermanns den ersten Nummern den nötigen aktuellen Pep, so sorgen jetzt Schriften und Verhaftung Rudolf Bahros für die politische Aktualität grundsätzlicher Kritik an den Zuständen, die heute noch als »realer Sozialismus« bezeichnet werden. Nr. 5 bringt Bahros vorausschauende Publicity zur Unterstützung seines Hauptwerkes »Die Alternative« in Form der inzwischen hinreichend bekannten Vorträge zum Buch, in Nr. 6 dichtet Erich Fried aus London: »Es führt kein Weg vorbei an Rudolf Bahro«/204/ und die Teilnehmer der L 76 Tagung »Was ist heute links« protestieren in einem Schreiben an Erich Honecker gegen die Verhaftung des alternativen Denkers.

Inhaltlich will die Nr. 5 Anregungen geben »über die Oktoberrevolution und ihre tatsächlichen Folgen von heute aus nachzudenken«./2/ Neben verschiedenen Reisebeschreibungen und einer »Rede eines Kommunisten an Wladimir Iljitsch Lenin« von Arnost Kolman bedauert Michal Reiman den »Widerspruch zwischen dem wirklichen Charakter der Revolution und dem sozialistischen Programm der Bolschewiki«./10/

Dieser tiefe Zweifel am sozialistischen Charakter der russischen Revolution wird in Nr. 6 in einem Aufsatz von Günter Berghahn und Rudi Dutschke »Über die allgemeine reale Staatsklaverei« wieder aufgenommen. Besessen von der Idee der halbasiatischen Produktionsweise, der zaristischen Staatssklaverei und deren Fort-



führung unter der Herrschaft der Bolschewiki scheuen Berghahn/Dutschke nicht vor einem geschichtlichen Rekurs bis ins 13. Jahrhundert zurück. Auf dem Weg nach vorn helfen ihnen nur noch platte Analogien, wie etwa der Hinweis, daß sich Formen der zwanghaften Einführung industrieller Produktionsweisen unter Peter dem

Großen im 1. Fünfjahresplan unter Stalin wiederfinden lassen: »Die Ähnlichkeit mit dem 1. Fünfjahresplan unter Stalin werden wir noch kennen lernen, – die strukturelle Identität der brutalen Irrationalität.«/145,15/ Ohne auch nur im mindesten auf konkrete Probleme beim sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion einzugehen, verkünden die zwei aufrechten Linken, um was es sich 1917 wirklich handelte: um die »asiatische Restauration unter bolschewistischer Flagge... Die Stabilisierung der Selbstherrschaft der ZK-Bürokratie stand allein im Vorder- und Hintergrund.«/161/ Für diejenigen, die immer noch nicht überzeugt sind, halten Bergbahn/Dutschke in Nr. 7 weitere Beweise bereit.

Um die insgesamt unwidersprochene Einschätzung der L 76er, daß der bolschewistische Versuch einer neuen Gesellschaft fehlgeschlagen ist, gruppieren sich Berichte über Lateinamerika, die politische Zukunft der linken Intellektuellen und Literaten in der BRD und die Frage nach einem »Machtwechsel in Frank-

reich?«. Ebenso wie den französischen Kommunisten vorgeworfen wird, daß sie an Wachstum und Verstaatlichungen festhalten, wird generell – schon im Editorial – der »rapide zunehmende Sinnverfall bei ökonomischen Zielsetzungen«/2/ beklagt, dem das kulturelle Wachstum, d. h. Bahros Kulturrevolution, »als einzige Alternative zu rein ökonomischem Wachstum«/3/ entgegenzuhalten ist. Damit nun die SPD bei diesem Prozeß der Schaffung intellektueller Alternativen durch kulturelles Wachstum nicht wieder ins theoretische Hintertreffen gerät, erinnert Horst Heimann eindringlich daran, daß sich diese sozialistische Reformpartei ihres theoretischen Erbes erinnern möge, um mit Eduard Bernstein offensiv den Demokratischen Sozialismus anzustreben, denn »während die Theorien aller früheren Gesellschaftsordnungen in der Tat eher das ins Ideelle übersetzte Materielle sind, kann der Demokratische Sozialismus nur das ins Materielle umgesetzte Ideelle sein.«/188/

Gegen kapitalistische Raumordnung

In der Rubrik »Dokumente zum Zeitgeschehen« setzt die Zeitschrift die Reihe »demokratischer Alternativüberlegungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik« fort mit der Veröffentlichung des Memorandums »Für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs- Regional- und Kommunalpolitik: Erklärung zur Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.« /vgl. S. 1509ff/

Die Verfasser haben die klare Einschätzung, »daß sich die räumlichen Ungleichgewichte und Spannungen in der Bundesrepublik in den nächsten Jahrzehnten verschärfen werden, wenn ihren Ursachen nicht entschieden und wirksam entgegengewirkt wird. Bleibt die Hauptursache der Fehlentwicklungen, die rücksichtslose Nutzung gegebener Standortvorteile durch private Investoren uneingeschränkt wirksam, dann werden die spezifischen Belastungen der arbeitenden Bevölkerung in den verschiedenen Teilräu-

men sich zweifellos beträchtlich erhöhen.«/1515/ Aufgrund der Einschätzung »daß die räumlichen Fehlentwicklungen im Grunde Ausdruck der gegebenen Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum und wirtschaftlicher Macht sind,« ist klar, »daß ihnen mit bloßen Bürgerprotesten letztlich ebensowenig beizukommen ist wie mit herkömmlichen Mitteln raumbezogener Politik.«/1515/ Vielmehr ist »die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der Bundesrepublik ... heute vor die grundsätzliche Alternative gestellt, ob die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, einschließlich ihrer Auswirkungen in den verschiedenen Teilräumen allgemein weiterhin im Sinne einer Stützung der Kapitalrentabilität beeinflußt werden oder ob im Gegenteil versucht werden soll, diese Entwicklung im Interesse der Arbeitnehmer und der arbeitenden Bevölkerung überhaupt in den Griff zu bekommen.«/1516/ Mit dieser Zielrichtung

werden unmittelbare und längerfristige Hauptaufgaben einer alternativen Raumordnungs- und Regionalpolitik ausgeführt. Obwohl die Verfasser überzeugt sind, daß »eine vollständig von gesellschaftlichen Bedürfnissen geleitete raumgestaltende Politik ... eine umfassende sachliche, zeitliche und räumliche Planung und Steuerung der wichtigsten ökonomischen und sozialen Prozesse insbesondere von Beschäftigung und Investitionen voraus(setzt), welche in einer kapitalistisch-marktwirtschaftlich verfaßten Gesellschaft mit privatem Produktionsmitteleigentum nicht möglich zu sein scheint«/1523/, erachten sie dennoch eine schrittweise Einschränkung der Entscheidungsfreiheit großer Unternehmen für möglich. Um überhaupt Ansatzpunkte aufzugreifen und einen Veränderungsprozeß in Gang zu setzen, können deshalb die »Maßnahmen, welche in einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik verwirklicht werden müssen... sich daher weder in der Forderung nach einer Vergesellschaftung von Produktionsmitteln noch im Verlangen nach einer Minderung gegebener Lasten für die arbeitende Bevölkerung in bestimmten Räumen erschöpfen. Entscheidend ist vielmehr, unter Beachtung der schließlichen Zielsetzung raumgestaltender Politik solche Maßnahmen zu fordern und durchzusetzen, die die gegenwärtige Lage der arbeitenden Bevölkerung unmittelbar verbessern können (unmittelbare Maßnahmen) und darüberhinaus solche Maßnahmen zu fordern und durchzusetzen, welche die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung mit Aussicht auf weitreichenden Erfolg fortentwickeln können (weiterreichende Maßnahmen)«/1524/. Die Bedeutung des Memorandums liegt vor allem darin, die Probleme der bestehenden Raumordnungs- und Regionalpolitik und -struktur als einem wichtigen gesellschaftlichen Teilbereich deutlich zu benennen, auf deren Ursachen einzugehen und die Diskussion mit Vorschlägen zur Abhilfe anzukurbeln. Dies erscheint umso wichtiger, als damit an ganz bestimmten Punkten Lösungsmöglichkeiten zur Debatte gestellt werden, die dazu beitragen können, in derselben Zielrichtung bestehende Grundsatzforderungen konkreter zu machen

und anknüpfend an die gegebenen Verhältnisse ein Aktionsprogramm für die nächste Zukunft zu formulieren. Hervorzuheben ist dabei die klare gewerkschaftliche Orientierung verbunden mit dem nichtsektiererischen Verhalten gegenüber anderen gesellschaftlichen Basisorganisationen, die der Einsicht entspringt, daß die Maßnahmen nur auf breiter Basis durchgesetzt werden können und der existierende Widerspruch zwischen Umweltschutz und Lebensqualität selbst nur ein Resultat der gegenwärtigen Verhältnisse selbst ist und praktisch und theoretisch überwunden werden muß. /vgl. 1525f./ »Regional- und Raumordnungspolitik ist daher ein Feld der sozialen Auseinandersetzung, in dem die betroffene arbeitende Bevölkerung, die von ihr getragenen Initiativen und Organisationen und vor allem die Gewerkschaften als die umfassende

Blätter für deutsche und internationale Politik

Vertretung der abhängig Arbeitenden dazu aufgerufen sind, eine den Interessen der arbeitenden Bevölkerung entsprechende Politik selbständig zu entwerfen und durchzusetzen.«/1525/

Die Aufforderung zur Auseinandersetzung mit dem Memorandum ist indes gleichzeitig dahingehend aufzunehmen, daß auch die Diskussion um die Ursachen der bestehenden Mißstände und ihrer theoretischen Durchleuchtung weiter vorangetrieben werden muß. Dabei ist bei der Analyse der Gründe für räumliche Fehlentwicklungen nicht primär auf Verteilungsprobleme der Produkte und Produktionsmittel und die aus Eigentumstiteln erwachsende ökonomische und politische Macht der Großkonzerne abzustellen, sondern diese sind auf die spezifische Produktionsform der kapitalistischen Gesellschaft zurückzuführen. Dies erscheint deshalb

notwendig, um beide Stränge der Argumentation des Memorandums, sowohl die Forderung nach konkreten Maßnahmen einer verbesserten räumlichen Struktur als auch deren eigentliche Voraussetzung und gleichzeitige Zielsetzung der Veränderung der unterliegenden ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, noch stärker miteinander zu verklammern. Andernfalls besteht die Gefahr, spezifische ökonomische und

soziale Probleme zu stark als räumliche Probleme zu begreifen und als solche lösen zu wollen, dabei aber zu vernachlässigen, daß Regional- und Raumordnungspolitik nur ein Bestandteil der gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung darstellt, nicht aber den Hebel zur Veränderung der gesamtgesellschaftlichen Struktur.

Rosa Sandmännchen

Bildungsminister *Rohde* stöhnt in Heft 10/11 über die simplifizierende Propaganda der CDU/CSU: »Ihre Hauptthese lautet: schafft die ›Verunsicherung der Wirtschaft‹ aus der Welt, dann läuft der Karren wieder. Teile von Wissenschaft und Politik reduzierten die Rezession zu einer Art psychopathischem Vorgang. Als ›ver-

te./799/ Gegenüber dem offenen Angriff auf den Lebensstandard der Lohnabhängigen hat sich die SPD allerdings weniger simplifizierend verhalten; sie kürzt die Leistungen, schraubt die finanziellen Belastungen hinauf, hat mit einer Massenarbeitslosigkeit leben gelernt; statt der Wirtschaftspsychologie beschwört sie die Strukturpolitik und die Auslandsnachfrage. Mal sehen, ob diese differenziertere Argumentation am Ende honoriert wird.

Thomas *Meyer*, einer der rührigen Bernstein-Fans, bestreitet die von Parteifreunden unterstellte Illusion, man begreife das Ausgraben von Bernsteins Reflexionen bereits als Krisenausweg. »Der Kindsglaube, ein vorurteilsfrei rekonstruierter Bernstein werde die SPD dann auch sogleich aus allen Nöten führen, steht nicht auf dem Wunschzettel seiner theoretischen Freunde./850/ Was er nun wirklich auf den Wunschzettel geschrieben hat, ist vollständig unklar; der Nikolaus wird die Erfüllung nicht in die Wege leiten können, weil die theoretische Handschrift unlesbar ist.

Lehnerts Beitrag über Bernstein verrät auch nichts über Weihnachtsmannillusionen, dafür aber umso mehr über die Motive der Bernstein-Verehrer. »Wenn Bernstein schon acht Jahrzehnte vor dem 22. Parteitag der KPF für eine Streichung der ›Phrase von der Diktatur des Proletariats‹ plädierte..., so setzte er programmatische Marksteine, an denen auch heute noch das mittlerweile vom Eurokommunismus weit-aus mehr als von der SPD selbst neu belebte

Die Neue Gesell- schaft

unsichernde Rahmenbedingungen« wurden vor allem die soziale Sicherheit (›überzogen‹), die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (›systemgefährende‹), die Löhne (›ausufernd‹), die Bildungsexpansion (›leichtfertig‹) und schließlich all das ausgemacht, was nur annähernd unter dem Reformbegriff eingeordnet werden kann-

Erbe der klassischen Sozialdemokratie sich deutlich von der ursprünglich leninistischen und linkskommunistischen Revolutionsstrategie unterscheidet.^{/856/} Heilige Einfalt! Die bösen Kommunisten jenseits des Rheins und der Alpen haben aus lauter Verzweiflung im theoretischen Erbe der Sozialdemokratie herumgewühlt, etlich Passendes entdeckt und schicken sich jetzt an, die Sozialdemokratie um ihr originäres Erbe zu betrügen. Da fragt sich nur, warum hat die SPD dies bloß zugelassen? Die Bernstein-Riege sollte da unbedingt detektivische Aufgaben übernehmen. Damit die liebe linke SPD-Kinderschar aber noch recht lange an ihre behütete Welt glauben kann, singen wir ihnen künftig folgendes von Lehnert gereimte Gute-Nachtlied: »Ebenso geht es in den künftigen Grundsatzdebatten der westeuropäischen Arbeiterbewegung nicht mehr um die abstrakte Alternative ›Lenin oder Bernstein‹, sondern vor allem um die praktische Ausfüllung eines zwischen linken Sozialdemokraten und Eurokommunisten kaum noch kontroversen Rahmens sozialistischer Transformationsstrategie, zu dessen historischer Heranbildung Bernstein einen wesentlichen Beitrag geleistet hat.«^{/858/} Gute Nacht, liebe Kinder und schläft recht schön! Die bösen Buben vom Eurokommunismus werden derweil vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten mit Berufsverbot belegt. Nichts kann vorerst diese himmlische Ruhe stören.

Lutz, SPD-MdB, ist hingegen von innerer Unruhe erfaßt: »Bis hinein in die Teile der Unionsparteien sowie der Kirchen ist die Skepsis verbreitet, ob die Lage ohne EXINGRIFFE IN DEN Kernbereich der Wirtschaftsordnung überhaupt noch beherrschbar werden kann.«⁸⁹⁵ Denn »der Staat hebt sich ... möglicherweise einen Bruch, wenn er glaubt, dem Diktat der Investitionsneigung dadurch zu entgehen, daß er erforderliche Investitionen im Infrastrukturbereich als Ersatz für die Lücke bei den privaten Erweiterungsinvestitionen vornimmt. Einer geschätzten Investitionslücke von 100 Milliarden stehen pro Jahr Ankurbelungsprogramme oder Konjunkturspritzen von einigen hundert Millionen gegenüber.«^{/897/} Ein rechter Schalk der Lutz. Er weiß, daß die Regierung auch ohne

Bruchband künftig auskommen wird; die führenden SPDler wissen nämlich, daß mit staatlichen Investitionen da sowieso nichts zu reparieren ist; sie versuchen es daher gar nicht; man bietet eben ein bißchen Gesichtskosmetik und verkauft dies als Stärkungskur; Lutz weiß Bescheid, traut sich nicht laut zu reden und spricht folglich in hypothetischer Form vom Buch. Daß die indes mit vereinten Kräften angepriesene Strukturpolitik von anderer Qualität ist, glauben wahrscheinlich auch nur die Propagandeure selbst.

Was tun? Aus einigen Ortsvereinen schallen da schon recht systemfeindliche Lösungen herüber: »Insgesamt lesehen muß festgestellt werden? daß der Ausbau unseres Systems der sozialen Sicherung in den vergangenen Jahren auf der Basis einer ›Schönwetterökonomie‹ erfolgt ist, der prinzipiell krisenhafte Charakter unseres Wirtschaftssystems nicht deutlich genug erkannt worden ist und man deshalb auf die heutigen Probleme nicht vorbereitet ist.«^{/901/} Die berechnete Forderung nach Vorbereitung auf die Probleme von Massenarbeitslosigkeit, Abbau des Lebensstandards und erhöhte Unsicherheit in der Lebenslage der Werktätigen wird von den führenden SPD-Männern natürlich sofort aufgegriffen. Bundesminister Vogel verweist auf einen anderen Antrag einer größeren Parteiorganisation, dem BKEZIRK Franken. Hier sieht Vogel die richtige Perspektive angerissen. »Der Kommunismus ist in Europa mehr (!!) ein Faktum der politischen Macht als eine Hoffnung der Massen für die Zukunft. . . Als politische Idee befindet sich der Kommunismus in Europa in der geistigen Krise. . . Die Massen in Europa sehen in der Alternative Kommunismus oder Kapitalismus nicht das geistige Problem der Gegenwart. Der Kommunismus ist ihnen keine Verheißung mehr; die Lektion der Bürokratie wurde verstanden. Die Rat- und Hilflosigkeit des Kommunismus und aller antipluralistischen Marxismen vor den drängenden Problemen der Zukunft ist Anlaß zu einer erneuten Rückbesinnung auf die Grundlagen des Godesberger Programms der deutschen Sozialdemokratie.«^{/908/} Gute Nacht ihr lieben Kinder und schläft recht schön.

In die Rationalisierung eingreifen!

Nach über einem Jahr »Aufschwung« ist klar geworden, daß das Millionenheer Arbeitsloser nicht – wie allseits angenommen – gleichsam als sein Nebenergebnis wieder verschwinden würde. Es droht vielmehr eine Dauerarbeitslosigkeit ungeahnten Ausmaßes, die auch die Gewerkschaften relativ unvorbereitet getroffen hat. Als Stichwort für die zugrunde liegende Entwicklung wird vor allem die Rationalisierung genannt, die sich besonders augenscheinlich in den Bereichen der Verwaltung und der Textverarbeitung mit dem verstärkten Einsatz der EDV vollzieht. Mit ihren Problemen und der möglichen Gegenwehr der Gewerkschaften beschäftigen sich mehrere Schwerpunktheft im Frühjahr und Sommer dieses Jahres. »Die Gewichtsverlagerung auf Ra-

Gewerkschaft liche Monatshefte

tionalisierungsinvestitionen in den vergangenen Jahren bedeutet nicht automatisch, daß insgesamt mehr rationalisiert wird als in der Vergangenheit. Nur sind die beschäftigungssenkenden Wirkungen der Rationalisierungsinvestitionen nicht mehr begleitet von einer Beschäftigungsausweitung via Erweiterungsinvestitionen.« /7; 427/ Dies geht auch aus Untersuchungen des IFO-Instituts hervor: »In vergleichbaren Preisen (Basis 1970) lag das Volumen der Rationalisierungsinvestitionen in den vergangenen Jahren keineswegs wesentlich über dem der sechziger Jahre. Vielmehr ist die relative Zunahme der Rationalisierungsinvestitionen ausschließlich auf den Rückgang der Erweiterungsinvestitionen seit Beginn der siebziger Jahre zurückzuführen; und zwar setzte diese Abschwächung schon lange vor 1973 ein. Seit 1971 liegt

die industrielle Kapazitätsauslastung unter dem langjährigen Durchschnitt. Es ist somit nicht überraschend, daß damit das auf längere Sicht ohnehin dominierende Rationalisierungsmotiv der Investoren so stark (optisch) hervortrat.«/ebenda FN 2/ Im Gegensatz zu landläufigen Thesen vom Wechsel von einem extensiven zu einem intensiven Wachstumstyp und der Spekulation über langfristige Strukturverschiebungen wird hier von Zinn ausgedrückt, daß es sich bei der »Rationalisierungswelle« im Kern darum handelt, daß die kapitalistische Produktionsweise an Grenzen ihrer Ausdehnungsfähigkeit gestoßen ist und damit an ihre Grenzen selbst. Wenn die Rationalisierungsinvestitionen nicht gleichfalls gefallen sind, so deshalb, weil die Kapitalisten in dieser Form, unter Anwendung neuerer technologischer Entwicklungen, den Kampf um die Übernahme der Verluste aus ihrer Überakkumulation austragen.

In dieser Situation sehen sich die Gewerkschaften gezwungen, einerseits der Gefahr der Massenarbeitslosigkeit und andererseits den negativen Auswirkungen der Rationalisierung auf die weiterhin beschäftigten Arbeiter entgegenzuwirken, also den Gegensatz von Arbeitslosigkeit auf der einen und Überarbeitung auf der anderen Seite zu bannen.

Durchgängig ist den Gewerkschaften klar, daß die Verhältnisse nicht zurückgedreht werden können. »Die Gewerkschaften haben sich nie prinzipiell gegen den technischen Fortschritt und die Rationalisierung gestellt.«/6; 350/ schreibt S. Balduin von der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesausschuss. Jedoch: »Technischer Fortschritt darf nicht zu sozialem Rückschritt führen. In der jetzigen wildwüchsigen und ohne Rücksicht auf die Lage auf dem Arbeitsmarkt betriebenen Form bedeutet der Prozeß der Rationalisierung und des technologischen Wandels eine beträchtliche Gefahr für Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und sozialen Besitzstand der Betroffenen.«/6; 350/ Die Gewerkschaften müssen daher eine gezielte »Einfluß-

nahme auf Zeitpunkt, Ablauf und Folgen des Rationalisierungs- und Technisierungsprozesses«/ebenda/ erkämpfen.

Von U. Zachert, einem Referenten für Arbeits- und Wirtschaftsrecht im WSI, werden einige Maßnahmen gewerkschaftlicher Gegenwehr präzisiert. Er stellt fest, daß auf Basis der jetzigen Rechtslage »die Betriebsräte und die gewerkschaftliche Interessenvertretung mit Ausnahme des montanmitbestimmten Bereichs bislang zwar die Konsequenzen unternehmerischer Entscheidungen abmildern können, aber kaum Möglichkeiten besitzen, präventiv auf diese Entscheidungen selbst Einfluß zu nehmen.«/5;285/ Als richtungweisend hierfür führt er den Manteltarifvertrag zwischen der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten und der Zigarettenindustrie vom 18. 12. 1975 an./5;288/ Hier konnte durchgesetzt werden, daß Einstellungen und Entlassungen im Einvernehmen mit dem Betriebsrat erfolgen, Versetzungen und Anlernen von Arbeitern bestimmter Berufsgruppen ebenfalls des Einvernehmens des Betriebsrats bedürfen und schließlich, daß der Betriebsrat »Anspruch auf mindestens jährliche Information über langfristige Tendenzen in der technischen Ausrüstung, Rationalisierungsvorhaben und damit zusammenhängende Personalfragen allgemeiner Natur« hat. »Konkrete Rationalisierungs- und Änderungsabsichten im technischen und organisatorischen Bereich mit personellen Auswirkungen sind rechtzeitig vorher mit dem Betriebsrat zu besprechen.«/5;288/

Mit den Angestellten, die von den Rationalisierungsmaßnahmen vorwiegend betroffen sind, beschäftigen sich Noth *et al.*/6;359/ die wie auch eine Reihe von »Berichten aus der Praxis« plastisch vor Augen führen, mit welcher Wucht Automatisierung der Textverarbeitung im Büro- und Verwaltungsbereich und integrierte Daten-systeme in Handel, Banken und Versicherungen die Arbeitsverhältnisse revolutionieren.

Im öffentlichen Dienst stellt sich das Problem in besonderer Weise. Einerseits muß angesichts leerer öffentlicher Kassen rationalisiert werden, was sich aber noch weitgehend in Form von Arbeitsintensivierung und Verschlechterung des Dienstleistungsangebotes vollzieht, andererseits

versucht das Kapital mangels attraktiver Anlagemöglichkeiten bestimmte lukrative Dienstleistungen in seine Regie zu bringen, was verheerende Auswirkungen für die sozialen Bedingungen der in diesem Bereich Beschäftigten und die Qualität der Dienstleistungen hat./6;372ff./ Zwar schützt der öffentliche Dienst, insbesondere der beamtenrechtliche Status, weitgehend vor den Auswirkungen der Rationalisierung, jedoch können auch hier die Personalräte erst dann eingreifen, »wenn über die Maßnahme zentral bereits entschieden ist und es darum geht, unsoziale Wirkungen zu vermindern und mit Hilfe von Rationalisierungsschutzverträgen zu vermeiden.«/6;371/

Das Beamtenrecht verhindert nicht nur »gleichberechtigtes Verhandeln über Arbeitsbedingungen«/ebenda/, sondern wird von Wehner *et al.* auch als Ursache für »die starre Organisation und die sich ergebende Arbeitsweise, die Zentralisierung der Entscheidungen und die geringe Effektivität«/6;377/ des öffentlichen Dienstes benannt. Notwendig ist eine »Demokratisierung der innerbetrieblichen Verhältnisse des öffentlichen Dienstes und die Einführung eines einheitlichen Personalrechts, das kooperative Zusammenarbeit fördert und konkurrierendes Gerangel um Beurteilung und Beförderungsdienstposten ausschließt.«/ebenda/

Auf weitere mit der Rationalisierung verbundene Probleme und gewerkschaftliche Gegenmaßnahmen weisen andere Autoren hin. So Johannsen/5;302/ und Altmann/Böhle/5;310/ auf die Probleme betrieblicher Qualifizierung und Bildung, deren Umfang 1/3 der Ausgaben des Bundes, der Länder und der Gemeinden für Wissenschaft und Bildung beträgt und die 44% aller Weiterbildungsmaßnahmen ausmachen. Die Risiken liegen hier vor allem in der lediglich betriebsspezifischen und damit außerhalb kaum verwendbaren Qualifikation und den Versuchen, Vorurteile in der Arbeiterklasse zu verstärken, um damit ihr geschlossenes Handeln für die eigenen Interessen zu hintertreiben.

Auf ein anderes Problem, die Veränderungen der Arbeitsstrukturen, weisen Gerlach/6;381/ und Muszynski/7;439/ hin. Bei aller Zustimmung zur Rücknahme tayloristischer Prinzipien

und der inhaltlichen Anreicherung der Arbeiten wird häufig nicht gesehen, welche neuen Belastungen dabei auf die Arbeiter zukommen, daß dabei neue Möglichkeiten späterer Rationalisierung vorbereitet werden und diese neuen Ar-

beitsstrukturen teilweise auch als Mittel benutzt werden, um die Belegschaft aufzuspalten und gegen den Betriebsrat und die Gewerkschaften auszuspielen.

Realer Sozialismus

In Nr. 91 greift D. Diner in seiner »Zwischenbemerkung zur Debatte um den realen Sozialismus« Dutschkes Vorwurf der Kritikunfähigkeit an der Sowjetunion auf. Dieser Vorwurf insbesondere gegenüber älteren Genossen zeugt von Geschichtslosigkeit. Diner zeigt dagegen Geschichtsbewußtsein:

Theoretische Aufklärung über die Verhältnisse in der Sowjetunion blieb – so zeigt es Diners Erfahrung – noch immer ohne Folgen für das linke Bewußtsein. Ausschlaggebend ist die zeitgeschichtliche Notwendigkeit politischen Entscheidens und Handelns. Diese »Logik der Zeit« sah früher allemal anders aus. Unter dem Faschismus überdeckte die Notwendigkeit anti-

hatte, sich der kapitalistischen Vereinnahmung zu entziehen und es einer halbsbrecherischen Gratwanderung zwischen den Fronten bedurfte, verhält es sich mit der gegenwärtigen Diskussion anders. Sie kann sich auf eine selbstbewußte Opposition in Osteuropa beziehen, mit der eine Identifizierung möglich wird.«/ebd/ Für Diner ist die Identifizierungsmöglichkeit im Osten gleichbedeutend mit autonomen politischen Entscheidungsmöglichkeiten im Westen. Zudem erleichtert die Unterstützung der RGW-Opposition durch den Eurokommunismus die »Manövrierfähigkeit« von Sozialisten – »und das ohne falscher- und fatalerweise hinter der Entwicklung »eurokommunistischer« Tendenzen schon eine sozialistische Strategie euphorisch zu vermuten.«/ebd/

Diners Logik der Geschichte: Unglücklicherweise waren früher die politischen Handlungsspielräume eingebunden in die realen politischen Notwendigkeiten. Heute fühlt er sich frei davon. Politische Gratwanderungen sind möglich geworden – und er meint, sich dabei nicht den Hals zu brechen.

Eine sozialistische Partei?

In Nr. 92 analysieren Hirsch und Roth die derzeitige Krise und die perspektivische Entwicklung des Parteiensystems in der BRD. Von vornherein stellen sie eines klar: Die aufgebrochenen internen Konflikte und Fraktionierungen innerhalb der bürgerlichen Parteien sind keinesfalls Ausdruck von in der Bevölkerung verankerten Interessengegensätzen. Daß im Zuge der wirtschaftlichen auch die politische Krise aufgebro-

links

faschistischer Politik die »authentische sozialistische Tätigkeit.«/17/ Während des Kalten Krieges wurden alle Forderungen nach Demokratie und Menschenrechten vom Antikommunismus vereinnahmt. Für Kommunisten blieb nur die tragische Alternative: entweder blinde Apologetik des Sowjetsystems oder Antikommunismus. Alle Versuche, dieser Alternative zu entinnen, stellten halbsbrecherische politische Gratwanderungen dar.

Die »Logik der Zeit« hat sich inzwischen geändert. Heute ist eine Opposition in den sozialistischen Ländern selbst entstanden. »Während linke Kritik an den RGW-Staaten durch das Lager-Denken z. Zt. des Kalten Krieges es schwer

chen ist, bedeutet nicht, daß die realen sozialen und politischen Bewegungen in die Parteiapparate hineinragen. Schließlich ist das Hauptmerkmal des vorhandenen Parteiensystems gerade seine weitgehende Abkoppelung von den wirklichen sozialen Konflikten. Die Krise des Parteiensystems ist daher ausschließlich Ausdruck taktischen Lavierens, zumal die anhaltende Wirtschaftskrise die Grundlage für bislang erfolgreiche Massenintegrationsstrategien geraubt hat. In anderen Worten: Es liegt im Ermessen der Parteien, ob sie sich von der sozialen Bewegung abkoppeln oder nicht. Ein innerer Zusammenhang zwischen ökonomischen und sozialen Bewegungen und politischen Verhältnissen gilt für die BRD nicht.

Welche Perspektiven bieten sich auf dieser Basis für Sozialisten? Eine Umorientierung der gewerkschaftlichen Politik gegenüber den Parteien ist vorerst nicht zu erwarten. Einfach deshalb nicht, weil sie schon in den letzten Krisen-

jahren nicht eingetreten ist. Die SPD-Linke fällt zusehends der innerparteilichen Repression zum Opfer. Für ernst zu nehmende Abspaltungen aus der SPD ist sie zu schwach. Über die DKP brauchen Hirsch und Roth offenbar gar nicht erst zu reden. Da mithin der BRD »die Vermittlung sozialer Bewegungen durch eine ›Partei des sozialen Konflikts‹ fehlt«, drängt sich immer mehr die Frage nach einer sozialistischen Partei auf.¹³

Hirsch und Roth lehnen die Gründung einer sozialistischen Partei ab. Der Zwang zur abstrakten Allgemeinheit von Programmen, denen parlamentarische Wahlparteien unterliegen, bedeutet ja von vornherein ein Abkoppeln von den sozialen Konflikten. »Daher wäre es gefährlich und desorientierend, wenn sich Sozialisten auf einen Mechanismus einlassen, der die Illusion produziert, die parlamentarische Bühne sei der eigentliche Ort von Politik.«¹⁴ – womit der Kreislauf der Argumentation geschlossen wäre.

Auf der Suche nach der verlorenen Identität

In Kursbuch 48 zieht Jean Marcel Bouguereau Bilanz. Zehn Jahre nach dem Aufbruch der Studentenbewegung von 1967/68 steckt die antiautoritäre Linke in der Krise. Einst legitime Sprecher der Protestbewegungen, sind ihre Gruppierungen heute von der gesellschaftlichen Bewegung abgehängt, »sehen sich selbst radikal in Frage gestellt, sind von Auflösung und Massenausritten bedroht.«/2f./ Nirgends wird dieses Faktum so deutlich, wie in Italien: Italiens Linksradikale, einst Vorbild der Linken in ganz Europa, sind seit dem totalen Mißerfolg bei den Wahlen 1976 hoffnungslos am Ende.

Für Bouguereau ist diese ernüchternde Erkenntnis keine Schande, sondern eröffnet die Möglichkeit, klarer zu sehen. Wo die Ursachen der Krise der linksradikalen Bewegung liegen, bleibt für ihn allerdings im Dunkeln. »Ich ver füge über keinerlei Theorie, mit der ich die derzeitige Krise der italienischen Linken erfassen könnte.«/8f./ Er hat lediglich einige Anhalt-

spunkte: »Der Niedergang des klassischen Linksradikalismus in Frankreich und Italien ist nur die Kehrseite des Auftauchens unterschiedlicher Bewegungen, die es alle gleichermaßen ablehnen, den Kampf für ihre Interessen an andere zu delegieren, und die ihre je eigene Identität fordern.«/10/ Bouguereau hat bei diesen

Kursbuch

Bewegungen, die an die Stelle der Linksradikalen getreten sind, nicht jene Autonomisten und Mescaleros im Kopf, die sich in Italien heute offen gegen die Arbeiterbewegung stellen, und denen im gleichen Heft ebenfalls Grüße zuteil werden; gemessen an ihrer gesellschaftlichen Bedeutung ist es vor allem die Frauenbewegung, die die antiautoritäre Bewegung heute ablöst.

Die Frauenbewegung ist teilweise selbst aus der Studentenbewegung hervorgegangen und wirkt heute auf diese zurück: »Unter dem Eindruck der Frauenbewegung entdecken die italienischen Genossen eine Wirklichkeit, die ihnen bislang unbekannt geblieben war: das alltägliche Leben, die persönlichen Probleme, die Sexualität, die Arbeit.«/9/ Sofern die radikale Linke, die sich »hinter ihren Idolen, Symbolen und Tricks«/1/ verschanzt hatte, durch diesen Anstoß auf den Boden der Tatsachen und in die Realität des gesellschaftlichen Alltagslebens zurückkehrt und verhärtete Frontstellungen dadurch wieder in Bewegung geraten, ist gegen diese Form der Dialektik sicherlich nichts einzuwenden. Unverständlich bleibt daher die Sehnsucht nach einer Wiederkehr der alten Zeiten und einer Neubelebung des Linksradikalismus, die von Klaus Hartung formuliert wird: »Die Bewegung hat sich politisch zerstört, die Genossen machen weiter. Wir haben immer noch den langen Atem, immer noch reiben wir uns aneinander wund, also wollen wir weitermachen. Wir haben hundertmal, ohne Hoffnung und voller Verstocktheit, gerufen ›Wir werden siegen‹. Wir werden trotzdem siegen.«/43/

Gratwanderungen

Zwei Beiträge über Gramsci stehen am Anfang des Heftes 41. *Allesandro Mazzone* weist auf die beobachtbare Tendenz hin, »daß in einer Zeit, in der weit über Italiens Grenzen hinaus die

SOPPO

Bourgeoisie zwar herrschend, aber nicht mehr hegemonial führend ist, die Auseinandersetzung mit Gramscis Analysen und Theorien neue Früchte bringen wird.«/1/ Mazzone hat recht mit seiner Befürchtung, daß hierzulande dies kaum

Kursbuch 49 thematisiert eine spezifische Seite der Krise der antiautoritären Bewegung: den Rückzug ins Private und die damit in Zusammenhang stehende Welle einer neuen Sinnlichkeit, die die BRD erfaßt hat. Michael Schneider kritisiert eine Konsequenz aus der Parole »Das Persönliche ist das Politische« und der damit verbundenen neuen Intimpflege des in den Jahren der Politisierung vernachlässigten Ichs: »Im ersten Augenblick hatte es so ausgesehen, als ob die neue psychologische bzw. Sensibilitäts-Flutwelle die Deiche der versteinerten linken Verstandes- und Begriffs-Kultur zum Einsturz bringen würde, und es war zu hoffen, daß der politische Verstand wieder durchlässiger, flexibler und »sensibler« werden würde. Ich fürchte, daß er in den meisten Fällen ganz einfach baden ging.«/183/ Die Lektüre der übrigen Artikel läßt diese Befürchtung nicht als völlig unbegründet erscheinen; eine Erklärung für diese gesellschaftliche Entwicklung ist allerdings durch einen von Schneider angeführten Vergleich mit dem Pessimismus der russischen Intelligenz nach der gescheiterten Revolution von 1905 noch nicht gegeben.

gelingen wird, wenn die Themenstellung eher »Gramsci und der Marxismus überhaupt« heißt (»als ob der Marxismus eine Partitur wäre ... «) anstelle der »konkreten Analyse des konkreten Gegenstandes«. Letztere will Mazzones kurzer Beitrag selbst nicht leisten. Auch *Chr. Buci-Glucksmann* betont in ihrem Artikel über den Begriff der *passiven Revolution* bei Gramsci, daß »heute auf Gramsci theoretisch und politisch Bezug nehmen, nicht heißen (kann), ihn zu wiederholen, sondern sich auf die komplexe Dialektik der politischen Formen des Übergangs einzulassen, die er in negativer wie in positiver Hinsicht erforscht.«/17/ Buci-Glucksmanns These: »Wenn das Herrschaftsmoment gegenüber dem Führungsmoment überwiegt, wenn die führende

Klasse ihre eigene expansive Massenbasis verliert, wenn der Staat als Motor der ökonomisch gesellschaftlichen Entwicklung an die Stelle der Klasse tritt, dann ist unweigerlich ein Zustand erreicht, den Gramsci eine *Diktatur ohne Hegemonie* nennt.«/23/ Die *passive Revolution* soll dadurch gekennzeichnet sein, daß Staatsapparate, Parteien und Gewerkschaften sich in »ideologische Staatsapparate« verwandeln, die hegemoniale Revolution innerhalb der Gesellschaft sich vermittelt des Staatsapparates und korporativer Organisationen durchsetzt. Die Überlegungen freilich, die Gramsci anhand des italienischen *Risorgimento* (Piemont) und der Einführung des *Taylorismus/Fordismus* in Amerika vorbringt, werden von Buci-Glucksmann vornehmlich als Instrument zur Analyse der sozialdemokratischen Herrschaft nach dem WK II und des Stalinismus ausgegeben. Will man das Problem der Sozialdemokratie als Problem hegemonialer bürgerlicher Politik ohne Konsensbildung und Massenbasis stellen, landet man doch nur bei einer umformulierten Technokraten-These; und für die Untersuchung der Entwicklung sozialistischer Gesellschaften wäre ein Instrument, mit dem zu erfassen versucht wird, ob der Staat oder die Klasse der Motor der Entwicklung ist, gänzlich unbrauchbar, denn hier liegt das Problem zweifelsfrei nicht im Entweder/Oder, sondern in der Frage, *wie* das eine mit dem anderen vermittelt ist. Der Beitrag, den Gramscis Theorie zur notwendigen präziseren Fassung der »Beziehungen zwischen Produktion und Staat, zwischen Ökonomie und Politik« leisten kann – was wir nicht bestreiten wollen – muß mit größerer Sorgfalt gegenüber den Fragen ausgearbeitet werden, die sich marxistischer Theorie heute stellen. Die *Sopo* gibt Peter Ruben erneut Gelegenheit, seine These vorzuführen, daß man schon dialektischer Logiker sein muß, um Marx' Wertlehre zu verstehen. Da Ruben weiß, daß seine Leser *dies* nicht sind, kommt er populär: »Dialektisch zu denken, heißt nicht, hüh und hott zu sagen, oder zum Vergnügen die Welt einmal im Kopfstand zu betrachten. Es heißt, den Forminhalt wahrzunehmen und auf der Grundlage dieser Wahrnehmung die theoretische Entwicklung ihres Inhalts vorzunehmen.«

Indes: »Es versteht sich, daß an dieser Stelle keine besondere Entfaltung dieses Inhalts vorgenommen werden kann.«/47/ Da auch nichts allgemeines noch sonstwas entfaltet wird, sollte man die Anregung mit dem Kopfstand aufgreifen; ein solcher aktiviert den Kreislauf, und dies ist allemal eine gute Voraussetzung fürs Denken – das dialektische eingeschlossen.

Camilla Warnke, Kollegin von Ruben an der Akademie der Wissenschaften der DDR, verteidigt folgende These: »Die ideologische Verkehrung rein systemtheoretisch konstituierter Gesellschaftstheorie besteht also kurz darin, daß die Zirkulation vom Standpunkt der Zirkulation reflektiert wird, womit sich Systemtheorie der Gesellschaft als nichts weiter denn als moderne Variante des Grundschemas bürgerlicher Gesellschaftstheorie überhaupt repräsentiert.«/69/ Als Beleg vergleicht Warnke Bestimmungen der Zirkulation und Denkfiguren der Systemtheorie, indem sie letztere auf erstere reduziert. Das umgekehrte – und einzig fruchtbare – Verfahren, aus den Erscheinungen der Oberfläche jene Gedankenformen zu entwickeln, findet man bei ihr nicht. Es würde unterstellen, daß die Bestimmtheit der ökonomischen Totalität des Zirkulationsprozesses nicht lediglich mit einigen *Grundrisse*-Stellen plausibel gemacht wird.

Robert Katzenstein verwahrt sich gegen Simplifizierungen und vorschnelle Schlußfolgerungen in der Debatte um neue Wege zum Sozialismus. Er weist auf die ökonomischen Schwierigkeiten hin, denen sich Sozialisten und Kommunisten in Italien und Frankreich gegenübersehen, und betont: »Das ganze ist noch sehr stark eine Gratwanderung.«/121/ Dem kann man vorbehaltlos zustimmen, auch wenn Katzenstein es versäumt, die anstehenden Probleme genauer zu benennen und sich stattdessen der unnötigen Aufgabe des Abschießens von Pappkameraden widmet (»...so scheint mir an den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes ... nichts Grundlegendes verändert. Was sich verändert hat, ist die Gewichtung der Bedingungen ...«/120/). Widersprechen muß man umso heftiger seiner simplen Darstellung der unterschiedlich ökonomischen und sozialen Entwicklung in der BRD gegenüber anderen Metropolen des

Kapitals. Mit dem Hinweis auf Monopole, Arbeiteraristokratie, Befreiungskämpfe in unentwickelten Ländern und bürgerliche Ideologie ist *nichts* erklärt, so oft man diese vermeintlich ewig gültigen Prinzipien der Leninschen Imperialismustheorie auch reklamiert. Ärgerlich ist Katzensteins Zeigefinger gegenüber Abendroths Kritik an der KPD, diese habe durch ihre sektiererische Politik in der Nachkriegszeit selbst eine Bedingung für den Verlust ihrer Massenbasis geschaffen. Nach Katzenstein hat Abendroth vergessen, daß es sich in der Restaurationsphase um einen Prozeß handelt, »der dazu führt, daß die Partei auf die klassenbewußtesten Kräfte reduziert wird, d. h. auf die Kräfte, die selbst unter diesen Bedingungen die grundlegenden Zusammenhänge der Klassengesellschaft und des Klassenkampfes nicht aus den Augen verlieren... Sobald die Bedingungen entstehen, die

diesen Nebel bürgerlicher Ideologie fortblasen, werden diese Parteien auch wieder zum Kristallisationskern, um den sich die linke Bewegung wieder sammelt... Immer werden diese Parteien Orientierungspunkte einer solchen Bewegung sein...«/117/ Dies ist die strikte Verteidigung der Politik einer zu allen Zeiten die revolutionäre Wahrheit besitzenden und bewahrenden Kaderpartei weniger klassenbewußter Kämpfer, deren *ausschließliche* Aufgabe in flachen Zeiten des Klassenkampfes das »Überwintern«, sprich die Bewahrung der wenigen Kader für bessere Zeiten ist – dauere dies auch 50 Jahre und mehr. Wie Katzenstein auf die Idee kommen kann, solche Vorstellung habe etwas gemeinsam mit dem aktiven, langjährigen Kritikprozeß der spanischen, französischen und italienischen kommunistischen Parteien auf ihrem Weg zur Massenpartei, bleibt unerfindlich.

Haltungsschäden

Der Aufbruch der ZNL aus der Subkultur zu neuen Ufern wird »durch die Entwicklung des Terrorismus in der BRD« verzögert. Die Redaktion des Langen Marschs wird von ihrer aufrechten Vergangenheit, ihrer falschen politischen Einschätzung anarchistischen Terrors eingeholt. »Viele von uns haben z. B. politisch nicht begriffen, was sich in und im Umkreis der Antifolterkomitees entwickelte. Dort wurde auf der Grundlage: »In der BRD herrscht der Faschismus«, eine neue Generation von verzweifelten *Desperados* sozialisiert.«

Im Editorial der Nr. 2 der ZNL wird Besse rung gelobt. »Wenn wir den Terrorismus – soweit dies heute überhaupt noch möglich ist – zerstören wollen, müssen wir unsere *Haltung verändern*, müssen uns der Verantwortung bewußt werden, zur Isolierung terroristischer Gruppen beizutragen.« Die Redaktion ist insofern realistisch, als sie sieht, daß es nicht ihr Verdienst ist, daß der von Gewerkschaften und politischen Parteien aufgebaute Damm, durch den die V erselbständigung des Staatsapparates und die Au-

ßerkräftsetzung der bürgerlichen Grundrechte aufgehalten werden soll, noch nicht gebrochen ist. »Wir haben in den letzten Jahren in der *Haltung eines Fernsehzuschauers* verharrt. Vor uns entwickelte sich das Schauspiel des individuellen Terrors. Wir äußerten immer wieder unsere *ablehnende Haltung*. Meistens ohne Konsequenz.« Damit die bisher apathisch vor dem Bildschirm geäußerte Ablehnung des Terrorismus den Charakter einer *politischen Haltung* erhält, schreitet die Redaktion der ZNL zur politischen Tat. Sie stimmt ab: »Die *Mehrheit* der Redaktion ist gegen den Austausch. Wir sind nun wirklich keine Sympathisanten Schleyers. Diese Überzeugung ist unabhängig von der Person Schleyers. Es ist eine politische Konsequenz des Eintretens gegen den Terrorismus.«

Scharer faßt die *Haltungsschäden* der Neuen Linken zusammen. »Die Sozialisten der Neuen Linken haben bei aller ursprünglichen moralischen und politischen Gemeinsamkeit mit Ulrike Meinhof, Horst Mahler, Jan Raspe, Holger Meins, von Anfang an ihre Terrorpolitik verur-

teilt. *Vielleicht nicht scharf genug, und darin liegt ein Versagen.* Selbstkritik muß hier anfangen und auch dahin gehen, zu fragen, was in unserer politischen Einschätzung und theoretischen Überzeugung eine RAF-Konsequenz mitermöglichte. Für die RAF-Nachfolgegruppen gilt dieser Zusammenhang nicht mehr. « In diesem Heft der ZNL wird die Selbstkritik nur angekündigt. Es bleibt abzuwarten, ob sie tatsächlich formuliert wird oder ob die »ernsthafte Streiter für Menschlichkeit und Gerechtigkeit« mit nach wie vor aufrechter Haltung – trotz politischen Versagens – ihre Nase nur in die andere Windrichtung drehen und – *ohne ihre politisch-theoretische Position auch nur im Ansatz kritisiert zu haben* – in einer neuen politischen Heimat Unterschlupf finden, nämlich dort, wo die Auffassung vertreten wird, »daß die »bürgerlichen« Freiheiten, die der demokratisch-parlamentarische Staat hier garantiert (garantieren soll), durchaus bewahrt und verteidigt werden müssen, nur daß eben die Freiheit und Gleichheit der Staatsbürger ergänzt werden muß durch die soziale Freiheit und Gleichheit.«

Der Lange Marsch und die diesen Namen tragende Gruppe »ist jener »Lange Marsch durch die Institutionen«, von dem Rudi Dutschke 1968 gesprochen hatte« – diese Ansicht Lombardo-Radices – die ZNL zitiert aus einem Bericht Lombardo-Radices über ein Seminar zur politischen Entwicklung in Italien und über Fragen des Eurokommunismus (Juni 77 in Westberlin), an dessen Vorbereitung auch der »Lange Marsch« beteiligt war, – sei eine »überraschende politische Fehleinschätzung«. So ist das eben bei Selbstbespiegelungen (»Pressespiegel«): Plötzlich stellt man fest, daß man etwas ist, was man sich nicht dünkt. Allerdings hat die ZNL wiederum recht, wenn sie schreibt: »Die Neue Linke versteht sich keineswegs als eurokommunistisch«. Das hat ihr Lombardo-Radice aber auch nicht vorgespiegelt; er ist weitaus präziser: »Die deutschen Studenten der Rebellion von 1968, heute größtenteils als Lehrer, in freien Berufen sowie an Universitäten tätig, nähern sich im Laufe ihres politischen Reifeprozesses den Positionen von Gramsci, denen der KPI und der eurokommunistischen Bewegung. *Ich meine damit*

nicht alle, das nicht: doch dies scheint mir die vorherrschende Tendenz zu sein.«

In der Zeitung für eine Neue Linke herrscht diese Tendenz nicht vor. Klassenvorurteile gegenüber den politischen Parteien der Arbeiterbewegung und Unverständnis der Probleme des Aufbaus des Sozialismus führen dazu, daß in der ZNL der Grund der eurokommunistischen Bewegung vollkommen falsch benannt wird. »Der Eurokommunismus ist doch vor allem eine »Abwendung« von den Methoden und den politischen Zielsetzungen des »sowjetischen Lagers«, erwächst also die Notwendigkeit vor allem für Kräfte, die Bestandteil dieses »Lagers« gewesen sind, oder weiterhin sind.«

Aber selbst Repräsentanten der sozialistischen Opposition können enttäuschen. Mit der ZNL-eigenen Zivilcourage stellt Miermeister fest, daß R. Bahros Buch »Die Alternative« nichts taugt. Bahro ist erstens unwissenschaftlich, zweitens trägt er relativ wenig zur analytischen Erklä-

Langer Marsch

rung des spezifischen Gesellschaftstypus der DDR bei, und drittens »diskreditiert und sanktioniert er, theoretisch und politisch, die Kampfformen, die denen da unten im unmittelbaren Produktionsprozeß nun einmal bleiben, zunächst: Produktivitätsreserven zurückhalten, fluktuieren, saufen, kranksein und kranknehmen«, bummeln, z. T. offene Ablehnung von unrealistischen Plänen, Widerstand gegen unmenschliche Wettbewerbsbedingungen, spontane – kurzfristige – (illegale) Streiks. B. bleibt somit auch an diesem Punkt ganz der offiziellen Doktrin, hier dem Primat der ökonomischen Effizienz (qua Intensivierung etc.) verpflichtet.«

Wahnsinniges

Die Entführung Schleyers hatte die Zeitung für eine Neue Linke veranlaßt, den Lesern ihre politischen Haltungsschäden gegenüber den

bundesrepublikanischen terroristischen Anarchisten mitzuteilen. Die Selbsttötung dreier Anarchisten – Schwerpunktthema in Nr. 3 der ZNL – gefährdet darüberhinaus die *mentale Gesundheit* der ZNL-Redaktionsmitglieder. Soweit in den Beiträgen zum dreifachen Tod in Stammheim die politische Diskussion explizit ausgeklammert wird und »nur die technischen Probleme« der Selbsttötung untersucht werden, werden noch einige Argumente gegen eine irrationale Legendenbildung aufgelistet. Sobald es um eine politische Einschätzung der Vorfälle in Stammheim geht, ist Irrationalität Trumpf.

Wie fing das damals alles an? Anfang der siebziger Jahre resignierten einige Mitglieder der ersten Terroristen-Generation, »kehrten der sozialistischen Alltagspraxis den Rücken und setzten stattdessen ihre *Tagträume* in die Tat um.« Die bei der Neuen Linken normale leichte Bewußtseinsirrbung entwickelte sich bei den Terroristen zur handfesten Psychose. »Der deutsche Terrorismus ist nämlich auch ein sehr deutscher Terrorismus: technisch hervorragend, kalt in der Tat, autoritär strukturiert, aufopfernd logisch und sei es auch Wahnsinn, wenns nur *kollektiver Wahnsinn* ist.« Für inhaftierte terroristische Anarchisten gibt es keine Aussicht auf Rekonvaleszenz. Die Selbsttötung ist »eine angemessene Zukunftsalternative zur lebenslänglichen *Paranoia*.«

»Weil linke Politik *wahnsinnig* kompliziert und widersprüchlich geworden ist«, findet eine perspektivische Diskussion nicht mehr statt. »Das Ausmaß der Alternativen, das der RAF-Terrorismus produziert, ist derart *irrsinnig*, daß man beim Nachdenken darüber fast die Sprache verliert.« Diejenigen, die die »heutige Situation unhistorisch als Schicksal« hinnehmen und »die Geschichte unserer eigenen Niederlage« verdrängen, stehen vor der »Alternative: *schizophren* sein und die Widersprüche aushalten oder zu den Desperados gehen, um zu töten und getötet zu werden.«

Besonders empfohlen zwecks Ablenkung von blutigen Terrorspielen wird die Lektüre einer Replik von Pirker. Die Jammerklage des Denunzianten enthält zwei Klarstellungen. Erstens: »Ja und noch einmal Ja: Im Gegensatz zu

Abendroth war und bin ich und werde ich bleiben ein Antikommunist.« Zweitens: »Ein Verhör eines Wissenschaftsbürokraten in Niedersachsen, z. B. wirft unsereinen nicht um. Das ist kein Indikator für eine faschistoide Entwicklung der Gesellschaft – das war und ist und wird in absehbarer Zeit normal sein – nach den Kriterien der Wissenschaftsbürokraten, versteht sich.«

Nachdem Berichte über Terroraktionen weitgehend vom Bildschirm verschwunden sind, nachdem die Umgruppierung in der Redaktion vorläufig abgeschlossen ist und die Zeitung für eine Neue Linke wieder der Lange Marsch heißt, wendet sich der *Neue Lange Marsch* mit Nr. 31 in vollem Umfang seinen beiden Standardthemen zu: der Organisationsdebatte und der Verbreitung von Vorurteilen über die gesellschaftlichen Verhältnisse in sozialistischen Ländern.

Spitzmäuligkeit ist zur *zweiten Physiognomie* des Langen Marsch geworden, seit er vor zwei Jahren eine Debatte über die Organisation einer sozialistischen Partei zu führen versuchte. Wer die Lippen schürzt, braucht noch lange nicht pfeifen zu können; und wer über eine authentische sozialistische Partei rasonniert, ist noch lange nicht in der Lage, sie aufzubauen. Weil der Lange Marsch glaubt, es liege an seinem flachen Atem, daß die Organisation nicht vorangekommen ist, macht er sich auf die Suche nach einem Blasebalg, der eine weitere »Arbeitstagung, die die Fragen von sozialistischer Organisation diskutiert«, mit Pressluft versorgen könnte.

Steffen lehnt ab. Über eine sozialistische Partei noch möglichst vor der nächsten Bundestagswahl – da brauchen wir gar nicht drüber zu reden! »Nie zuvor hat Jochen Steffen seine Position so eindeutig benannt«. Was Scharrer und Steinke erstaunt: Steffen stimmt ihren Klassenvorurteilen – »die traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung nehmen nicht mehr die Ziele der Arbeiterbewegung wahr« – nicht vorbehaltlos zu.

Auch beim Sozialistischen Büro ist nichts zu holen. Zwar hat sich eine Fraktion grundsätzlich zu einer sozialistischen Partei bekannt, doch die Auffassung dieser Fraktion, ohne Zusammenarbeit mit der linken Sozialdemokratie und mit einer gesprächs- und bündnisbereiten DKP und

ohne Unterstützung weiterer nicht-sektiererischer Gruppen der westdeutschen Linken seien weder eine gemeinsame Alternative zur herrschenden Politik realisierbar noch die Fragen von Wahlinitiativen und Gründung einer sozialistischen Partei angebar, ist für Scharrer »derart utopisch, daß, falls die Organisationsfrage von uns (!) davon abhängig gemacht wird, diese Bündniskonzeption nicht nur keine Tagesfrage ist, sondern auch keine Wochen- und Jahresfrage, eher ist sie damit eine Jahrhundertfrage.« Scharrer setzt erst einmal auf die Wählergemeinschaft *Grüne Liste*. Doch auch Vogt vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz erteilt dem Langen Marsch eine Absage: »Es würde zu einer verhängnisvollen Fraktionierung führen, wenn man jetzt mit dem Anspruch einer

»linken Liste« in den Prozeß eingreifen würde... Die Stärke dieser Bewegung ist ihre Breite, und es müßte darauf geachtet werden, daß praktische Aufklärungsprozesse stattfinden und nicht, daß die Widerständler von gestern oder vorgestern mit ihrem Konzept einen bestehenden Widerstand funktionalisieren. Man sollte sich immer der Breite bewußt sein und nicht zu einer Fraktionierung ansetzen.«

Die Organisationsdebatte wird weitergehen. Die Frage: Fraktionierung in der SPD oder Neue Partei ist noch offen. Der Lange Marsch mag sich einbilden, der Gründungspfiß sei wegen asthmatischer Beschwerden ausgeblieben; er kann der Neuen Linken jedoch noch so lange ins Gesicht pusten – ohne neues Gebiß wird er keinen argumentativen Laut herausbringen.

Weniges über die Kultur der Arbeiterklasse

Ebenso wie die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums verläuft auch die Entwicklung der Kultur der Arbeiterklasse in kapitalistischen Gesellschaften in gegensätzlichen Formen. Denn einerseits behindert das Kapital, das im Arbeiter lediglich ein Instrument zur Profiterzielung sieht, die kulturelle Entwicklung der Arbeiterklasse, andererseits schafft es erst im Zuge der Entwicklung der Produktivität der menschlichen Arbeit die Möglichkeit für Lebensbedingungen, die eine umfassende Ausbildung und Entwicklung der körperlichen und geistigen Anlagen der Menschen gestatten. Diese Auffassung vertritt *Renate Karolewski* in Heft 31 in ihrem Beitrag »Gesellschaftlicher Reproduktionsprozeß und Kultur«. Die kulturelle Entwicklung aller und nicht nur einiger weniger Gesellschaftsglieder ist danach gebunden an eine Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte, auf der umfassender gesellschaftlicher Reichtum in relativ kurzer Zeit produziert wird; sie ist also gebunden an die Möglichkeit von ausreichend freier Zeit neben der Arbeitszeit. Dazu schafft »das Kapital in seinem Drang nach Ökonomisierung aller seiner Re-

produktionsbedingungen »ungewollt« die Voraussetzungen«/38/. Werden also durch das Kapital die objektiven Bedingungen für Bedürfnis- und kulturelle Entwicklung der Arbeiterklasse geschaffen, so wird aber zugleich diese Entwicklung konterkariert und beschränkt durch den Charakter der produktiven Arbeit als mehrwertproduzierender Arbeit. Die Kultur der Arbeiterklasse muß sich mithin gerade auch im Ge-

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge
aus marxistischen
und ant imperialistischen
Zeitschriften

gensatz zum Kapital entwickeln. »Damit wird aber der Kampf um kulturellen Fortschritt direkt zum Kampf um die Macht und umgekehrt: Der Kampf der Arbeiterklasse um größeren Einfluß erhält zunehmend kulturelle Motive.«/68/

Neben diesem Artikel von Karolewski sind die anderen in Nr. 31 des *Marxismus Digest* zusammengestellten Texte von untergeordneter Bedeutung und können »unter den Tisch fallen«.

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

106

Staat und Ideologie

Editorial:

Das Argument kann nur als Projekt seiner Leser existieren

W. F. Haug: Zur Dialektik von gesellschaftlicher Basis und politischem Überbau im Sozialismus

E. Balibar: Klassen, Staat und »Diktatur des Proletariats«

S. Holland: Sozialstaat als Bedingung des gesellschaftlichen Konsens

H. Woetzel: Haugs »Kritik des Absurdismus« als Beitrag zur Ideologietheorie

Stalinismus-Forschung (I)

M. Masuch: Das Problem der Erklärungen des »Stalinismus«

G. Meyer: Industrialisierung, Arbeiterklasse, Stalinherrschaft in der UdSSR (I)

Arbeitergeschichtsschreibung

Heer/Hemje-Oltmanns/Ullrich: Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung: Neuere Tendenzen

107

Gewerkschafts-Diskussion (I)

Editorial: Die Argument-Konzeption

E. Schmidt: Gerät die Sozialpartnerschaft in die Krise?

W. Müller-Jentsch: Die Neue Linke und die Gewerkschaften

Perspektiven arbeitsorientierter Reformpolitik

K. H. Tjaden: Territorialstruktur und antikapitalistische Reformpolitik

Stalinismus-Forschung

G. Meyer: Industrialisierung, Arbeiterklasse, Stalinherrschaft in der UdSSR (II)

Aktuelle Analysen

W. Abendroth: Bahros »Alternative«

R. Kawa: Terrorismus: Strategien der Verunsicherung

Kongreßberichte: Hochschulpolitischer Kongreß des BdWi; WSI-Forum; Kulturtagung des IMSF; Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie

Einzelheft 9,- DM, im Abo 7,50 DM, Studenten 7,- DM, im Abo 6,- DM

Argument-Verlag

Postfach 21 7030

7500 Karlsruhe 21

ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS

Vorschau auf das Programm für 1978

- | | |
|----------|---|
| AS 20 | Registerband ARGUMENT 56 – 100 |
| AS 21 | Schule und Erziehung (VI): Reformpädagogik und Berufspädagogik |
| AS 22 | Gulliver/Deutsch-englische Jahrbücher, Bd. 3: USA im Jahre 201 |
| AS 23 | Massen/Kultur/Politik |
| AS 25/26 | Habermas – Darstellung und Kritik seiner Theorie von Burkardt Tuschling. Doppelband |
| AS 27 | Jahrbuch für Kritische Medizin 3 |
| AS 28 | Forum für Kritische Psychologie 1 |
| AS 29 | Gulliver/Deutsch-englische Jahrbücher, Bd. 4 |
| AS 30 | Soziale Medizin (VIII) |
| AS 31 | Projekt Automation und Qualifikation, Bd. III: Theorien über Automationsarbeit |
| AS 32 | Gesellschaftsformationen in der Geschichte |

Weitere Bände in Vorbereitung

- Musik 50er Jahre (Fortsetzung von AS 5 und AS 24)
Forum für Kritische Psychologie 2
Internationale Sozialismus-Diskussion

Einzelpreise: jeweils 15,50 DM, Studenten und Schüler 12,– DM
Im Abonnement jeweils 13,– DM, Studenten und Schüler 10,– DM

Abo-Bedingungen: Das Abonnement verpflichtet zur Abnahme von drei Bänden nach eigener Wahl aus der AS-Produktion des jeweiligen Jahrgangs; es berechtigt darüber hinaus zum Bezug auch der übrigen Bände des Jahrgangs zum Abo-Preis.

Argument-Verlag Postfach 21 07 30 7500 Karlsruhe 21

Bücher

Neues vom Staat?

Kein anderes Thema der marxistischen Theorie ist in den letzten Monaten so in das Licht einer breiten Öffentlichkeit gerückt worden wie die Staatsfrage. Signalwirkung hatte die von der KPF geführte Debatte um den Inhalt der tradierten Formel von der »Diktatur des Proletariats«. Es wäre nun sicherlich oberflächlich, sähe man in der breiten Diskussion unter den kommunistischen und sozialistischen Parteien unserer westeuropäischen Nachbarländer nur einen Streit um einen Begriffsinhalt. Es ist unübersehbar, daß es hier um Grundfragen revolutionärer Taktik in dem Prozeß der sozialen Emanzipation der Arbeiterbewegung geht. Bemühen sich die kom-

Handbuch 5, Staat, EVA, Frankfurt/M./
Köln 1977, S. 433, DM 48,—

munistischen und sozialistischen Parteien um eine konkrete gesellschaftliche Alternative, so wird von vielen Seiten dieser Prozeß mit etlichem Unbehagen beobachtet. Auf der einen Seite steht dem Selbstverständnis nach: friedlicher Übergang zum Sozialismus, qualitative Veränderung des Staatsapparates durch Demokratisierung und Rückbindung an breite Masseninitiativen, Etablierung eines neuen Typs ökonomischer und politischer Entwicklung, stufenweise Neuorganisation der gesellschaftlichen Arbeit über die Einführung einer wirtschaftlichen Programmierung, die sowohl die Steuerung des öffentlichen wie des privaten Sektors der na-

tionalen Ökonomie gewährleistet. Auf der anderen Seite stehen Befürchtungen, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven: Was für die einen als Sieg der Sozialdemokratie gefeiert wird, eine Versöhnung der unterschiedlichen Strömungen der Arbeiterbewegung allein auf Kosten von Sozialisten und Kommunisten und zugunsten der Sozialdemokratie, wird von anderen als Revisionismus angeprangert, als Verrat an den unterdrückten Massen, als Abrücken von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus. Die bürgerliche Welt schaut dieser neuen Aufbruchstimmung innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung mit recht gemischten Gefühlen zu: im vollen Bewußtsein, die freiheitlichste Ordnung und politische Gliederung der ganzen abendländischen Geschichte verwirklicht zu haben, versteht sie nicht, was es da an der parlamentarischen Demokratie zu demokratisieren gibt; und da ihr Kommunisten und Sozialisten nie vollwertige Staatsbürger schienen, vermutet sie hinter allem einen bösen Trick, gleich jenem von Troja; die bürgerliche Welt soll eingelullt werden, aber kaum eingedöst, würden ihr die Feinde der Menschheit ihr wahres Gesicht zeigen; wenn wir uns jetzt täuschen ließen, muß die Menschheit mit der kompletten Vernichtung der Individualität, dem persönlichen Freiheitsraum der einzelnen, büßen, so ihr von leichter Resignation angehauchter Kampfschrei zur Mobilisierung des bürgerlichen Lagers.

Welche Antwort auf diese Kernfrage der gegenwärtigen Kapitalismusedwicklung wird in dem Handbuch gegeben? »Das vorliegende Handbuch ›Staat‹ ist weder ein bloßer Diskussionsband noch ein Band, in dem einfach Resultate der marxistischen Staatsdiskussion zusammengefaßt werden. Es handelt sich vielmehr um den Versuch, den Stand der gegenwärtig geführten Diskussion festzuhalten und bisher erarbeitete Theorieansätze auf konkrete Problembereiche staatlicher Tätigkeit zu beziehen.«/7/ Dieser Anfang klingt verlockend. Fertige Resultate wird es nicht geben können, daher wäre eine solche Erwartung fehl am Platze, und an konkreten Problembereichen mangelt es ja der gegenwärtigen Diskussion weiß Gott nicht. Der Bogen geht von Vorschlägen zur sozialistischen Umgestaltung der Institutionen der Gemeinde bis hin zur Reorganisation der nationalen Planung und der Umgestaltung der bürgerlichen Unterdrückungswerkzeuge.

»Die sehr unterschiedlichen Beiträge in den drei Teilen des Handbuchs können zweifellos kein geschlossenes Bild der kapitalismuskritischen Staatsdiskussion liefern. Im Gegenteil: der Band soll helfen, Leerstellen zu erkennen, Diskussionsrichtungen zu entwickeln und die theoretische Diskussion mit empirischen Fragestellungen zu verknüpfen.«/18/ Auch diese erneute Einschränkung spricht aus unserem Herzen. Wir erwarten kein geschlossenes Bild, wir erwarten einen Überblick über die zentralen Probleme und die Hauptströmungen der gegenwärtig geführten Staatsdiskussion.

Heide Gerstenberger unterzieht die staats-theoretische Auseinandersetzung einer kritischen Prüfung und kommt zu dem Schluß: ob man überhaupt mit einer allgemeinen Analyse des Staates weit komme und ob nicht vielmehr durch eine historische Forschung die Herausbildung von bestimmten Staatsfunktionen allein einzufangen wäre, sei doch sehr die Frage. »Damit aber wird deutlich, daß sich die historisch-materialistische Analyse des bürgerlichen Staates nach wie vor in einem Stadium befindet, welches im Hinblick auf ihre Praxisrelevanz nur sehr geringe Fortschritte gegenüber der simplen Repressionstheorie vorzuweisen hat.«/49/ Dieses

erste Ergebnis mag auf den ersten Blick ein wenig kümmerlich anmuten; aber wenn wir uns bei dieser allgemeinen Aussage überall den Zusatz – Staatsdiskussion in der BRD – machen, stimmt die Sache; sie befindet sich in einem Stadium, wo weder theoretisch noch praktisch viel auszumachen ist. Es ist wahrlich selten, daß in dicken Büchern die zentrale Aussage gleich an den Anfang gestellt wird und die folgenden 350 Seiten ein einziger stringenter Beweis sind: für die theoretische Substanzlosigkeit und politische Bedeutungslosigkeit der neueren marxistischen Staatsdiskussion in der BRD.

Altwater rechnet mit der operaistischen Theorie ab, die es Ende der sechziger Jahre in Italien am Rande der Arbeiterbewegung zu einiger organisatorischer Relevanz gebracht und seither von linkskommunistischen Importeuren mit wechselnden Erfolgen auf dem BRD-Markt feilgeboten wurde. Unter Verweis auf die Zersetzungsprozesse der ursprünglichen italienischen Produzenten ergibt sich ein schlagender Beweis für die »politische Perspektivlosigkeit der Theorie vom Planstaat und von der Arbeiterautonomie.«/115/ Wir sehen also nicht nur die Bedeutungslosigkeit einer Staatsdiskussion in der BRD, nein es gibt so etwas auch in Italien. Daß es dort im übrigen noch andere Entwicklungen gibt, gehört in einen anderen Staatsband.

Blanke versucht in Anknüpfung an viele andere von ihm produzierte Diskussionsbeiträge in anderen Staatsbänden vermittelt einer erneuten Problemskizze der »Logik des Legitimationsproblems«/124/ auf die Spur zu kommen. Der Überblick über verschiedene Varianten von Theorien (apologetische und kritische) bringt ihn und den an Überblick interessierten Leser zu der aufregenden Schlußfolgerung, daß das mit der Trennung von Ökonomie und Politik doch wohl nicht angehe. Der materialistische Theoretiker müsse zeigen, daß »Ökonomie und Politik nicht zu trennen sind, vielmehr eine ›dialektische Einheit‹ bilden und schließlich »den Begriff des ›Staates‹ selbst näher untersuchen, um damit die damit immer schon verknüpften Vorstellungen von einem monolithischen Herrschaftsapparat aufzulösen.«/137/

Besser hätte die Bedeutungslosigkeit der

neueren Staatsdiskussion nicht demonstriert werden können; man verknüpfe erst Vorstellungen mit einem Begriff; da man des Knüpfens nicht kundig, löse man anschließend mit den bewährten Formeln wie »dialektische Einheit«, »materialistische Erklärung« etc. die aufgetretenen Knoten wieder auf und wir erhalten wieder einen glatten Faden, der sich zu weiteren Operationen verspinnen läßt.

Hirsch hingegen geht gleich zur Sache über: der Fixierung auf die »Ableitungsproblematik« müsse ein baldiges Ende bereitet werden; er könne hierzu nur die Ermunterung geben, nämlich ein neues »theoretisches Konzept«/161/ beisteuern. Ihm kommt es »theoretisch wie politisch ... darauf an, die ökonomisch-klassenmäßigen Bedingungen und die herrschaftstechnische Funktionslogik von graduellen Verschiebungen im System der Staatsapparate und die damit verbundenen Veränderungen im Modus (ideologischer) Massenintegration sowie der Einsatzformen und Zielrichtungen gewaltsamer Repression bezüglich ihrer Auswirkung für die Entwicklung der politischen Kämpfe zu untersuchen.«/180/ Eben weil nun alle nur ein theoretisches Konzept skizzieren, so die Schlußfolgerung, weist »unter dem Gesichtspunkt praktischer Relevanz .. die Theorie .. eines ihrer folgenschwersten Defizite auf.«/181/

In einem guten bundesrepublikanischen Überblick fehlt nie die »historische Entwicklung einer politischen Problemstellung«; denn bevor man das Problem behandelt, muß man seine historische Entwicklung kennen; dies ist die originale marxistische Methode (vgl. dazu Evers).

Semmler stellt schließlich »allgemeine Vorüberlegungen« an, kommt dann zum eigentlichen Gedanken, der Einordnung der »staatlichen Tätigkeit in die Marxsche Darstellung der kapitalistischen Produktion«, wobei es zunächst um »nur eine schematische Einordnung des Staatssektors – als eines Subsystems des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses« geht./286/ Da schematisch und Schema bekanntlich dieselbe Wurzel haben, erhalten wir flugs ein richtungsweisendes Resultat: eine Matrix-Formel/295/.

Der Nachweis der theoretischen und politi-

schen Bedeutungslosigkeit ist jetzt schon so offenkundig, daß sich die Autoren einen expliziten Hinweis schenken können. Nach etlichen Abschwweifungen über die theoretische Unausgewiesenheit und Folgenlosigkeit staatlicher Wirtschaftspolitik, einem kurzen Ausflug auf den Weltmarkt, der nie fehlen darf bei einer guten linken Unternehmung, kommen wir zu konkreten Verhältnissen.

Volker Brandes, dem die Konzeption und Gesamtherausgabe der Handbücher zur Kritik der Politischen Ökonomie obliegt, hat sich den Lekturberissen vorbehalten.

Vor dem Hintergrund von Ökonomie und Politik als dialektischer Einheit stellt er die Frage, ob ein Funktionswandel des bürgerlichen Staates in ein Instrument zur gesellschaftlichen Veränderung denkbar ist. Die klassische revisionsistische Antwort auf diese Frage sei die These »durch den angeblich klassenneutralen Staat allmählich die sozialistische Produktionsweise herbeizuführen.«/403/. In der marxistischen Revolutionstheorie sei eine andere Schlußfolgerung gezogen worden: »Durch die proletarische Revolution muß, wie u. a. Lenin unter Berufung auf Marx und Engels betonte, »die alte Staatsapparatstruktur völlig zerstört« werden.«/402/ Diese alte Frage sei neuerdings auf dem Kontinent wieder »unmittelbar relevant«/409/ geworden. Und wie lautet nun die Brandes'sche Antwort auf die westeuropäische Tagesfrage?

Der Leser wird sich kaum halten können vor Überraschung!

1) Für die BRD gilt: »Gerade in Perioden, in der die von den Klassikern der marxistischen Revolutionstheorie aufgeworfene Frage der Notwendigkeit der Überwindung des bürgerlichen Staates nicht unmittelbar aktuell ist, sondern nur relativ schwache antikapitalistische Widerstandskräfte existieren, bekommt die differenzierte Einschätzung der derzeit dominierenden Form des bürgerlichen Staates hinsichtlich der Schranken, aber auch der Spielräume, die diese der Entfaltung der Klassenbewegung setzt, eine besondere Bedeutung.«/404/

Nein, welche Dialektik! Die Sache ist für die BRD gar nicht unmittelbar aktuell, aber dennoch ist die Beantwortung der für Westeuropa

aktuellen Frage von besonderer Bedeutung für die hiesigen Verhältnisse. Und nun – endlich die langersehnte Antwort:

2) »Je stärker die Klassengegensätze offen ausbrechen, desto vorsichtiger muß die auf den Klassenkompromiß angewiesene linke Regierung in ihren Reformvorhaben vorgehen.«/411/ »Das offizielle Ziel der Regierung, den Sozialismus auf evolutionärem, verfassungsmäßigen Wege »einzuführen«, stößt auf die Realität sich polarisierender Klassengegensätze.«/ebd./ »Diese Widersprüchlichkeit durchzieht die gesamte politische Strategie derartiger Regierungen und verurteilte sie bislang zum Scheitern.«/415/

Heißt dies mithin, daß der von der französischen Linkunion oder in Italien angestrebte friedliche, verfassungsgemäße Übergang zu einem neuen Typ ökonomischer Entwicklung notwendig scheitern muß?

Wer wird denn so ungeduldig fragen! Immer diese Eile und vorlaute Konkretheit! Bedenke Wissenschaft! Und das Motto: theoretische und politische Bedeutungslosigkeit! »Die in diesem

Aufsatz angesprochene Frage, ob – und wenn ja inwieweit – unter Bedingungen verschärfter Klassengegensätze und der Regierungsübernahme durch die parlamentarische Linke die System- und Tätigkeitsgrenzen des bürgerlichen Staates auf eine »Übergangsgesellschaft« hin verschiebbar sind, wurde dagegen systematisch nicht diskutiert.«/423/ Den Genuß nach hundert Seiten Überblick bitte auf der Zunge zergehen lassen! Die angesprochene Frage wurde nicht systematisch diskutiert. (Da der Autor sich nicht als Wirrkopf wähnt, selbstredend auch nicht unsystematisch diskutiert). Nicht diskutiert! Daher: »Mit dieser Aussage bleibt hier die Frage des Übergangs zum Sozialismus und der »dem Staat« in diesem Prozeß zukommenden Funktion konkret unbeantwortet.«/423/ Die aktuelle politische Frage der westeuropäischen Entwicklung bleibt konkret unbeantwortet. Der Leser wird sich auf den nächsten Überblick freuen. Vielleicht nach den anstehenden gesellschaftlichen Veränderungen. Denn dann wären doch sicher Leerstellen aufzuzeigen, Diskussionsrichtungen zu entwickeln.

Sterndeuterei durch und für die Sozialdemokratie

Mit der aktuellen Krise des Kapitalismus ist auch die Krise der Sozialdemokratie offenkundig geworden. Die Sozialdemokratie sieht sich durch die in aller Schärfe erneut aufgebrochenen alten Übel der kapitalistischen Produktionsweise gezwungen, nach neuen politischen Lösungen zu suchen. Bei dieser Suche wird die Partei zugleich zum Gefangenen einer von ihr mitverursachten Logik: alle politischen Maßnahmen, durch die die Kernstruktur der kapitalistischen Ökonomie berührt oder in Frage gestellt wird, verletzen das von der Sozialdemokratie miterrichtete Tabu; sie sind kommunistische, daher in der »freiheitlichsten aller Gesellschaften« kriminalisierte Gedanken. Die Parteilinke fällt angesichts der von der politischen Rechten forcierten Tendenz der immer extensiveren Auslegung der FDGO und der entsprechenden »Be-

rufsverbotspraxis« in Resignation. In dieser Situation sucht *Günther Nenning* der trüben Stimmung durch eine Publikation gesammelter Aufsätze aus dem »Neuen Forum« unter dem hoffnungsfrohen Titel: »Die Zukunft der Sozialdemokratie« beizukommen.

»Die sozio-ökonomische Entwicklung des europäischen Kapitalismus treibt die europäische Arbeiterbewegung zur Einheit und schreibt ihr zugleich die Formen vor, unter denen sie ihre Tendenzen zur Macht realisieren kann. Und zwar sind es »Sozialdemokratische« Formen.«/174/ Wir sehen, auch angesichts einer revolutionären Situation in den westeuropäischen Ländern, immer größer werdenden innenpolitischen Problemen und einer täglich deutlicher hervortretenden Schwäche der Sozialdemokratie, gibt es faktisch keinen Anlaß für Trübsal und

Verzweiflung. »Die Sozialdemokratie hat noch gewaltige historische Aufgaben zu erledigen: ... Sie steht gerade erst am Anfang ihrer Karriere.«/255/ Sprechen augenscheinlich alle Fakten gegen die Sozialdemokratie, ein Blick durch die Nennung'sche Brille überzeugt: nicht die Sozialdemokratie, sondern die kommunistische Bewegung ist in der Krise. »Leninismus schrumpft, Sozialdemokratie wächst.«/113/ Also Hereinspaziert ihr pessimistischen, müden Geister des linken Flügels einer alten Partei; ein Blick durch das Nennung'sche Kaleidoskop überzeugt euch: »Nach einem runden dreiviertel Jahrhundert der Trennung ist der Kommunismus nun auf dem Heimweg zur Mutter Sozialdemokratie.«/111/

Der Kapitalismus ist erneut in einer sehr krisenhaften Entwicklung. Die soziale Marktwirtschaft hat abgewirtschaftet. Aber nicht die kommunistische Bewegung weist den lohnabhängigen Massen den Ausweg aus sozialen Pro-

**Günter Nennung, Realisten oder Verräter.
Die Zukunft der Sozialdemokratie, Bertelsmann Verlag, 256 S., DM 29,80**

blemen, Unsicherheit der Lebenslage und sich national wie international verschärfenden Klassenkämpfen durch ihr Programm der Errichtung eines neuen Typs ökonomischer, sozialer und politischer Entwicklung, sondern dies ist mit den Augen des Nennung die Sternstunde der Sozialdemokratie. Diese Partei ist keineswegs diskreditiert durch die jahrzehntelange Unterstützung der kapitalistischen Gesellschaft, sondern ihr Geheimrezept gelangt in diesen Tagen erst zur vollen Wirksamkeit. »Die ›Wirtschaft‹, nämlich der Kapitalismus, funktioniert nur noch, wenn die Arbeiterbewegung den Karren mitzieht.«/39/ Der kapitalistische Karren steckt im Dreck. In einigen Ländern wird er bedingt durch verschiedene Streitereien erst noch tiefer hineingefahren werden. Bislang galt die Parole: »Wo Unternehmerinteressen beginnen, hört Demokratie auf. Wer die Wirtschaft demokratisieren will, ist kein guter Demokrat.«/182/ Die Sozialdemokratie kann nun, wo der Karren im Dreck steckt, der Kapitalismus die von dieser

Partei repräsentierte Zugkraft braucht, mit der bisherigen herrschenden Klasse das Geschäft des Jahrtausends vollziehen: Zugkraft gegen Demokratisierung der Ökonomie.

Diese Möglichkeit der Demokratisierung der Ökonomie hat zugleich einmalige soziale Voraussetzungen. Blickt man nämlich durch das Nennung'sche Kaleidoskop, zeigt sich eine ganze neue Mikrostruktur des Kapitalismus. »Der Computer schafft die ›Neue Arbeiterklasse‹. Er leert die Werkshallen, statt Menschen arbeiten Maschinen... Die alte Arbeiterklasse stirbt aus.«/95/ Gott sei Dank hat sich die Sozialdemokratie rechtzeitig diesem Trend angepaßt, denn sonst wäre sie ja mit verstorben. Schrittweise ist die Sozialdemokratie zur Partei der neuen Arbeiterklasse geworden. Hinter der Wende von der Klassenpartei zur Volkspartei stand der Übergang zu der neuen Arbeiterklasse. »Als ›Volkspartei‹, d. h. Partei der Gesamtarbeiterklasse, muß die Sozialdemokratie rechtzeitig vor Aussterben der klassischen Arbeiterklasse die neue wissenschaftliche, technische, managerielle Arbeiterklasse für sich gewinnen. Nicht die klassische Arbeiterklasse, sondern die ›neue Arbeiterklasse‹ ist die Avantgarde der Revolution. Sie ist Schlüsselfigur des friedlichen, gesetzlichen, parlamentarischen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.«/198/

Aber nicht nur das Subjekt der Revolution hat sich geändert und ist seit geraumer Zeit bei der Sozialdemokratie heimisch geworden, sondern die Analyse durch das Nennung'sche Kaleidoskop zeigt noch schönere Perspektiven auf. »Der Computer ist die Maschine zur Produktion von Basisdemokratie.«/194/ Während »der Anarchismus und sein moderner Ableger, die neue Linke, .. immer noch auf der Forderung nach Assoziation« beharren, jener steinzeitlichen Forderung nach Selbstorganisation der unmittelbaren Produzenten, während die kommunistische Bewegung es mit der Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht zur Errichtung einer höheren Form der Arbeit, wohl aber zur Etablierung einer neuen Bürokratie gebracht hat, verfügt die Sozialdemokratie über die Waffe zur Aufhebung der Entfremdung: den Computer und seine Bedienungsmannschaft.

Der Maschinenbau schaffte die alte Arbeiterklasse, die Elektronik die »neue«. Es gibt also einen zwangsläufigen Zusammenhang »von wissenschaftlicher Produktion im Kapitalismus, »neuer Arbeiterklasse« und basisdemokratischen Produktionsformen.«/212/

Die Nenning'sche Analyse zeigt: die Bedingungen der Vernunft sind alle aufseiten der Sozialdemokratie. Die kleingeistige Linke soll sich daher nicht ängstigen über die Entwicklungen in Westeuropa. Was sich dort abspielt, ist eine Rückkehr des verlorenen Sohnes zur Mutter Sozialdemokratie, eine Rückkehr, die sich selbst noch in sozialdemokratischen Formen vollzieht. »Die Krämpfe, in denen vor mehr als einem halben Jahrhundert die deutsche SPD lag, sind heute Symptom der kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs.«/56/ Die kommunistischen Parteien erkennen, daß eine historische einmalige Situation für ein Geschäft Zugkraft versus Demokratisierung besteht: Also nix mit revolutionären Prozessen. »In Wahrheit vollzieht sich die »Sozialdemokratisierung« der KPI – ihre Wendung zur Zusammenarbeit mit dem Kapitalismus – exakt in dem historischen Moment, der die solide sozio-ökonomische Basis dafür anbietet. Der italienische Kapitalismus ist an einem Punkt angelangt, von dem er allein nicht mehr weiterkommt.«/38/ Die westeuropäischen kommunistischen Parteien sind mitten in dem Anpassungsprozeß des Computerzeitalters, des Übergangs zur »neuen Arbeiterklasse«. Die Veränderungen in der Programmatik dieser Parteien haben nicht mit bloßer Taktik zur Überumpelung des bürgerlichen Lagers zu tun, noch zeigen sich hier Entwicklungen, vor denen die Sozialdemokratie Angst haben mußte. »Jede gute Sozialdemokratie hat ihren Antikommunismus; die West-KPen jetzt auch. Jede gute Sozialdemokratie arbeitet mit dem Kapital zusammen: die West Kpen jetzt auch. Zu meinen, das könne einfach wieder anders werden, ist kindisch... Mit allen Fasern ihres Lebens- und Siegesinteresses sind KPI, KPF usw. gebunden an den neuen Kurs, bei Strafe ihres politischen Untergangs als Massenparteien. Sie waren lange genug im innenpolitischen Abseits, das hält keine große Bewegung unbegrenzt aus. Jetzt

machen sie ihr Godesberg.«/121/ Also kein Problem mehr für die SPD-Linke? Zeigt das Nenning'sche Kaleidoskop nicht auch ein bißchen über die Schwierigkeiten der Sozialdemokratie? Änderung nur bei dem Kommunisten und schon läuft in der BRD, Schweden, Österreich die historische Vernunft von selbst ab? Nein, das wäre Utopismus und Nenning ist Realist; ein realistisches Kaleidoskop. Das für die Sozialdemokratie verbleibende Problem heißt: die bürgerliche Medienbestie!

»Die bürgerliche Medienbestie fletscht ihre Zähne: Unter den Bedingungen »bürgerlicher Hegemonie« ist jedes Gerede von Zusammenarbeit mit Kommunisten glatter Selbstmord.«/106/ Dem endgültigen Sieg der Sozialdemokratie steht die bürgerliche Medienbestie noch entgegen. Erst wenn das Geschäft Zugkraft versus Demokratisierung perfekt ist, kann mit dem letzten Feind der historischen Vernunft aufgeräumt werden. »Brechung der bürgerlichen Medienherrschaft ist die strategische Voraussetzung für dauerhafte, zügig friedliche Revolution«/79/. Damit nun die Medienbestie nicht im Endkampf gereizt wird, und das ganze Geschäft vermässelt wird, muß die Sozialdemokratie sich einer Taktik bedienen. Nicht die Kommunisten sind der Wolf im Schafspelz, sondern die Sozialdemokratie. Sie hat die bürgerliche Medienbestie zu überlisten.

»Noch ist der alte Kommunismus nicht tot und der alte Antikommunismus nicht ausgestorben. Ihm abzuschwören ist für Parteien wie SPD und SPÖ noch immer Selbstmord: Sie haben es mit besonders böartigen Medienmaschinen zu tun.«/125/ Die Nenning'sche Taktik ist einfach aber wirksam: Stufe 1: »Zwischen sozialdemokratischer Politik und sozialdemokratischer Intelligenz aber muß es eine Rollenteilung geben.«/106/ Die Politik bleibt antikommunistisch. Sie schläfert die Medienbestie ein. Die Intelligenz denkt laut über die neuen Bedingungen der Revolution nach und beschleunigt durch kleinere Anbiederungen den Prozeß der Sozialdemokratisierung. Nennings Schluß: »Liebedienerei vor bürgerlichen Medienthronen, der Folter dritten Grades für Sozialdemokraten, kann auf die Dauer auch nicht verhindern, daß die

Einheit der Arbeiterbewegung auf der historischen Tagesordnung steht«/107/. Nachdem die Bestie etwas eingeschlafen ist, folgt Stufe 2: Die Sozialdemokratische Politik kann den Antikommunismus hinter sich lassen und durch Bündnisse mit den kommunistischen Parteien deren Sozialdemokratisierungsprozeß beschleunigen. Der Blick durch das Nennung'sche Kaleidoskop hat die aktuelle Theorie und Praxis der Sozialdemokratie enthüllt: »Auf der Konferenz der Internationale in Helsingör 1976 wurde Francois Mitterand heftig von Helmut Schmidt attackiert, als dieser die Vorzüge seines Bündnisses mit der KPF anpries. Schmidt lag richtig bei den heimischen Medien. Die Konferenz brachte klar zutage: Während Schmidt noch die Fahne des alten Antikommunismus hochhält und nicht merkt, wie unter seinen Füßen der alte antikommunistische Kahn bereits absäuft, entfaltet Mitterand die Fahne eines neuen Antikommunismus: Zusammenarbeit mit der KP zwecks ihrer Überwindung.«/125/ Ob die Nennung'sche Vision einer Transformation der kommunistischen Parteien zur Sozialdemokratie gelingt, können wir getrost der Zukunft überlassen. Aber wird seine Forderung, die sozialdemokratische Intelligenz müsse schon jetzt die Bündnisse mit den Kommunisten vorbereiten, in diesem Lande auf Resonanz stoßen?

»Vor Diskussion und Zusammenarbeit mit den...großen »sozialdemokratoiden« KPen Lateineuropas wird sich die »nördliche« Sozialdemokratie nicht mehr lange drücken können.«/18/ Wird die sozialdemokratische Intelligenz umgehend dieses Bündnis intellektuell vorbereiten? Großes Problem, der Radikalerlaß im Godesberger Programm! »Als Antrieb zum

Sozialismus nennt das Godesberger Programm die christliche Nächstenliebe, die antike Philosophie – alles, nur nicht den Marxismus. Die Programmstelle ist bereits eine Art Radikalerlaß.«/18/ Diesem Radikalerlaß folgte – wie wir mit Nennung wissen – unter dem Druck der bürgerlichen Medienbestie bald die gesellschaftliche Realität: Berufsverbote und weitgehende Kriminalisierung von Kommunisten und Sozialisten. Der Blick durch Nennings Wundergläser ist zu Ende. Die miese Wirklichkeit schaut ganz anders aus. Statt großer Perspektiven bleibt die kleine Forderung: »Der Marxismus ... darf nicht preisgegeben werden von der Sozialdemokratie... An Marx führt kein Weg vorbei. Marx muß für die Sozialdemokratie aufgehoben werden«/18/. Nur weil Nennung von vornherein wußte, in welchem desolaten Zustand die sozialdemokratische Intelligenz existiert, kann er in Jahrmarktkluft einen Blick durch wundersame Gläser anbieten, vielleicht in der Hoffnung, jene für einen Augenblick aus ihrem trostlosen Zustand aufzuschrecken. Sowenig sich die Veränderung in Westeuropa unter die Phrase von der »Sozialdemokratisierung« subsumieren läßt, so wenig die »nördliche« Sozialdemokratie eine Zukunft hat, so wenig wird es in absehbarer Zeit eine Renaissance marxistischer Theorie in der Sozialdemokratie geben. Und weil dieser Zustand für geraume Zeit fort dauern wird, können immer wieder Wunderdoktoren auftreten, Rezepturen und Rundblicke feilbieten, die allein den Zweck haben, einem verrotteten Haufen für einen Augenblick die Fiktion zu vermitteln, ihre Illusionen wären Gedanken über wirkliche soziale Zustände.

Die Bundesrepublik Deutschland in Raum und Zeit

Als alles noch etwas geruhsamer vor sich ging auf dieser Erde, da waren Gesellschaft und Raum in Abstimmung; zur Zeit sind sie noch nicht miteinander in Einklang./11f./ Viel ist passiert seit der Industrialisierung: Bevölkerungs-

wachstum, Wandel der Familienstrukturen, Mobilität in verschiedensten Formen, Verstädterung, Differenzierung und Spezialisierung und vieles andere mehr. »Dynamisch-prozessual« betrachtet, findet man heute in der BRD vier

Gebietstypen: Ballungsgebiete, Industriegebiete außerhalb der Ballungsgebiete, Agrar-Gebiete und Agrar-gewerbliche Mischgebiete./25 ff./ Sie haben alle ihre Eigenheiten und auch ihre Probleme./29–221/ Da »das Warten auf eine selbstregulierende Kraft in Richtung auf einen Ausgleich der unterschiedlichen Lebensbedingungen ... sich als vergeblich erwiesen« hat/222/, wird seit 10 Jahren geplant, und wie! »... die ehemalige Planungsfeindlichkeit ist in der Gegenwart geradezu ins Gegenteil umgeschlagen«./222/ Und da seitdem die per Grundgesetz

garantierte Freiheit der Persönlichkeitsentfaltung und die Chancengleichheit auch in die Raumordnungspolitik eingegangen sind/225/, müßte die Abstimmung von Gesellschaft und

Gerhard Fuchs, Die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1977, Klett Verlag, 252 S., DM 24,–

Raum ja nun bald wieder erreicht sein. G. Fuchs weiß in seiner oberflächlichen Rundschau durch die deutschen Lande jedenfalls von keinen gegenteiligen Anzeichen zu berichten.

Monopole – wer sonst?

Der Kern der Abhandlung Junnes über den Eurogeldmarkt besteht in folgender These. »Entstehung und Wachstum des Eurogeldmarktes lassen sich nur im Zusammenhang mit der Entwicklung der internationalen Produktion und Zirkulation erklären. Die Ausweitung des internationalen Handels, der Auslandsproduktion und der Expansion des internationalen Filialnetzes der Großbanken haben einerseits zu

Gerd Junne, Der Eurogeldmarkt, Frankfurt/M./New York 1976, Campus Verlag, 252 S., DM 34,–

einer Ausweitung des Eurogeldmarktes beigetragen und sind andererseits durch die Existenz und Expansion des Eurogeldmarktes selbst gefördert worden.«/216/ Junne widerspricht damit Auffassungen, die den Eurogeldmarkt zum »Sündenbock« für wirtschaftliche Fehlentwicklungen wie insbesondere der Inflation stempeln. Dem gegenüber sieht er in Problemen wie der Inflation genuine Resultate der kapitalistischen Wirtschaft, die im Zuge der Internationalisie-

rung insbesondere gekennzeichnet ist durch eine Polarisierung der Wirtschaftsstruktur zwischen den und innerhalb der verschiedenen Branchen wie auch des Bankensektors in Großunternehmen einerseits, Mittel- und Kleinunternehmen andererseits. Diese eine Begünstigung von Großkonzernen einschließende Polarisierung gilt ihm letztlich als Grund für den Preisauftrieb. Der Eurogeldmarkt als Produkt der Internationalisierung der Wirtschaft, der als solches grundsätzlich nicht aufhebbar, sondern nur äquivalent zu ersetzen ist, hat hier lediglich verstärkende Wirkung. Hier liegt zugleich das selbst gesehene Dilemma des Buches. Zwar werden – überblickshaft – Entstehung, Funktion, Marktgeschehen des Eurogeldmarktes und die über den Eurogeldmarkt vermittelten Transaktionen im Hinblick auf ihre Bedeutung für Inflation und Inflationsbekämpfung unter Einschluß der »gängigen« Argumentationen im einzelnen behandelt, die Grundthese der internationalen Monopolisierung selbst als Ursache des Preisauftriebs bleibt jedoch unausgewiesen.

Aktionseinheit in Ostfriesland

Gegenüber »den staatlich gepflegten Traditionsbeständen« des Widerstandes eines Stauffenberg, Goerdeler, Rommel geht es den Auto-

ren um den »Widerstand des kleinen Mannes«, der als globaler Tatbestand inzwischen zwar weitgehend bekannt, im öffentlichen Bewußt-

sein aber nach wie vor kaum präsent ist. »Es geht um die demokratischen Traditionen unseres Landes, nicht aber um einen erklärenden gereinigten Beitrag; denn in diesen Traditionen gab es durchaus Widersprüche, Halbheiten und Schwächen, neben ihrer Großartigkeit.«

Rund 20 Bewohner Ostfrieslands sind nach ihren Erfahrungen vor und während des nationalsozialistischen Regimes befragt worden: Industriearbeiter, Landarbeiter, Bauern. »Wir interessieren uns nicht nur für die Fakten des antifaschistischen Widerstandes in Ostfriesland, sondern waren auch neugierig auf die Methoden, auf den Einfallsreichtum, auf die Bodenverbundenheit, auf den Humor, auf die Zähigkeit in diesem Widerstand.«

Obwohl also keinerlei systematische sozialhistorische Analyse beansprucht wird, machen die Schilderungen der Beteiligten und die Kommentierungen der Autoren ökonomische und soziale Zusammenhänge der politischen Entwicklung durchaus deutlich. Die ökonomische Krise Ende der 20er Jahre trifft das industriell wie auch landwirtschaftlich unterentwickelte Ostfriesland besonders stark. »Die NSDAP hat hier erst ab 1930 Fuß gefaßt. Da wurde die Lage der Landwirtschaft allmählich schwieriger und schwieriger. Wem's schlechter ging, der ist früher in die NSDAP gegangen, wem's besser ging, der ist später gegangen. Ab 1933 war dann die Landwirtschaft ganz im Fahrwasser der NSDAP.« In den Städten nehmen mit steigender Arbeitslosigkeit Mitglieder- und Wählerzahlen ebenfalls rapide zu: das Land Oldenburg hatte bereits im Sommer 1932 eine NS-Landesregierung. Auch die Bindungen und Formen des Widerstands gegen diese Entwicklung sind von der sozio-ökonomischen Struktur Ostfrieslands geprägt. Kern des Widerstandes sind kommunistische Industrie- und Hafenarbeiter und Landarbeiter, kollektive, z. T. auch in der Illegalität offene Formen des Widerstands sind praktisch nur in den größeren Orten und in der Landarbeitergewerkschaft möglich.

»Und die Bauern, waren die alle Nazis? – Die meisten. Hier in Ostfriesland ist es meistens so, was einer ist, sind die anderen auch. Das Dorf hält ja meistens hier zusammen.« »Bei uns, in

der Gegend von Leer, gab es auf dem Lande nicht viele Kommunisten, nur vereinzelt.« Erschwerte die soziale Kontrolle der Dorfgemeinschaft – von Desinteresse über Ächtung bis zur Denunziation – einerseits die Verbreiterung des antifaschistischen Widerstandes auf dem Lande, so ist umgekehrt der enge soziale und familiäre Zusammenhalt oft seine Bedingung: für das Verteilen von Flugblättern, das mündliche Nachrichtensystem, vor allem aber für das Verstecken der von Gestapo und SA gesuchten Genossen. Denn bereits am Tag nach der Wahl vom 5. März 1933 setzen die Verfolgungen ein. Das Ausmaß und die Systematik der Repression, die die Antifaschisten erfahren, sind praktisch in allen Schilderungen lebendig, auch wenn oft nur beiläufig davon erzählt wird. Kaum einer, der nicht im Gefängnis saß, der nicht gefoltert worden wäre, dem nicht Freunde oder Verwandte zu Tode gequält worden wären, kaum einer, der nicht nach verbüßter Gefängnis- oder Zuchthausstrafe«

Poppinga/Barth/Roth, Ostfriesland. Biographien aus dem Widerstand, Frankfurt a.M. 1977, Syndikat, 186 S., DM 14,–

sofort in Schutzhaft, d. h. in die Lager und KZs gekommen wäre. 125 000 Gefangene gab es zwischen 1934–39 allein in den Moor-Straflagern im Emsland.

1937, nach der erneuten großen Verhaftungswelle, ist der antifaschistische Widerstand in Ostfriesland praktisch zusammengebrochen. War also alles umsonst? »Wenn es gelänge, unser Bewußtsein frei von Wissen über den Widerstand zu halten, wäre der Widerstand nicht nur weitgehend erfolglos gewesen, er wäre auch vergebens, wäre unnütz geleistet. Die Gestapo würde triumphieren noch im Jahre 1977.« Vor allem gilt es aus den Erfahrungen zu lernen, warum es überhaupt zu diesen Formen des Kampfes um demokratische Rechte und soziale Errungenschaften kommen mußte, warum sich eine solche Repression durchsetzen konnte. Auch hier wird in den Schilderungen eine gemeinsame Einschätzung gegeben: das Ausmaß des Abbaus demokratischer Rechte wurde zu spät erkannt und nicht rechtzeitig auf breiter

Front bekämpft. Die Zusammenarbeit der Antifaschisten aus Gewerkschaften und den verschiedenen politischen Parteien kam zu spät zu-

stande. »Im Lager wurde kein Unterschied gemacht zwischen KPD und SPD usw. Politisch war eben politisch.«

Debatte über Klassentheorie in Großbritannien

Ein Jahr nach der theoretischen Konferenz über Klassentheorie, die von der Sociology-Group der CPGB im November 1976 in London durchgeführt wurde, liegen jetzt die zentralen Beiträge dieser Konferenz in Buchform vor. Der Herausgeber kennzeichnet die Debatte um die Klassenstruktur als »nicht nur von theoretischer Wichtigkeit, sondern auch großer praktischer Relevanz. Die Analyse von Klassen und Klassenstruktur ist von zentraler Wichtigkeit in jeder marxistischen Analyse einer spezifischen historischen oder kontemporären Situation –, d. h. jeder spezifischen Konjunktur.«/8/ Zugleich sieht Hunt die Frage im Mittelpunkt der Debatte, »welcher Art die Beziehung zwischen der Ökonomie und der Politik und Ideologie ist.«/9/

Im eröffnenden Beitrag geht Stuart Hall auf diese Frage näher ein, indem er Marx' Aussagen zur Klassentheorie in verschiedenen Schriften, insbesondere in den Frankreichschriften, interpretiert. Die Feststellung, daß es »keine notwendige unmittelbare Entsprechung zwischen der ›ökonomischen‹ und der ›politischen‹ Konstitution von Klassen gibt«/24/, die er aus Marx' Aussagen ableiten zu können glaubt, führt ihn zu einer Absage an jegliche Möglichkeit, eine Klassenanalyse durchzuführen, ohne sofort auf den Überbau einzugehen: »Die Vorstellung, wir könnten irgendwie durch Anwendung der Begriffe der ›Produktionsweise‹ empirisch konstituierte ›ganze Klassen‹ auf der Ebene der Ökonomie produzieren, ist unhaltbar.«/55/ Da für Hall der Überbau von der ökonomischen Basis nicht zu unterscheiden ist, möchte er sich mit einer neuen Theorie behelfen: Er verweist auf »die Notwendigkeit für eine marxistische Theorie der ›representation‹, der *Darstellung*«/57, deutscher Begriff von S. H./ Hall möchte hier nicht so weit gehen wie Paul Hirst, der in seinem Beitrag Alt-

hussers Begriff der »relativen Autonomie« des Überbaus als »unstabil« ablehnt und stattdessen von einer »notwendigen Nicht-Entsprechung von politischen Kräften und ökonomischen Klassen«/130f./ ausgeht.

Die übrigen Beiträge orientieren sich an dem ebenfalls in dem Band aufgenommenen Aufsatz von Poulantzas über »die neue Kleinbourgeoisie«/113ff./ (Zur Kritik von Poulantzas' Position vgl. Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 2/77.) Vic Allen lehnt die von Poulantzas verwendeten Begriffe produktive/unproduktive Arbeit als Kategorien zur Klassenanalyse ab, da man bei Poulantzas sehen könne, wie unzureichend die Ergebnisse sind. »Es gibt keine Übereinstimmung unter Marxisten darüber, wer in

Alan Hunt (Hrsg.), *Class & Class Structure*, London 1977

welche Kategorie fallen sollte.«/78/ Allen hält sich deshalb lieber an die »strukturellen Determinanten des Verhaltens«/76/ zur Bestimmung der Klassenzugehörigkeit. Alan Hunt weist Poulantzas nach, daß dessen Gleichsetzung von produktiver Arbeit mit der Arbeit in der materiellen Produktion nicht dem Marxschen Begriff von produktiver Arbeit entspricht./89/ Ebenso habe Poulantzas den Begriff des produktiven Gesamtarbeiters nicht verstanden./90/ Schließlich kann Hunt Poulantzas mit Recht vorwerfen, daß er die Verwendung der Begriffe produktive und unproduktive Arbeit nicht konsequent vertritt. Die Zuordnung der Wissenschaftler und Techniker zur neuen Kleinbourgeoisie kann er nur »durch ein Umschalten von der Analyse auf ökonomischer Ebene auf die ideologische Ebene«/91/ erreichen. Hunt zieht aber aus seiner Kritik die falschen Schlüsse. Anstatt Poulantzas'

falsches Verständnis der Begriffe zum Anlaß zu nehmen, die Begriffe richtig zu bestimmen und ihre Bedeutung für die Klassenanalyse zu analysieren, akzeptiert er faktisch Poulatzas' Verwendung der Begriffe und fällt hinter seine eigene Kritik zurück, wenn er diese Begriffe für gänzlich untauglich im Rahmen der Klassenanalyse erklärt: »Es muß betont werden, daß die Verwendung der Unterscheidung produktive/unproduktive Arbeit zur ökonomischen Identifikation der Arbeiterklasse eine Menge Ungereimtheiten aufwerfen würde.«/91/ Hunt vertritt wie andere Autoren des Buchs die Auffassung, daß für die Bestimmung der Klassenzugehörigkeit zusätzlich zu den »ökonomischen« Kriterien der Lohnabhängigkeit und des Nichteigentums an Produktionsmitteln »die gegenseitige Beeinflussung der ökonomischen, politischen und ideologischen Ebenen«/104/ zu berücksichtigen sei. Jean Gardiner weist auf die Wichtigkeit der Familienbeziehungen für die Klassenanalyse hin, insofern das Verhältnis von nichtarbeitenden Familienangehörigen zur Klasse nur vermittelt besteht. /Vgl. /159/ John Westergaard schließlich »findet sich selbst oft verwirrt und verstört durch die gegenwärtige Arbeit westlicher Marxisten«./168/ In Bezug auf seinen Beitrag »Klasse, Ungleichheit und ›Korporatismus««/165 ff./ geht

es dem Leser ähnlich, da Westergaard ohne Begründung einer Klassenanalyse überhaupt jeden Sinn abspricht.

Das vorliegende Buch als Dokument der gegenwärtigen Debatte über Klassentheorie in Großbritannien ist informativ. Leider kommt darin nicht die gesamte Breite der Debatte zum Ausdruck, wie sie in der CPGB geführt wird. Besonders die Identifikation einer »engen« Definition der Arbeiterklasse mit dem Poulatzas'schen Ansatz bringt die Debatte nicht voran. An der Widersprüchlichkeit der Beiträge, die allesamt die »weite Definition« der Arbeiterklasse vertreten, wie sie auch im neuen Parteiprogramm der CPGB enthalten ist, wird deutlich, wie dringend die Debatte über Klassenstruktur in Großbritannien vorangetrieben werden muß. Der Herausgeber hat diese Dringlichkeit erkannt: »Mit der Annahme von Programmen durch kommunistische und sozialistische Parteien in Westeuropa, die Strategie und Taktik von Klassenbündnissen für gemeinsame Ziele enthalten, wird die korrekte Unterscheidung dieser Begriffe (Arbeiterklasse, Kleinbourgeoisie, Mittelklasse –d. V.) ein entscheidender Gegenstand theoretischer Diskussion mit direkten politischen Konsequenzen in der politischen Arena.«

Akademikerarbeitslosigkeit

Der Informationsbericht Nr. 28 des IMSF verspricht – was Gliederung und Aufbau der Arbeit anbetrifft – eine systematische und Überblick

Bernd Güther, Arbeitslosigkeit von Hochschul- und Fachhochschulabsolventen in der BRD, Informationsbericht No. 28 des IMSF, Frankfurt a.M. 1977, 104 S., DM 6,-

verschaffende Darstellung der Problematik von Akademikerbeschäftigung zu sein.

In einem ersten Teil wird anhand von statistischem Material die Entwicklung der Arbeitslosigkeit der Akademiker dargestellt. Der zweite

Teil soll der Ursachen-Analyse gewidmet sein und der dritte Teil der Erörterung möglicher Gegenmaßnahmen.

Die statistische Bestandsaufnahme ist eine gute Zusammenfassung und Aufbereitung der Daten, die die Bundesanstalt für Arbeit zweimal im Jahr in ihren Strukturanalysen zur Arbeitslosigkeit ermittelt.

Es handelt sich allerdings eben nur um Daten zur *Arbeitslosigkeit der Akademiker*, d. h. von Hochschul- und Fachhochschulabsolventen. Man vermißt für eine nachfolgende Ursachenanalyse Zahlen über Akademisierungsgrade von Branchen und Produktionszweigen, über Auf-

teilung der Akademiker in Selbständige und Lohnabhängige. Der Autor ist sich über dieses Manko allerdings im klaren und möchte sein empirisches Material lediglich als Anregung für spezifische Untersuchungen und die Entwicklung von Forderungskatalogen verstehen./5/

Unsicher muß auf dieser Datenbasis die Untersuchung »einiger Ursachen für die Expansion der akademischen Arbeitslosigkeit«/51/ wie der zweite Abschnitt relativierend eingeleitet wird – ausfallen, wenn zudem darauf verzichtet wird, die Beschäftigungsprobleme hochqualifizierter Arbeitskräfte aus Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise abzuleiten.

Der Bedarf an akademischen Arbeitskräften wird von Güther vielmehr erörtert im Rahmen von »objektiven Erfordernissen der Produktivkraftentwicklung«./56/ Nach seiner Auffassung kann nur eine »konkrete Analyse der Struktur einzelner Arbeitsprozesse und der Funktions- und Tätigkeitstypen der in den privatkapitalistischen und staatlichen Produktions- und Dienstleistungsprozessen eingesetzten Akademiker« den Bedarf erbringen./52/ Güther drückt damit seine Zweifel aus, ob der kapitalistische Betrieb auch ohne steigende Akademikeranzahl existieren kann.

So muß für die eigentliche Ursachenerklärung der Akademikerarbeitslosigkeit ein Trick des Monopolkapitals herhalten: »Der Druck der akademischen Reservearmee soll das Monopolkapital und anderen kapitalistischen Unternehmen ermöglichen, die hohen Lohn- und Gehaltskosten für Akademiker zu reduzieren.«/65/ Zwischen »Überqualifikation« und »Unterbeschäftigung« besteht für den Autor offenbar nur eine begriffliche Analogie./58/

Schuld an der Akademikerarbeitslosigkeit ist nach Güther vor allem auch der Staat, der durch seine finanzpolitischen Restriktionen und Stellenstop im öffentlichen Dienst den Hauptbeschäftigungsbereich für Akademiker trifft./27/

An die Adresse des Staates müssen sich nach Güther dementsprechend auch die beschäftigungspolitischen Forderungen der Arbeitslosen

mit Hochschulabschluß richten/31/, denn »gerade der Staat (öffentlicher Dienst)« habe hinsichtlich der Akademiker »eine besondere Verpflichtung bei der Arbeitsbeschaffung, da ca. 60% direkt und 75% der Akademiker vermittelt über die Entwicklung von Staatsaufträgen – und Staatsfinanzen vom Staat abhängen.«/73/ »Es werden vor allem Forderungen nach dem Ausbau staatlicher Reproduktionsbereiche sein, über die auch die arbeitende Bevölkerung für die vermehrte Einstellung akademischer Arbeitskräfte zu gewinnen sein wird.«/81/

In den Betrieben möchte der Autor mehr Betriebssoziologen und -psychologen eingestellt sehen./80/

An weitergehenden beschäftigungspolitischen Maßnahmen fordert Güther Regelungen zur Verringerung des gesellschaftlichen Arbeitszeitvolumens, Erweiterung der öffentlichen Investitionen und staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme sowie Investitionslenkung und -kontrolle.

Die Öffnung der Hochschulen lehnt der Autor strikt ab. Darin sieht er den zweiten Trick der staatsmonopolistischen Vertreter, der die Akademikerarbeitslosigkeit verursacht: »Die Aufhebung des numerus clausus soll zur Entstehung einer Reservearmee beitragen, indem zwar zunächst die Ausbildungszeit verlängert wird, aber weder der Staat noch die kapitalistischen Unternehmer eine Perspektive für die künftige Beschäftigung bieten.«/65/

Güther stützt damit nicht nur jene gesellschaftlichen Kräfte, die die Bereitstellung von Bildungs- und Ausbildungsleistungen nicht an der Bildungsnachfrage und Ausbildungsbereitschaft, sondern an der Bereitschaft, qualifizierte Arbeitskräfte zu beschäftigen, orientieren wollen. Der Autor verbreitet darüber hinaus die Illusion, als seien bildungspolitische Maßnahmen für sich je in der Lage, die gegenwärtigen Probleme der Akademiker- oder der allgemeinen Arbeitslosigkeit zu lösen und ihre Zweckmäßigkeit dementsprechend zu beurteilen.

Spinoza und Marx

In seinen »Elementen der Selbstkritik« formulierte L. Althusser folgende, in den Ohren so manches Marxisten erstaunlich, ja anstößig klingende These: »Da uns der Marxsche Materialismus zwingt, seinen notwendigen Umweg über Hegel zu denken, haben wir den Umweg über Spinoza gemacht, um etwas klarer im Umweg von Marx über Hegel zu sehen«¹. Anstoß erregen konnte diese These jedoch nur, weil von einer marxistischen Spinozarezeption in der BRD und Westberlin nicht ernsthaft die Rede sein kann. Umso erfreulicher ist es nun, daß P.-F. Moreau (in Frankreich bereits 1975 erschienene) Analyse der philosophischen Praxis Spinozas nun auch der bundesrepublikanischen Diskussion zugänglich gemacht worden ist, entwickelt er doch eine marxistische Spinozalektüre, die diese der sterilen Suche nach »Einflüssen« und der Anhäufung von »Nachlässen« (Spinoza als »reiches Erbe«) entzieht.

P. F. Moreau, Marx und Spinoza. Versuch einer materialistischen Lektüre, Hamburg 1978, VSA, 144 S., DM 14,80

Eine erste Orientierung gewinnt die marxistische Spinozarezeption in der Auseinandersetzung mit der Geschichte des Spinozismus, die eine Geschichte der Verfälschung, Verkennung und Verdrängung ist. Eine materialistische Analyse wird daher fragen, was diese Geschichte des Ausschlusses und der Invektive theoretisch und praktisch trägt. Moreaus Text läßt erkennen, daß die diesem Ausschluß unterworfenen spinozistische Problematik mit Problematiken anderer aus dem bürgerlichen Denken ausgeschlossener, d. h. entstellter und verdrängter, aber auch offen verdrängter Diskurse konfrontiert werden kann: eine Konfrontation, die, wie man sehen kann, nicht ohne Folgen ist.

Denn, und dies erweist die Analyse Moreaus, Spinoza ist weder irgendein Philosoph noch irgendein theoretischer Zeitgenosse, dessen philosophischer Eingriff uns hilft, die marxistisch-leninistische Philosophie zu praktizieren und damit

weiterzuentwickeln, ein philosophischer Eingriff, der einen Einschnitt darstellt, indem er eine eindeutige Demarkationslinie zwischen den Wissenschaften und den Ideologien zieht.

Nähern wir uns Spinoza von seinem »Anderen« (Moreau) her, von Hobbes z. B., der in seinem »Leviathan« schreibt: »Würde sich jedoch jener Satz des Euklid: »Die Summe der Winkel in einem Dreieck ist gleich der zweier rechter Winkel« gegen irgend jemandes Herrschaftsansprüche richten oder die Interessen eines Herrschers in irgendeiner Weise durchkreuzen, so würde er – daran wage ich nicht zu zweifeln – schon längst entweder bestritten oder unterdrückt worden sein, und man hätte zumindest alle Geometriebücher verbrannt«. Spinoza – »unterdrückt«, »bestritten« und »verbrannt« wie kaum ein anderer Philosoph – erkannte in jenem Satz des Euklid etwas, das Hobbes entging, ja entgegen mußte. Er führte den hier angesprochenen Typus der wissenschaftlichen Analyse (Natur und Eigenschaften eines Phänomens werden in der Form Definition/Axiom/Lehrsatz/Beweis analysiert) in die Regionen Erkenntnis, Ethik, Theologie und Politik ein und zog damit eine Demarkationslinie, die das Sein vom Ursprung und vom Sein-Sollen abgrenzt: Theologischer, moralischer und juristischer Diskurs werden durch eine objektive Analyse ersetzt, oder vielmehr: deren Möglichkeitsfelder werden zerstört, indem ihre regressiven oder teleologischen Voraussetzungen als (wissenschaftlich) unhaltbar zurückgewiesen werden. Wessen »Herrschaftsanspruch«, wessen »Interessen« werden dabei »durchkreuzt«? Natürlich die all derer, die aus Regression und Teleologie ihren Nutzen ziehen und den Obskurantismus und die Ignoranz verewigen wollen: Tyrannen, Priester, Theologen, Philosophen. Was aber macht sie zu Vertretern dieses Herrschaftsanspruchs und dieser Interessen? Eben die mit einer bestimmten historischen Notwendigkeit eingenommenen Positionen, deren Träger sie sind – und genau deshalb wird sich Spinoza in einer ersten Geste, deren Bewegung Moreau präzise rekonstruiert, nicht durch sich

selbst, sondern durch eine *Verwerfung* des »Anderen« definieren, wie sie L. Althusser als Movens der Philosophie beschrieben hat: »Die Philosophie existiert nur durch die Position, die sie einnimmt, und sie nimmt diese Position nur ein, indem sie gegenüber der Fülle einer bereits eingenommenen Welt erobert. Sie existiert also nur durch ihre konfliktuelle Differenz, und sie kann diese Differenz nur erobern und durchsetzen

über den Umweg einer rastlosen Arbeit in bezug auf die anderen existierenden Positionen«².

Diese Verschiebung der Fragestellung gibt der Geschichte der Philosophen eine völlig neue Strukturierung und Gewichtung: Sie entzieht sie der Hermeneutik bzw. dem Positivismus einer Ideengeschichte, die in einem Denken entweder nur einen *Denker* erblickt, dessen »Einflüsse« und »Beeinflussungen« untersucht werden müs-

ULTIMI BARBARORUM

Unter den mittlerweile zahlreichen Fällen der Berufsverbote, die die Verwaltung der Bundesrepublik Deutschland verunstaten, weil man unter der Maske der liberalen Demokratie repressive Praktiken eines anderen Zeitalters wiederauferstehen läßt, hören wir jetzt von dem Berufsverbot von *Jutta Kolkenbrock-Netz*.

Jutta Kolkenbrock-Netz promoviert an der Ruhr-Universität in Bochum, wo sie auch das Staatsexamen in Deutsch und Philosophie ablegte. Einige Monate unterrichtete sie zugleich an einer *privaten* kirchlichen Institution (dem Ökumenischen Studienwerk) das Fach »Deutsch für Ausländer«. Jutta Kolkenbrock-Netz ist Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), einer legalen politischen Organisation. Die Schulbehörde hat ihren Arbeitsvertrag per Anordnung nicht verlängert, da sie die Zugehörigkeit zu jeder Organisation, »deren Ziele verfassungswidrig sind«, mit der Erziehung »in Liebe zu Volk und Heimat« für unvereinbar hält, wer auch immer die Schüler sein mögen. Selbstverständlich erstreckt sich diese Art der Argumentation nicht alleine auf die DKP, sondern auch auf zahlreiche andere politische und kulturelle Organisationen der »Linken«. Nebenbei bedeutet dies nicht nur, daß Jutta Kolkenbrock-Netz sich der materiellen Mittel beraubt sieht, die ihr die Fortsetzung der Promotion ermöglichen, sondern auch, daß ihr in Zukunft alle Möglichkeiten genommen sind, auf eine Einstellung als Lehrerin in einer öffentlichen oder privaten Schule zu hoffen. Die Unterzeichner, Teilnehmer des Kolloquiums »Spinoza. Politik und Philosophie«, das von der Abteilung »Politische Theorie« der Universität Leiden (Niederlande) und der Philosophischen Fakultät der Universität von Amiens (Frankreich) organisiert wird, protestieren gegen diesen Angriff auf individuelle und demokratische Freiheiten. Sie fordern die Einstellung solcher Maßnahmen und verurteilen das System der Berufsverbote, dessen zahlreiche Opfer bezeugen, daß in bestimmten Staaten immer noch – wie zur Zeit Spinozas – die Barbarei beheimatet ist.

Dieser Aufruf wurde unter anderen unterschrieben von:

E. Balibar, H. de Dijn, A. Tosel, H. Kijne, G. van Suchtelen, A. Matheron, L. Mugnier-Pollet, G. Courtois, M. de Gens, P.-F. Moreau, P. Macherey, S.-P. Brodeur, J. Mittel, G. Lock, D. Lecourt.

sen, oder aber dieses Denken reduktionistisch als »Ausdruck« des »Zeitgeists« einer im übrigen einheitlichen Epoche ansieht. Theoretische Stringenz und Kohärenz einer *begrifflichen Verkettung*, die die individuellen Formulierungen eines Autors oder mehrere Autoren überhaupt erst hervorbringt, können dabei nicht mehr analysiert werden. Spinoza dagegen dachte die Philosophie eher als einen Schauplatz, auf dem sich verschiedene Begriffsverkettungen als Möglichkeitsfelder individueller Diskurse gegenüberstehen, denn als unstrukturierte Diskussion philosophischer »Subjekte«, die originäre Urheber ihrer Ideen sind. Eine Einschätzung, die Lenin in »Zur Frage der Dialektik« wiederaufgreift: »Ist Chronologie in bezug auf Personen erforderlich? Nein!« Und so begreift auch Moreau Spinoza nicht als schreibendes Subjekt, sondern als Träger eines *theoretischen Raumes*, der sich anderen theoretischen Räumen entgegenstellt. In einem gewissen Sinne könnte man also sagen, daß es bei Moreau gar nicht um Spinoza geht – und eben deshalb geht es um Spinoza.

Ein *Raum*: Er *grenzt ab*, d. h. er zieht Demarkationslinien. Und er *öffnet*, d. h. er ermöglicht verschiedene Anordnungen innerhalb seines Gebietes. Er ist also zugleich *Grenze* (aktiver Ausschluß) und *Terrain* (d. h. das, was sich durch den Ausschluß nach allen Seiten hin konstituiert); er bildet so eine durch konfliktuelle Differenzen gebahnte *Fläche*, auf der sich neue Problematiken entwickeln.

Spinozas *Grenzen*: Das sind seine »Anderen«, die Platoniker, die Peripatetiker, die Stoiker, Descartes – aber auch die Materialisten des 18. Jahrhunderts, die Denker der expressiven Kausalität (von Böhme über Schelling und Hegel bis zum jungen Marx). Von diesen Grenzziehungen ausgehend werden die partiellen Diskurse des *Idealismus* und »seines« *Materialismus*, die Diskurse der Totalität und des Individuums *dekonstruiert*, d. h. von ihren Möglichkeitsbedingungen her destruiert.

Spinozas *Terrain*: Eine materialistische Theorie der Ideologie (in der Aberglaube und Illusion kein Zufall sind: Sie verfügen vielmehr über eine eigene Kohärenz und Notwendigkeit und werden durch die Reproduktion gesellschaftlicher

Praxen getragen); eine materialistische Kritik der Religion und des Staates (beide werden in ihrer Funktionsweise und nicht in bezug auf einen Ursprung oder ein Telos analysiert); ein materialistischer Kausalitätstypus, der zugleich die Wirkung der Totalität auf die einzelnen Instanzen als auch die Wirkungskraft jeder einzelnen Instanz auf die anderen Instanzen umfaßt; und – vielleicht am entscheidendsten, d. h. am skandalösesten – eine schonungslose Kritik des *theoretischen Humanismus*: derjenigen Konzeption, die den Menschen als Schöpfer-Menschen, als freien Herren seiner Determinationen betrachtet. In der Erkenntnis, der Moral und der Politik zerstört Spinoza die juristische und philosophische *Ideologie des Subjekts* als dem Ursprung von Wissen, Tugend und Gesellschaft – ohne dabei zum Apologeten der expressiven Kausalität (wie beispielsweise Hegel) zu werden.

Moreaus Analyse belegt also vor allem eins: Lesen wir heute Spinoza in der Perspektive seiner Abgrenzungen und seines Terrains, also im Hinblick auf seinen theoretischen Raum, entdecken wir tiefgreifende Gemeinsamkeiten: *Sein* »Anderes« ist auch unser Anderes: die Ideologie des freien und ursprünglichen Subjekts und seiner linearen Kausalität oder aber die Ideologie der expressiven Kausalität, der gegenüber sich das Subjekt nur aufheben kann – ob nun im bürgerlichen Diskurs selbst (auf allen seinen Ebenen) oder in denjenigen Diskursen, die angetreten waren, diesen Diskurs zu zerstören (innerhalb des Marxismus in seinen »expressivistischen« oder seinen »mechanizistischen« Strömungen, aber auch innerhalb der Psychoanalyse). Spinozas Terrain ist auch das Terrain unserer Problematiken: eine materialistische Ideologietheorie, eine nicht-mechanistische und nicht-expressive Kausalität, schließlich ein theoretischer Anti-Humanismus.

Unser Interesse an Spinoza ist also nicht durch die Hoffnung motiviert, in Spinoza einen »Vorläufer« des Marxismus zu entdecken, sondern ganz allein durch das Wissen, daß uns die Auseinandersetzung mit Spinoza (wie sie Moreau exemplarisch leistet) erlauben wird, den Diskurs des Historischen Materialismus – d. h. unsere Praxis – weiterzuentwickeln: »Die heutige Lek-

türe Spinozas ist nicht der Historiographie, sondern der Theorie unterstellt, d. h. der Politik. Dort ist seine Wirkungskraft am größten« (*Morreau*).

Rolf Löper (Bochum)

Eurokommunismus und Anarchosyndikalismus

Die Liberalisierung der politischen Verhältnisse im Spanien nach Franco hat nicht nur zu wachsendem Einfluß und zur Legalisierung der sozialistischen und kommunistischen Strömungen der spanischen Arbeiterbewegung geführt; auch bestimmte linkskommunistische und syndikalistische Gruppierungen versuchen, sich an der Neustrukturierung der politischen Positionen zu beteiligen. Die in der CNT (Confederación Nacional del Trabajo) organisierten spanischen Anarchosyndikalisten knüpfen in der Auseinandersetzung mit Santiago Carrillo und dem Eurokommunismus an den Konflikten aus dem Bürgerkrieg an, die Carrillo in seinem Buch *Spanien nach Franco* ebenfalls erwähnt. Das bloße Aufwerfen der alten Streitpunkte, wozu der Vorwurf des gewöhnlichen Opportunismus, des Voluntarismus und der Bonzenwirtschaft genauso gehören wie der der Lüge und Geschichtsfälschung, kann allerdings noch nicht als Beitrag im Prozeß der Neugruppierung der linken Kräfte in Spanien angesehen werden. Carrillo, der »armselige politische Abenteurer mit dem Aussehen eines Dorfpfarrers«/58 f./ vertritt gegenüber solchen Gruppen eine gelassene Position: »Wenn ich die ›Linksradikalen‹ von

1 L. Althusser: Elemente der Selbstkritik. Übersetzt und eingeleitet von P. Schöttler. Westberlin 1975. S. 73.

2 L. Althusser: Ist es einfach, in der Philosophie Marxist zu sein? In: Ders.: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg/Westberlin 1977. Reihe POSITIONEN Bd. 3. S. 52.

heute sehe – ich spreche von denen, die aufrichtig sind – kann ich mich in ihnen wiedererkennen, wie jeder alte Kommunist sich in ihnen wiedererkennen kann. Und da ich weiß, daß ich damals ehrlich war, nehme ich an, daß die meisten von ihnen es auch sind, und daß sie vielleicht nur noch keine klare und umfassende Vorstellung von der Situation haben. Deshalb betrachten wir

Rudolf de Jong u.a., Santiago Carrillo:
Vom Stalinisten zum Eurokommunisten?,
Berlin 1977, Karin Kramer Verlag, 120 S.,
DM 8,80

diese jungen Leute als Gruppen, die ihre ersten Schritte machen, die leicht daneben treten, und die man wie zukünftige Genossen behandeln muß, da sie trotz ihrer Angriffe auf uns doch schon Feinde des Faschismus sind; deshalb haben wir sie nicht heftig bekämpft und es vorgezogen, mit ihnen zu diskutieren, viel Geduld zu zeigen, ich glaube, daß diese Politik sich gelohnt hat und daß wir dadurch viele aufrichtige Leute gewonnen haben und die Provokateure isolieren konnten.«

Aufgesetztes

Gerichtet auf die Untersuchung der Staatsbürokratie, insbesondere der Ministerialverwaltung, resümiert sich der Inhalt des Buches in der »zentralen These«, daß der *strukturelle Konservatismus* der Bürokratie *notwendige und letztlich nicht aufhebbarer Folge der bestandsnotwendigen positiven Funktionen* der gegenwärtigen Ent-

scheidungsstruktur ist.«/14/ Dieser der bürokratischen Problemverarbeitung eigene »strukturelle Konservatismus« resultiert zum einen aus der mit der dezentralisierten Entscheidungsstruktur verbundenen »selektiven Perzeption« und der nur »negativen Koordination« auf horizontaler Ebene zwischen den Referaten, d. h.

Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, zum anderen aus dem Substanzverlust des Entscheidungsproblems in der Vertikalen bei gleichzeitig vermehrter Berücksichtigung gesellschaftlicher Interessengruppen. Folge ist die Konservierung des status quo. Dieser derart charakterisierte »bürokratische Amtsmechanis-

Hartmut Häußermann, Die Politik der Bürokratie, Frankfurt M./New York 1977, Campus Verlag, 146 S., DM 13,-

mus«, der zugleich einen »formal nicht vorgesehenen Repräsentationsmechanismus«/107/ enthält, d. h. eng gekoppelt ist an die Gesellschaftsstruktur und die ihr eigenen Herrschaftsbeziehungen, ist Häußermann zufolge die adäquate Form, in der in kapitalistischen Gesellschaften notwendige, nützliche Staatsfunktionen einerseits erfüllt, gesellschaftliche Widersprüche andererseits ausbalanciert werden. Diese Funktionen der Bürokratie sind letztlich dafür verantwortlich, daß immanente Verwaltungsreform nicht greifen kann. Der Apparat bleibt gesell-

schaftlichen Reformen gegenüber resistent. Reformpolitik ist daher nicht mit dem Apparat, sondern nur gegen den Apparat durchzusetzen. »Jede Regierung, die gesellschaftlichen Fortschritt bewirken will, ist darauf angewiesen, diesen mit einer mobilisierten Bevölkerung gegen den Apparat durchzusetzen. Nur so kann der bürokratische Amtsmechanismus, in dessen scheinbar zielloses Funktionieren der status quo eingelassen ist, außer Kraft gesetzt werden.«/126/

Dieses Plädoyer für Reformpolitik über Basmobilisierung bleibt unausgewiesen. Die politische Schlußfolgerung ist ebenso aufgesetzt wie die einleitend versuchte »theoretische Fundierung« unter Rekurs auf Marx, Lenin und Max Weber. Es handelt sich dabei um theoretische Versatzstücke, die lediglich Auskunft geben über den »Horizont« des Autors, nicht aber Struktur und Inhalt des Buches bestimmen. Der Untertitel »Einführung in die Soziologie der staatlichen Verwaltung« läßt sich ohnehin nur verkaufstaktisch begründen.

In tiefem Schlummer

Haberlers Mahnung in der Diskussion ist entweder gar nicht oder zu sehr beherzigt worden: »Ende September 1974, als die Rezession in Amerika gerade daran war, sich sehr zu verschärfen, erklärte Milton Friedman öffentlich, »es wird keine scharfe Rezession geben«. Ich erwähne das nur, um zu zeigen, daß die Ökonomen

Seidel/Butschek (Hrsg.), Die Rezession 1974/75, Symposium zum 50jährigen Bestand des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsentwicklung, G. Fischer Verlag 1977, 134 S., DM 22,-

Grund haben, bescheiden zu sein.«/35/ Entweder die Bescheidenheit ist zu sehr durchgeschlagen, oder aber man hat auf jegliche, durch die vielen Fehlprognosen nahegelegte Selbstkritik ganz verzichtet. Jedenfalls findet sich in dem Symposium keine eindeutige Antwort auf die Frage nach einer neuen ökonomischen Ära. Un-

tergründig hält sich die Einschätzung, daß rauhere Zeiten bevorstehen, aber ausgesprochen wird es selten und eine Begründung gibt es folglich auch nicht. Tichy erklärt dieses Verhalten so: »Erstens sind die Ökonomen niedergeschlagen, daß sie die Katastrophe nicht in vollem Ausmaß (diese Einschränkung ist wahrlich schmeichelhaft – d. V.) vorausgesehen hatten, das Ansehen der Prognose sinkt vorübergehend. Als zweite Rezessionsfolge taucht die Angst auf, daß hinter der Rezession mehr stecken könnte als ein temporärer Wachstumseinbruch, daß sie eine Zäsur, eine Wende zum Schlechteren darstellen könnte.«/44/ Daraus, daß es sich möglicherweise um eine Überreaktion seitens der Ökonomen handeln könnte, schließen die prominenten Teilnehmer flugs auf eine Unangemessenheit der Fragestellung. Hayeks Eröffnungssatz könnte als Motto über der ganzen Veranstaltung stehen: »Es gibt offenbar doch nichts Neues unter der Sonne.«

● Berufsverbote ● Verfolgung von
Kommunisten und Sozialisten ● Kri-
minalisierung von Strafverteidigern ●
Die BRD, ein Rechts- oder Polizeistaat?



Heinrich Hannover

Klassenherrschaft und Politische Justiz

Plädoyers für ein demokratisches Recht in der Bundesrepublik; 320 Seiten; Hardcover mit Schutzumschlag; DM 22,-

Inmitten einer vermeintlich aufgeklärten Gesellschaft spielt sich ein Stück Mittelalter ab. Der Angeklagte ist ein Untertan – von der gerichtlichen Untersuchung bis zum Strafvollzug. Das Ganze nennt sich Strafrecht und soll dem Schutz von Rechtsgütern dienen. Statt Rechtsgüter werden aber „Güter der Rechten“ geschützt.

VSA-Verlag, Eiffestr. 598, 2 Hamburg 26

BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

3-78

Frankreich nach der Wahl

Jean Kanapa (KPF):

Der Wandel der internationalen
kommunistischen Bewegung

Kritik des DKP-Programm-
entwurfs

Gewerkschaften in der Bundes-
republik

Parteitag der PCE

„Konkurrenz“ bei Marx.

Interpretation des 25. Kapitels
im 3. Band des KAPITAL

4-77

**Sozialismus für Frank-
reich?**

**Die Linkunion vor der
Wahl**

- GB: Die Krise der Labour-
Party
- KP Japan: Sozialismus und
die Frage der Diktatur
- Kritische Psychologie und
L. Sèves Theorie der Persön-
lichkeit

5-77

**Geschichte und aktueller
Stand des Klassenkampfes
in Italien**

- Politik der Links-Parteien.
Die Rolle der KPI.
- J. E. Hobsbawm: Gramsci und
die Theorie der Politik.
- K. Priester: Der italienische
Weg zum Sozialismus
- Rezensionen: Berlinguer,
Der historische Kompromiß
S. Alf, Leitfaden Italien u. a.

1-78

**Bahro – Eine Alter-
native? Kritik von
R. Bahros Bestseller**

- Interview: Politik der KPUSA
- Massenarbeitslosigkeit in
den USA
- Politik der Linksparteien in
Portugal
- Mehrwert- und Profitraten
des BRD-Kapitals
- Kollektives Bewußtsein und
Literatur in der DDR